

Extremismus und Demokratie

7

Jürgen P. Lang

Ist die PDS eine demokratische Partei?

Eine extremismustheoretische Untersuchung

Pol

J1

Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Meiner Tochter Hannah

Vorwort des Autors

Diese Studie ist die geringfügig überarbeitete Fassung meiner im Januar 2003 fertiggestellten Dissertation, die die Philosophische Fakultät der TU Chemnitz im Juni 2003 angenommen hat. Allen voran danke ich meinem Doktorvater Prof. Dr. Eckhard Jesse. Er hat das Fortkommen der Arbeit weit über das übliche Maß hinaus unterstützt. Prof. i. R. Dr. Wolfgang Rudzio und Prof. Dr. Alfons Söllner danke ich für ihre Gutachten. Für zahlreiche Hinweise und die Korrekturen am Manuskript bin ich Dr. Ralf Altenhof, Dr. Steffen Kailitz, Susanne Katzorke, Dr. Birgit Rätsch und dem Doktorandenkreis von Eckhard Jesse zu Dank verpflichtet. Jahrelang habe ich die PDS mit politikwissenschaftlichen Publikationen kritisch begleitet. Während dieser Zeit sind mir – mit wenigen Ausnahmen – die Funktionäre der Partei mit Offenheit und Freundlichkeit begegnet. Ihnen gebührt Dank, weil sie bereitwillig meine Fragen beantworteten und mir Einblicke in nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Dokumente gewährten. Diese Dissertation hat auch denen, die mir nahestehen, Energie und Geduld abverlangt. Mein allergrößter Dank gilt deshalb meiner Freundin Ingrid Hönig. Sie hat mir stets Mut gemacht.

München, im August 2003

Jürgen P. Lang

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
Vorwort der Herausgeber	11
<i>Kapitel I: Einleitung</i>	15
1. Untersuchungsgegenstand	15
2. Problemstellung	22
3. Forschungsstand	30
4. Aufbau	37
<i>Kapitel II: Extremismustheoretischer Bezugsrahmen</i>	42
1. Extremismustheorie im Spannungsfeld von Normativität und Empirie	42
2. Demokratischer Verfassungsstaat als Pendant zum Extremismus	46
3. Maßstäbe der Analyse	51
<i>Kapitel III: Ideologie</i>	56
1. Grundwerteverständnis	56
1.1 „Reform“-Positionen	56
1.2 „Orthodoxe“ Positionen	60
2. Demokratieverständnis	62
2.1 „Reform“-Positionen	62
2.2 „Orthodoxe“ Positionen	65
3. Staatsverständnis	66
3.1 „Reform“-Positionen	66
3.2 „Orthodoxe“ Positionen	74
<i>Kapitel IV: Strategie</i>	77
1. Außerparlamentarische Strategie	77
1.1 „Reform“-Positionen	77
1.2 „Orthodoxe“ Positionen	88

2. Parlamentarische Strategie	91
2.1 „Reform“-Positionen	91
2.2 „Orthodoxe“ Positionen	102
3. Regierungsstrategie	105
3.1 „Reform“-Positionen	105
3.2 „Orthodoxe“ Positionen	119
<i>Kapitel V: Organisation</i>	121
1. Organisationsprinzipien und innerparteiliche Demokratie	121
1.1 „Reform“-Positionen	121
1.2 „Orthodoxe“ Positionen	127
2. Umgang mit innerparteilichen Strömungen	129
2.1 „Reform“-Positionen	129
2.2 „Orthodoxe“ Positionen	138
<i>Kapitel VI: Vergleich</i>	140
1. Ideologie	140
2. Strategie	145
3. Organisation	151
<i>Kapitel VII: Schlußbetrachtung</i>	155
1. Zusammenfassung	155
2. Ausblick	160
<i>Kapitel VIII: Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	163
1. Quellen	163
1.1 Periodika	163
1.2 Einzelpublikationen	164
2. Sekundärliteratur	186

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AFP	Agence France Presse
AG	Arbeitsgemeinschaft(en)
AGJG	Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen
AK	Arbeitskreis
AL	Alternative Liste
AP	Associated Press
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Bd.	Band
Bde.	Bände
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BWK	Bund Westdeutscher Kommunisten
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
ddp	Deutscher Depeschendienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
Diss.	Dissertation
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
dpa	Deutsche Presseagentur
DVU	Deutsche Volksunion
ebd.	ebenda
f	folgende Seite
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
GAL	Grüne Alternative Liste
Hrsg.	Herausgeber
IG	Interessengemeinschaft(en)
ILO	Initiative Linke Opposition
Jhrg.	Jahrgang
KfG	Komitees für Gerechtigkeit
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPF	Kommunistische Plattform der PDS
LaLM	Linke Alternative Liste München
LfV	Landesamt/-ämter für Verfassungsschutz
LiLi	Linke Liste
LL	Linke Liste

LLN	Linke Liste Niedersachsen
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NRW	Nordrhein-Westfalen
o. D.	ohne Datum
o. J.	ohne Jahr
o. O.	ohne Ort
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
REP	Die Republikaner
S.	Seite(n)
SDP	Sozialdemokratische Partei der DDR
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
u. a.	und andere
UiD	Union in Deutschland
vgl.	vergleiche
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten
VSP	Vereinigte Sozialistische Partei/Vereinigung Sozialistische Politik
WF	Werk für Fernsehelektronik
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
zit. n.	zitiert nach

Vorwort der Herausgeber

Die Auffassungen zur Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) weichen in der Politik, der Publizistik und der (Politik-)Wissenschaft weit voneinander ab. Um nur zwei (Extrem-)Positionen herauszugreifen: Die einen schätzen die aus der SED, der Staatspartei der DDR-Diktatur, hervorgegangene PDS als eine extremistische Partei ein, die anderen sehen sie als eine demokratische Partei an. Von großer Bedeutung ist eine intersubjektiv nachvollziehbare Beantwortung der Frage nicht zuletzt deshalb, weil von ihr abhängt, ob eine Regierungskoalition mit dieser Partei als Bruch eines Konsenses der Demokraten gilt. Aber auch politikwissenschaftlich besitzt eine solche Arbeit Relevanz, ist sie doch ein Lackmустest für die Ergiebigkeit der Extremismusforschung.

Wiewohl die heikle Frage, ob die PDS als extremistisch zu klassifizieren ist, zahlreiche Politiker, Journalisten und auch Wissenschaftler seit mehr als einem Jahrzehnt beschäftigt, handelt es sich bei der Studie von Jürgen P. Lang um die erste extremismustheoretische Analyse dieser Partei. Damit liefert er der künftigen wissenschaftlichen Diskussion ein solides Argumentationsgerüst. Bislang erfolgte die Mehrzahl der Urteile eher emotional als rational, selten systematisch. Lang beurteilt die PDS aufgrund von Kriterien, die nicht von vornherein eine bestimmte Antwort präjudizieren.

Im zweiten Kapitel hebt Lang das extremismustheoretische Fundament der Arbeit aus, indem er in der Auseinandersetzung mit verschiedenen wissenschaftlichen Positionen sein Verständnis des Begriffs „politischer Extremismus“ und die Kriterien seiner extremismustheoretischen Analyse erläutert. Die ausgewählten Kriterien ordnet der Autor nachvollziehbar den Bereichen Ideologie, Strategie und Organisation zu. Im einzelnen untersucht er bei der Ideologie das Grundwerteverständnis, das Demokratieverständnis und das Staatsverständnis. Im Bereich Strategie erscheinen dem Autor die außerparlamentarische wie die parlamentarische Strategie und die Regierungsstrategie von Interesse. Im Bereich der Organisation gelten Lang die organisatorischen Prinzipien der Partei wie der Umgang der Parteiführung mit innerparteilichen Strömungen als Prüfsteine. Eine solche Studie steht und fällt mit dem extremismustheoretischen Bezugsrahmen. Die Maßstäbe der Analyse sind so ausgewählt, daß kein Ergebnis präjudiziert wird.

Im Zentrum der Arbeit stehen die Kapitel III-V zu Ideologie, Strategie und Organisation der PDS. Die Auswahl orientiert sich damit an den drei für die Parteienforschung typischen Bereichen. Die Hauptkapitel sind gemäß der von Lang am Ende des zweiten Kapitels dargelegten Kriterien der Analyse untergliedert. Innerhalb der Unterkapitel unterscheidet er jeweils zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ in der PDS. Trotz der Buntscheckigkeit der PDS erscheint die Beschränkung auf zwei Lager gerechtfertigt, weil „Reformer“ und „Orthodoxe“ in den innerparteilichen Auseinandersetzungen jeweils als Einheit auftraten und den Gegner auch als solche identifizierten. Die Unterscheidung bezieht sich auf den Ausgangspunkt der Entwicklung der PDS: Festhalten am ideologischen, strategischen und organisatorischen Erbe der SED („Orthodoxe“) versus

(grundlegende) Reform und letztlich ein Abrücken vom ideologischen, strategischen und organisatorischen Erbe der SED („Reformer“).

Das sechste Kapitel faßt einerseits die Ergebnisse der Kapitel III bis V zusammen, geht andererseits durch seine vergleichende Perspektive deutlich über eine Zusammenfassung hinaus. Der Vergleich ist ein dreifacher: Ideologie, Strategie und Organisation der PDS bewertet Lang nicht nur entlang der Gegensatzpaare „Reformer“/„Orthodoxe“ und extremistisch/demokratisch, sondern auch mit Blick auf das jeweilige innerparteiliche Gewicht („relevant versus irrelevant“). Dieses Kapitel, das den Bogen zum zweiten schlägt, ist besonders gut gelungen. Neben den genannten drei Gegensatzpaaren fließt ein mögliches viertes, zeitliche Veränderungen nachzeichnendes Gegensatzpaar (früher/ heute) in die drei anderen – unterschwellig – mit ein. Die mehrfache Differenzierung fördert ein facettenreiches Bild zutage. Was Lang mit Blick auf die innerparteilichen Konflikte zur Gretchenfrage von extremistisch und demokratisch bei „Reformern“ und „Orthodoxen“ sagt, gilt ebenso für andere Konflikte: „Ursache der Auseinandersetzungen war nicht der extremistische Charakter ‚orthodoxer‘ Ideologien. Vielmehr basierten sie auf der Erkenntnis, daß deren Wirkung die viel beschworene ‚Politikfähigkeit‘ der Partei, zumal in den Parlamenten und an der Regierung minimierte“. Die massiven Auseinandersetzungen zwischen „Orthodoxen“ und „Reformern“ gehen nur zu einem Teil auf den zentralen Gegensatz von Extremismus und Demokratie zurück.

Langs Ergebnis folgt seiner wissenschaftlichen Analyse, geht ihr nicht voraus. Er hält sich von Immunisierungsstrategien frei. Die Analyse ist so formuliert, daß sich bei einer veränderten Haltung der PDS auch das Ergebnis der Einschätzung verändert. Die im Ausblick genannten Bedingungen für die Erfolge der „Orthodoxen“ und der „Reformer“ laufen auf ein Paradox hinaus. Für eine Demokratisierung sieht er drei Voraussetzungen: Vorreiterrolle der „Reformer“; Erneuerung der Programmatik in ihrem Sinne; Wahlerfolge. Nun arbeitet er jedoch heraus, daß die Erfolge der „Reformer“ zur Einbindung in die Regierungsarbeit führen. Diese wiederum ruft Enttäuschung bei Anhängern hervor mit der Konsequenz des Stimmenrückgangs. Und eine solche Schwächung stärkt „orthodoxe“ Kräfte. Gibt es aus diesem Teufelskreis für die Partei ein Entrinnen?

Jürgen P. Lang hat eine klare und kluge Analyse auf der Basis zahlreicher Quellen vorgelegt. Ihm liegen apodiktische Schlußfolgerungen fern. Seine Argumentation ist abwägend, und er läßt die Möglichkeit einer künftigen demokratischen Entwicklung der Partei offen (die parlamentarische Arbeit der PDS biete eine Chance der Demokratisierung), obwohl er zu dem Ergebnis kommt, die PDS sei im Kern eine extremistische Partei. Der Autor nimmt ungeachtet seiner wissenschaftlichen Differenziertheit kein Blatt vor den Mund. Man muß lange suchen, um woanders eine solch klare Aussage zu finden, wie sie am Schluß seiner Arbeit auftaucht: „Die Auseinandersetzung mit der PDS ist gekennzeichnet von der Ignoranz demokratischer Kräfte gegenüber der extremistischen Orientierung der Partei. Deshalb ist es um diesen Konsens nicht zum besten bestellt. Zumindest ist er in eine bedenkliche Schiefelage geraten. Andernfalls würde man der linksextremistischen PDS genauso entschieden und eindeutig entgegentreten wie den rechtsextremistischen ‚Republikanern‘“. Wird demächst eine Untersuchung erscheinen, die anhand eines festen Kriterienrasters den im Kern demokratischen Charakter der PDS herausdestilliert? Dabei käme eine solche Arbeit nicht umhin, die Herausforderung durch Lang anzunehmen.

Die Studie besticht durch ihren logischen Aufbau. Die spezifische Stärke ist die prinzipielle Art der Argumentation, die sich von kurzatmiger Aktualität frei macht. Dadurch ist diese Arbeit, die eine enorme Zahl an repräsentativen Quellen auswertet, nicht für den Tag geschrieben. Sie dürfte schnell das Prädikat „Standardwerk“ erlangen. Der Autor bildet seine Urteile nicht – wie das leider häufig geschieht – auf der Grundlage der Auswertung der Sekundärliteratur, sondern ausschließlich auf der Grundlage der Quellen selbst. Eine weitere große, besonders hervorzuhebende Stärke ist der Blick für das Wesentliche. Lang verfolgt zielsicher ein klares Untersuchungskonzept und belastet den Leser nicht mit überflüssigen, von der Fragestellung wegführenden Details. Die politikwissenschaftliche Forschung wird an dieser extremismustheoretischen Grundlagenstudie nicht vorbeikommen – unabhängig davon, wie man im einzelnen ihre Ergebnisse bewertet, da deren Herleitung gut nachvollziehbar ist. Der Autor arbeitet nicht mit „Setzungen“, sondern mit Begründungen.

Uwe Backes und Eckhard Jesse

Kapitel I: Einleitung

1. Untersuchungsgegenstand

Eine in vieler Hinsicht beachtenswerte Organisation ist Gegenstand der Untersuchung. Gleichsam als Hypothek der deutschen Wiedervereinigung etablierte sich die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) zu einer unübersehbaren Größe innerhalb des Parteienspektrums der Bundesrepublik. Mit ihr trat die ehemalige kommunistische Staatspartei der DDR ihr politisches und organisatorisches Erbe in einem freiheitlichen System an. Die veröffentlichten Meinungen darüber, auf welche Weise die PDS diese eigene Hypothek verwaltet, streuten breit. Die Pole stecken die Leitfrage meiner Analyse ab: Ist die PDS eine Partei, die sich an die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates¹ hält und seine Werte verinnerlicht hat, achtet und zu bewahren gedenkt? Oder ist es umgekehrt gerechtfertigt, daß die PDS der Vorwurf trifft, eine extremistische Organisation zu sein? Ziel meiner politikwissenschaftlichen Arbeit ist es, zu einem auf bestimmten Kriterien der Extremismustheorie gründenden, differenzierten Urteil zu kommen.

Als sich die SED zur (Jahres-)Wende 1989/90 in SED/PDS umbenannte, war ihr gerade die Allmacht einer „Staatspartei“ abhanden gekommen. 40 Jahre lang hatte sie zuvor in der DDR eine kommunistische Parteiendiktatur etabliert und aufrechterhalten, in der Institutionen eines demokratischen Verfassungsstaates zum Teil zwar formal vorhanden, aber zur bloßen Farce verkommen waren. Der Apparat der SED kontrollierte sämtliche staatlichen Einrichtungen vollständig.² Die Institutionen des Staates waren allein dazu da, Parteibeschlüsse umzusetzen, nicht aber dazu, politische Entscheidungsprozesse im Sinne eines demokratischen Verfahrens zu sichern. Bis 1990 gab es in der DDR keine freien Wahlen, und das Parlament, die Volkskammer, war schon aus diesem Grund Attrappe. Seine Aufgabe war es, Gesetze abzunicken, die ihr Pendant im Parteiapparat, das Zentralkomitee der SED, bereits beschlossen hatte. Die in der Volkskammer vertretenen (Block-)Parteien und Massenorganisationen erkannten den Führungsanspruch der SED an. Deswegen war das Parlament ein geschlossen und rituell, nicht aber demokratisch handelndes Vollzugsorgan der Parteipolitik.

Eine demokratische Streitkultur existierte nicht. Wahlen hatten in der DDR die Funktion, die Bürger für die aktuelle politische Linie der SED-Spitze zu mobilisieren; die Volkskammer sollte den Entscheidungen der Partei gegenüber den Bürgern einen Anstrich demokratischer Legitimität geben. Sie war insofern nichts als ein Rädchen in

1 Den Begriff „demokratischer Verfassungsstaat“ verwende ich nach Uwe Backes: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 87-103; Tine Stein: Demokratie und Freiheit an den Grenzen des Wachstums. Zur ökologischen Kritik und Reform des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen 1998.

2 Vgl. Jürgen Winkler: Zum Verhältnis von Partei und Staat in der DDR, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, ders. (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 159-176.

einer Maschinerie der Partei-Herrschaft über die Gesellschaft. Denn die Machthaber der SED erhoben einen Anspruch, der darauf hinauslief, ein totalitäres Gemeinwesen zu errichten und aufrecht zu erhalten. Sie waren bestrebt, die umfassende Kontrolle nahezu aller gesellschaftlichen Belange und Bereiche durchzusetzen.³ Diesem Zweck diente die zum Dogma geronnene Ideologie des Marxismus-Leninismus, ein Mittel, um die eigene Politik zu rechtfertigen, gleichzeitig Opposition in der Gesellschaft und in den eigenen Reihen zu diskreditieren und die Bürger zu disziplinieren.⁴ In ihrem Inneren kennzeichnete die SED eine hierarchische Ordnung mit fehlender demokratischer Legitimierung der Funktionäre und Gremien. An ihrer Spitze zog ein kleiner Zirkel innerhalb des Politbüros die Fäden, ein jeglicher Kontrolle entzogenes Machtzentrum mit absolutem Entscheidungsmonopol.⁵

1989/90 kam der SED ihr Staat abhanden; die alten Mechanismen der Machtausübung konnten nicht mehr funktionieren. Die zur PDS gewendete Partei stand angesichts der neuen politischen Gegebenheiten unter immensem Anpassungsdruck.⁶ Jetzt mußte es darum gehen, sich unter den Bedingungen des demokratischen Verfassungsstaates als eine politische Kraft unter vielen zu behaupten. Mehr oder weniger unbelastete und bis dato auch weitgehend unbekannte Köpfe – unter anderen Gregor Gysi, Wolfgang Berghofer – rückten an die Spitze der von inneren Krisen und riesigen Mitgliederverlusten gebeutelten Partei. Als „Reformer“ verkörperten sie am eindeutigsten die Abkehr vom „Staatssozialismus“ der DDR und dem dogmatisierten Marxismus-Leninismus. Diese „Reform“-Theoretiker – André und Michael Brie, Dieter Klein – hatten in der Spätphase der DDR Konzepte für einen radikalen Umbau des Sozialismus erar-

3 Vgl. Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ gemäß Beschluß des Deutschen Bundestages vom 20. Mai 1992, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. I: Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Frankfurt am Main 1995, S. 709 f.

4 Vgl. Johannes L. Kuppe: Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: ebd., Bd. III: Ideologie, Integration und Disziplinierung, S. 1370-1400; Hermann Weber, Lydia Lange: Zur Funktion des Marxismus-Leninismus, in: ebd., S. 2034-2061; Roswitha Wisniewski: Marxismus als Voraussetzung des politischen Systems der DDR, in: ebd., S. 2062-2095.

5 Vgl. Thomas Ammer: Die Machthierarchie der SED, in: ebd., Bd. II: Macht, Entscheidung, Verantwortung, S. 803-867.

6 Vgl. zu diesem Aspekt und allgemein zur Entstehung der PDS: Patrick Moreau: Die SED in der Wende, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, S. 289-339; ders.: Die verpaßte Erneuerung der PDS, in: Konrad Löw (Hrsg.): Terror und Extremismus in Deutschland, Berlin 1994, S. 97-112; Thomas Ammer: Von der SED zur PDS - was bleibt?, in: Ilse Spittmann, Gisela Helwig (Hrsg.): Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen, Köln 1990, S. 103-115; Johannes Kuppe, Thomas Ammer: Von der SED zur PDS, Bonn 1991; Heinrich Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1992; Manfred Wilke: Entstehung und Entwicklung der PDS, in: Peter Eisenmann, Gerhard Hirscher (Hrsg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München/Landsberg am Lech 1992, S. 147-190; Hasko Hüning: PDS – Systemopposition oder Reformpolitik? Eine Zwischenbilanz, in: Deutschland Archiv, 12/1990, S. 1821-1824; Siegfried Suckut, Dietrich Staritz: Alte Heimat oder neue Linke? Das SED-Erbe und die PDS-Erben, in: ebd., 10/1991, S. 1038-1051; sowie aus PDS-Perspektive: Thomas Falkner: Von der SED zur PDS. Weitere Gedanken eines Beteiligten, in: ebd., 1/1991, S. 30-51; Gregor Gysi, Thomas Falkner: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990.

beitet.⁷ Ihre Vorstellungen eines „modernen Sozialismus“ trieben künftig wie keine anderen die programmatische Entwicklung der Partei voran.

Die Bezeichnung „Reformer“ für eine bestimmte Denkrichtung innerhalb der SED/PDS hat, gemünzt auf Gregor Gysi, offenbar Peter Jochen Winters von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ Ende 1989 eingeführt.⁸ Sie soll an dieser Stelle nicht suggerieren, es handle sich ohne weiteres um eine demokratisch orientierte Strömung. Mit „Reformer“ meine ich nicht – in engerem Sinne – allein die Vertreter eines „modernen Sozialismus“, sondern ich fasse unter dieser Bezeichnung all diejenigen zusammen, die, ausgehend von einer fundamentalen Kritik am „Realsozialismus“ der DDR, eine „Demokratisierung“ der Partei anstrebten.⁹ Die dem „Reformer“-Lager zuzurechnenden PDS-Funktionäre festigten im Laufe der Jahre ihre Macht im zentralen Apparat und auch weitgehend in den Ost-Landesverbänden der PDS. Von dort aus versuchten sie größtenteils erfolgreich, ihre strategischen und ideologischen Konzepte gegen den Widerstand anderer Strömungen und zum Teil auch gegen die Parteibasis durchzusetzen.¹⁰

Insofern wird meine Arbeit implizit auch eine Antwort darauf geben müssen, ob und inwieweit die „Reformer“ ihren von Anbeginn an bekundeten Anspruch verwirklicht haben, die PDS zu einer glaubwürdigen, demokratisch gesinnten Organisation zu erneuern. Immerhin konstatierte Rainer Land, Ende der 80er Jahre Mitstreiter für einen „demokratischen“ Sozialismus in der DDR, die „Reformer“ in der PDS hätten „den entscheidenden Durchbruch bei der Neuorientierung der Partei noch nicht erreicht.“¹¹ Dieser intendierte Wandel nämlich fußte, wenn man so will, auf dem „Geburtsfehler“ der PDS. Denn es waren dieselben Funktionäre, die sich auf dem letzten, Außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 massiv für den Erhalt der Partei einsetzten¹² – nicht zuletzt, um eine sozialistische DDR zu bewahren. Zumindest indirekt hatten sie damit viele derjenigen verprellt, die sich einen ehrlicheren Neuanfang gewünscht hätten; eine Auflösung der SED und die Gründung einer neuen Partei.

Dies ist, wie wir wissen, nicht geschehen. Mehrere hundert Zuschriften hatte die SED in den Wirren des Umbruchs von Mitgliedern erhalten, die sich zur Zukunft der Partei äußerten. Immerhin 46,2 Prozent plädierten bis Mitte Dezember für die Option Auflösung/Neugründung. Dagegen sprachen sich 20,6 Prozent für eine schlichte Umbe-

7 Vgl. Rainer Land (Hrsg.): Das Umbaupapier (DDR). Argumente gegen die Wiedervereinigung, Berlin 1990.

8 Vgl. Manfred Wilke: Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS, Manuskript, Juli 1998, S. 22.

9 Siehe unten Abschnitt 4.

10 Zum ideologischen Einfluß der „modernen Sozialisten“ vgl. Eva Sturm: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur Politikfähigkeit der PDS, Diss., Augsburg 1998, S. 129-186.

11 Rainer Land: Ideologische Gruppierungen und Politik in der PDS, in: Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die PDS. Strukturen, Programm, Geschichtsverständnis, Potsdam 1995, S. 36; vgl. auch: ders., Rainer Possekel: PDS und Moderner Sozialismus, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 112-130.

12 Vgl. Helmut Seidel: Traditionen und Visionen. In welcher „Nachfolge“ steht die PDS?, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996, S. 25.

nung aus, und 31,8 Prozent verlangten den Erhalt der Partei, verbanden dies aber mit „Erneuerung“.¹³ Unbeschadet der Frage, ob diese Zahlen das Meinungsspektrum der gesamten noch verbliebenen Mitgliedschaft repräsentierten, hatte es die Interimsführung der SED – seit Egon Krenz’ Sturz stand der Partei ein „Arbeitsausschuß“¹⁴ vor – mit einem starken Lager zu tun, das das organisatorische Ende der SED wollte. Intellektuelle Wortführer dieses Lagers organisierten sich in Plattformen („3. Weg“;¹⁵ „Demokratischer Sozialismus“¹⁶), um ihre Auffassung bis in den Februar 1990 hinein gegen den Widerstand der gleichzeitig entstandenen „Initiativgruppen PDS“ und später gegen den Parteivorstand der SED/PDS durchzusetzen – erfolglos. Schon in der berühmten „Nachtsitzung“ des Außerordentlichen Parteitages war es der neuen Führung gelungen, die Delegierten auf den Erhalt der Partei einzuschwören.¹⁷ Am Ende verzeichnete das Protokoll: „Wolfgang Pohl: [...] Wer dafür ist, daß wir unsere Partei auflösen, den bitte ich um das Kartenzeichen – (keine Meldung) – Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und spenden langanhaltenden begeisterten Beifall.“¹⁸

Nicht wenige derjenigen, die sich Ende der 80er Jahre für einen Bruch mit dem „Staatssozialismus“ der DDR eingesetzt hatten, verließen in den ersten Wochen des Jahres 1990 enttäuscht den Vorstand oder traten (vorübergehend oder für immer) aus der Partei aus, ohne aber ihrerseits eine neue Organisation aus der Taufe zu heben. Andere „Reformer“ aber blieben, weil sie keine Alternative (mehr) sahen zum Fortbestand der Partei, die zu „demokratisieren“ sie sich nun auf die Fahnen geschrieben hatten. So kam es, daß zwar die radikalen, von der „Perestroika“-Bewegung in der Sowjetunion beeinflussten Vorstellungen des Reformdiskurses ideologisch dissidenter SED-Intellektueller auf höchster Ebene in die Partei gelangten. Aber seitdem bestimmt auch die mentale, politische und personelle Erblast der SED die Politik der PDS entscheidend mit. Warum kann es sonst sein, daß noch 1995 innerhalb der PDS über die Existenz eines – angeblichen – „antistalinistischen Gründungskonsenses“ gestritten werden muß,¹⁹ der sich, wie Vertreter der „Reformer“ argumentierten, in der breiten Zustimmung zu Michael Schu-

13 Vgl. Konsultations- und Informationszentrum / AG Eingabebüro: Tagesinformation vom 14. Dezember 1989, Manuskript.

14 Vgl. zu diesem Gremium vor allem: Eberhard Czichon, Heinz Marohn: Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, Köln 1999, S. 269-273.

15 Vgl. Michael Brie: Auf Grundlage des Statuts: Politische Plattform „3. Weg“ in der SED-PDS, in: Neues Deutschland vom 9. Januar 1990.

16 Vgl. Plattform demokratischer Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 17. Januar 1990.

17 Vgl. dazu Hans Modrows berühmte „Geheimrede“ vor dem Parteitag, dokumentiert in: Lothar Hornbogen, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 93-96.

18 Stenographischer Bericht der geschlossenen Sitzung des Außerordentlichen Parteitages am 9. Dezember 1989, Manuskript, S. 24 f.

19 Vgl. Horst Helas: Die Stalinismusdebatte in der PDS. Beitrag zur Rekonstruktion, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996, S. 309-324.

manns Rede „Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!“²⁰ auf eben diesem Außerordentlichen Parteitag manifestiert habe?

Dabei war das Referat durchzogen von Halbherzigkeiten und Relativismen zur unmittelbaren Vergangenheit.²¹ Das System der DDR hatte Schumann gleichwohl fundamental, weil als undemokratisch, in Frage gestellt. Aber eine solche Kritik war schon damals nicht konsensfähig: „Wie Ertrinkende nach dem Strohalm, so griffen die Delegierten nach neuen Gedanken. [...] Manche erinnerten sich später nicht mehr, wozu sie Ja gesagt hatten“,²² beschrieb André Brie rückblickend die Mentalität der Delegierten auf dem Außerordentlichen Parteitag. Fünf Jahre später konnte die „Reformer“-dominierte PDS-Spitze zwar die offene Stalin-Apologie einer Sahara Wagenknecht – mediengerecht personalisiert – als Außenseiterposition hinstellen. Aber zeitgleich wehrten sich Bundestagsabgeordnete der Partei dagegen, „stalinistische“ Auffassungen in der Mitgliedschaft auszugrenzen.²³

Konsens in der PDS war anscheinend nicht „Antistalinismus“, und auch nicht der Wille, grundlegende Kritik am System der DDR zu üben,²⁴ sondern von vornherein vor allem der Fortbestand der Partei. Bei der Behauptung, es hätten vor allem diejenigen der PDS den Rücken gekehrt, die deren proklamierten demokratischen Wandel nicht mittragen wollten,²⁵ handelt es sich um eine „Gründungslegende“ der PDS. Und Thomas Falkners Attest, die PDS habe sich Mitte der 90er Jahre „zu einer von demokratischen Grundsätzen geleiteten Partei entwickelt“, deren „Gründungskonsens von 1989 für die überwiegende Mehrheit der PDS-Mitglieder und -Sympathisanten integrativ wirkt“,²⁶ scheint für die Illusionen der „Reformer“ symptomatisch zu sein: Einer der zu Zeiten der untergehenden SED radikalsten Kritiker in der Partei zeichnete, vorübergehend zur PDS zurückgekehrt, nibelungentreu das fleckenlose Bild einer geläuterten Organisation.

Der „Geburtsfehler“ der PDS lieferte Kritikern zwangsläufig vielfältige Munition. Denn nicht nur das journalistische Faible für Synonyme hielt hartnäckig die Bezeichnung „Nachfolgepartei der SED“ am Leben. Die Etikettierung war vollkommen zutref-

20 Vgl. Michael Schumann: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System! Referat „Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED“, in: Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien, Berlin 1990, S. 41-56.

21 Vgl. Thomas Ammer u. a.: Der außerordentliche Parteitag, in: Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hrsg.): Analysen, Dokumentationen und Chronik zur Entwicklung in der DDR von September bis Dezember 1989, Bonn 1990, S. 98-116.

22 André Brie: Der zweigeteilte Parteitag. Versuch eines Beitrags gegen neue Legenden, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996, S. 52.

23 Jakob Moneta, Winfried Wolf, Ulla Jelpke, Uwe-Jens Heuer, Marita Böttcher: Drei positive Überraschungen und zwei Haken, in: Neues Deutschland vom 23. Januar 1995.

24 Zu diesem Ergebnis kommt nach akribischer Analyse Eva Sturm: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000.

25 Vgl. Lothar Bisky u. a.: Mit demokratischen Mitteln die politischen und sozialen Menschenrechte verteidigen. Brief an den Ex-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, in: PDS-Pressedienst vom 14. August 1998.

26 Vgl. Thomas Falkner: Die PDS – Partei der Wende des Herbstes 1989?, in: Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die PDS. Strukturen, Programm, Geschichtsverständnis, Potsdam 1995, S. 20 f.

fend. Tiefergehende Interpretationen verdeutlichen allerdings konträre Auffassungen bei der Charakterisierung der PDS, wiewohl dabei unterschiedliche Aspekte, die durchaus nebeneinander existieren können, hervorgehoben wurden. Für die einen – der Rechtswissenschaftler und politische Publizist Rudolf Wassermann sei hier stellvertretend genannt – war die PDS aus formal-juristischer Sicht „nicht, wie immer wieder zu lesen ist, eine Nachfolgepartei der kommunistischen SED, sondern diese selbst.“²⁷ Für die anderen, den Parteienforscher Richard Stöss etwa, war die „Gleichung ‚SED = PDS‘ falsch. Beide Parteien unterscheiden sich unübersehbar hinsichtlich ihrer Führungsgruppen, Programmatik, Politik und innerparteilichen Willensbildung.“²⁸ Beide Auffassungen müssen sich nicht notwendigerweise ausschließen.

Ebenso wie Wassermann hat Stöss nicht unrecht: Die PDS hat offensichtlich nicht mehr den Charakter einer nach leninscher Tradition gleichgeschalteten Kaderorganisation.²⁹ Sie zeigte sich als Mitgliederpartei, die die Bildung an bestimmten Themen oder gar Weltanschauungen orientierter innerparteilicher Gliederungen nicht nur zuließ, sondern förderte. Sie geriet nie in den Verdacht, den gesetzlich festgeschriebenen Ansprüchen an die innerparteiliche Demokratie nicht gerecht zu werden; die interne Willensbildung verlief formal von unten nach oben und nicht umgekehrt. Die PDS war eine politische Kraft, die sich augenscheinlich den Gegebenheiten der bundesdeutschen Konkurrenzdemokratie nicht verweigerte: Sie mobilisierte Anhänger, vermittelte Themen, nahm an Wahlen teil und war nicht zuletzt im Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus und allen Landtagen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vertreten. Von Oktober 1998 an regierte die PDS im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, von Januar 2002 an in Berlin – jeweils an der Seite der SPD. Jedoch war es ein Kennzeichen fast aller extremistischen Organisationen, sich eines naturgemäß feindlichen, weil demokratischen Werten verpflichteten Systems auf geeignete Weise anzupassen, ohne deshalb antidemokratische Ziele aufgeben zu müssen. Es ist eine Binsenweisheit, daß beispielsweise die SED in ihrer Rolle als Potentat eine andere Politik verfolgte, eine andere Strategie einschlug, über andere Möglichkeiten und Mittel verfügte als etwa ihr Vasall, die in der Bundesrepublik weitgehend marginalisierte DKP. In der antidemokratischen Ausrichtung ihrer Ideologien jedoch glichen sich beide wie ein Ei dem anderen.³⁰

Offenkundig kamen die unterschiedlichen Einschätzungen zur PDS auch deshalb zustande, weil implizit auf verschiedene Weise mit dem „Glaubwürdigkeitsargument“ operiert wurde. Stöss neigte dazu, programmatische Aussagen der PDS für sich sprechen zu lassen. Elemente der Kontinuität von SED und PDS ließen er und Gero Neugebauer ebenso außer acht wie mögliche Ursachen und exogene Bedingungen des Wan-

27 Rudolf Wassermann: Zwei politische Kulturen? Die Kooperation mit der PDS bedeutet Abkehr von der streitbaren Demokratie, in: *UiD*, 25/1998, S. 21.

28 Richard Stöss: Linksextremismus – überschätzt, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 328.

29 Vgl. Manfred Wilke: Ist die „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS) noch eine kommunistische Partei?, in: *Politische Studien*, 12/1990, S. 695-705.

30 Vgl. Manfred Wilke, Hans-Peter Müller, Marion Brabant: *Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik*, Köln 1990, S. 11-18.

dels.³¹ Demgegenüber betonten andere gerade diese Aspekte. So verwies der ostdeutsche SPD-Politiker und Bürgerrechtler Stephan Hilsberg darauf, die Mitgliedschaft der PDS habe sich weitestgehend aus ehemaligen SED-Mitgliedern zusammengesetzt, die sowohl der „alten Garde“ als auch der „ehemalige[n] innerkommunistische[n] Opposition“³² angehörten. In der Tat waren stets über 90 Prozent der PDS-Mitglieder schon in der SED. Dies ist mit dem notorischen Hinweis, es hätten sich (1998) nur etwa sechs Prozent der SED-Mitglieder noch in der PDS befunden, nicht zu entkräften.

Viele derjenigen, die später in der PDS Spitzenfunktionen ausübten, waren bereits Parteigänger des alten Systems.³³ Helmut Holter war nicht nur erster bundesdeutscher Landesminister mit PDS-Parteibuch, sondern vor 1990 auch Mitglied der SED-Bezirksleitung Schwerin. Auf ähnliche Karrieren können etwa Petra Sitte (früher Sekretärin der FDJ-Kreisleitung in Halle) und Roland Claus (früher Mitglied der SED-Bezirksleitung Halle) zurückblicken. Die Liste ehemaliger Angehöriger des mittleren SED-Apparates, die auch in der PDS wichtige Ämter oder Mandate innehatten, ließe sich fortsetzen. Gerade die drei Genannten sind es aber, denen keineswegs der Ruch rückwärtsgewandter Nostalgiker anhaftete, die vielmehr nach außen hin für politischen Pragmatismus standen und – von Petra Sitte abgesehen – vehemente Verfechter einer Regierungsbeteiligung der PDS waren. Egal welche Erklärungen es für ihre persönliche ideologische Läuterung geben mochte – für zweierlei konnten die drei jedoch nicht ohne weiteres erhalten: weder für die vielbeschworene Erneuerung der Partei von der Basis her noch als Paradebeispiele für die Ankunft der PDS in einem demokratischen System. Dafür spricht nicht nur Holters Forderung, das Thema Arbeitslosigkeit müsse endlich zur „Systemfrage“ werden, sondern auch die Beobachtung, daß jeder Wahlerfolg der PDS, jeder weitere Schritt in Richtung Macht von der Parteibasis mit einem „reaktionären Schub“ goutiert wurde.³⁴

Viele, die die Position Hilsbergs teilten, interpretierten den Ist-Zustand der PDS hauptsächlich als ein von der Partei eigentlich ungewolltes Ergebnis äußerer Umstände und Zwänge. Sie schenkten den politischen Aussagen der PDS deshalb erst einmal wenig Glauben, so grundlegend sich die Partei auch von der SED unterschieden haben mochte. Die Frage, ob sich die Partei nur auf Druck von außen oder mehr aus eigenem Antrieb und inneren Einsichten heraus gewandelt hat, ist berechtigt und interessant. Sie betrifft indirekt auch das Problem, das meiner Arbeit zugrundeliegt: Ist die PDS – im Gegensatz zur SED – eine demokratische Partei? Dennoch: Es ist eine müßige Frage. Schließlich kann auch eine zunächst nur widerwillig im Sog äußerer Umstände vollzogene Veränderung zu einem grundlegenden und glaubwürdigen Wandel hin zur Demokratie führen.

31 Vgl. Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte – Organisation – Wähler – Konkurrenten, Opladen 1996.

32 Stephan Hilsberg: Von der SED zur PDS – Elemente der Kontinuität, Manuskript, 16. Mai 1994, S. 7.

33 Vgl. Manfred Wilke: Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS, Manuskript, Juli 1998.

34 Vgl. Adalbert Zehnder: Die PDS in der Zwickmühle, in: Süddeutsche Zeitung vom 10. Februar 1999.

2. Problemstellung

Die Gefahr von Trugschlüssen ist groß, die PDS vor allem unter der Fragestellung zu untersuchen, was in ihr von der SED noch nachwirkt. Erst recht wäre es aber in einem Umkehrschluß kurzfristig, den möglichen demokratischen Charakter der PDS allein aus den Unterschieden zu ihrer Vorgängerin SED abzuleiten. Die PDS ist an dem zu messen, was sie ist und was sie will, weniger an dem, was sie war. Damit aber den politischen und sozialen Hintergrund aus der Argumentation auszublenden, hieße, der Blauäugigkeit anheimzufallen. Wer zehnmal „Demokratie!“ schreit, ist beileibe nicht automatisch Demokrat. Umgekehrt muß nicht gleich ein Extremist sein, wer sich den „Sozialismus“ auf die Fahnen geschrieben hat.

Ob die PDS eine extremistische Partei ist oder nicht, hat noch niemand analytisch schlüssig beantwortet. In krassem Gegensatz zu diesem fundamentalen Manko stand zeitweilig die Ex- und Intensität der politischen Diskussion über dieses Problem. Die (partei-)politische Auseinandersetzung des demokratischen politischen Spektrums mit einer mutmaßlich extremistischen PDS wies einige Merkwürdigkeiten auf. Auffallend war zunächst die anfängliche, etwa drei Jahre währende Ignoranz, die der PDS von Seiten der politischen Konkurrenz widerfuhr. Dabei hätte es doch gerade zu dieser Zeit für demokratische Kräfte vordringlich sein müssen zu prüfen, um welche Organisation es sich da handelt, die immerhin soeben das Erbe der SED angetreten hatte. Totschweigen hielt man offenbar für das am besten geeignete Mittel, die PDS zu bekämpfen. Diese Strategie scheiterte mit den allseits unerwarteten Wahlerfolgen der PDS in 1994. Von da an nämlich war die PDS zum Machtfaktor geworden – aber nicht allein deshalb, weil sie sich in den neuen Bundesländern zur drittstärksten politischen Kraft gemausert hatte und aus diesem Grund von der SPD allmählich ins Koalitionskalkül einbezogen wurde.

Die PDS geriet auch in der Auseinandersetzung der übrigen Parteien untereinander zum strategischen Objekt. So bekam die Frage: „Wie halten wir’s und wie hältst du’s mit der PDS?“ plötzlich ungeahnte Brisanz. Man kann die PDS als politisch interessierter Mensch für extremistisch befinden oder nicht. Egal, welcher Meinung man anhängt: Es ist nicht weiter schwer, Argumente dafür oder dagegen zu finden. Denn die Diskussion fand statt, wenn auch in Grenzen. Frappierend aber war der Opportunismus, mit dem sich andere Parteien auf diese Diskussion einließen – oder sich ihr enthielten. Am Verhältnis des politischen Gegners zur PDS maßen die Kräfte der rechten Mitte dessen demokratische Glaubwürdigkeit. Am konsequentesten verhielten sich dabei die Unionsparteien, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß nicht auch ihre Position strategischen Überlegungen entsprang.

Die CDU und ihr bayerisches Pendant CSU stellten die PDS meist kompromißlos als in toto extremistisch hin. Die durchweg bemühten Etiketten „die Radikalen“ beziehungsweise „die Kommunisten“ wirkten zwar unpassend; sie erfüllten aber den Zweck der Popularisierung dieser Auffassung. CDU und CSU waren die einzigen der im Bundestag vertretenen Parteien, die einen extremistischen Charakter der PDS in schriftlichen Studien zu belegen versuchten.³⁵ Das Argument der „SED-Nachfolge“, das prak-

35 Vgl. CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.): Zukunft statt Linksfront. PDS-Gefahr von links!, Bonn 1994; dies.: Nie wieder Sozialismus? – Die Ziele der SED-Fortsetzungs-Partei. Eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS, Bonn o. J.; Christlich-Soziale Union in Bayern

tisch allen Einlassungen aus den Reihen der Unionsparteien zugrundelag, ist auch in diesen Papieren zu finden. Daneben übernahm man Indizien, die in den Verfassungsschutzberichten zu lesen sind, und stellte inhaltliche Positionen der PDS als unrealistisch und überzogen hin. Einen stringenten Beweis führten CDU und CSU allerdings nicht. Die Unionsparteien befanden sich in der „glücklichen“ Lage, aus einer einheitlichen Position heraus argumentieren zu können. Vordergründig konsequent konnten sie die Rolle des Mahners einnehmen, auf den Konsens der Demokraten pochen und jedem „Verrat an der Demokratie“ vorwerfen, der sich mit der „extremistischen“ PDS einzulassen erdreistete.

Angesprochen war die SPD, die in dieser Frage eine alles andere als konsistente Haltung einnahm.³⁶ Während Politiker aus der ehemaligen, explizit gegen die SED gegründeten SDP – Martin Gutzeit, Markus Meckel oder Stephan Hilsberg – eine strikte Abgrenzung von der „undemokratischen“ PDS forderten, machten andere führende Sozialdemokraten in den neuen Bundesländern Front gegen derartige Kontaktverbote. Namentlich Harald Ringstorff und Reinhard Höppner setzten Kontrapunkte und suchten demonstrativ das Gespräch mit der PDS. Man mag aus guten Gründen die PDS mit Reinhard Höppner für eine „Partei im demokratischen Spektrum“³⁷ halten oder aber wie Günter Verheugen der Meinung sein, die PDS müsse ihr „Ja zur Demokratie noch unter Beweis stellen“³⁸ – derartige Widersprüche in einer augenscheinlich diffizilen Frage sind normal. Doch hatte sich gerade die in diesem Punkt uneinige SPD so gut wie keine Mühe gemacht, für Klarheit zu sorgen. Man konnte den Eindruck gewinnen, die Sozialdemokraten wollten dieses heiße Eisen bewußt nicht anpacken – trotz oder eben wegen der immensen parteiinternen Unsicherheiten über den Charakter der PDS.³⁹ Jürgen

(Hrsg.): SED/PDS – Gefahr für Deutschland, München 1994; Brigitte Baumeister: PDS zwischen Schein und Sein. Die linksextreme Partei kann kein Partner für verfassungstreue Parteien sein, Manuskript, 25. Februar 1997; Junge Union Hessen (Hrsg.): Linksextremismus. Erneute Herausforderung für unsere Demokratie, Manuskript, 10. Dezember 1994; Patrick Moreau, Manfred Wilke, Peter Maser, Gerhard Hirscher, Hermann Gleumes: Verdeckte Verführung. Die „Erfurter Erklärung“ und die Bündnispolitik der PDS im Wahljahr 1998, o. O. o. J.

- 36 Zum Verhältnis der SPD zur PDS vgl. Axel Brückom: Jenseits des „Magdeburger Modells“, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 174-187; Gerhard Hirscher: Das Verhältnis von SPD, Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996, München 1996; ders.: Die innerparteiliche Entwicklung der SPD und ihr Verhältnis zur PDS, in: Patrick Moreau: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, München 1998, S. 32-51; Eckhard Jesse: SPD and PDS Relationships, in: German Politics, 3/1997, S. 89-102; Rüdiger Dambroth: Parlamentarische Bündnisbestrebungen von SPD und PDS im Wahljahr 1998, in: Politische Studien, Heft 360, Juli/August 1998, S. 28-38; Rosa-Luxemburg-Verein (Hrsg.): SPD – PDS. Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Jahr 1994, Leipzig 1995; zum Verhältnis PDS/Grüne vgl. Jürgen Hoffmann: Auf dem Weg in ein neues Bündnis? B'90/Die Grünen und PDS vor der Berlin-Wahl 1995, Sankt Augustin 1995; Gerhard Hirscher: Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998, München 2001.
- 37 Zit. n. dpa vom 27. November 1994; vgl. auch „Ein tiefer Unterschied zwischen Ost und West“. Reinhard Höppner über die Rolle der PDS und seine Probleme mit der Bonner SPD, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Mai 1998.
- 38 Zit. n. dpa vom 10. Dezember 1994.
- 39 Daran ändern auch kritische Stellungnahmen und Studien zur PDS aus den Reihen der SPD nichts. Vgl. Landesbüro Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die PDS. Strukturen, Programm, Geschichtsverständnis. Tagungsdokumentation, Potsdam/Bonn 1995; Juso-Hochschulgruppen

Hoffmann und Viola Neu hatten recht, wenn sie feststellten, die SPD habe „unter rein machtpolitischen Erwägungen [gehandelt], der Demokratisierungsprozeß der PDS spielt[e] hierbei keine Rolle.“⁴⁰

Besonders auffällig wurden die strategischen Motive der SPD, als nicht mehr das Tandem Scharping/Verheugen die Leitlinie vorzeichnete, sondern ab dem Mannheimer Parteitag das Trio Lafontaine/Schröder/Müntefering. Diese drei Politiker gaben nach einer Phase des wahltaktischen Zurückhaltens den ostdeutschen Landesverbänden unumwunden freie Hand bei der Entscheidung, ob sie mit der PDS Bündnisse eingehen wollten oder nicht. Eine Diskussion darüber fand nicht statt. Aber auch der Abgrenzungskurs während der Ägide Scharpings entsprang keineswegs tieferen Einsichten über die demokratischen Qualitäten der PDS. Der damalige SPD-Vorsitzende sorgte sich vor allem um die Konkurrenz einer zweiten „sozialdemokratischen“ Partei und stempelte die PDS aus diesem Grund als „undemokratisch“ ab.⁴¹ Die PDS sei „nicht die linkere Sozialdemokratie, sondern die Nachfolgepartei der SED“, hieß es bezeichnend apodiktisch in einem SPD-Vorstandsbeschuß vom Dezember 1994.⁴² Und selbst bei ehemaligen SPD-Protagonisten stand, kaum war in Mecklenburg-Vorpommern die erste SPD/PDS-Koalition geschmiedet, die Angst vor einer verlustreichen Abhängigkeit von einer zweiten Linkspartei im Vordergrund. Eine Zusammenarbeit mit der PDS bringe die SPD auf Dauer um Mitglieder und Wähler des linken Lagers. Mangelnde Qualifikationen der PDS als demokratische Partei machte man nicht zum Thema.⁴³ Auch der sozialdemokratische Historiker Heinrich August Winkler tat es nicht, als er eine strikte Abgrenzung seiner Partei von der PDS forderte.⁴⁴

Diese Einstellung mag das Gutdünken bei den Einschätzungen der PDS aus der SPD heraus erklären. Gerade zu Zeiten tatsächlicher oder vermeintlicher Niederlagen der PDS-„Reformer“ verschärfte führende Sozialdemokraten den Ton gegenüber den Sozialisten. Nachdem der Rückzug Gregor Gysis und Lothar Biskys von der PDS-Spitze besiegelt war und die „Reformer“ im Jahr 2000 den für sie verheerenden Münsteraner Parteitag zu verkraften hatten, stellte SPD-Generalsekretär Müntefering öffentlich die Demokratie- und damit Regierungsfähigkeit der PDS in Frage.⁴⁵ Offensichtlich galt ihm ein bestimmtes Lager in der PDS als Garant für einen demokratischen Wandel der Partei. Je näher aber in den neuen Bundesländern die jeweiligen Wahltermine rückten, desto „demokratischer“ malten die dortigen SPD-Protagonisten das Bild von der PDS.⁴⁶

(Hrsg.): SPD. Texte, Meinungen, Pressestimmen zur offensiven Auseinandersetzung mit der PDS, Bonn 1994.

40 Jürgen Hoffmann, Viola Neu: Getrennt agieren, vereint marschieren? Die Diskussion über ein Linksbündnis bei SPD, Grünen und PDS, Sankt Augustin 1998, S. 25.

41 Vgl. Michael Jäger: So ein Misthaufen, in: Freitag vom 11. November 1994.

42 PDS engt die Optionen der SPD ein, in: Süddeutsche Zeitung vom 7. Dezember 1994.

43 Vgl. Markus Meckel, Richard Schröder, Erhard Eppler, Klaus Böger: „Die Mehrheit hält Distanz zur PDS“, in: Der Spiegel, 45/1998, S. 112-115.

44 Vgl. Heinrich August Winkler: Von Marx zur Marktlücke. Trennende Traditionen: Warum die PDS für die SPD ein Problem ist, in: Frankfurter Allgemeine vom 19. Oktober 1999.

45 Vgl. Müntefering: „Experiment PDS ist gescheitert“, in: Die Welt vom 17. April 2000.

46 Vgl. Gerhard Hirscher: Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998, München 2001, S. 34; Jürgen Hoffmann, Viola Neu: Getrennt agieren, vereint

Die eigene Unsicherheit in einer für eine demokratische Gesellschaft wesentlichen Frage konnten jedoch auch sie nicht beseitigen. Daß diese Unsicherheit bestand, zeigte nicht zuletzt die Inkonsequenz, mit der selbst ein Reinhard Höppner – eindeutig nur in seinem jeweiligen Urteil – sich gegenüber der für „demokratisch“ erklärten PDS verhielt. Er beteiligte sie in Sachsen-Anhalt an der Macht, hielt sie im „Magdeburger Modell“ aber von den Regierungsbänken fern.⁴⁷

Je weiter sich allerdings die Partei an die PDS annäherte, desto deutlicher formierten sich innerhalb der SPD die Lager der Kritiker und der Befürworter.⁴⁸ Die PDS-Frage hatte mit Beginn der ersten rot-roten Koalition der Bundesrepublik in Mecklenburg-Vorpommern beste Chancen, Spaltpilz der SPD zu werden. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Harald Ringstorff trieb mit der direkten Machtbeteiligung der PDS die „Erosion der Abgrenzung“⁴⁹ voran. Sollte die PDS eine extremistische Partei sein, hätte er wie später der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, auf dem Altar strategischer Ziele nicht nur die Glaubwürdigkeit seiner Partei geopfert, sondern auch den Konsens der Demokraten in Frage gestellt. Daß es um diesen nicht zum Allerbesten bestellt war, zeigte die Auseinandersetzung darüber, ob man denn eine PDS als frisch gekürte Regierungspartei fürderhin vom Verfassungsschutz beobachten lassen könne und solle. Immerhin waren sich die Parteien – bis auf die PDS selbst – weitgehend darin einig, daß es keiner Absolution gleichkommt, wenn eine Partei Kabinettsstühle erklommen hat.⁵⁰

Inkonsequent in zeitlicher und geographischer Hinsicht war auch der Blick der Verfassungsschutzbehörden auf die PDS. Zugeständnissen im Zuge der „2 + 4-Verhandlungen“ über die deutsche Einheit war es wahrscheinlich geschuldet, daß sich die drei folgenden Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Rudolf Seiters und zu Anfang seiner Amtszeit auch Manfred Kanther – allesamt CDU – immer eindeutig dagegen ausgesprochen hatten, die PDS als extremistisch einzustufen und sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu überwachen.⁵¹ Dabei wiesen ihre sonstigen Äußerungen über die betreffende Partei oft in eine ganz andere Richtung. Offenbar sollte jedoch die SED beziehungsweise PDS nach der Wiedervereinigung als politische Partei der Bundesrepublik bestehen bleiben und in dieser Eigenschaft zunächst möglichst wenig Druck von Seiten der Exekutive erfahren.

Von 1990 an sammelte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln Material zur PDS, und es ist zu vermuten, daß dort bereits frühzeitig Expertisen zum extremistischen Charakter der Partei erstellt, aber nie veröffentlicht wurden. Gleichwohl erwähnten die Verfassungsschutzberichte anfänglich „linksextremistische Bestrebungen in

marschieren? Die Diskussion über ein Linksbündnis bei SPD, Grünen und PDS, Sankt Augustin 1998, S. 22 f.

47 Vgl. Eckhard Jesse: Kein verheißungsvolles Szenario für Schröder, in: Die Welt vom 31. März 1998.

48 Vgl. Umgang mit der PDS entzweit SPD, in: Süddeutsche Zeitung vom 19. Januar 1999; Marcel Braumann: Nein zur „Neuen Mitte“. Linke Sozialdemokraten aus Sachsen-Anhalt gegen PDS-Abgrenzungskurs, in: Neues Deutschland vom 26. Januar 1999.

49 Wolfgang Rudzio: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988.

50 Zu den Positionen der verschiedenen Parteien in dieser Frage vgl.: Ist die Beobachtung der PDS durch den Verfassungsschutz notwendig?, in: Das Parlament vom 18. Dezember 1998.

51 Vgl. ddp/ADN vom 12. Oktober 1994.

der PDS“. Ein Bruch in der veröffentlichten Bewertung der Partei erfolgte im Jahr 1993. Der Verfassungsschutzbericht für 1994 widmete der PDS erstmals ein eigenes Kapitel,⁵² was darauf hindeutete, daß von da an auch der Kern der Partei als extremistisch eingestuft wurde, also nicht nur bestimmte Gruppierungen in ihr: „Die ‚Partei des Demokratischen Sozialismus‘ (PDS) hat [...] ihre grundsätzliche politische Zielsetzung nicht geändert. Sie will die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland überwinden und eine ‚andere Gesellschaft‘ aufbauen.“⁵³ Dieser „Wandel“ in der Bewertung durch das BfV läuft gegen die verbreitete Meinung, die PDS werde immer demokratischer. Der Grund dafür dürfte aber schlicht darin gelegen haben, daß eine gewisse Schonfrist, die man der PDS eingeräumt hatte, abgelaufen war. Anscheinend hat es die Partei aus Sicht des BfV in dieser Zeit nicht vermocht, eine fortschreitende Demokratisierung glaubhaft zu machen. Allerdings waren die Aussagen in späteren Verfassungsschutzberichten des Bundes wiederum weniger eindeutig. So spricht der Bericht für 1997 – wie auch die folgenden – nur noch von „Anhaltspunkten“⁵⁴ für antidemokratische Absichten „der“ PDS. Zudem bekam das Unterkapitel „Offen linksextremistische Strukturen in der PDS“ in den Berichten für die Jahre 1999 bis 2001 die neue Überschrift „Extremistische Strukturen in der PDS“,⁵⁵ was in der Konsequenz nur bedeuten konnte, daß nicht die gesamte Partei als extremistisch anzusehen war.

Nur die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) in Bayern (von 1990 an)⁵⁶ und im Saarland (von 2000 an)⁵⁷ beobachteten offiziell die gesamte PDS. In den meisten der übrigen Bundesländer waren Gliederungen der Partei – unter anderem die Kommunistische Plattform (KPF), das Marxistische Forum und die Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen (AGJG) – sowie zum Teil das Umfeld der PDS im Visier. Diese Praxis schlug sich in den Verfassungsschutzberichten nieder,⁵⁸ die allerdings von Land zu Land unterschiedliche Schwerpunkte setzten.⁵⁹ Eine Ausnahme bildete Brandenburg: Die dortigen Behörden hielten eine Beobachtung der PDS von Anfang an für falsch, mit der

52 Vgl. „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS), in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1994, Bonn 1995, S. 64-68.

53 Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1996, Bonn 1997, S. 56.

54 Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1997, Bonn 1998, S. 49.

55 Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1999, Berlin 2000, S. 118; dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin 2001, S. 150; dass. (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 168.

56 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.): Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), München 1997.

57 Vgl. Statistik des saarländischen Landesamtes für Verfassungsschutz, in: <http://www.innen.saarland.de/9154.htm> (Ausdruck vom 18. November 2002).

58 Vgl. unter vielen: Verfassungsschutzbericht Sachsen 2001, Pressefassung, Dresden 2002, S. 123-129; Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 2001, in: <http://www.mi.sachsen-anhalt.de/broinfo/verfbe/links.htm> (Ausdruck vom 18. November 2002); Verfassungsschutzbericht Thüringen 2001, in: <http://www.verfassungsschutz.thueringen.de/vsberichte/2001/linksextremismus.htm> (Ausdruck vom 18. November 2002).

59 So erwähnten etwa die Verfassungsschutzberichte aus Schleswig-Holstein die PDS nicht explizit. Die Veröffentlichungen aus Hamburg gingen allenfalls kurz auf die Kommunistische Plattform ein. Dagegen würdigten die baden-württembergischen, hessischen, nordrhein-westfälischen und rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzberichte die PDS als Ganzes.

Begründung, es gebe in der Partei „für linksextremistische Bestrebungen keinerlei Anhaltspunkte“. ⁶⁰ Entsprechend erwähnten die Verfassungsschutzberichte aus Potsdam zwar „marxistisch-leninistische Parteien“, ließen dabei aber im Gegensatz zu anderen Bundesländern die Kommunistische Plattform der PDS unberücksichtigt. ⁶¹ In den übrigen neuen Bundesländern und Berlin wurde die PDS – in umgekehrter Entwicklung etwa zum Saarland – jahrelang als „Prüffall“ behandelt, bis man sich entschied, sie nicht als Ganzes zu observieren. In Mecklenburg-Vorpommern fanden die Verfassungsschutzberichte die PDS im Laufe der Zeit immer weniger der Rede wert, ⁶² bis die Partei schließlich – parallel zur Regierungsbeteiligung der PDS – überhaupt nicht erwähnt wurde. ⁶³ Auch im Verfassungsschutzbericht des Landes Berlin für 2001 taucht die PDS nicht mehr auf. ⁶⁴ Er war in 2002 erschienen, dem Jahr des Regierungseintritts der Partei. Die vorangegangenen Ausgaben hatten noch Gruppierungen innerhalb der PDS berücksichtigt. ⁶⁵

Es ist nicht Sinn der Sache, die unterschiedlichen Einschätzungen ⁶⁶ zur PDS zu werten. Schließlich unterliegen das BfV ebenso wie die LfV den Weisungen ihrer Dienstherren im jeweiligen Innenministerium. Und dort spielen politische Opportunität und Parteiräson eine wesentliche Rolle. Nicht zuletzt aus diesem Grund können die veröffentlichten Bewertungen der Verfassungsschutzämter kein Fundament einer wissenschaftlichen Analyse bilden oder eine solche ersetzen. Die Indizien, die die meisten Verfassungsschutzbehörden auflisteten, wogen indes zum Teil schwer. Als Anhaltspunkte für „verfassungsfeindliche“ ⁶⁷ Bestrebungen der PDS wurden vor allem genannt: die Herkunft aus der SED; die Duldung und Förderung „offen“ linksextremistischer Strukturen; die Verbindung und Zusammenarbeit mit Linksextremisten; ein zweideutiges Verhältnis zur Gewalt als Mittel der Politik; die „Systemüberwindung“ als programmatisches Ziel; der Vorrang des außerparlamentarischen Kampfes. Jedoch lassen die eklektizistisch angeordneten Berichte keine Argumentation erkennen. Es ist nicht nachzuvollziehen, nach welchen Kriterien jeweils geurteilt wurde. Und ungenannt blieb, ob es Hinweise auf demokratische Entwicklungen oder Elemente in der PDS gab. Darin liegt der zweite Grund, warum die Veröffentlichungen der Verfassungsschutzämter einer politik-

60 So der Leiter des brandenburgischen LfV, Hans-Jürgen Förster. Vgl. Brandenburg – weiter keine PDS-Beobachtung, in: reuter vom 11. November 1996; vgl. auch: „Krause Theorien“. Interview mit Brandenburgs Verfassungsschutzchef Wolfgang Pfaff über die Furcht der Westdeutschen vor der PDS, in: Der Spiegel, 10/1996, S. 50.

61 Vgl. Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (Hrsg.): Verfassungsschutzberichte 1995-2001, Potsdam 1996-2000.

62 Vgl. Eckhard Jesse: Die streitbare Demokratie ist ausgehebelt worden. Historische Zäsur im Umgang mit der extremistischen PDS, in: Focus, 50/1998, S. 54.

63 Vgl. Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern: Extremismusbericht 2001 – Kapitel II, in: http://www.verfassungsschutz-mv.de/pages/jahr01_kap2.htm (Ausdruck vom 18. November 2002).

64 Vgl. Verfassungsschutzbericht Berlin 2001, Berlin 2002, S. 49-73.

65 So finden sich noch im Berliner Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2000 Kapitel zur Kommunistischen Plattform und zum Marxistischen Forum.

66 Vgl. Eckhard Jesse: Amtstexte als Zeichen politischen Wandels. Die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder im Vergleich, in: Frankfurter Allgemeine vom 9. April 1997.

67 Die Bezeichnung „verfassungsfeindlich“ gebrauchen nicht nur die Verfassungsschutzbehörden, sondern auch Wissenschaftler synonym zu „extremistisch“. In dieser Arbeit wird ausschließlich der zweite Begriff Verwendung finden.

wissenschaftlichen Untersuchung nichts vorwegnehmen, geschweige denn sie ersetzen können.

Es verwundert nicht, daß eine Partei sich vehement gegen Vorwürfe wehrt, extremistisch zu sein – dies traf auch auf die PDS zu. Ihre Funktionäre hielten den Anklägern entgegen, sie böten für ihr Verdikt keine hinreichenden Belege. Mit den Indizien selbst aber setzte sich die PDS an keiner Stelle auseinander.⁶⁸ Statt dessen führte sie Gegenargumente ins Feld, die kaum geeignet waren, den Extremismus-Verdacht auszuräumen. Häufigstes Mittel waren Bekundungen, man stehe schließlich auf dem Boden des Grundgesetzes.⁶⁹ Die PDS ging sogar so weit, sich selbst als einzig wahren Hüter der Verfassung zu sehen, die man darüber hinaus zu „demokratisieren“ gedachte. Selbst die von den meisten Verfassungsschutzbehörden als extremistisch eingestufte Kommunistische Plattform nahm dies für sich in Anspruch: „Unbeirrbar werden wir [die] demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes gegen Sozialabbau, Entmündigung der Frauen, großen Lauschangriff und Aufhebung des Asylrechts verteidigen.“⁷⁰ Auch gegen Extremismus?

Doch saß nicht nur die KPF einem Irrtum auf, wenn sie „Prinzipien des Grundgesetzes“ vor etwas schützen wollte, dessen Gefährlichkeit gar nicht virulent war. Mit denselben Argumenten operierte die Verteidigungsstrategie der PDS-„Reformer“, warfen diese doch ihrerseits der politischen Konkurrenz vor, „verfassungsfeindlich“ zu sein, und unterstellten „undemokratische“ Absichten. Das las sich dann so: „Bürgerliche Grundrechte, die wesentlich politische Schutz- und Abwehrrechte der Bürgerinnen und Bürger gegen den Staat sind, werden insbesondere durch die CDU Stück für Stück auf dem Altar ‚innerer Sicherheit‘ geopfert. [...] Auch die SPD muß sich nach ihrem Umgang mit dem Grundgesetz fragen lassen.“ Habe nicht auch sie „dem großen Lauschangriff ebenso zugestimmt, wie einem diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetz, das sozialen Menschenrechten Hohn spricht?“⁷¹

Die Sätze der Berliner PDS-Vorsitzenden Petra Pau waren typisch für die Argumentation der Partei-„Reformer“. Sie offenbarten ein Verständnis, das im Grundgesetz ausschließlich einen Katalog politischer, zum Staatsziel erhobener Rechte und Forderungen (Was sind „soziale Menschenrechte“?) sah, und verkannten dabei den legitimatorischen Aspekt. Denn der Extremismus-Vorwurf meint – wenn er nicht politisch oder polemisch motiviert ist – die Anschuldigung, in Gegnerschaft zu dem normativen, dem Grundgesetz inhärenten Kern demokratischer Prinzipien zu stehen, und nicht, die Verfassung als „Regelwerk“ oder als Recht gewordenes politisches Programm zu mißachten. Die PDS ließ solche Argumente ins Leere laufen; ihre Protagonisten verfrachteten die Auseinandersetzung auf die Ebene politischer Ziele, um sie dort zu einem Streit um „Demokra-

68 Das würde man wenigstens von folgender Veröffentlichung erwarten: PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.): Verfassungsschutz und PDS. Material zur Pressekonferenz, Berlin 1997.

69 Vgl. zuletzt Lothar Bisky, Gregor Gysi: PDS ist Verfassungspartei, in: PDS-Pressedienst vom 18. September 1998.

70 SprecherInnenrat der KPF der PDS: Erklärung zur Observierung der Kommunistischen Plattform der PDS, in: Kommunistische Plattform der PDS: Warum sind KommunistInnen in der PDS?, Berlin 1994, S. 51.

71 Vgl. Petra Pau: Alte Kurzschlüsse und neue Linke. Die Systemfrage, das Grundgesetz, die SPD und die PDS, in: Disput, 10/1998, S. 23.

tie“ werden zu lassen. Dies spricht nicht gerade dafür, daß die PDS vorhatte, den demokratischen Verfassungsstaat zu verteidigen, und nährt eher die Bedenken ob ihrer demokratischen Ausrichtung. In diesem Zusammenhang appelliere ich, den überaus interpretationsoffenen Begriff „verfassungsfeindlich“ mit einem Bann zu belegen. Auch wenn mit ihm meist „extremistisch“ gemeint ist: er öffnet Versuchen semantischer Umdeutung Tür und Tor.

Aber möglicherweise handelte es sich in diesem Fall gar nicht um ein Mißverständnis wider besseren Wissens. Denn ein Bekenntnis zum Grundgesetz abzulegen, darauf legte Petra Pau Wert, heiße nicht, die „Systemfrage“ fallen zu lassen.⁷² Gemünzt war ihre Feststellung auf einen offenen, parteiintern scharf angegriffenen⁷³ Brief führender PDS-Politiker an Richard von Weizsäcker im Wahlkampf-Sommer des Jahres 1998, in dem es heißt: „Die Wahrung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verbürgten Grundrechte ist für uns unverzichtbar geworden. Menschen, die diesen Prinzipien gegenüber feindlich eingestellt sind, haben keinen Platz in unserer Partei.“⁷⁴ Auch ein vordergründig noch so eindeutiges Bekenntnis bedarf zumal dann der Prüfung, wenn Zweifel an seiner Ernsthaftigkeit bestehen. Waren die Bekenntnisse aus den Reihen der PDS zur Demokratie glaubwürdig oder eher Ausfluß strategischer Intentionen mit undemokratischer Zielsetzung?

Die PDS ist aus der Diktaturpartei SED hervorgegangen, und es gibt Anzeichen der Kontinuität. Sie steht in der Nachfolge einer Organisation, die sich explizit als „kommunistisch“ verstanden hat. Insofern ist es entscheidend zu fragen: Wie verwaltete die PDS ihr Erbe? Die Besonderheit ihrer Herkunft hält den Bekenntnissen der PDS zur Demokratie den Spiegel vor. Die Art und Weise, in der die Partei mit ihrer Vergangenheit als führende Kraft in dem antidemokratischen System der DDR umging, ist Gradmesser ihrer demokratischen Einstellung und Entwicklung. Die PDS wollte in der Bundesrepublik einen „demokratischen“ Sozialismus vertreten. Sollte dieser Anspruch verwirklicht worden sein, müßte die Partei mit den Sozialismusvorstellungen der SED grundlegend gebrochen haben. Die PDS beanspruchte, eine demokratisch geläuterte Kraft zu sein, die sich den Entscheidungsmechanismen des demokratischen Verfassungsstaates nicht verweigert. Während sie als Wählerpartei innerhalb der Instanzen des demokratischen Verfassungsstaates weitgehend an der politischen Macht teilhaben wollte, hielt sie aber den „außerparlamentarische[n] Kampf um gesellschaftliche Veränderungen“ für „entscheidend“ und eine gegen den Staat gerichtete „Gegenmacht“⁷⁵ für notwendig. Der eine Aspekt spricht auf den ersten Blick eher für, der andere eher gegen die demokratische Qualität der PDS.

Was bedeuten die wiederholten Mahnungen des „Reform“-Ideologen André Brie, die PDS müsse „endlich in der der Bundesrepublik ankommen“ und „ein positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zum Grundgesetz finden“?⁷⁶ Waren dies

72 Vgl. ebd., S. 24.

73 Vgl. Detlef Joseph: Wahlerfolg als Blankoschein der „Reformer“?, in: Disput, 11/1998, S. 40 f.

74 Vgl. Lothar Bisky u. a.: Mit demokratischen Mitteln die politischen und sozialen Menschenrechte verteidigen. Brief an den Ex-Bundespräsidenten Richard vom Weizsäcker, in: PDS-Pressedienst vom 14. August 1998.

75 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin o. J., S. 34.

76 Die SPD hätte und gern als As im Ärmel. Interview mit André Brie, in: Stern, 32/1996, S. 108.

nur verbale Luftblasen eines Geltungsbedürftigen, wie es Brie im Sommer 1996 aus der empörten Parteibasis entgegenschallte? Oder offenbart sich in diesen Worten die messerscharfe Analyse eines Strategen, der im Zustand seiner Partei ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zu einer demokratischen Erneuerung sah? Wie war es um diesen von den PDS-„Reformern“ proklamierten Aufbruch bestellt? Konnten wenigstens deren ideologische Vorstellungen für eine demokratische PDS bürgen, auch wenn sie von einer „rückwärtsgewandten“ Basis an ihrer Wirksamkeit gehindert wurden? Waren die „Reform“-Ideologien der PDS für sich genommen geeignet, den Normen eines demokratischen Verfassungsstaates standzuhalten? Gesetzt den Fall, es handelte sich bei den „Reformern“ um eine Bastion idealistischer Demokraten: Was hielt sie in der PDS, was bezweckten sie mit einer Partei, von der angenommen werden kann, daß in ihr das Gros derjenigen verharret, die weit davon entfernt sind, die Werte des demokratischen Verfassungsstaates als die ihren anzusehen?

3. Forschungsstand

Was ist die PDS für eine Partei? Sie zu charakterisieren, fiel offensichtlich schwer. Deshalb wohl dachte ihr die Wissenschaft so unterschiedliche Bezeichnungen zu wie keiner anderen politischen Organisation in Deutschland: „Kaderpartei“ und „Strömungspartei“, „Ostpartei“ und „Volkspartei“, „demokratisch“, „extremistisch“, „sozialdemokratisch“, „linkssozialistisch“, „kommunistisch“, „postkommunistisch“, „populistisch“ heißen die Etiketten. Die Vielfalt der Meinungen lag nicht nur an dem jeweiligen Standpunkt des Betrachters, sondern auch an inneren Widersprüchen der PDS selbst, womöglich daran, daß sie eine „Partei ohne Mitte“ war.⁷⁷ Nicht wenige Veröffentlichungen⁷⁸ beziehen sich auf die Frühzeit der PDS (etwa bis 1992) und erklären – auf unterschiedliche Weise – den Wandel der Partei aus der SED heraus.⁷⁹ Die analytisch

77 Vgl. Hasko Hüning: „Fremde im feindlichen System“. Bewältigt die PDS die Erosion der Ausgrenzung?, in: Sozialismus, 2/1996, S. 19-27.

78 „Wissenschaftliche“ Publikationen, die in der PDS beziehungsweise ihrem Umfeld entstanden sind, finden in diesem Abschnitt keine Berücksichtigung, dienen der Analyse gleichwohl als Quellentexte: Thomas Falkner, Dietmar Huber: Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht?, München 1994; Heinz Beinert (Hrsg.): Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin 1995; Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995.

79 Vgl. Patrick Moreau: Die SED in der Wende, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996, S. 289-339; ders.: Die verpaßte Erneuerung der PDS, in: Konrad Löw (Hrsg.): Terror und Extremismus in Deutschland, Berlin 1994, S. 97-112; Thomas Ammer: Von der SED zur PDS – was bleibt?, in: Ilse Spittmann, Gisela Helwig (Hrsg.): Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen, Köln 1990, S. 103-115; Johannes Kuppe, Thomas Ammer: Von der SED zur PDS, Bonn 1991; Heinrich Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1992; Manfred Wilke: Entstehung und Entwicklung der PDS, in: Peter Eisenmann, Gerhard Hirscher (Hrsg.): Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München/Landsberg am Lech 1992, S. 147-190; Hasko Hüning: PDS – Systemopposition oder Reformpolitik? Eine Zwischenbilanz, in: Deutschland Archiv, 12/1990, S. 1821-1824; Siegfried Suckut, Dietrich Staritz: Alte Heimat oder neue Linke? Das SED-Erbe und die PDS-Erben, in: ebd., 10/1991, S. 1038-1051; sowie aus PDS-Perspektive: Thomas Falkner: Von der SED zur PDS. Weitere Gedanken eines Beteiligten, in: ebd., 1/1991, S. 30-51.

umfassendste Studie hat dazu Manfred Gerner⁸⁰ vorgelegt. Er nahm den Wandel von der SED zur PDS in puncto Organisation(sprinzipien), Mitglieder, Funktionäre, Ideologie und Programmatik unter die Lupe. Allerdings dominierte eine soziologische Sichtweise, die vor allem strukturelle Veränderungen herausarbeitete. Gerner analysierte Programmatik und Ideologie der PDS nicht nach demokratietheoretischen Gesichtspunkten, sondern zog einen Vergleich zur SED. Die Unterschiede zur Vorgängerorganisation bestimmten das Ergebnis. Die strategische Perspektivlosigkeit, die Existenz unterschiedlicher Strömungen und eine inkonsistente Programmatik zeigten Gerner zufolge eine wenig erfolgversprechende politische Entwicklung der Partei in ihrer Frühphase. Die PDS sei ein Fremdkörper in einem feindlichen System gewesen.

Zu einem ähnlichen Befund kamen Andreas Fraude⁸¹ und Patrick Moreau,⁸² die detailliert und sehr umfassend das Innenleben der PDS bis 1991 beziehungsweise 1992 beschrieben. Beide Autoren legten daneben starkes Gewicht auf die Strategie der Partei, also ihren Umgang mit anderen politischen Kräften, ihre Bündnispolitik und die Wahltaktik. Erstmals gerieten auch die West-PDS und das Wahlbündnis Linke Liste ins Blickfeld. Die ideologische Umorientierung spielt in beiden Analysen dagegen eine untergeordnete Rolle. Fraude zog den Schluß, die PDS habe sich nur teilweise von Vorstellungen des „Realsozialismus“ verabschiedet und nicht entschieden, was an seine Stelle treten soll. „Sie ist daher in ihrem gegenwärtigen Zustand als *das* politische Residuum der ehemaligen DDR zu betrachten.“⁸³ Ähnlich resümierte Moreau, der die PDS des Jahres 1991 „wahlpolitisch und organisatorisch zu einer regionalen Partei verkommen“⁸⁴ sah. Die innere Heterogenität und eine im Denken rückwärtsgewandte Mitgliedschaft hätten der Partei trotz des Aufbruchswillens weniger Funktionäre keine Perspektive eröffnet. „Auf dem Wege in die politische Bedeutungslosigkeit“⁸⁵ sah auch Heinrich Bortfeldt die junge PDS. Seine aus Insider-Perspektive geschriebene detaillierte Chronologie ging der im Untertitel gestellten Frage – „Wandlung zur Demokratie?“ – allerdings nicht nach. Christian Welzels Studie⁸⁶ wollte den Ursachen des Struktur- und Funktionswandels der SED zur PDS auf die Spur kommen, diente aber eher der Praktikabilisierung eines systemtheoretischen Ansatzes, als daß sich neue Erkenntnisse über die PDS ergeben konnten. Neueren Datums ist ein umfangreicher Beitrag von Henrik Eberle, der SED und PDS unter dem Aspekt der „Propaganda“ verglich, wobei er Kampagnen und Medien der neuen Partei in Inhalt und Form umfassend würdigte.⁸⁷

80 Manfred Gerner: Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994.

81 Andreas Fraude: „Reformsozialismus“ statt „Realsozialismus“? Von der SED zur PDS, Münster/Hamburg 1993.

82 Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992.

83 Andreas Fraude: „Reformsozialismus“ statt „Realsozialismus“? Von der SED zur PDS, Münster/Hamburg 1993, S. 140 (Hervorhebung im Original).

84 Patrick Moreau: PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992, S. 458.

85 Heinrich Bortfeldt: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1992, S. 295.

86 Christian Welzel: Von der SED zur PDS. Eine doktringebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990, Frankfurt am Main u. a. 1992.

87 Vgl. Henrik Eberle: Von der SED- zur PDS-Propaganda – Kontinuitäten und Brüche, in: Andreas Dornheim u. a.: In guter Verfassung II. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz, Erfurt 1998, S. 39-148.

Wie wir heute wissen, hat sich die Prognose eines schnellen politischen Endes der PDS als falsch erwiesen. Später entstandene Monographien über die Partei lassen zwei Schwerpunkte erkennen:⁸⁸ Da sind zum einen diejenigen, die sich einer extremismus- oder demokratiethoretischen Einschätzung verpflichtet fühlten, zum anderen parteiensoziologisch ausgerichtete Untersuchungen. Interessanterweise zeichnen erstere ein relativ geschlossenes Bild von der PDS und stellen einen auch ideologischen Zusammenhalt der unterschiedlichen Strömungen in der Partei heraus.⁸⁹ Dagegen beschreiben letztere die PDS als Organisation, „die sich durch einen besonders widersprüchlichen und antagonistischen Pluralismus auszeichnet“.⁹⁰ Die immanente Analyse der Programmatik und Ideologie hatte zur Folge, daß die PDS-„Reformer“ unversehens in die (links-)sozialdemokratische Ecke rückten. Dort wären sie orthodoxen Kräften gegenübergestanden, die mit inkompatiblen politischen Vorstellungen jeden Aufbruch gehemmt hätten.⁹¹ Das einzige, was die Partei zusammengehalten habe, schlußfolgerten etwa Gero Neugebauer und Richard Stöss – von ihrer Warte aus logisch –, sei eine bestimmte, DDR-geprägte Wertestruktur ihrer Mitglieder gewesen.

Fast schon blauäugig oder aber mit Hintergedanken förderten die beiden Wissenschaftler die Selbstdarstellung der „Reformer“ als wahre (Sozial-)Demokraten. Denn deren – in der Partei einflußreiche – ideologische Vorstellungen gewannen allenfalls durch Unterschiede zu anderen Kräften in der PDS an Kontur; mögliche Gemeinsamkeiten wurden von vornherein nicht unterstellt. Dies trifft auch auf Manfred Gerner zu, der einen innerparteilichen ideologischen Konsens negierte und die PDS in „zwei antagonistische Teile“ zerfallen sah: Einer „demokratisch gesinnten Mehrheit im Führungsbereich steht eine Parteibasis gegenüber, die dem alten Klassenkampfdenken weiterhin verbunden ist.“⁹² Gerner kam der Innensicht des PDS-„Reformers“ Michael Brie sehr nahe, der besorgt konstatierte: „Die Pluralisierung der PDS ist bis zu jenem Punkte fortgeschritten, wo sie das notwendige Mindestmaß an Konsistenz und Handlungsfähigkeit in Frage stellt und in eine organisatorische Verbindung völlig disparater Fragmente übergeht.“⁹³ Diese Ansicht vertritt auch Eva Sturm mit ihrer in Teilen scharfsinnigen,

88 Zu den wissenschaftlichen Positionen zur PDS vgl. den in der Argumentation allerdings zum Teil wenig schlüssigen Beitrag von Sigrid Koch-Baumgarten: Postkommunisten im Spagat. Zur Funktion der PDS im Parteiensystem, in: Deutschland Archiv, 6/1997, S. 864-878.

89 Vgl. Jürgen P. Lang: Das Prinzip Gegenmacht. PDS und Parlamentarismus, Sankt Augustin 1998.

90 Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte – Organisation – Wähler – Konkurrenten, Opladen 1996, S. 31.

91 Die Aufbrüche der „Orthodoxen“ in der PDS und ihre Nähe zur Mentalität der Basis beschreibt Heinrich Bortfeldt: „Auf daß der Wind sich drehe!“ Zum PDS-Parteitag, in: Deutschland Archiv, 4/1994, S. 340-342; ders.: Die Ostdeutschen und die PDS, in: ebd., 12/1994, S. 1283-1287; ders.: Pyrrhussieg der Reformer. 4. Parteitag der PDS in Berlin, in: ebd., 3/1995, S. 228-232; ders.: Zurück zur SED?; in: ebd., 7/1995, S. 678-680; ders.: Nichts als ein Kampf gegen alte und neue Windmühlen?, in: Das Parlament, 40/1996, S. 14; ders.: Der 5. Parteitag der SED-Nachfolgepartei in Schwerin: Die PDS auf dem Weg aus der Isolation? in: ebd., 5/1997, S. 10; ders.: Wahlparteitag der PDS in Rostock: Vom zunehmenden Realitätsverlust, in: ebd., 16-17/1998, S. 11.

92 Manfred Gerner: Antagonismen der PDS. Zum Pluralismus der SED-Nachfolgepartei, in: Deutschland Archiv, 2/1996, S. 239.

93 Michael Brie: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische

insgesamt jedoch eklektizistischen und inkonsistenten Untersuchung zur – ihrer Meinung nach äußerst begrenzten – „Politikfähigkeit“ der PDS.⁹⁴ Wie Neugebauer/Stöss charakterisierte Sturm die PDS deshalb im Ergebnis als „Ostpartei“,⁹⁵ allerdings ohne eine Analyse programmatischer Aussagen zugrundegelegt zu haben.

Scharfe Attacken ritten Neugebauer/Stöss gegen Vertreter normativer Untersuchungen, namentlich Patrick Moreau und den Autor dieser Arbeit, denen sie, ohne direkt auf die Argumentation einzugehen, analytische Defizite unterstellten.⁹⁶ Neugebauer/Stöss erachteten „die Frage der Verfassungsfeindlichkeit der PDS [als] nachrangig“.⁹⁷ Stöss muß sich fragen lassen, warum er es 1990, also bereits nach seiner „empirischen Wende“, mit den „Republikanern“ akkurat andersherum gehalten hatte,⁹⁸ mit einer Partei also, die sich wie die PDS mutmaßlich in der Grauzone zwischen extremistisch und demokratisch befand, wenn auch auf der anderen Seite von Links-Rechts. Der Vorwurf, normative Untersuchungen interpretierten die Fakten mit dem Ziel zurecht, politisch gefärbte Vorurteile bestätigt zu bekommen, fällt in gewisser Hinsicht auf Neugebauer und Stöss zurück. Eine parteiensoziologische Einordnung der PDS vorzunehmen, war zwar überaus wichtig. Aspekte der Ideologie und der Strategie wurden jedoch nur durch die Hintertür, nämlich in Form von programmatischen Kompromissen einbezogen, also als Ergebnisse der unterstellten totalen politischen Disparatheit⁹⁹ der Partei. Für was aber stritten die innerparteilichen Gegner? Immerhin läßt die Existenz dieser Kompromisse die Annahme zu, daß es auch gemeinsame politische Ziele sein konnten, die die PDS zusammengehalten haben. Vielleicht entpuppt sich der parteiinterne „Streit der Ideologien“ lediglich als ein Streit über Wege und Mittel?

In meiner Analyse der programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS¹⁰⁰ habe ich die ideologischen Positionen zueinander in Bezug gesetzt und herausgearbeitet, welches Lager der Partei sich auch inhaltlich jeweils hatte durchsetzen können. In derselben Intention beschrieb Henrik Eberle den „Einfluß des Marxistischen Forums auf

Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 11.

94 Vgl. Eva Sturm: „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000.

95 Gegen die Pauschalität dieser Charakterisierung vgl. aus PDS-Sicht: Harald Werner: PDS: Der Graben hinter der Fünf-Prozent-Hürde, in: Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 36/1998, S. 116.

96 Vgl. Richard Stöss: Linksextremismus – überschätzt, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 9. Jhrg., Baden-Baden 1997, S. 325-328.

97 Gero Neugebauer, Richard Stöss: Die PDS. Geschichte – Organisation – Wähler – Konkurrenten, Opladen 1996, S. 13.

98 Vgl. Richard Stöss: Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, 2. Aufl., Köln 1990, S. 13, 75-78, 81-86.

99 Aus Sicht der PDS-„Reformer“ vgl. Michael Brie: Das politische Projekt PDS – eine unmögliche Möglichkeit. Die ambivalenten Früchte eines Erfolgs, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 9-38; und – mit journalistisch geschärftem Blick – Christian v. Dittfurth: Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS, Köln 1998.

100 Jürgen P. Lang: Partei ohne Mitte – Die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 13. Jhrg., Baden-Baden 2001, S. 155-168.

programmatische Positionen der PDS“.¹⁰¹ Ich habe auch schon früher – bewußt in Gegnerschaft zu Stöss’ Auffassung – Indizien präsentiert, die auf ideologische Gemeinsamkeiten der einzelnen Strömungen der Partei hindeuteten. Dieser Aspekt ist in die Gesamtdarstellungen der PDS von Patrick Moreau und mir eingeflossen.¹⁰² Das heißt nicht, daß wir die innere Fraktionierung der PDS und die Divergenzen zwischen Basis und Führung verkannt hätten, im Gegenteil: Dies waren wichtige Momente der Analysen. Allerdings fanden wir heraus, daß, zugespitzt formuliert, an der Spitze der PDS nicht etwa einige wenige Linksdemokraten die Geschicke der Partei gegen den breiten Widerstand einer ideologisch vollkommen inkompatiblen Mitgliedschaft lenkten. Die PDS schien ein auch politisch greifbares Selbstverständnis zu haben, über das Konsens herrschte.

In krassem Gegensatz zu Stöss hielten es andere Autoren gerade für wichtig, die demokratischen Qualitäten der PDS zu überprüfen – dies jedoch mit unterschiedlichen Nuancen. Eine erste extremismustheoretische Einschätzung der PDS unternahm in drei Artikeln Armin Pfahl-Traugber, der auf der Basis parteioffizieller Texte die parteiliche Darstellung der DDR-Vergangenheit sowie erstmals die Staatsauffassung der PDS überprüfte und darin antidemokratische Elemente ausmachte.¹⁰³ Mit demselben Ergebnis untersuchte Matthias Mletzko das organisierte Umfeld der PDS.¹⁰⁴ Eine „Anwendbarkeitsprüfung“ des Extremismusbegriffs unternahm Carmen Everts anhand der PDS und der Partei „Die Republikaner“¹⁰⁵ und kam dabei zu einem ähnlichen Resultat.

Giselher Schmidt enttarnte in einem sehr prägnanten Aufsatz die radikaldemokratischen Attitüden der Partei als Element einer identitären Demokratieverstellung, wenngleich seine Schlußfolgerung, die „Reformer“ der PDS hätten sich in der Tradition Lenins befunden, auf tönernen Füßen steht.¹⁰⁶ Das Demokratieverständnis der PDS-„Reformer“ und sein Zusammenhang mit strategischen Überlegungen in der Partei ist zentraler Aspekt meiner Studie über das Verhältnis der PDS zum Parlamentarismus.¹⁰⁷ Ebenfalls mit normativem Ansatz widmeten sich Untersuchungen den Blicken der PDS auf die DDR. Die widersprüchliche, halbherzige und instrumentelle Aufarbeitung der

101 Henrik Eberle: Die Partei „vorm Untergang bewahren...“. Der Einfluß des Marxistischen Forums auf programmatische Positionen der PDS, in: Gerhard Hirscher, Peter Christian Segall (Hrsg.): Die PDS: Zustand und Perspektiven, München 2000, S. 109-137.

102 Vgl. Jürgen P. Lang, Patrick Moreau: PDS. Das Erbe der Diktatur, München 1994; dies., Viola Neu: Was will die PDS?, Frankfurt am Main/Berlin 1994; dies.: Auferstanden aus Ruinen...? Die PDS nach dem Super-Wahljahr 1994, Sankt Augustin 1995. Vgl. auch Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Aufbruch zu neuen Ufern? Zustand und Perspektiven der PDS, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 6/1996, S. 54-61.

103 Vgl. Armin Pfahl-Traugber: Wo steht die PDS? Versuch einer extremismustheoretischen Einschätzung, in: liberal, 3/1993, S. 18-28, ders.: Das Feindbild Kapitalismus. Programm und Verfassungsentwurf der PDS, in: ebd., 4/1994, S. 17-26; ders.: Wandlung zur Demokratie? Die programmatische Entwicklung der PDS, in: Deutschland Archiv, 4/1995, S. 359-369.

104 Vgl. Matthias Mletzko: Gibt es Anhaltspunkte für extremistische Einstellungen in den Organisationen mit der Präsenz ehemaliger MfS-Mitarbeiter?, Manuskript, 1997.

105 Vgl. Carmen Everts: Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2001.

106 Vgl. Giselher Schmidt: Zwei rivalisierende Demokratie-Modelle. Ein Beitrag zum Verständnis der PDS, in: Deutschland Archiv, 8/1995, S. 835-841.

107 Vgl. Jürgen P. Lang: Das Prinzip Gegenmacht. PDS und Parlamentarismus, Sankt Augustin 1998.

Vergangenheit haben – zumeist Historiker – recht umfassend und tiefschürfend behandelt, wodurch unterschiedliche Positionen und Geschichtsbilder in der Partei und ihrem Umfeld an Profil gewannen.¹⁰⁸ Mitarbeiter der Verfassungsschutzes schrieben instruktive Analysen einiger PDS-Landesverbände, wobei sie ideologische Positionen und die Zusammenarbeit mit extremistischen Organisationen in den Mittelpunkt rückten.¹⁰⁹

In unterschiedlicher Zielsetzung und Fokussierung richteten mehrere Studien das Augenmerk auf die PDS in ihrem politischen Umfeld. Umfassend aufgearbeitet wurde das Verhältnis der Partei zur SPD, wobei Deskription überwog.¹¹⁰ In anderer Manier hat der Verfasser dieser Arbeit aufgezeigt, daß der Wille einiger PDS-Funktionäre zur Zusammenarbeit der Partei mit der SPD und zur Beteiligung an Länderregierungen im Jahre 1995 keinen grundlegenden Wandel einer fundamentaloppositionell ausgerichteten Parteistrategie bedeutete.¹¹¹ Auf der Ebene des Formalen bewegte sich Jochen Spöhrer, der die PDS im 12. und 13. Deutschen Bundestag unter die Lupe nahm.¹¹² Ab dem Jahr 2000 widmeten sich Veröffentlichungen, die zum Teil im Auftrag der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung entstanden sind, der PDS als Element des deutschen Par-

108 Vgl. Rudolf van Hüllen: Aufarbeitung, Mythenbildung, „Kurzer Lehrgang“ – oder was? Entwicklungslinien der „Geschichtsarbeit“ unter Postkommunisten, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 7. Jhrg., Baden-Baden 1995, S. 27-41; Eugen Serèn: Revisionistische Tendenzen und sinnstiftende Publizistik seit 1989 auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Organisationen, Meinungen und Literatur, in: Katrin Brandenburg u. a.: In guter Verfassung. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz, Erfurt 1997, S. 33-108; ders.: Linker Revisionismus? Allgemeines, Theoretisches, Organisatorisches, Argumentativ-Exemplarisches mit Blick auf Thüringen, in: Andreas Dornheim u. a.: In guter Verfassung II. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz, Erfurt 1998, S. 179-276; sowie die Beiträge in: Rainer Eckert, Bernd Faulenbach (Hrsg.): Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München/Landsberg am Lech 1996; Stefan Meinung: Die leichte Last der Vergangenheit. Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte durch die PDS, in: Gerhard Hirscher, Peter Christian Segall (Hrsg.): Die PDS: Zustand und Perspektiven, München 2000, S. 139-161.

109 Vgl. Gerhard Forster: Die PDS in Bayern, in: Gerhard Hirscher, Peter Christian Segall (Hrsg.): Die PDS: Zustand und Perspektiven, München 2000, S. 21-27; Hartwig Möller: Die PDS in Nordrhein-Westfalen, in: ebd., S. 29-34; Bettina Blank: Die PDS in Baden-Württemberg. Ein sozialistisches Experiment in Westdeutschland, in: ebd., S. 35-58; Helmut Roewer: Die PDS in Thüringen: Ein Spaziergang durch die politische Landschaft im Freistaat, in: ebd., S. 89-96.

110 Vgl. Axel Brückom: Jenseits des „Magdeburger Modells“, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 174-187; Gerhard Hirscher: Das Verhältnis von SPD, Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996, München 1996; ders.: Die innerparteiliche Entwicklung der SPD und ihr Verhältnis zur PDS, in: Patrick Moreau: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei, München 1998, S. 32-51; Rüdiger Dambroth: Parlamentarische Bündnisbestrebungen von SPD und PDS im Wahljahr 1998, in: Politische Studien, Heft 360, Juli/August 1998, S. 28-38; Rosa-Luxemburg-Verein (Hrsg.): SPD – PDS. Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Jahr 1994, Leipzig 1995; Gerhard Hirscher: Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998, München 2001.

111 Vgl. Jürgen P. Lang: Die PDS und die deutsche Linke – ein ambivalentes Verhältnis, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 6, Bonn 1994, S. 180-193; ders.: Nach den Wahlen 1994: PDS-Strategie im Wandel?, in: Deutschland Archiv, 4/1995, S. 369-380.

112 Vgl. Jochen Spöhrer: Zwischen Demokratie und Oligarchie: Grüne und PDS im Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999.

teiensystems¹¹³ und der Rolle der Partei als Koalitionspartner in Mecklenburg-Vorpommern.¹¹⁴ Immanente Sichtweisen und soziologische Erklärungsmodelle dominierten hierbei.

Patrick Moreau und Viola Neu zogen 1994 das vernichtende Fazit: „Alles in allem spricht einiges für den linksextremen Charakter der PDS. [Sie] bekämpft des herrschende System mit allen Mitteln.“¹¹⁵ Für diese Aussage bot ihre Analyse, die strukturelle und bündnispolitische Aspekte in den Vordergrund stellte, in der Tat triftige Gründe. Den Beweis, daß die „subversive Strategie“ der PDS „den Spielregeln und dem Wertekonsens der deutschen Demokratie“¹¹⁶ zuwiderläuft, blieben die Autoren allerdings schuldig. Dasselbe gilt für die zahlreichen anderen Arbeiten Moreaus, die – sich oft wiederholend – minutiös die Strategie der PDS, ihre Bündnispolitik, den inneren Zustand und das politische Umfeld der Partei sowie die Zusammenarbeit mit Linksextremisten darstellen.¹¹⁷ Moreau konnte allerdings seine Behauptung nicht hinreichend belegen, daß die PDS hauptsächlich eine Strategie der Infiltration verfolgt. Nicht nur in diesem Punkt

113 Vgl. Michael Brie, Rudolf Woderich (Hrsg.): Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2002.

114 Vgl. Frank Berg, Thomas Koch: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Politikfeld- und Parteienanalysen, Berlin 2001; Lothar Probst: Die PDS – von der Staats- zur Regierungspartei. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg 2000; Manfred Gerner: Die SPD-PDS-Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern. Nagelprobe für die Regierungsfähigkeit der SED-Nachfolgeorganisation, in: Gerhard Hirscher, Peter Christian Segall (Hrsg.): Die PDS: Zustand und Perspektiven, München 2000, S. 97-108.

115 Patrick Moreau, Viola Neu: Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus, Sankt Augustin 1994, S. 85.

116 Ebd.

117 Vgl. Patrick Moreau: Krise und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46-47/1990, S. 38-53; ders.: Die PDS: eine postkommunistische Partei?, in: ebd., 5/1992, S. 35-44; ders.: Postkommunistische Parteien in Westeuropa. Anpassungsstrategien zum Überleben, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Politischer Extremismus in Deutschland und Europa, München 1993, S. 57-76; ders.: Delegitimierung und Destabilisierung – Parteiapparat und Bündnispolitik der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 5, Bonn 1993, S. 141-155; ders.: Das Wahljahr 1994 und die Strategie der PDS, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1/1994, S. 21-26; ders.: Rückkehr der roten Kader. Wie die PDS mit Konfliktstrategie und durch Unterwanderung an die Macht will, in: Focus, 25/1994, S. 23-25; ders.: Gefahr von links? Die PDS auf dem Weg zur Etablierung, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 8/1994, S. 694-705; ders.: Perspektiven des Parteiensystems: Stabilität, Protest, Regierbarkeit. Schwerpunkt PDS, Manuskript, Oktober 1994; ders.: Agitationskampagnen des linksextremen Spektrums – das Fallbeispiel PKK und die Kurdenfrage, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 7, Baden-Baden 1995, S. 152-165; ders.: Der Durchbruch der PDS im „Superwahljahr 1994“ – Demokratie in der Krise, in: Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Parteiensysteme am Wendepunkt? Wahlen in der Fernsehdemokratie, München/Landsberg am Lech 1996, S. 229-248; ders.: Mit Lenin im Bauch...? Die PDS auf der Suche nach einer Berliner Republik von Links, in: Politische Studien, 349/1996, S. 27-42; ders.: Die Partei des Demokratischen Sozialismus, in: ders., Marc Lazar, Gerhard Hirscher (Hrsg.): Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, Landsberg am Lech 1998, S. 242-332; ders., Hermann Gleumes: Die Deutsche Kommunistische Partei: Ergänzung oder Konkurrenz für die PDS?, in: ebd., S. 333-374; sowie – die strategische Funktion von Programmelementen der PDS einbeziehend – Patrick Moreau: Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei. Mit Beiträgen von Hermann Gleumes, Gerhard Hirscher, Peter Maser und Manfred Wilke, München 1998; ders., Rita Schorpp-Grabiak: „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – Die PDS: Eine Bilanz, Baden-Baden 2002.

beleuchtete er die Partei verengt unter dem Aspekt der Nähe zu herkömmlichen kommunistischen Praktiken, wobei er die Theoreme Antonio Gramscis – „kulturelle Hegemonie“, „Stellungskrieg“, „historischer Block“ – als nahezu ausschließliches Vorbild der maßgeblichen PDS-Ideologen darstellte.

Patrick Moreau und ich haben versucht, den Zustand, die Entwicklung und das Wirken der PDS möglichst umfassend zu schildern. Jeder von uns hat dabei – jenseits des allgemein zugänglichen Materials – zahlreiche interne Quellen aufgetan, auf die sich die Darstellungen stützen. Neben der Theorie und Praxis der PDS-Strategie, den Organisationsprinzipien, Gruppierungen und Machtverhältnissen im Inneren der Partei, den sogenannten Vorfeldorganisationen, dem Zustand der West-PDS und der Zusammenarbeit mit anderen, auch linksextremistischen politischen Kräften¹¹⁸, analysierten wir unter normativen Gesichtspunkten die ideologischen Konzepte der Partei-„Reformer“ sowie die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit durch die Partei, wobei auch der Umgang mit MfS-belasteten Funktionären breiten Raum einnahm. Herausgekommen ist eine strukturierte und reichhaltige Faktensammlung, die es zuließ, die PDS als extremistische Partei einzuschätzen.¹¹⁹ In diesem Sinne haben wir der PDS in unserer Bestandsaufnahme des Linksextremismus in Deutschland viel Platz gewidmet.¹²⁰ Bei aller Fülle der Indizien: Was fehlt, ist eine abwägende Einordnung der gewonnenen Erkenntnisse anhand eines theoretischen Rahmens. Schließlich gab es auch Anzeichen, die für einen demokratischen Charakter der PDS sprechen oder zumindest einen demokratischen Wandel der Partei erkennen ließen. Eine fundierte, an Kriterien der Extremismustheorie orientierte Analyse der PDS steht aus.

4. Aufbau

Es ist angebracht, drei Analyseebenen miteinander zu verquicken. Die erste – normative – wird als theoretischer Kriterienkatalog im folgenden Kapitel II expliziert. Die zweite – empirische – schlägt sich in der Gliederung der Untersuchung in drei zentrale Abschnitte nieder und folgt Kategorien der Parteienforschung (Ideologie, Strategie und Organisation¹²¹ – Kapitel III bis V). Auf einer dritten – phänomenologischen – Ebene steht die Unterscheidung zwischen „Reform“- und „orthodoxen“ Positionen innerhalb der drei Hauptkapitel. Erst am Ende (Kapitel VI und VII) finden die drei Ebenen in einer Synthese zusammen. Warum diese Vorgehensweise? Der analytischen Eindimensionalität eines normativen Ansatzes (extremistisch versus demokratisch) steht die Komplexi-

118 Auch das Verhältnis zu den Gewerkschaften fand Berücksichtigung. Vgl. dazu – eine Gegenposition einnehmend – Gero Neugebauer, Hugo Reister: PDS und Gewerkschaften, Bonn 1996.

119 Zu den unterschiedlichen Positionen in der Frage vgl.: Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 7, Baden-Baden 1995, S. 83-112, wo Heinrich Bortfeldt, Thomas Falkner, Armin Pfahl-Traughber und Manfred Wilke Stellung beziehen.

120 Vgl. Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 24-244.

121 In ähnlicher Weise hat Uwe Backes bei seinem Unternehmen, „Grundelemente einer Phänomenologie des politischen Extremismus“ herauszuarbeiten, Doktrin, Aktion und Organisation als Analyseebenen unterschieden. Vgl. Uwe Backes: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 116-120.

tät des zu analysierenden Phänomens entgegen. Aus diesem Grund birgt eine strikt nach normativen Kriterien strukturierte Untersuchung die Gefahr, in der Konsequenz präjudizierend, das Objekt auf Basis einer eklektizistischen Ansammlung derjenigen Indizien zu messen, die einem unterstellten „Ergebnis“ schon möglichst nahekommen. Es soll jedoch eine abwägende Bewertung möglich sein, die entlastende Aspekte nicht von vornherein ausschließt. Die der Analyse vorgegebene Gliederung mag auf den ersten Blick auf eine umfassende Beschreibung oder Charakterisierung der Partei hindeuten. Es handelt sich jedoch explizit nicht um eine Gesamtdarstellung der PDS, sondern um eine systematische Arbeit, die sich an Kriterien der Extremismustheorie orientiert. So erfüllen die einzelnen Ebenen unterschiedliche Funktionen:

(1) *Extremistisch versus demokratisch: die normative Ebene.* Sie bildet die Basis der Analyse. Kapitel II expliziert nicht nur den theoretischen Bezugsrahmen, sondern entwickelt auch die Kriterien, anhand derer die PDS analysiert wird. Zunächst kläre ich in der Diskussion wissenschaftlicher Positionen, welches wissenschaftlich-methodische Verständnis von einer Theorie des politischen Extremismus in dieser Arbeit vertreten wird (erster Abschnitt). Daraus leite ich im zweiten Abschnitt die Definition des politischen Extremismus ab, der als Antipode zu Werten und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates erklärt wird. Auf dieser normativen Basis wiederum elaboriere ich im dritten Abschnitt Maßstäbe der Analyse. Auf diesen fußt die gesamte Arbeit. Die Maßstäbe sortiere ich in die Rubriken Ideologie, Strategie und Organisation. Diese Differenzierung spiegelt sich in den zentralen Kapiteln III bis V wider, deren jeweilige Untergliederung sich ebenfalls akkurat an die Kriterien hält. So ist es am Ende möglich, Ideologie, Strategie und Organisation zunächst separat anhand der Maßstäbe zu bewerten (Kapitel VI), um sie dann zusammenzufassen (Kapitel VII). Die normative Ebene findet auf diese Weise reibungslos mit der empirischen zusammen. In der Analyse habe ich mich strikt an den Aspekten orientiert, die sich unmittelbar aus den Bewertungskriterien (Kapitel II, 3) ergeben, weswegen etwa die Antifaschismus-Thematik,¹²² das Problem der MfS-Mitarbeit und das Geschichtsbild der Partei allenfalls indirekt mit einfließen.

(2) *Ideologie – Strategie – Organisation: die empirische Ebene.* Die drei Kategorien eignen sich trefflich, will man eine politische Partei in ihrer Gesamtheit würdigen und dennoch die Komplexität des Phänomens reduzieren. Zum einen sind sie allgemein genug, um den Untersuchungsgegenstand zu strukturieren, ohne ihn auf einzelne Elemente zu beschränken. Zum anderen sind sie konkret genug, um denselben nicht in einem beliebigen Sammelsurium an Charakteristika verschwimmen zu lassen. Der zweite Aspekt ist zumal für systematisch strukturierte Untersuchungen von Vorteil, solche, die sich keiner historischen Beschreibung verpflichtet fühlen. Der erste Aspekt mag Analysen beflügeln, die einen immanenten, den Gegenstand „aus sich heraus“ erklärenden Ansatz verfolgen, also nicht unbedingt auf die Einordnung des Objekts in einen größeren phänomenologischen Zusammenhang abheben. Beide Aspekte sind für meine Arbeit von

122 Vgl. dazu Werner Müller: Bruch oder Kontinuität? SED, PDS und ihr „Antifaschismus“, in: Manfred Agethen, Eckhard Jesse, Ehrhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau 2002, S. 363-376; Patrick Moreau, Rita Schorpp-Grabiak: Antifaschismus als Strategie der PDS, in: ebd., S. 377-395; Viola Neu: Strategische Bedeutung des „Antifaschismus“ für die Politik der PDS, in: ebd., S. 396-405.

methodischem Nutzen, die gleichwohl nicht in der Immanenz verharrt, sondern Wertmaßstäben folgt. Die Systematik gerade einer solchen Untersuchung kann sich aber nicht in der Auflistung normativer Kriterien und einem wissenschaftlich unzulässigen Herauspickern passender Indizien aus dem Phänomen erschöpfen, dem man als Ganzes gerecht werden muß. Dennoch ist auf der empirischen, deskriptiven Ebene unterhalb der Bewertung die Einteilung in Ideologie, Strategie und Organisation (Kapitel III bis V) doppelt praktikabel: Einerseits wird sie dem Phänomen Partei gerecht. Andererseits läßt sie es unabhängig vom konkreten Untersuchungsgegenstand zu, die Bewertungsmaßstäbe kongruent zu rubrizieren. Die jeweilige Untergliederung der Kapitel III, IV und V ist aus denselben Gründen ebenfalls empirisch orientiert. Realiter sind Ideologie, Strategie und Organisation eng miteinander verwoben. Die Ideologie kann als Theorie der politischen Strategie daherkommen; diese ihren Niederschlag in den Strukturen der Partei finden, die ihrerseits Programmatik und ideologisches Selbstverständnis beeinflussen können.

(3) „Reform“- versus „orthodoxe“ Positionen: die phänomenologische Ebene. Auch diese Unterscheidung ist funktional und berücksichtigt unterschiedliche Auffassungen in der Partei. Sie orientiert sich also am Phänomen selbst, will ihm gerecht werden. Beobachter attestierten der PDS schon lange Zeit, keine Mitte, kein integrierendes Zentrum zu haben.¹²³ Mehrere ideologisch geprägte Lager rängen um Einfluß, versuchten, an sich unvereinbare Positionen durchzusetzen.¹²⁴ André Brie, einer der Vordenker der „Reform“-Ideologie, bescheinigte seiner Partei, sie habe es schon 1993 bei der Verabschiedung des Grundsatzprogramms nicht vermocht, „in wesentlichen politischen Fragen“ zu einer Entscheidung zwischen den Lagern zu kommen. Im Programm seien lediglich „Differenzen beschrieben oder mit verbalen Kompromissen überdeckt“ worden.¹²⁵ Und noch im April 2000 stellte der Münsteraner Parteitag der PDS fest, es gebe „einen erheblichen Klärungsbedarf zu Grundsatzfragen.“¹²⁶ Unter diesen Voraussetzungen wäre es verfehlt, die Partei allein an Kompromissen zwischen den einzelnen Strömungen zu messen. Schließlich sollen Elemente zum Tragen kommen können, die für demokratische Einstellungen bürgen. Methodisch ist die Beschränkung auf zwei Lager insofern gerechtfertigt, als „Reformer“ und „Orthodoxe“ in den innerparteilichen Auseinandersetzungen jeweils als Einheit auftraten und den Gegner auch als solche identifizierten. Beispielsweise nahmen die beiden „orthodoxen“ Gruppierungen Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum aufeinander bezug; ihre Protagonisten veröffentlichten eine Reihe gemeinsamer Stellungnahmen gegen die „Reformer“. Diese offenkundige Bipolarisierung der internen Streitigkeiten – die sich im Kern um die Deutungsmacht darüber drehten, was „Sozialismus“ war und sein sollte – darf nicht sug-

123 Vgl. Jürgen P. Lang: Partei ohne Mitte – Die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 13. Jhrg., Baden-Baden 2001, S. 155-168.

124 Vgl. etwa Gero Neugebauer: Die PDS zwischen Kontinuität und Aufbruch, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 5/2000, S. 39-46

125 André Brie: Erklärung zur Vorstellung des Programmentwurfs für die PDS, Manuskript, 27. April 2001.

126 Die programmatische Debatte in der PDS zielorientiert weiterführen. Beschluß der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS, in: Disput, 4/2000, S. 21.

gerieren, als bestünde die PDS aus genau zwei, ideologisch akkurat abgrenzbaren „Fraktionen“. Die Gegenüberstellung von „Reform“- und „orthodoxen“ Positionen soll außerdem nicht von vornherein unterstellen, die beiden Lager seien in sich einheitlich. Auch kann es durchaus lagerübergreifende Gemeinsamkeiten geben, sowie Positionen, die nicht in dieses Schema passen. Die inhaltliche Zuordnung zu „Reform“- beziehungsweise „orthodoxen“ Positionen ergibt sich ebenso wie die gerade beschriebenen Differenzierungen aus der Analyse selbst. Zunächst sollen jene für Auffassungen stehen, die nach eigener Bekundung eine „demokratische Erneuerung“ der Partei anstrebten, wohingegen diese sich der Bewahrung kommunistischer Ideologien in der PDS verpflichtet fühlten. In der Tat waren es die „Reformer“, die den programmatischen Wandel vorantreiben wollten, während die „Orthodoxen“ fast ausschließlich reagierten und versuchten, derartige Vorstöße zu bremsen.¹²⁷ Aus diesem Grund stehen die „Reformer“ an erster Stelle, wenn auch semantisch der Begriff „orthodox“ das Ursprüngliche, „reformistisch“ das Abgeleitete bezeichnet. Die Analyse der „Reform“-Positionen nimmt zudem breiteren Raum ein, waren es doch Angehörige dieses Lagers, die in den Führungsgremien der Partei stets die Mehrheit innehatten und deshalb einen größeren Einfluß ausüben konnten.

Dennoch steht die Frage im Raum: Wer hat sich inwieweit innerparteilich durchgesetzt? Dies wird zumal dann entscheidend sein festzustellen, sollte sich erweisen, daß eines der beiden Lager (eher) für Demokratie steht, das andere (eher) für Extremismus. Auch können auf diese Weise Kompromisse zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ in die Analyse einfließen, ohne diese zu verzerren. PDS-Frontmann Gregor Gysi hat jüngst auf ein Paradox aufmerksam gemacht: Nach 1998, als die PDS ihre selbstgesteckten Ziele bei der Bundestagswahl erreicht hatte, hätten intern die „Aufstellung von Dogmen und die Ideologisierung jeder Form von Politik [...] an Gewicht gewonnen. Gerade durch ihre Erfolge sind die sogenannten Reformer partiell in die Defensive geraten.“¹²⁸ Folgt man Gysi, vermochten es diese Erfolge nicht, eine Mehrheit in der Partei für die politischen Konzepte der „Reformer“ zu überzeugen. Aus deren Sicht entbehrt es nicht einer gewissen Tragik, bislang alle Parteivorstände auf Bundes- und (mit Ausnahme einiger westlicher Landesverbände) auf Länderebene zumindest personell dominiert zu haben, während es ihnen nicht gelungen ist, ihre programmatischen Vorstellungen vollends durchzusetzen. Offenbar schaffte es das „orthodoxe“ Lager beizeiten, an der Basis Mehrheiten zu mobilisieren, die den „Erneuerungskurs“ der PDS-Führungen behinderten.

Der Vergleich in Kapitel VI wird deshalb ein dreifacher sein. Ideologie, Strategie und Organisation der PDS werden nicht nur entlang der Gegensatzpaare „Reformer“/„Orthodoxe“ und extremistisch/demokratisch bewertet, sondern auch bezüglich Relevanz beziehungsweise Irrelevanz der Positionen. Der letztgenannte Vergleich ist unabdingbar, um zu einem Ergebnis zu gelangen, das auf die Partei insgesamt zutrifft. Ein mögliches viertes, zeitliche Veränderungen nachzeichnendes Gegensatzpaar (früher/heute) fließt in die drei anderen mit ein. Es erwies sich als nicht praktikabel, es aus die-

127 Vgl. Jürgen P. Lang: Partei ohne Mitte – Die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 13. Jhrg., Baden-Baden 2001, S. 161.

128 Gregor Gysi: Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001, S. 292.

sem Zusammenhang zu reißen. Kapitel VII faßt die Ergebnisse des Vergleichs zusammen. Ein Ausblick will, orientiert an den drei Antagonismen, mögliche Perspektiven der Partei im Sinne der Problemstellung aufzeigen. Welche Aspekte sprechen für eine demokratische respektive extremistische Entwicklung der PDS? Welche Rolle spielen dabei „Reformer“ und „Orthodoxe“? Schließlich: Welches der beiden Lager kann sich unter welchen Umständen durchsetzen? Der Ausblick berücksichtigt auch externe Faktoren, die die Analyse selbst nur in der Weise einbezieht, wie die PDS sie perzipiert. Was die Untersuchung also nicht leistet, ist eine Einordnung der PDS ins deutsche Parteiengefüge oder in die Gesellschaft. Sie zielt außerdem nicht auf eine soziologische Charakterisierung der PDS oder etwa darauf, politische Erfolgsbedingungen der Partei auszuloten. Zwar ist die Analyse nicht chronologisch aufgebaut. Faktoren zeitlichen Wandels bleiben dennoch nicht außen vor, sollten sie sich als relevant erweisen.

Kapitel II: Extremismustheoretischer Bezugsrahmen

1. Extremismustheorie im Spannungsfeld von Normativität und Empirie

Als „extrem“ bezeichnen wir im allgemeinen Sprachgebrauch Menschen oder Dinge, die sich möglichst weit entfernt von einer bestimmten oder abstrakten „Mitte“, bildlich gesprochen also „am Rand“ befinden. In die politische Rhetorik hat das Wort „extremistisch“ als Kampfbegriff¹²⁹ Eingang gefunden, mit dem man gerne den Gegner bezichtigt, sich in großer Entfernung von den Positionen zu befinden, die man selbst als richtig erachtet, wenn nicht breiten Konsens hinter ihnen sieht. Die Praxis, bestimmte mehr oder weniger randständige oder radikale Auffassungen und ihre Vertreter pauschal mit dem Extremismus-Verdikt zu überziehen, mag wirkungsvoll sein, kann aber oft einer genauen Prüfung nicht standhalten. Verbreitete Anwendung findet der Extremismus-Begriff in der Auseinandersetzung zwischen Linken und Rechten. Angehörige des einen (meist des linken) politischen Lagers schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Man stigmatisiert den Gegner als „undemokratisch“ und stellt sich selbst auf die Seite der (wahren) Demokraten. Paradoxe Weise kommt diese Begriffsverwendung der politikwissenschaftlichen Extremismustheorie einerseits ziemlich nahe, weil sie vorgibt, „Demokraten“ von „Extremisten“ zu unterscheiden. Andererseits vermischt ein solches Pauschal(vor)urteil wider besseren Wissens zwei verschiedene Kategorisierungen, indem ohne weiteres so getan wird, als bestehe das eine Lager nur aus Demokraten, das andere nur aus Extremisten. Eine ähnliche Vermengung der Ebenen betreiben auch diejenigen, die einen „Extremismus der Mitte“¹³⁰ auszumachen glauben. Sie perzipieren „die Mitte“¹³¹ als politisch-sozialen Mainstream, der sich aus Parametern der Rechts-Links-Dichotomie ergibt, dem also von vornherein nicht das Kriterium „demokratisch“ zugrundeliegt. Diese Konstruktion ermöglicht die aus Perspektive der Extremismustheorie unsinnige These, Antidemokratismus – bezeichnenderweise vor allem von rechts – sei auch unter Demokraten en vogue.

Innerhalb der Politik- und Sozialwissenschaft ist die Extremismustheorie, wie sie etwa Uwe Backes und Eckhard Jesse profiliert vertreten, umstritten.¹³² Was sie zu leisten

129 Vgl. Armin Pfahl-Traugber: Die Extremismusbegriff in den politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 4, Bonn/Berlin 1992, S. 67-86.

130 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialen Interpretationsfigur, in: Hans-Martin Lohmann (Hrsg.): *Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation*, Frankfurt am Main 1994, S. 23-50; sowie kritisch Uwe Backes, Eckhard Jesse: Extremismus der Mitte? – Kritik an einem modischen Schlagwort, in: dies. (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Bd. 7, Baden-Baden 1995, S. 13-26.

131 Zur Konstruktion und Diskussion einer politischen „Mitte“ vgl. die Beiträge in: Bernd Guggenberger, Klaus Hansen (Hrsg.): *Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur*, Opladen 1993.

132 Vgl. aus der Position eines Kritikers Gero Neugebauer: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2000, S. 13-37

vermag, ist zunächst einmal die wertorientierte Kategorisierung politischer Phänomene. Als Ergebnis historischer Erfahrungen sieht sie in dem normativen Nukleus eines demokratischen Verfassungsstaates den definitorischen Dreh- und Angelpunkt und teilt sämtliche politischen Auffassungen und Akteure in demokratische und extremistische (anti-demokratische). Backes/Jesse bieten folgende Definition an, die ich mir im Rahmen meiner Analyse zu eigen mache: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte einig wissen [...]“. ¹³³

Der Begriff „demokratischer Verfassungsstaat“ ist dabei nicht so zu verstehen, als redeten die Extremismustheoretiker einer bis ins Detail festgefühten, ewiggültigen Staatsordnung das Wort. Die Definition nimmt vielmehr in fundamentalen Werten ihren Ausgang, zu deren Schutz bestimmte staatliche Grundprinzipien unabdingbar sind. Während die einen die Werte der Demokratie als für ein menschenwürdiges Zusammenleben konstitutiv ansehen, lehnen die anderen diese Prinzipien (passiv) ab oder bekämpfen sie (aktiv). Diese Kategorisierung ist umfassend und läßt kein Drittes zu. ¹³⁴ Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Komplexität eines zu bewertenden Phänomens zu einem differenzierten Urteil führen kann. Die Extremismustheorie trifft eine Einteilung, die quer zu anderen, eher wertneutralen Schematisierungen steht, etwa der Unterscheidung zwischen Links und Rechts. ¹³⁵ In diesem Sinne kommt linksextremistischen und rechtsextremistischen Parteien eine gemeinsame Qualität zu, nämlich die, antidemokratisch zu sein.

Der Gegenentwurf des Parteienforschers Richard Stöss etwa, der „antidemokratische“ von „antikapitalistischen“ Parteien scheidet, ¹³⁶ ist demgegenüber als Versuch zu sehen, die Koordinaten in seinem Sinne wieder zurechtzurücken. Stöss läßt die Qualität „antidemokratisch“ nur für rechtsextremistische Organisationen gelten. Seinen Kategorien liegen Maßstäbe zugrunde (Demokratie und Kapitalismus), die auf verschiedenen analytischen Ebenen verortet sind, sich aber in der Realität nicht ausschließen müssen. Stöss suggeriert jedoch, es gäbe keine rechtsextremen antikapitalistischen Parteien und die Kombination „antidemokratisch/antikapitalistisch“ sei ein Hirngespinnst. Es ist nicht falsch, daß linke Parteien im allgemeinen mehr oder weniger antikapitalistisch orientiert

133 Uwe Backes, Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe, Bonn 1996, S. 45.

134 Vgl. Uwe Backes, Eckhard Jesse: Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 44/1983, S. 3-18.

135 Zu Sinn, Unsinn und analytischer Tragfähigkeit der Rechts-Links-Dimensionierung vgl. die Positionen bei Norberto Bobbio: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994; Klaus Hoff: Rechts und Links – zwei Schlagworte auf dem Prüfstand, 2. Aufl., Krefeld 1993; Uwe Backes, Eckhard Jesse: Die Rechts-Links-Unterscheidung – Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik, in: dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 13-38.

136 Vgl. Richard Stöss: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – Eine Theorie, in: ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausgabe, Band 1: AUD bis CDU, Opladen 1986, S. 17-309, insbesondere S. 239-264; und die Kritik bei Armin Pfahl-Traugber: Die Extremismusbegriff in den politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 4, Bonn/Berlin 1992, S. 67-86.

sind. Dieses Charakteristikum attestiert ihnen jedoch nicht automatisch, demokratisch zu sein. Bei Stöss verschwimmt die Grenze zwischen den Kriterien und der realen Ausprägung der Phänomene. Diese kann allenfalls ex post, also nach der Analyse, der Kategoriebildung dienen.

Nicht zuletzt aufgrund ihres normativen Gehalts sieht sich die Extremismustheorie zahlreichen Vorwürfen ausgesetzt. Gemünzt auf den Rechtsextremismus halten sie Wolfgang Kowalsky und Wolfgang Schroeder für ein Konstrukt, dessen analytische Unzulänglichkeit darin liege, „der Komplexität eines gesellschaftlichen Krisenphänomens [...] nicht gerecht“¹³⁷ zu werden. Einmal davon abgesehen, daß es schlicht falsch ist, die Extremismustheorie als rein „phänomenologischen Ansatz“ zu bezeichnen, der ausschließlich in der Lage ist, „empirische Phänomene deskriptiv wiederzugeben“,¹³⁸ fordern Kowalsky und Schroeder etwas ein, was etwa die Theorie von Backes und Jesse nie zu leisten beansprucht hat: die Erklärung gesellschaftlicher Ursachen des (Rechts-) Extremismus. Dies tun zu können, setzt allerdings voraus, sich zunächst anhand schlüssiger Kriterien darüber klarzuwerden, was an politischen Entitäten überhaupt (rechts-) extremistisch ist. Mit einer solchen Bewertung reißt man die Phänomene doch nicht aus dem historischen oder gesellschaftlichen Zusammenhang! Gerade ohne sie wird der – bezeichnenderweise an keiner Stelle spezifizierte – Anspruch Kowalskys und Schroeders, eine methodenintegrative, umfassende Erklärung des Rechtsextremismus zu liefern, zum willkürlichen Unterfangen. Die beiden Autoren geben nicht zu erkennen, was sie unter dem Begriff „Rechtsextremismus“ genau verstehen.

Ins gleiche Horn stößt die Kritik Hans-Gerd Jaschkes, der jedoch anders als Kowalsky/Schroeder zusätzlich die „normative Aufladung [des] dichotomischen Extremismus-Begriffs“ beklagt, mit der er den Grundstein zu „einer wissenschaftlich drapierten innerstaatlichen Feinderklärung“¹³⁹ gelegt sieht. Jaschke hört die Flöhe husten, wenn er glaubt, in diesem Fall sei eine wissenschaftliche Theorie zu dem Zweck erfunden worden, apodiktisch Teile der Gesellschaft abzustempeln. Auch er wendet sich gegen die vermeintliche Staatsfixiertheit der Extremismustheorie und meint, darin die Ursache für deren analytische Defizite zu sehen. Der kritisierte Ansatz mache sich auf unwissenschaftliche Weise eine administrative und verfassungsrechtliche Normsetzung und Deutung zu eigen und verabsolutiere dadurch die Bezeichnung „extremistisch“ zum grundlegenden und umfassenden Charakteristikum eines politischen Phänomens. Für angemessener hält es Jaschke, nicht von vornherein festzulegen, was Extremismus ist, sondern die „Definitionsgewalt von Rechtsprechung und Mehrheitskultur“¹⁴⁰ zum Maßstab zu nehmen. Würde er gegebenenfalls auf eine „Mehrheitskultur“ der Rechtsextremisten hören wollen? Auch in diesem Fall stehen analytischer Willkür Tür und Tor offen.

137 Wolfgang Kowalsky, Wolfgang Schroeder: Rechtsextremismus – Begriff, Methode, Analyse, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 10.

138 Ebd.

139 Hans-Gerd Jaschke: Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991, S. 45.

140 Ebd., S. 47.

Die beiden Vorwürfe, die Extremismustheorie sei staatsfixiert, also auf Erhalt eines politischen Status quo aus,¹⁴¹ und reduziere obendrein die Phänomene auf strukturelle Analogien beziehungsweise einzelne Elemente und Komponenten, werden oft in einem Atemzug erhoben. Sie betreffen jedoch zwei unterschiedliche Ebenen, die die Extremismustheorie deutlich voneinander scheidet. Da ist einmal die Ebene der Bewertung. Selbstverständlich beruht die Extremismustheorie auf einer normativen Setzung. Man kommt schlicht daran nicht vorbei, will man mit Begriffen wie „Extremismus“ trennscharf hantieren. Und auch bei denjenigen, die sich heftig dagegen wehren, weil sie darin ein analytisch wenig fruchtbares Vorurteil sehen, schleicht sich durch die Hintertür zwangsläufig ein diffuser Wertbezug ein. Allerdings ist es wenig hilfreich, wenn Kowalsky und Schroeder eher beiläufig und recht schwammig erwähnen: „Die kritische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus basiert auf der normativen Vorentscheidung für das demokratische Projekt der westlichen Moderne.“¹⁴² Darunter kann sich nun jeder etwas (anderes) vorstellen.

Konkreter ist da der Wertekanon des demokratischen Verfassungsstaates als Definitionspendant zu unterschiedlichen Formen des Extremismus. Er gibt einen genauen Rahmen vor, verhindert also, den Extremismus-Begriff nach Belieben ausufern zu lassen. Die Grenzen des Extremismus sind deshalb aber nicht ohne weiteres die, die ihm eine bestimmte politische Machtordnung setzt. Umgekehrt wird ja auch der demokratische Verfassungsstaat nicht zu einem monolithischen, unwandelbaren Herrschaftskonstrukt, nur weil er auf bestimmten normativen Prinzipien beruht. Zugleich ist die normative Definition analytisch flexibel, weil sie empirisch nicht antizipiert, also die Vielfalt der Phänomene gerade nicht von vornherein einengt. Gegenteilige Behauptungen, die in diese Richtung zielen, treffen meist die zweite Ebene, konkret die verschiedenen Unternehmen, Extremismus zu typologisieren. Backes und Jesse merken dazu an: „Typologische Unterscheidungen erfüllen [...] lediglich eine heuristische Hilfsfunktion: Sie dienen der In-Gang-Setzung von Erkenntnisprozessen, dürfen also mit der Wirklichkeit selbst nicht verwechselt werden.“¹⁴³ Eine Typologisierung unterschiedlicher, als extremistisch bewerteter Phänomene muß sich deren Wandelbarkeit bewußt und für Neuartiges offen sein, und deshalb immer wieder anhand der erschlossenen Realität überprüft werden. Sie zu erstellen – was selbstverständlich auch Rechts-Links-Analogien einschließen kann – heißt nicht, ewiggültige Wahrheiten festzuschreiben, sondern ex post ein Raster zu schaffen, das auch hilfreich ist, die Ätiologie des Extremismus zu erklären.

Problematisch ist es jedoch, einer bestimmten Phänomenologie des Extremismus uneingeschränkte definitorische Qualität zuzubilligen. Uwe Backes schlägt vor, von einer *definitio ex negativo*, die in den Werten des demokratischen Verfassungsstaates ih-

141 Dies suggeriert allerdings Manfred Funke, wenn er schreibt: „Der Extremist drängt auf die Abschaffung der gegebenen Verhältnisse unter prinzipieller Bejahung des Gewalteinsatzes zur Durchsetzung der neuen Wertvorstellungen.“ Manfred Funke: Extremismus und offene Gesellschaft. Anmerkungen zur Gefährdung und Selbstgefährdung des demokratischen Rechtsstaates, in: ders. (Hrsg.): Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion, Düsseldorf 1978, S. 19.

142 Wolfgang Kowalsky, Wolfgang Schroeder: Rechtsextremismus – Begriff, Methode, Analyse, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 14.

143 Uwe Backes, Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe, Bonn 1996, S. 54.

ren Ausgang nimmt, zu einer *definitio ex positivo* des politischen Extremismus zu kommen, die Extremismustheorie also vom Kopf auf die Füße zu stellen. Er bemängelt, daß das „Spektrum der Phänomene“¹⁴⁴ beim Definitionsvorgang keine Berücksichtigung findet. Der politische Extremismus erscheine als etwas Sekundäres, der demokratische Verfassungsstaat als das Primäre. Tatsächlich stünden beide jedoch in einem „Wechselverhältnis“, und die historische Perspektive lasse auch den Umkehrschluß zu: „Wenn der politische Extremismus eine historische Identität sui generis besitzt, dann ist er auch auf der Grundlage seiner Einzelphänomene näher zu bestimmen.“¹⁴⁵ So richtig Backes' Annahmen sind, so problematisch ist seine Folgerung: Nimmt man ein festes phänomenologisches Profil „des“ Extremismus¹⁴⁶ als Definitionsgrundlage, kann es sich neuen Formen und Entwicklungen verschließen. Ein solches Vorhaben enthebt deshalb keinesfalls von der Notwendigkeit einer *definitio ex negativo*. Auch kann es im Grunde gar keine diametrale Umkehrung der Definition geben: Ein Wert „extremistisch“ existiert schließlich – wenn überhaupt – nicht an sich, sondern eben allein in der Ablehnung der Normen des demokratischen Verfassungsstaates. Meine Analyse stützt sich deshalb strikt auf die Negativdefinition des Extremismus, zumal es sich bei der PDS um ein neuartiges Phänomen zu handeln scheint, bei dem die Fokussierung auf Bezüge zu Altbekanntem leicht in die Irre führen kann.

2. Demokratischer Verfassungsstaat als Pendant zum Extremismus

Es geht nicht darum, die Bestimmung des demokratischen Verfassungsstaates aufs Neue einem wissenschaftlichen Diskurs zu unterziehen. Das haben andere schon vorher unternommen.¹⁴⁷ Aber das Fundament der Kriterien, auf dem meine Arbeit gründet, muß eindeutig und nachvollziehbar sein. Der demokratische Verfassungsstaat ist kein festgefügtes Herrschaftskonstrukt, sondern ein den politischen Interessen vorgelagerter Kanon demokratischer Werte und, darauf aufbauend, bestimmter Prinzipien staatlicher Ordnung, um erstere zu gewährleisten. Zwar sind diese „Minimalbedingungen“¹⁴⁸ insofern a priori festgelegt, als sie der historischen Erfahrung entspringen, daß bei ihrer Miß-

144 Uwe Backes: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 89.

145 Ebd., S. 112.

146 Backes macht folgende „Strukturmerkmale“ extremistischer Doktrinen aus: (1) offensive und defensive Absolutheitsansprüche, (2) Dogmatismus, (3) Utopismus und kategorischer Utopieverzicht, (4) Freund-Feind-Stereotype, (5) Verschwörungstheorien, (6) Fanatismus und Aktivismus. Vgl. ebd. S. 298-311.

147 Zur Herleitung und Begründung des folgenden Wertekanons vgl. Uwe Backes: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 87-103; Uwe Backes, Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe, Bonn 1996, S. 37-40; Stephan Eisel: Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn u. a. 1986; Ulrich K. Preuß: „Freiheitlich demokratische Grundordnung“ als Superlegalität. Demokratische Substanz und politische Verkehrsformen, in: Erhard Denninger (Hrsg.): Freiheitlich demokratische Grundordnung. Materialien zum Staatsverständnis und zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik, Erster Teil, Frankfurt am Main 1974, S. 445-468.

148 Vgl. Ernst Fraenkel: Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 1990, S. 86-89.

achtung und wertrelativistischen Preisgabe Totalitarismus droht. Jedoch liegt es gerade auch deshalb in ihrer Natur, die Offenheit der Gesellschaft zu sichern und eben nicht – etwa durch politisch-inhaltliche Setzung – zu beschränken. Die normativen und staatlichen Prinzipien des demokratisch verfaßten Gemeinwesens stehen nicht reibungslos nebeneinander. Vielmehr durchziehen Spannungsverhältnisse den demokratischen Verfassungsstaat: Das Prinzip der Freiheit setzt dem der Gleichheit Grenzen und umgekehrt; Individualinteressen existieren neben dem Gemeinwohl, bringen es aber auch hervor; das Mehrheitsprinzip verbindet sich obligatorisch mit dem Schutz der Minderheiten; das Demokratieprinzip freier und gerechter Willensbildung bricht sich mit dem Ordnungsprinzip, das die Regeln dafür meint.

Der normative Kern des demokratischen Verfassungsstaates umfaßt die fundamentalen Menschenrechte.¹⁴⁹ Damit sind jene Persönlichkeitsrechte gemeint, die sich direkt aus dem grundlegenden Wert der Freiheit des Individuums ergeben. Alle anderen, abgeleiteten Werte – soziale Gerechtigkeit etwa oder das Recht auf Arbeit – sind sekundärer Natur. Sie fallen, so wünschenswert sie sein mögen, nicht in den Bereich indisponibler Menschenrechte, sondern verweisen auf politische Ziele. Der Schutz der Würde des Menschen, insbesondere seines Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, ist vorrangige Aufgabe der staatlichen Gewalt. Der demokratische Verfassungsstaat setzt Regeln, um die „fundamentale Gleichheit“ der Menschen zu gewährleisten, ohne ihre „empirische Verschiedenheit“¹⁵⁰ und prinzipielle Freiheit zu mißachten. Im Ideal garantiert er das Recht auf politische Betätigung und die Achtung eines Pluralismus an politischen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen, solange diese selbst – alles andere käme einer Perversion gleich – sich nicht gegen den Wertekern des demokratischen Verfassungsstaates richten. Der Staat tritt zuvörderst als nachgeordneter Garant dieser fundamentalen Normen auf, nicht als Hüter eines wie auch immer gearteten, politisch vorgegebenen „Gesellschaftswillens“.

In diesem Sinne kennzeichnen den demokratischen Verfassungsstaat Regeln der politischen Willensbildung, die dem Freiheitsprinzip gerecht werden. Gemeinwohl kennt er als – prinzipiell wandelbares – Ergebnis freier Interessenartikulation, nicht als a priori feststehendes Korsett politischer Prinzipien, denen sich alles staatliche, gesellschaftliche und individuelle Handeln unterzuordnen hat. Der demokratische Verfassungsstaat versteht sich insofern dezidiert als Gegenentwurf zu Staatsmodellen, die die Identität von Regierenden und Regierten postulieren oder anstreben. Ein solches nämlich würde, das Gleichheitsideal übersteigernd, einem antidemokratischen, gegebenenfalls totalitären System den Weg bahnen.¹⁵¹ Minderheiten müssen in ihm unweigerlich vor der Macht der tatsächlichen oder vermeintlichen Mehrheit kapitulieren. Dem Interessenmonismus des identitären Staates steht kategorisch der Interessenpluralismus des demokratischen Verfassungsstaates entgegen.¹⁵²

149 Vgl. umfassend Ludger Kühnhardt: Die Universalität der Menschenrechte, 2. Aufl., Bonn 1991.

150 Uwe Backes: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 99.

151 Vgl. Karl Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde., 5. Aufl., München 1977.

152 Vgl. Kurt Lenk: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse, Stuttgart 1972, S. 11.

In diesem Sinne baut Demokratie auf der Konkurrenz unterschiedlicher Interessen, die, nachdem sie möglichst gerechte Mechanismen der Willensbildung durchlaufen haben, zu politischen Entscheidungen führen sollen. Volkssouveränität wird nicht wie in einem identitären Demokratiemodell verstanden als „Regierung des Volkes“, weil dies dem Freiheitsgedanken widerspräche.¹⁵³ Die Trennung von Staat und Gesellschaft, von Herrschaft und Beherrschten ist insofern für ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen konstitutiv.¹⁵⁴ Die Bürger bestimmen als Souverän durch eine freie und gleichwertige Entscheidung ihre Herrschaft, die wiederum im Namen des Volkes und für das Volk ausgeübt wird. Das Gewaltmonopol des Staates muß diesem Wertekanon unterliegen, nicht aber gesonderten Interessen. Die Aufhebung dieses Prinzips bedeutet den Weg in ein diktatorisches System, in dem umfassende staatliche Kontrolle die Freiheit der Individuen eliminiert.

Eng damit verbunden sind weitere Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates: das Prinzip der freien Wahlen als zeitlich befristete Entscheidung zwischen mehreren Alternativen; die Teilung der Gewalten in Legislative, Exekutive und Judikative; das Rechtsstaatsprinzip, also die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und gleiches Recht für jeden, Regierende und Regierte gleichermaßen; das Recht, politische Opposition auszuüben; schließlich das Mehrheitsprinzip und der Minderheitenschutz.¹⁵⁵ Über das zuletzt genannte Prinzip ist in der politischen und politikwissenschaftlichen Literatur gestritten worden wie über kein anderes Element des demokratischen Verfassungsstaates. Kritiker der Mehrheitsregel wie Bernd Guggenberger verwiesen auf mögliche irreversible Entscheidungen und wollten davon betroffenen Minderheiten mehr Macht einräumen.¹⁵⁶ Offenbar scheint einem die Mehrheitsregel immer dann fremd zu werden, wenn die eigene Betroffenheit wächst. Der Schritt zu Forderungen nach Vetorechten für Minderheiten oder Staatsvorstellungen, die einem undemokratischen Räteystem nahekommen, ist schnell getan. Verkannt wird dabei, daß nur die Trennung von Staat und Gesellschaft die freie Interessenartikulation gerade von Minderheiten überhaupt erst ermöglicht. Eine Kritik in der Art Guggenbergers ist politischer Natur, weil sie die Inhalte der Entscheidungen zum Kriterium ihrer Legitimation macht.

Verfechter, aber auch Kritiker des demokratischen Verfassungsstaates fügen oftmals den Gedanken der Repräsentation in die Reihe der konstitutiven und normativen Elemente. Zu Recht, denn die Parlamentsdemokratie hat sich unter dem Aspekt politischer Legitimität als ideales Modell erwiesen, politische Entscheidungen im Sinne der oben angeführten Prinzipien zu treffen. Sie ermöglicht es dem Volk, mittels demokratischer Wahl Macht auf Zeit zu delegieren, ohne die Interessen der – unterlegenen – Minderheiten zu mißachten. Nicht zuletzt steht die repräsentative Demokratie „in einem funda-

153 Vgl. Peter Graf Kielmansegg: Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität, Stuttgart 1977.

154 Vgl. Ludger Kühnhardt: Der Streit um den Demokratiebegriff. Das Spannungsverhältnis von Freiheit und Gleichheit, in: Eckhard Jesse, Steffen Kailitz (Hrsg.): Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München 1997, S. 25-40, insbesondere S. 32 f.; Wilhelm Henis: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, Tübingen 1957.

155 Vgl. Christoph Gusy: Das Mehrheitsprinzip im demokratischen Staat, in: Bernd Guggenberger, Claus Offe (Hrsg.): An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel, Opladen 1984, S. 61-82.

156 Vgl. Bernd Guggenberger: An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie, in: ebd., S. 184-195.

mentalen Gegensatz zu [der] Auffassung, die von der ‚Geschlossenheit‘ und ‚Einheitlichkeit‘ des sogenannten Volkswillens überzeugt ist.“¹⁵⁷

Dennoch ist das repräsentative Verfahren nur eine – wem die Phantasie nicht reicht: die einzige – Möglichkeit, den Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaates gerecht zu werden, nicht aber ein solches Prinzip selbst. Man kann niemandem ohne weiteres unterstellen, er rede einem totalitären System das Wort, wenn er Kritik am Parlamentarismus übt. Forderungen nach stärkeren plebiszitären Elementen sind insofern zweiseitig. Einerseits muß es nicht unbedingt den legitimatorischen Grundgedanken der repräsentativen Demokratie unterminieren, wenn auch Formen direkter Bürgerbeteiligung die politische Willensbildung regeln. Andererseits widerspricht den Grundlagen eines demokratisch verfaßten Gemeinwesens entscheidend, wer mit ausufernden oder ausschließlichen direktdemokratischen Verfahren einer „Tyrannei der Mehrheit“ (Alexis de Tocqueville) den Weg bahnt. Wer durch direkte Entscheidungsmöglichkeiten „mehr Demokratie“ installieren will, kann das Gegenteil im Sinn haben, nämlich eine Ordnung, bei der in der Konsequenz die Regierenden mit den Regierten, der Staat mit den Individuen zusammenfallen muß. In dieser wäre kein Platz mehr, von der „Mehrheitsmeinung“ abweichende Interessen zu artikulieren. Meine Phantasie reicht in diesem Zusammenhang zumindest so weit, daß Forderungen nach einem vorgeblich plebiszitär organisierten Gemeinwesen – unbeschadet aller Erwägungen der Praktikabilität – darauf zielen können, in permanentem Mobilisierungsdruck die Gesellschaft anhand ewig gültiger politischer „Wahrheiten“ auszurichten. Repräsentative und plebiszitäre Modelle bilden nur in ihren Idealtypen Gegensätze.¹⁵⁸ Es wird dem Anliegen meiner Arbeit entsprechend zu prüfen sein, inwieweit direktdemokratische Verfahren und Elemente im konkreten Fall geeignet sind, einer identitär-demokratischen Ordnung den Weg zu bahnen. Und das gilt auch vice versa: Ein Verfechter des Parlamentarismus muß repräsentative Verfahren aus demokratischer Sicht nicht unbedingt für gut heißen;¹⁵⁹ er kann durchaus Motive verfolgen, die geeignet sind, ihn als Feind des demokratischen Verfassungsstaates auszuweisen.

Vorstellungen identitärer Staatsmodelle durchziehen links- wie rechtsextremistisches Denken gleichermaßen. Vertreter beider Extremismen hängen – sieht man von Spielarten wie dem Anarchismus ab – Herrschaftsformen an, die einen vollständigen Monismus politischer Interessen der Regierten und der Regierenden zum Ziel haben. In der Konsequenz bedeutet dies einen im Idealfall jeder demokratischen Kontrolle entzogenen, totalitären Staat, so verstanden, als dieser bestrebt ist, möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche zu kontrollieren,¹⁶⁰ wobei Vertreter der linken Variante damit die wahre „Demokratie“ verwirklicht sehen. Typisch für den Linksextremismus ist die Berufung

157 Eckhard Jesse: Repräsentative Demokratie, Melle 1995, S. 8.

158 Vgl. Heinrich Oberreuter: Repräsentative und plebiszitäre Elemente als sich ergänzende politische Prinzipien, in: Günther Rüter (Hrsg.): Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternative? Grundlagen – Vergleiche – Perspektiven, Baden-Baden 1996, S. 261-274.

159 Vgl. Winfried Steffani: Repräsentative und plebiszitäre Elemente des Verfassungsstaates, in: ders.: Pluralistische Demokratie. Studien zur Theorie und Praxis, Opladen 1980, S. 149-155.

160 Vgl. Arthur Feiler: Der totalitäre Staat, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 53-69.

auf die „Ideen von 1789“.¹⁶¹ Linksextremisten stehen oder sehen sich in der Tradition der Aufklärung, wohingegen Rechtsextremisten voraufklärerisches Denken charakterisiert. Kennzeichnet diese somit ein teilweise offensiv vertretener antidemokratischer Affekt, ist bei jenen das antikonstitutionelle, gegen die demokratische Staatsform gerichtete Moment stärker ausgeprägt.¹⁶² Kein Problem ist es deshalb für Linksextremisten, sich selbst dem Lager der Demokraten zuzurechnen und oftmals sogar als die wahren Hüter der Demokratie hinzustellen. Entsprechend wahrten kommunistische Staaten nach außen hin meist den Schein eines demokratisch verfaßten Systems, während dies zum Beispiel dem nationalsozialistischen Regime in Deutschland kaum der Mühe wert war.¹⁶³

Sehen linksextremistische Ideologien kommunistischer Prägung im Staat jedoch ein Übergangsphänomen, in dem eine mit dem Anspruch der Wahrheit ausgestattete Führung als Avantgarde der Revolution den Weg in den „unstaatlichen“ Kommunismus weist, haben Rechtsextremisten anderes im Sinn. Sie streben, sozialdarwinistischen Interpretationen folgend, ein Gemeinwesen an, in dem ein „starker“ Führer (oder mehrere) als rassischer primus inter pares einen auf Gedeih und Verderb ausgelieferten „gesunden Volkskörper“ lenkt.¹⁶⁴ Die im Ergebnis unfreiheitlichen Staatsauffassungen entspringen konträren Menschenbildern. In ihrer antiindividualistischen Denkweise verneinen Rechtsextremisten die grundlegende Freiheit des Einzelnen. Demgegenüber vertagen Linksextremisten diesen Aspekt entweder auf Sankt Nimmerlein (Kommunisten) oder erheben ihn zum Prinzip der spontanen Befreiung (Anarchisten).¹⁶⁵ Weitaus stärker scheiden sich am Prinzip der fundamentalen Gleichheit aller Menschen die Geister, rechte von linken, demokratische von extremistischen. Während Angehörige der extremistischen Rechten in rassistischem oder sonstwie chauvinistischem Affekt die Ungleichheit der Menschen predigen und zur Grundlage ihrer Ideologien machen, fühlt sich die Linke im allgemeinen der Wahrung dieses Prinzips verpflichtet. Linksextremisten zeichnet dabei in Abgrenzung zur demokratischen Linken aus, daß sie das Gleichheitsideal überhöhen.¹⁶⁶ Es kann so zum umfassenden Prinzip werden und das Freiheitsideal außer Kraft setzen – solange, bis eine aller Zwänge entledigte Gesellschaft der Gleichen und Freien erreicht ist.

Es war noch nie Sache der Linksextremisten, auch nicht marxistischer Theoretiker, sich um einen präzisen Entwurf einer sozialistischen Gesellschaft zu bemühen. Ihre Utopien waren vor allem Utopien der Befreiung, Gegenentwürfe zur Gesellschaft des Hier und Jetzt, nicht aber ein entwickeltes Programm. Die politische Aktion der Gegenwart

161 Vgl. Uwe Backes, Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe, Bonn 1996, S. 57.

162 Vgl. ebd., S. 60.

163 Vgl. Albrecht Tyrell: Voraussetzungen und Strukturelemente des nationalsozialistischen Herrschaftsystems, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Bonn 1986, S. 37-72.

164 Zu den „Ideologieelementen des Rechtsextremismus“ vgl. Armin Pfahl-Traugher: Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993, S. 18-23.

165 Zur Besonderheit des Anarchismus vgl. Vgl. Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 312-326.

166 Vgl. Uwe Backes, Eckhard Jesse: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe, Bonn 1996, S. 60.

stand im Mittelpunkt, historizistisch legitimiert aus dem Arsenal der Vergangenheit. Dennoch verabsolutierten Kommunisten die zukünftige Gesellschaft zu einem heilsversprechenden Paradies, das erst im Falle der Beseitigung der jeweils gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse verwirklicht werden könne. Kaum jemand formulierte positiv, wie Sozialismus aussehen sollte, aber trotzdem rechtfertigte man mit ihm die umfassende Eliminierung „bürgerlicher Gesellschaften“. Dem stand eine Denkweise gegenüber, die man beizeiten als „Reformismus“ anprangerte. In dieser Theorie firmierte unter dem Begriff „Sozialismus“ die – oft demokratisch orientierte – Ausgestaltung von Staat und Gesellschaft. Ein solcher Sozialismus war politisches Programm der Gegenwart und kein nachrevolutionäres Nirvana.¹⁶⁷

Im Kern ist es der Utopismus, der Linke zu Extremisten macht.¹⁶⁸ In ihm gründet eine politische Denkweise, in der ein möglicherweise an demokratischen Werten orientiertes Ziel zutiefst undemokratische Mittel heiligt, mit denen es zu erreichen ist. Auf einem fast ausschließlich dem Gleichheitsprinzip folgenden Menschenbild fußt die Interpretation des „Klassencharakters“ der Gesellschaft. Dabei hat die Klasse der sozial, ökonomisch oder politisch Unterdrückten (in der marxistisch-leninistischen Terminologie das Proletariat) gleichsam naturgesetzlich die historische Mission der Selbstbefreiung zu erfüllen. Dieser im Kern revolutionäre Prozeß („Klassenkampf“) richtet sich explizit gegen eine dem Prinzip des Pluralismus¹⁶⁹ verpflichtete demokratische Staatsverfassung. Er will einen antipluralistischen Interessenmonismus durchsetzen und zur staatlichen Legitimation machen. Allein im Widerstand gegen die als „bürgerlich“ diskreditierte Gesellschaft und damit den demokratischen Verfassungsstaat sind linksextremistische Ideologien jetztbezogen. Die Frage nach politischen Regelungen, um die beschworenen Werte zugunsten eines freien und gleichen Menschen zu gewährleisten, taucht dagegen kaum auf. An ihre Stelle treten der Glaube an eine mechanische „Logik“ der Geschichte und die Verheißung einer kommunistischen Gesellschaft,¹⁷⁰ die beide zusammen die alleinige Legitimation politischer Aktionen im Hier und Jetzt bilden.

3. Maßstäbe der Analyse

Meiner Arbeit liegt eine Negativdefinition des Extremismus zugrunde, die in den fundamentalen Werten und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates ihren Ausgang nimmt. Linksextremistische Phänomene bilden aus diesem Grund nicht die Grundlage der Bewertung, etwa im Sinne eines Vergleichs. Ich will die PDS nicht an ex post festgestellten Ausprägungen schon als extremistisch eingestufte Organisationen messen. Um komplexe politische Phänomene wie Parteien auf rein normativer Basis be-

167 Vgl. Eduard Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 8. Aufl., Berlin/Bonn 1984.

168 Zum antidemokratischen Moment politischer Utopien vgl. Eckhard Jesse: Politische Utopien auf dem Prüfstand, in: Richard Saage (Hrsg.): „Hat die politische Utopie eine Zukunft?“, Darmstadt 1992, S. 131-141.

169 Zum Pluralismusbegriff vgl. Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Pluralismus. Grundlegung und Diskussion, Opladen 1980; Ernst Fraenkel: Reformismus und Pluralismus, Hamburg 1973.

170 Aus marxistisch-leninistischer Sicht vgl. Frank Fiedler, Horst Friedrich, Friedrich Richter, Martin Ruhnnow, Hans Steußloff (Hrsg.): Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, 14. Aufl., Berlin 1987.

werten zu können, bedarf es konkreter Maßstäbe. Andernfalls wäre zwar die Trennschärfe der Analyse garantiert, die Bewertung käme aber nicht über ein beliebiges Auflisten der Pros und Contras hinaus, und die Gefahr wäre groß, einen Popanz aufzubauen. Es ist eben nicht möglich, „den Extremismus“ einer Partei „naturwissenschaftlich“ zu messen wie den Alkoholgehalt des Biers. Gerade deshalb ist es vonnöten, Standards zu setzen, die ein sinnvolles Abwägen der Argumente ermöglichen. Schließlich machen zehn extremistische Mitglieder eine Partei von tausend nicht unbedingt schon zu einer extremistischen Organisation. Und wer würde einer Analyse Glauben schenken, die einer Partei den demokratischen „Persilschein“ ausstellt, nur weil diese eine große Wählerschaft hinter sich weiß und obendrein stock und steif behauptet, fest auf dem Boden des Grundgesetzes zu stehen? Ist aber, umgekehrt, eine Partei schon dann extremistisch, wenn sie Reformen eines demokratischen politischen Systems anmahnt?

Man darf Extremismus mit Fug und Recht als „natürliche“ Pathologie eines demokratischen Gemeinwesens ansehen.¹⁷¹ Ein Staat, der keine extremistischen Erscheinungen kennt, mag nachgerade Zweifel ob seiner demokratischen Qualitäten auf sich ziehen. Gemünzt auf demokratische Parteien kann dasselbe gelten: Extremistische Aberrationen Einzelner sind kein Anlaß dafür, die gesamte Organisation zu verdächtigen, sondern bedürfen zunächst der Antwort auf die Frage nach der Wichtigkeit und dem Einfluß extremistischer Einstellungen. Schlagen sich diese erkennbar in Ideologie oder Programmatik nieder, ist die demokratische Qualität einer Partei entscheidend beeinträchtigt. Aufgrund der angenommenen ideologischen Bipolarität der PDS ist es vonnöten, die einzelnen Vorstellungen in ihrem Wirken zu untersuchen. Der folgende Kriterienkatalog gibt die Maßstäbe der Bewertung vor. Ich rubriziere die Kriterien, wie im letzten Abschnitt der Einleitung dargelegt, in drei Kategorien: Ideologie, Strategie und Organisation.

Mit Ideologie meine ich wertneutral, also ohne negative oder positive semantische Konnotationen, das theoretische Fundament, auf dem politische Forderungen gründen, sozusagen Perspektive und „letzten Sinn“ bekommen. Die Ideologie ist gleichbedeutend mit einem politischen Weltbild und umfaßt sowohl die Interpretation der Vergangenheit und der Gegenwart als auch Vorstellungen von der Zukunft. Sie ist deshalb der Bereich, in dem sich die Akzeptanz oder Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates am unmittelbarsten zeigt. Insofern zielt meine Bewertung in erster Linie darauf, die PDS dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie in ihrer Ideologie den oben ausgeführten Prinzipien entspricht. Die Ideologie einer Partei zeigt sich hauptsächlich in programmatischen Texten. Allerdings ist – erstens – deren „Vergänglichkeit“ in Rechnung zu stellen. Papier ist geduldig. Doch was einmal, aus einer bestimmten internen oder externen politischen Situation heraus, für richtig befunden wurde, braucht nicht dauerhaft Bestand haben. Auch ideologische Vorstellungen können sich „überleben“. Deshalb muß die Analyse eventuelle Entwicklungen der Ideologie(n) berücksichtigen. Die zweite Einschränkung liegt in der Möglichkeit, daß in programmatischen Texten weniger politische Bekenntnisse zum Ausdruck kommen, als vielmehr in erster Linie das Image die Feder geführt hat. Man schreibt mit strategischen Motiven im Hinterkopf das nieder,

171 Vgl. Erwin K. Scheuch, Hans Dieter Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 12. Jhrg., Tübingen 1967, S. 11-19.

was etwa potentielle Bündnispartner oder überhaupt die Öffentlichkeit von einem erwarten. „Erwartet“ wird in der bundesdeutschen politischen Kultur zumindest, sich als Demokrat zu geben. Drittens ist die Frage der Repräsentativität von Bedeutung. Aussagen zur Ideologie, wollen sie nicht als Außenseiter-Meinung gelten, müssen zumindest für eine bestimmte Zeit in der Partei oder – mit Blick auf die Unterscheidung zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ – in Teilen von ihr akzeptiert werden. Abweichende Positionen macht die Untersuchung als solche kenntlich.

Entscheidend ist das Verständnis der PDS von den Grundwerten, also den Menschenrechten und der prinzipiellen Freiheit und Gleichheit des Einzelnen. Wird auch nur eines dieser Rechte negiert oder delegitimiert, widersinnig uminterpretiert oder taktisch ins Feld geführt, handelt es sich kategorisch um einen Fall von Extremismus. Dies gilt auch für den Fall der Überhöhung eines Prinzips in der Weise, daß ein anderes keine Gültigkeit mehr hätte. Kategorisch deshalb, weil kein demokratischer Grundwert isoliert denkbar, und ein jeder konstitutiv ist. Wer die Menschenrechte mißachtet, kann sich nicht dadurch entlasten, ein Verfechter der Freiheit oder ein Befürworter einer pluralistischen Gesellschaft zu sein. Nicht minder wichtig ist es herauszufinden, welches Demokratieverständnis in der Partei vorherrscht. Ein Bekenntnis zur „Demokratie“ auf den Lippen zu führen, muß nicht bedeuten, sich für die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates einzusetzen. Die ehemaligen „Volksdemokratien“ Osteuropas sind dafür ein beredtes Beispiel. Fühlt sich die PDS im Gegensatz zu diesen dem Pluralismus und der freien und gerechten Willensbildung durch politisch neutrale Instanzen verpflichtet, die das Mehrheitsprinzip anerkennen und Minderheitenschutz gewährleisten? Oder verweist ihr Demokratieverständnis auf andere Ziele, etwa die Bejahung eines identitären Gemeinwesens?

Wer eine politische Ordnung errichten will, die demokratischen Grundwerten nicht gerecht wird, sie gar mißachtet, macht sich als Demokrat unglaubwürdig, auch wenn er vorgibt, diese Normen bewahren zu wollen. Dasselbe gilt für alle, die die staatliche Ordnung einer Demokratie zu delegitimieren suchen oder bekämpfen. Die Analyse des Staatsverständnisses soll nachweisen, ob dies auf die PDS zutrifft. Eine Kritik an den Institutionen des Verfassungsstaates allein reicht allerdings nicht ohne weiteres für ein Extremismus-Urteil aus. Sie kann durchaus auf Reformen zielen, die demokratischen Prinzipien nicht zuwiderlaufen. Dies ist gegebenenfalls zu prüfen. Auf der anderen Seite sind Auffassungen denkbar, die Institutionen des Verfassungsstaates nur aus strategischem Kalkül heraus befürworten, sie also nicht als für eine Demokratie konstitutiv erachten, und möglicherweise antidemokratischen Motiven folgen. Dem Hauptkriterium der Akzeptanz oder Ablehnung der Werte und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates ordnen sich alle weiteren Bewertungsmaßstäbe unter; sie sind gleichsam Prüfsteine für die Glaubwürdigkeit der Ideologie.

Verweist die Ideologie auf politische Ziele, gibt eine Partei mit der Strategie ihre Mittel zu erkennen. Zwar hängen beide Bereiche unverkennbar zusammen, doch ist es für die Untersuchung nicht von Belang, ob eine Partei ihre möglicherweise extremistische Ideologie mit politischen Aktionen exkulpiert. Das Verhalten einer Partei innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates ist in umgekehrter Logik analytisch relevant: Als praktischer Ausfluß ideologischer Grundlagen stellt es deren demokratische Glaubwürdigkeit auf die Probe. Zielt nämlich die Parteistrategie auf die Delegitimierung der

Fundamente der Demokratie, sind alle gegenteiligen Bekenntnisse Makulatur. Die Ideologie am politischen Handeln zu messen, kann Aufschluß geben über die Existenz programmatischer Mimikry. Dabei steht nicht die Frage im Vordergrund, ob eine Partei sich mehr außerparlamentarisch oder mehr parlamentarisch oder in der Exekutive engagiert. Eine Politik außerhalb der staatlichen Institutionen ist nicht notwendigerweise extremistisch motiviert.

Wesentlich ist vielmehr, ob sich in der politischen Aktion eine bewußte, offensive und demonstrative Mißachtung demokratischer Prinzipien zeigt, sei es durch die Mobilisierung oder Kollektivierung gegen den demokratischen Verfassungsstaat gerichteten Protests, sei es durch die von der Duldung bis hin zur bewußten Vereinnahmung reichende Annäherung an extremistische Personen, Gruppen oder Milieus. Mit welchen Kräften man zusammenarbeiten will, kann wichtige Hinweise auf demokratische oder undemokratische Absichten geben. Wer Extremisten ins politische Boot holt, delegitimiert sich als demokratische Kraft. In diesem Zusammenhang liefert das „soziologische“ Argument kein Alibi, eine Partei trüge kraft ihres gesellschaftlichen Integrationsvermögens zur demokratischen Läuterung der Betreffenden bei.

Im Falle der PDS als Wähler-, Parlaments- und Regierungspartei mag dieser Schluß besonders sinnfällig sein. Wer aber innerhalb demokratischer Verfahren und Institutionen politisch aktiv ist, hält deren Prinzipien nicht automatisch für legitim. So gilt es, die strategischen Intentionen der Wahlteilnahme, der parlamentarischen Präsenz und Arbeit und der Beteiligung an Regierungen zu bewerten. Das Augenmerk muß sich auch auf die Motive der parlamentarischen Zusammenarbeit mit Kräften der demokratischen Konkurrenz richten. Welche strategische Rolle spielen die Fraktionen? Sind sie oder die in die Regierungsarbeit involvierten Politiker Garanten für Demokratie? Sicherlich nicht dann, wenn sie einer extremistisch motivierten Ideologie oder Strategie unterworfen sind. Es ist zwar durchaus nicht unrealistisch, daß die Einbindung in staatliche Institutionen eine extremistische Organisation „demokratisiert“. Gleich eine Reihe an Szenarien ist denkbar. Was aber zählt, ist immer der strategische Anspruch, nicht sein Erfolg.

Dies leitet über zu den Kriterien, die den inneren Zustand, die Organisation der Partei betreffen. Diese Rubrik führt gewissermaßen die beiden anderen zusammen. Für die Bewertung ist von Belang, ob Extremisten in der Organisation interne Macht genießen, sei es in der strukturellen Hierarchie, sei es auch schon durch das Vermögen, ohne große Umschweife Anhänger für sich mobilisieren zu können. Auch eine ideologisch noch so dominante Bastion aus mutmaßlichen Verfechtern der Demokratie macht sich und die Partei unglaubwürdig, wenn sie extremistische Tendenzen oder Strömungen nicht als solche benennt und als solche bekämpft. Nicht inhaltliche Differenzen, vielmehr die gegenseitige Instrumentalisierung der einzelnen Lager und die Motive dahinter können Aufschluß geben über den demokratischen Charakter der PDS. Um diesen wäre es schlecht bestellt, sollten extremistische „Fraktionen“, Ideologie hin oder her, von demokratischen mit in den strategischen Zug genommen werden. Dies gilt erst recht, wenn die organisatorischen Prinzipien einer Partei von vornherein so angelegt sein sollten, daß – etwa dem Modell einer Sammlungsbewegung folgend – jedem Tür und Tor offensteht, der die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates nicht als die seinen ansieht. Offenheit und Pluralismus wären dann keine Indizien für praktizierte Demokratie. Allerdings kann innerparteiliche Demokratie nur unter Vorbehalten als Kriterium die-

nen. Einerseits fällt etwa eine gleichsam diktatorisch durchorganisierte „Kader-“ oder „Führerpartei“ bei der Bewertung durch, selbst wenn man sich in blühender Phantasie vorstellt, es vereinten sich nur Demokraten in ihr. Andererseits wäre es übertrieben und unreal, jeden „undemokratischen“ Schachzug im Machtgefüge einer grundsätzlich demokratisch organisierten Partei als Zeichen für Extremismus zu verbuchen.

Kapitel III: Ideologie

1. Grundwerteverständnis

1.1 „Reform“-Positionen

Die Berufung auf Grundwerte des demokratischen Verfassungsstaates ist ein Desiderat der PDS-Ideologie. In den von Parteitag beschlossenen Manifesten gab allein der Begriff Sozialismus eine „Wertorientierung“¹⁷² vor, ohne allerdings in dieser Funktion weiter konkretisiert worden zu sein. In dem im Januar 1993 verabschiedeten Grundsatzzprogramm verwiesen allenfalls die Forderungen nach „Entfaltung von Individualität [und] Selbstbestimmung jedes Menschen“¹⁷³ mehr oder weniger am Rande auf Normen der Demokratie. Die Vagheit der PDS-Programmatik in puncto fundamentaler gesellschaftlicher Werte stand in eigentümlichem Kontrast zu der Tatsache, daß Freiheit, Menschenrechte und Demokratie eine wesentliche Rolle in ideologischen Einlassungen der „Reformer“ spielten. Im Frühjahr 2001 starteten sie einen ideologischen Vorstoß, der zahlreiche Begrifflichkeiten des Programms von 1993 hinter sich ließ. Sie präsentierten einen Programmentwurf,¹⁷⁴ der explizit Freiheit als zentralen Wert postulierte: Sie sei „Bezugspunkt“ der PDS-Politik. Die Eindeutigkeit dieses Bekenntnisses erstaunt. Zwar waren die Begriffe „Freiheit“ oder „Liberalität“ im Denken der „Reform“-Ideologen immer präsent. Sie waren aber stets verbunden mit der Mobilisierung sogenannter „emanzipatorischer Potentiale“ für eine sozialistische Politik der Zukunft.

Von Anfang an zeigte sich dies in der fundamentalen Kritik der „Reformer“ am Staatssozialismus der DDR. Dieses System brandmarkten sie als „stalinistisch“ und attestierten ihm, die Freiheitsrechte mißachtet und damit der Idee des Sozialismus grundlegend widersprochen zu haben. Ihre humanistischen Ansprüche habe die DDR nicht eingelöst. Entgegen geltender Dogmen hätten die SED-Machthaber weder „individuelle Freiheit“ noch „gesellschaftliche Emanzipation“ zugelassen.¹⁷⁵ Das „Sozialismus-Modell“ der DDR sei „in seinen grundsätzlichen Zügen kaum sozialistisch zu nennen“¹⁷⁶ gewesen. Schuld daran habe die Ablehnung individueller Freiheit und sich relativ selbst-

172 Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin o. J.; Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel. Beschluß des 4. Parteitages der PDS/1. Tagung, in: Disput, 3-4/1995, S. 26-28; Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Zur Strategie und Programmatik der PDS bis 2003. Beschluß der 2. Tagung des 7. Parteitages, in: Disput, 10/2001, S. 40-45.

173 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin o. J., S. 23.

174 Michael Brie, Dieter Klein, André Brie: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf, in: PDS-Pressedienst vom 27. April 2001.

175 Vgl. Rainer Land, Ralf Possekel: PDS und moderner Sozialismus, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 116.

176 André Brie: Befreiung der Visionen. Für eine friedliche, kooperative und solidarische Welt, in: Gregor Gysi (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg, Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990, S. 112 f.

ständig entwickelnder Teilbereiche der Gesellschaft durch die SED gehabt – mit der Grund für das „welthistorische Scheitern“ des „Sozialismus als System“.¹⁷⁷

Dem „Kapitalismus“ attestierten die „Reformer“ dagegen, in Subsystemen wie Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft als erste Gesellschaftsform überhaupt Voraussetzungen zu wirklichem („sozialen“) Fortschritt geschaffen zu haben. Denn kapitalistische Systeme hätten sich als „offen“ und „grundsätzlich durch politische Bewegungen veränderbar“¹⁷⁸ erwiesen. Diese Qualität nannten sie „Moderne Gesellschaft“ und suchten nach Möglichkeiten, sie unter „sozialistischen“ Vorzeichen zu etablieren. Eigentlich müßte ein derartiger Befund den Schluß nahelegen, die DDR sei totalitär gewesen. Doch die „Reformer“ waren nicht in der Lage, dies eindeutig auszusprechen. Denn ihre Kritik an der DDR maß sich nicht an den Normen des demokratischen Verfassungsstaates, sondern hatte die „Wiedergewinnung der sozialistischen Idee“ zum Ziel. Den Mangel an Freiheit – diese war gleichbedeutend mit „gesellschaftlicher Emanzipation“ – sahen sie als „strukturelles Defizit“ an und ließen geflissentlich die Frage außen vor, ob nicht Sozialismus zwangsläufig zu Unfreiheit führt, wird in seinem Namen ein Gemeinwesen errichtet. Weit davon entfernt waren die „Reformer“, die DDR etwa eindeutig als Unrechtsstaat zu bezeichnen.¹⁷⁹

Mitte der 90er Jahre kristallisierten sich Freiheit, Liberalismus und Menschenrechte als Zentralbegriffe der „Reform“-Ideologen heraus. In ihrer ideologischen Diktion erschienen die Persönlichkeitsrechte vordergründig als fundamental. Sie wurden aber immer in einem Atemzug mit dem Begriff Sozialismus erwähnt, und sie sind in der Konsequenz der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft unterworfen. So wie in der Wandelbarkeit und Offenheit der demokratisch verfaßten Gesellschaft sahen sie in dem Wert der individuellen Freiheit, im „Liberalismus“ den „Schlüssel zum Sozialismus“.¹⁸⁰ Anders als die „Orthodoxen“ erachteten die „Reformer“ Sozialismus aber nicht als fertiges, eschatologisches Staatsprodukt, das „kapitalistischen“ Systemen kategorial und von Natur aus feindlich gegenübersteht. Vielmehr wurde Sozialismus als offenes Projekt vorgestellt, sein Bewegungskarakter unterstrichen. Der Diversifizierung der persönlichen Lebensstile und der Freiheit des Einzelnen kamen dabei entscheidende Bedeutung zu.

177 Vgl. Michael Brie, Dieter Klein: Das Ende des administrativen Sozialismus – Chancen für eine neo-sozialistische Bewegung, in: Gregor Gysi (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg, Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990, S. 60. André Brie forderte: „Wir müssen uns bewußt bleiben, daß die DDR nicht an Zufälligkeiten, nicht an einem Gorbatschow [...], nicht an einzelnen Fehlern, sondern an einer grundlegenden gesellschaftlichen Rückständigkeit gescheitert ist.“ André Brie: Erfordernis, Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Inhalte eines Strategiewechsels der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 23. Dezember 1995.

178 Rainer Land, Ralf Possekel: PDS und moderner Sozialismus, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 116.

179 Vgl. Dietmar Keller: Zwischen Anspruch und eigener Blockade. Zu einigen Fragen des Verhältnisses der PDS zur Geschichte der SED und der DDR, in: Michael Brie, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.): Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995, S. 131-145.

180 Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 49.

Bei dem für eine sich sozialistisch gerierende Partei zumindest unüblichen Begriff „Liberalität“ stutzt man fast unweigerlich. Die „Reformer“ nahmen Bezug auf eine in wesentlichen Punkten konkurrierende ideengeschichtliche Strömung, den Liberalismus. 1995 erschien unter dem provokant gemeinten Titel „Freiheit oder Sozialismus?“¹⁸¹ eine ideologische Schrift, für die PDS-Chef Lothar Bisky als Autor zeichnete. Die Abhandlung versucht, den in Frage gestellten Gegensatz („oder“) aufzuheben. Der „Sozialismus“ erscheint darin als der einzig glaubhafte Hüter liberaler Tradition und Werte, mithin der individuellen Freiheit. Diejenigen, die heute politisch unter der Bezeichnung „liberal“ auftraten, lautet die Quintessenz, hätten sich dagegen auf den Abweg des sogenannten „Neoliberalismus“ begeben, sozusagen einer modernen Form des Kapitalismus. Nun gehört aber das Prinzip der Gleichheit seit jeher zum linken Menschenbild wie das Wasser in den See. Das war auch bei der PDS nicht anders.

Denn aller Bekenntnisse zum Trotz war die Ideologie der „Reformer“ im Kern keineswegs liberal oder libertär beziehungsweise „radikaldemokratisch“,¹⁸² wie es im Programm zur Bundestagswahl 1998 behauptet wird. Vielmehr schien die Bezugnahme auf den Liberalismus strategischen Überlegungen zu folgen. So wie in der Wandelbarkeit und Offenheit der demokratisch verfaßten Gesellschaft sahen die PDS-Ideologen in der individuellen Freiheit, im „Liberalismus“ den „Schlüssel zum Sozialismus“¹⁸³ – nicht aber in erster Linie einen demokratienotwendigen Wert an sich. Zwar kommt es durchaus einer Hinwendung zur Demokratie gleich, wenn die „Reformer“ auf die „Schaffung von Bedingungen höchster individueller Verschiedenheit auf Grundlage gleicher Ausgangsmöglichkeiten“¹⁸⁴ auswaren. Der Freiheitsbegriff kam jedoch auch in parteioffiziellen Papieren nicht über die Bedeutung „individueller Verschiedenheit“¹⁸⁵ hinaus.

Im klassischen marxistischen Verständnis ist Freiheit als „spezifisch gesellschaftliche Kategorie“ nur unter bestimmten sozialen Bedingungen gewährleistet. In der „kapitalistischen“ Gesellschaft – also mithin im demokratischen Verfassungsstaat – seien der Freiheit „enge Grenzen gesetzt“.¹⁸⁶ Daraus leitete sich der Vorrang des Gesellschaftlichen gegenüber dem Individuellen ab. Ganz im Sinne dieser Denkweise sagte „Reformer“ Dieter Klein: „Individuelle Freiheit ist nur unter den Bedingungen sozialer Gleichheit [...] möglich. Formaler Deklaration von Freiheit, die der Mehrheit die Bedingungen wirklicher Freiheit nicht zugesteht, wird ein sozialistisches Freiheits- und Gleichheitskonzept entgegengestellt.“¹⁸⁷ In dem Programmentwurf¹⁸⁸ der „Reformer“ aus dem Jahr 2001 ist Freiheit eng verknüpft mit politischen Forderungen – zum Beispiel dem Recht auf Arbeit, soziale Sicherheit oder Gesundheit – und Pflichten der Bürger, etwa zur

181 Lothar Bisky: Freiheit oder Sozialismus? Berlin 1995.

182 Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, in: Disput, 4/1998, Beilage, S. 2.

183 Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 49.

184 Ebd., S. 51.

185 Programmkommission der PDS: Thesen zur programmatischen Debatte, in: PDS-Pressedienst vom 26. November 1999.

186 Alfred Kosing: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1987, S. 183.

187 Dieter Klein: Zeitgemäße sozialistische Programmatik, in: Neues Deutschland vom 15. Juni 2001.

188 Michael Brie, Dieter Klein, André Brie: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf, in: PDS-Pressedienst vom 27. April 2001.

„Wahrnehmung sozialer und ökologischer Aufgaben“. Die „Reformer“ sprechen in diesem Zusammenhang von „Freiheitsgütern“, die die Individuen für sich reklamieren müßten.¹⁸⁹ Die Verfügung über diese „Freiheitsgüter“ entscheide über Freiheit oder Unfreiheit des Einzelnen. Es handelt sich also nicht um unveräußerliche Grundrechte, sondern um soziale Rechte.

Freiheit im Verständnis des demokratischen Verfassungsstaates ist jedoch nicht vordefiniert; sie ist ein an sich unpolitischer Wert und impliziert deshalb immer auch das Recht zur freien Entscheidung. Der Freiheitsbegriff der „Reformer“ ist zwar nicht identisch mit dem der marxistisch-leninistischen Ideologie. Er reichte aber immer nur bis zum Tellerrand „sozialistischer“ Politik, deren Zielstellungen er sich unterzuordnen hatte. Zugleich war er Ansatzpunkt für die PDS-Strategie, in der Gesellschaft Räume für die Entwicklung bestimmter „emanzipatorischer Potentiale“ zu schaffen, die wiederum Träger einer sozialistischen Entwicklung sein sollten. In diesem Verständnis ist Freiheit selektiv und – wenn auch unausgesprochen – eine Freiheit der Kollektive, nicht der Individuen. Der vielbeschworene Pluralismus in der Gesellschaft müßte zwangsläufig dann auf Grenzen stoßen, wenn es sich um Interessen handelte, die außerhalb des sozialistischen Anspruchs lagen.

Dies verdeutlicht die Bezugnahme der PDS-„Reformer“ auf die Menschenrechte. Sie war im Laufe der Zeit zugleich zur umfassenden Legitimation sozialistischer Politik aufgerückt: „Die soziale Frage [...] ist in letzter Instanz die Frage danach, auf welche Weise den Menschenrechten für alle Menschen Geltung verschafft werden kann.“¹⁹⁰ Ob die Partei Menschenrechte als schützenswertes Gut an sich ansah, darüber kann man nach Lektüre einschlägiger Textpassagen nur spekulieren. Auch hat der Rekurs auf die Menschenrechte nichts mehr mit einem linken Betroffenheitsszenario zu tun. Vielmehr waren offenbar strategische Motive Vater des Gedankens: „Die Menschenrechte sind für die sozialen Bewegungen das entscheidende Vermittlungsglied [...]. Sie stellen das Feld dar, auf dem der Kampf um die Hegemonie in dieser Gesellschaft ausgetragen wird.“¹⁹¹ Daher: „Ziel des modernen Sozialismus kann es nur sein, die Hegemonie im Kampf um die Menschenrechte zurückzugewinnen.“¹⁹² Das Menschenrecht erscheint dabei nicht als individuelles Recht, sondern als kollektives, das, deckungsgleich mit bestimmten, „sozialistischen“ Interessen, zu einem einheitlichen Volkswillen umfunktioniert werden kann: „Menschenrechte sind soziale Ansprüche und geltend gemachte Anrechte konkreter Klassen, Schichten und Gruppen, die als Rechte für alle und jeden formuliert werden.“¹⁹³ Aus der Neigung der Linken, das, was in ihren Augen Unrecht ist, in die Schublade „Unterdrückung/Befreiung“ zu packen, zog die PDS strategischen Nutzen: Mit einem bißchen an gutem Willen kann alles, was als „Unterdrückung“ verstanden wird, zum „Menschenrechtsfall“ herbeiideologisiert werden: Arbeitslosigkeit etwa, oder

189 Vgl. Stefan Bollinger: Innehalten und neu orientieren, in: Disput, 6/2001, S. 18 f.

190 Dieter Klein, Lutz Brangsch: Die soziale Frage heute – Unübersichtlichkeit der Akteure, in: Cross-over (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 32.

191 Michael Brie: Moderner Sozialismus, in: Werner Kowalski, Joachim Bischoff, Ursula Herrmann, Peter Jehle, ders.: Sozialismusvorstellungen gestern und heute, Berlin 1997, S. 41.

192 Ebd., S. 42.

193 Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 42.

zur Überlebensfrage der Menschheit erhobene ökologische Krisen. Einzelinteressen mutieren über die Menschenrechte als „Vermittlungsglied“ (Michael Brie) zum Interesse aller.

Menschenrechte waren für die PDS nichts anderes als ideologischer Kitt, um Belange unterschiedlichster sozialer Gruppen zu einem einheitlichen gesellschaftlichen Willen zusammenzuführen. „Alle Menschenrechte – als soziale, politische und individuelle – für jeden Menschen [...]. [Das ist] eine Forderung, die gesellschaftliche Strukturen angreift.“¹⁹⁴ Es offenbart sich der Glaube, individuelle Freiheit sei Voraussetzung für möglichst vielfältigen Protest, der unter dem einenden Banner der Menschenrechte eine breite sozialistische Bewegung hervorbringt. Indem sie den Spieß umdrehten und gegen das bestehende Gemeinwesen richteten, verkannten die PDS-Theoretiker, daß die freie Artikulation von Interessen, also auch Protest, ein ganz entscheidendes Moment des Zusammenhalts einer demokratischen Gesellschaft ist.

1.2 „Orthodoxe“ Positionen

Vergeblich sucht man in wichtigen programmatischen Papieren des orthodox-kommunistischen Parteiflügels nach einem Bekenntnis zu den Grundwerten der Demokratie.¹⁹⁵ Vor allem die von den „Reformern“ ins Feld geführten ideologischen Begriffe „Freiheit“, „Liberalismus“,¹⁹⁶ „Demokratie“, „moderne Gesellschaft“ wurden als Absage an den Sozialismus als Staats- und Gesellschaftsform und als Anbiederung an die gegenwärtigen „herrschenden Verhältnisse“ interpretiert.¹⁹⁷ Kritisiert wurden insbesondere zwei Punkte: Die „Freiheitsdefinition“ der „Reformer“ setze allein beim Individuum an. Daneben sei soziale Gleichheit – die die „Orthodoxen“ als zentralen Grundwert propagieren – zu einer bloßen „Chancengleichheit“ verkommen.¹⁹⁸ Allerdings entspricht der Freiheitsbegriff der „Orthodoxen“ in der sozialen Bedingtheit dem der „Reformer“. So konnte Harald Neubert, ein Aktivist des Marxistischen Forums der PDS, nur Nuancen in der Formulierung meinen, als er kritisierte, im Programmentwurf der „Reformer“ sei „der Bezug auf die Freiheit unter Mißachtung ihrer sozialen Bedingtheit überstrapaziert.“¹⁹⁹

Aussagen zu fundamentalen Normen bettete die Kommunistische Plattform folgerichtig ein in die kommunistische Eschatologie einer künftigen Gesellschaft: In dieser „wird jedem Mitglied ermöglicht, seine Kreativität sinnvoll zu entfalten, [werden] die Unantastbarkeit seiner Würde, die Achtung seiner sozialen und Menschenrechte [garantiert]. Die auf demokratischer Grundstruktur des Zusammenlebens gegebene Freiheit je-

194 Gabi Zimmer, zit. n. Neues Deutschland vom 16./17. Juni 2001.

195 Vgl. Monika Balzer, Dorothee Menzner, Ekkehard Lieberam, Winfried Wolf: Programm der PDS – Alternativer Entwurf, in: PDS-Pressedienst vom 8. Juni 2001.

196 Vgl. Harry Nick: Über Sozialismus und Liberalismus, in: Marxistisches Forum, Heft 7, Juni 1996, S. 1-15.

197 Vgl. Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer, Winfried Wolf: Votum zu den Thesen der Programmkommission der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 26. November 1999; Harry Nick: Über Sozialismus und Liberalismus, in: Marxistisches Forum, Heft 7, Juni 1996, S. 1-15.

198 Vgl. ebd.

199 Vgl. Harald Neubert: Einiges neu konzipieren, einiges verändern, kürzen, in: Disput, 6/2001, S. 16.

des Individuums bleibt bereits in dieser Gesellschaft unverzichtbare Voraussetzung einer neuen Lebensqualität.²⁰⁰ Daß dies kein Credo im Sinne einer freiheitlichen Demokratie ist, wird umso deutlicher, wenn die KPF diese „humanistischen Werte“ nur als „Bestandteil der Kultur des Sozialismus“ gelten läßt, ihnen also den genuinen Charakter und universelle Gültigkeit abspricht. Grundwerte der Demokratie wurden zwar erwähnt, aber explizit nur dann als legitim erachtet, wenn sie sich zugleich als „sozialistisch“ rubrizieren ließen. Dies war auch die Sichtweise des Marxistischen Forums, das konsequent von „sozialistischen Menschenrechten“ sprach, zu denen vor allem „Prinzipien [...] der sozialen Gleichheit“ gehörten, nicht aber die Freiheit des Individuums.²⁰¹ Offenbar vertraten sowohl das Forum als auch die KPF die Meinung, in den als „kapitalistisch“ gebrandmarkten demokratischen Verfassungsstaaten würden fundamentale Werte wie das Menschenrecht nicht garantiert. Grundwerte sind in dieser Sichtweise eng verknüpft mit „sozialistischen“ Zielstellungen und mit dem Glauben daran, im Besitz der Wahrheit über das „richtige Bewußtsein“ zu sein.

Die Projektion „orthodoxer“ Sozialismusvorstellungen war immer das Staats- und Gesellschaftsmodell der DDR, dessen Legitimation gerettet oder wiederhergestellt werden sollte. Dies zeigte sich Mitte der 90er Jahre in dem Streit um einen – angeblichen – „Gründungskonsens“ der PDS, den die „Reformer“ als Bruch mit dem „antidemokratischen DDR-Sozialismus“ interpretierten,²⁰² wohingegen „Orthodoxe“ in ihm die Vorgabe sahen, die sozialistische Tradition der DDR zu bewahren.²⁰³ Stellten die „Reformer“ systemimmanente Ursachen des Scheiterns des Staatssozialismus fest, machten die „Orthodoxen“ äußere und innere Feinde der sozialistischen Idee aus: Gescheitert seien die sozialistischen Staaten Osteuropas vor allem am „militärischen Druck seitens des Weltimperialismus“, daneben an der hauptsächlich ökonomischen Überlegenheit des Kapitalismus – wobei keine Rede war von einer möglichen politischen Überlegenheit – und intern am „Subjektivismus“ und „schwerwiegenden Irrtümern“.²⁰⁴

Schwerwiegende Irrtümer? Damit meinte die KPF keineswegs Unfreiheit oder Unterdrückung im Innern, sondern die „stalinistische Entartung der sozialistischen Idee“.²⁰⁵ Diese sei nicht systeminhärent gewesen, sondern der Herrschaftspraxis bestimmter, gleichsam vom Kurs abgewichener Personen zuzuschreiben: Nicht der Kommunismus „ist gescheitert, sondern eine antimarxistische Version, die auch als ‚Stalinismus‘

200 Eberhard Czichon, Thomas Hecker, Heinz Marohn: Zur Programmatik von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS, in: Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.): Warum sind KommunistInnen in der PDS?, Berlin 1994, S. 23.

201 Vgl. Ingo Wagner: Für einen neuen Sozialismus als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, in: Marxistisches Forum, Heft 23, September 1999, S. 23 f.

202 Vgl. Michael Schumann: PDS: Geschichte und Politik, in: Lothar Bisky, Jochen Czerny, Herbert Mayer, ders. (Hrsg.): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996, S. 21-35.

203 Vgl. Detlef Joseph: „Grundkonsens“ der PDS und Geschichtsrevisionismus, in: Hans-Joachim Krusch, Herbert Stascheit (Hrsg.): Konferenz. Gegen den Zeitgeist. 50. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR, Schkeuditz 1999, S. 193-204.

204 Kommunistische Plattform: Thesen zum Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, in: PDS-Pressedienst vom 12. Juli 1991.

205 Thesen für eine Plattform der KommunistInnen in der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 23. November 1990.

bezeichnet wird, und die zum Wegbereiter des Opportunismus der Gruppe um Gorbatschow geworden war.“²⁰⁶ Die „Perestroika“ als historische Konsequenz des Stalinismus!²⁰⁷ Zugespitzt: Hätte es Stalin nicht gegeben, dann auch keinen Gorbatschow. Der eine hat die Sache entartet, was es dem zweiten ermöglichte, sie zu beseitigen. Beide stehen in der Reihe der Verräter. An der uneingelösten Verheißung einer „humanistischen“ Gesellschaft oder den fehlenden Freiheitsrechten aber sei der DDR-Sozialismus keinesfalls zu Grunde gegangen: Die Toten an der ehemaligen innerdeutschen Grenze wurden zwar bedauert, auch von Verbrechen war die Rede. Den Bau der „Mauer“ – ein Symbol der Unfreiheit schlechthin – erachteten die „Orthodoxen“ jedoch als legitimes Mittel, den Staatssozialismus zu retten.²⁰⁸

2. *Demokratieverständnis*

2.1 *„Reform“-Positionen*

Innerhalb demokratietheoretischer Entwürfe hat der Politologe Kurt Lenk zwei Kategorien unterschieden: „Die Diskussion über das, was rechtens Demokratie genannt werden kann, wird bestimmt von zwei deutlich voneinander zu unterscheidenden Positionen: Da ist einmal die utopisch orientierte [...] Theorie der Identität von Regierenden und Regierten [...], zum anderen die, sei es am Repräsentationsgedanken, sei es am Konkurrenzmodell orientierte Demokratietheorie [...]“.²⁰⁹ Welcher Variante hingen die „Reformer“ an? Der ersten, wie es für eine „linkssozialistische“ Partei zu erwarten ist? Dies zu klären, ist wesentlicher Bestandteil dieses und – eng damit verknüpft – des nächsten Abschnitts, der das Staatsverständnis behandelt.

Analog zu ihrer Kritik an den fehlenden freiheitlichen Grundwerten in der DDR sprachen die „Reformer“ dem Staatssozialismus ab, Demokratie verwirklicht zu haben. Dabei sei diese doch eine Grundvoraussetzung für wahren Sozialismus; ihr Fehlen komme einer Pervertierung der sozialistischen Idee gleich. Man könnte einwenden, daß jede Praxis im Dienste einer Idee unweigerlich auf die Idee selbst zurückfällt. Gegen dieses Argument wappneten sich die „Reform“-Ideologen mit dem Trick, an „der“ sozialistischen Bewegung vor Etablierung der „Volksdemokratien“ anzusetzen. Historisch gesehen hätte Sozialismus sogar den Weg zu mehr Demokratie bereitet,²¹⁰ postulierten sie. Diese Bewegung nämlich sei fest in der Gesellschaft verwurzelt und insofern „demokratisch“ gewesen. Volksnähe als einziges Kriterium der Demokratie? Eine solche Definition widerlegt sich, bemüht man die deutsche kommunistische Bewegung während der

206 Eberhard Czichon, Thomas Hecker, Heinz Marohn: Zur Programmatik von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS, in: Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.): Warum sind KommunistInnen in der PDS?, Berlin 1994, S. 18.

207 Vgl. hierzu wie allgemein zum Geschichtsbild der Orthodoxen: Eberhard Czichon, Heinz Marohn: Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf. Ein Report, Köln 1999.

208 Vgl. Detlef Joseph: Die Mauer im Streit des Jahres 2001, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 9/2001, S. 12-16.

209 Kurt Lenk: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse, Stuttgart 1972, S. 11.

210 Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 33.

Stalin-Zeit als Beispiel. Die undemokratischen Absichten der Thälmann-KPD sind offensichtlich. Außerdem muß die Zeit zwischen 1945 und 1990 aus diesem Blickwinkel erscheinen, als hätte die sozialistische Tradition in Osteuropa eine historische Pause eingelegt, um nach 45 Jahren Phönix aus der Asche gleich wieder erblühen zu können: Erst jetzt, nach Zusammenbruch der DDR, sei sozialistische Politik, sei „eine authentische sozialistische Bewegung wieder möglich.“²¹¹

Nun gab „Reformer“ Michael Schumann jedoch vor, die Partei habe „das Verhältnis zu[r] Demokratie [...] stets als zentrale Frage ihrer sozialistischen Erneuerung betrachtet.“²¹² Das stimmt insofern, als zahlreiche offizielle Texte der Partei „Demokratie“ und „Sozialismus“ in einem Atemzug nannten, wenn nicht gleichsetzten. Zumindest wurde das eine als Bedingung für das andere hingestellt. „Das bedeutet, daß unser Sozialismus-Begriff ein Höchstmaß an Demokratie und Liberalität einschließt. Es geht nicht um die Frage, ob und wieviel Demokratie und Liberalität sich eine sozialistische Gesellschaft leisten kann, sondern darum, daß ihr sozialistischer Charakter von der Realisierung umfassender Demokratie und Liberalität abhängt.“²¹³ Die Sätze richteten sich 1995 nicht, wie man meinen möchte, an die Adresse der SPD oder des Bündnis 90/Die Grünen, sondern an die der eigenen Parteibasis, in der restaurative Tendenzen marxistisch-leninistischer Prägung fröhliche Urständ feierten, je größer der zeitliche Abstand zur DDR wurde.²¹⁴

Schon die zweckgerichtete Implementierung des Begriffs Freiheit – eigentlich ein demokratischer Wert – in eine Theorie des Sozialismus wirft die Frage auf: Was genau verstanden die „Reformer“ unter Demokratie, deren Fehlen sie unter anderem mitverantwortlich machten für den Zusammenbruch des „sozialistischen Versuchs“ DDR? Konstatierten sie mit Blick in die Vergangenheit: „Sozialismus ohne Demokratie führt zur Diktatur einer kleinen Gruppe“,²¹⁵ forderten sie der Zukunft zugewandt: „Die Demokratie ist die notwendige, wenn auch keineswegs hinreichende politische Voraussetzung, um Ziele eines Umbaus der kapitalistischen Produktionsweise durchzusetzen.“²¹⁶ In dieser Sicht ist „Demokratie“ politischen Zielen unterworfen, anstatt umgekehrt als Fundament für deren Durchsetzung in einem freien Entscheidungsprozeß zu fungieren.

Zu keiner Zeit stellten die „Reformer“ Demokratie als Prinzip freier politischer Willensbildung dar. Keine Aussagen trafen sie dazu, welche Regeln sie für erstrebenswert hielten, Demokratie aufrechtzuerhalten. Zwar müsse Sozialismus auf „zivilisatorischen Errungenschaften“ nicht mehr „kapitalistisch“ sondern besser „modern“ zu nennender Gesellschaften bauen, als da wären: pluralistische Demokratie und Rechtsstaat. Daß dies allerdings keinem Bekenntnis zum demokratischen Verfassungsstaat gleichkam – ein

211 Michael Brie: *Moderner Sozialismus*, in: Werner Kowalski, Joachim Bischoff, Ursula Herrmann, Peter Jehle, *ders.: Sozialismusvorstellungen gestern und heute*, Berlin 1997, S. 38.

212 Michael Schumann: *Politik und Ideologie: Wandlung im ideologischen Selbstverständnis der Bundesrepublik*, in: PDS-Pressedienst vom 23. Januar 1998.

213 *Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel*. Beschluß des 4. Parteitages der PDS/1. Tagung, in: *Disput*, 3-4/1995, S. 26 f.

214 Vgl. Heinrich Bortfeldt: *Pyrrhussieg der Reformer*. 4. Parteitag der PDS in Berlin, in: *Deutschland Archiv*, 3/1995, S. 228-232; *ders.: Zurück zur SED?*, in: *Deutschland Archiv*, 7/1995, S. 678-680.

215 *Gesellschaftsanalyse und politische Bildung* (Hrsg.): *Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus*. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 28.

216 *Ebd.*, S. 57

solches taucht in keiner einzigen Einlassung seitens der „Reformer“ auf –, zeigten 1999 einschlägige Passagen in einem Vorentwurf der reformerischen Vorstandsmehrheit für ein künftiges Parteiprogramm:²¹⁷ Pluralistische Demokratie sei „trotz ihrer Dienlichkeit als Herrschaftsmechanismus eine Chance für Gegenmächte“; der Rechtsstaat, „der in seiner gegenwärtigen Verfaßtheit keineswegs Gerechtigkeit sichert“, habe dennoch „erhebliche Bedeutung“ für „die Behauptung von Bürgerrechten.“²¹⁸ Pluralismus und Rechtsstaat müßten sein – „aber nicht so wie sie sind.“²¹⁹ Die gegenwärtige Demokratie in Deutschland erscheint als „Mechanismus“, der Interessen der „Herrschenden“ durchsetzt, und nun so verändert werden müßte, daß die Interessen der „Bürger“ Geltung bekämen.

Für diese Feststellung spricht auch die Tatsache, daß die „Reformer“ ausgerechnet auf die Prinzipien Pluralismus und Rechtsstaat abhoben, während andere nicht der Rede wert waren. Offenkundig meinten sie mit „Demokratie“ nicht eine bestimmte Gesellschaftsordnung. Mit diesem Begriff bezeichneten sie vielmehr eine nicht näher definierte, jedoch politischen Prämissen unterworfenen „Methode gesellschaftlichen Wandels“:²²⁰ „Wir sehen Demokratie nicht als Artefakt oder als spezifische Form der Machtausübung. Wir begreifen sie als Prozeß. Dessen Ablauf und Ergebnisse bestimmen das Wesen und den politischen Gehalt der gesellschaftlichen Verhältnisse.“²²¹ Die „Reform“-Ideologen setzten „Demokratie“ ineins mit der Forderung nach einer „Demokratisierung“ von Staat und Gesellschaft. Dies kann nur bedeuten, daß aus Sicht der „Reformer“ die Bundesrepublik – ebenso wie die DDR – demokratische Defizite aufwies.

„Demokratisierung“ bezog den Umbau des „herrschenden Systems“ ein und betraf auch Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates: „Wir sind uns [...] bewußt, daß die formellen Strukturen der Demokratie keinesfalls automatisch die wirkliche demokratische Repräsentation von Interessen verbürgen.“²²² Welche Konsequenzen die „Reformer“ aus dieser Mängelrüge zogen, ist noch zu prüfen. Alles in allem aber erhielt

217 Vgl. zu den Positionen der „Reformer“ in der Programmdebatte: Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS: Für eine sozialistische Politik!, Manuskript, 26. Juni 2000; Horst Dietzel: Den Richtungswechsel verhindern!, in: Neues Deutschland vom 7. April 2000; Michael Brie: Widerstand muß in Gestaltung übergehen können, in: Neues Deutschland vom 23. März 2000; ders.: Von der Weisheit, das Unmögliche zu lassen und das Mögliche zu tun, in: Neues Deutschland vom 2. Dezember 1999; Dietmar Bartsch: PDS 2000 – Innehalten und Aufbruch, in: Neues Deutschland vom 27. Januar 2000; André Brie, Dieter Klein: Die Tabus abschaffen, in: Freitag vom 5. Februar 1999. Zu den Positionen der „Orthodoxen“ vgl. Uwe-Jens Heuer: Wieviel Theorie braucht ein Programm?, in: Marxistisches Forum, Heft 32/33, September 2000, S. 2-10; Ellen Brombacher: Programmatisches und die normative Kraft des Faktischen, in: ebd., S. 11-17.

218 Programmkommission der PDS: Thesen zur programmatischen Debatte, in: PDS-Pressedienst vom 26. November 1999.

219 Ebd.

220 Harald Werner: Demokratisierung – Ziel und Methode gesellschaftlichen Wandels, in: Uwe-Jens Heuer, ders.: Gegenmacht: Demokratie. Demokratisierung gegen Macht, Berlin o. J., S. 22.

221 Petra Sitte: Bilanz der PDS-Landtagsfraktion und die Rolle der PDS in den Parlamenten, in: Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): 2. Parteikonferenz der PDS Sachsen, Dresden 1996, S. 15.

222 Lothar Bisky u. a.: Mit demokratischen Mitteln die politischen und sozialen Menschenrechte verteidigen. Brief an den Ex-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, in: PDS-Pressedienst vom 14. August 1998.

der vage Begriff „Demokratie“ unter dem Label „moderner Sozialismus“ einen pseudo-revolutionären Impetus. Die „Reformer“ wähten sie den „undemokratischen“, weil „unsozialistischen“ Interessen der „Kapitalherrschaft“ ausgesetzt und gedachten, sie entlang ihrer politischer Dispositionen auszurichten. Es stellt sich die Frage, was sich wie wandeln sollte und mit welchem Ziel.²²³

2.2 „Orthodoxe“ Positionen

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Widerspricht nicht vieles [...] diesem Satz, der das Volk zum Souverän erklärt [...]?“²²⁴ Die Würdigung des „orthodoxen“ Demokratieverständnisses muß kurz ausfallen. Aus den wenigen Passagen, in denen sich Exponenten des kommunistischen Flügels der PDS einschlägig äußern, spricht eine eindeutig identitäre Vorstellung von Demokratie. Das oben angeführte Zitat vereint die Kritik der „Orthodoxen“ an den Entscheidungs- und Herrschaftsprinzipien des demokratischen Verfassungsstaates. Das Volk sollte „Souverän“ sein in dem Sinne, daß es nach einem vordefinierten Gesellschaftswillen handelt, der wiederum in demokratischen Verfassungsstaaten, also im „Kapitalismus“, nicht zum Ausdruck kommen könne: „Gegenmacht in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften formiert sich durch politische Gegenkultur, durch geistig-politische Führerschaft in der Artikulierung gesamtgesellschaftlicher Interessen, beruhend auf der weitgehenden Identität dieser Interessen mit den besonderen Interessen der von eigener Arbeit Lebenden und der sozial Benachteiligten [...]“.²²⁵

In einem solchen Verständnis ist allein ein sozialistischer Staat in der Lage, „gesamtgesellschaftliche Interessen“ – die vice versa in Einklang mit den Interessen dieses Staates stehen – zu garantieren. Dafür steht aus Sicht der „Orthodoxen“ die „sozialistische“ Demokratie, die als „Demokratie für das Volk [...] deren Herrschaft durch den sozialistischen Staat sichert.“²²⁶ So kommt es, daß die „Orthodoxen“ auf die Frage nach der demokratischen Legitimation beispielsweise der DDR durchaus positive Antworten zu geben vermögen. Völlig verfehlt sei es, die DDR als Diktatur zu bezeichnen.²²⁷ Schließlich habe sie „bedeutende Elemente sozialer Gleichheit [aufgewiesen]. Zu erwähnen sind Ansätze von Bürgerbeteiligung und Basisdemokratie, verschiedene Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmechanismen in allen ‚Gewalten‘, von den Aktivs der örtli-

223 Diesem Problem gehe ich im Abschnitt 3.1 nach.

224 Uwe-Jens Heuer: Bürgerliche repräsentative Demokratie und Grundgesetz im fünfzigsten Jahr der BRD, in: Gerhard Fischer u. a. (Hrsg.): Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999, S. 423.

225 Harry Nick: Die wirtschaftlichen Machtverhältnisse heute und Chancen einer Alternative zur Dominanz von Profit- und Marktlogik, in: Marxistisches Forum, Heft 11-12, Januar 1997, S. 10.

226 Eberhard Czichon, Thomas Hecker, Heinz Marohn: Zur Programmatik von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS, in: Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.): Warum sind KommunistInnen in der PDS?, Berlin 1994, S. 24.

227 Vgl. zu dieser Auseinandersetzung die Beiträge in Gregor Gysi, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.): Zweigeteilt. Über den Umgang mit der SED-Vergangenheit, Hamburg 1992; Lothar Bisky, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.): Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, Hamburg 1993; dies. (Hrsg.): „Unrechtsstaat“? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994.

chen Volksvertretungen bis zur gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit“²²⁸ Es offenbart sich eine Sichtweise, die schon der Mobilisierung der DDR-Bürger durch den Staat demokratische Qualität zusprach.

3. Staatsverständnis

3.1 „Reform“-Positionen

Sozialismus als gesellschaftliche Bewegung, Demokratie als volksnaher Prozeß – dennoch, oder genau deshalb: Gerade vor dem Staat machte das Konzept der „Demokratisierung“ nicht halt. Dies wird schon allein in der angestrebten Profilierung der PDS als „systemkritische Opposition“²²⁹ deutlich. Wahlerfolge müßten zwar erzielt werden, aber „ohne dabei von der Systemopposition abzurücken. Systemopposition ist auch perspektivisch entscheidend für das Selbstverständnis der PDS. Sie bindet die Mehrheit der Mitglieder.“²³⁰ Die „deutsche Linke“, beklagten die „Reformer“ André und Michael Brie, sei „fast völlig davon abgekommen, Vorschläge für einen Umbau der politischen Institutionen vorzulegen.“²³¹ So riefen die Parteiideologen nicht, „das System“ müsse abgeschafft werden, sondern sie formulierten positive Vorschläge, auf welche Weise und mit welchem Ziel es zu reformieren sei. Schließlich blieben „ohne Veränderungen des politischen Systems [...] die erforderlichen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Reformen blockiert“.²³² Die entsprechenden Forderungen präsentierten die „Reformer“ in dem Anfang 1994 vorgelegten Verfassungsentwurf der PDS-Bundestagsgruppe,²³³ in ihrem „Programmkommentar“²³⁴ von 1997, aber auch im Programm zur Bundestagswahl 1998.²³⁵ Die „Reform“-Positionen, die sich auf den Staat beziehen, konnten also innerhalb der PDS als repräsentativ gelten.

Die „Reformer“ begründeten ihre Forderungen nicht direkt mit der Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft. Sie stellten vielmehr das politische System der Bundesrepublik zunächst als tendenziell undemokratisch hin und gaben vor, „die Demokratie“ wiederherstellen zu wollen. Mit Blick auf die Bundesrepublik sprachen sie von

228 Michael Benjamin: Zur programmatischen Debatte in der PDS, in: Klaus Höpcke u. a. (Hrsg.): Nachdenken über Sozialismus, Schkeuditz 2000, S. 113.

229 Vgl. unter vielen: Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS: Für eine sozialistische Politik!, in: PDS-Pressedienst vom 30. Juni 2000.

230 Michael Brie: Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, Berlin 2000, S. 38. Vgl. auch Dieter Klein: Moderne, Modernisierung und die PDS, Manuskript, 22. März 2000.

231 André Brie, Michael Brie: Die Demokratisierung der Demokratie wagen!, in: Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 123.

232 André Brie: Den Staat nicht der Staatsaristokratie überlassen, in: Freitag vom 26. September 1997.

233 Vgl. Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994, S. 4-35.

234 Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997.

235 Vgl. Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, in: Disput, 4/1998, Beilage.

einer „formale[n] Entleerung von Demokratie“²³⁶ und von einer „Entdemokratisierung [...] der Politik“²³⁷ für die sie die Interessen „des Kapitals“ verantwortlich machten. Die „demokratische Verfaßtheit der westlichen Gesellschaft“ zeige „ihre bedrohliche Unzulänglichkeit hinsichtlich einer zukunftsfähigen Entwicklung“,²³⁸ ja der „heutige Typ von Demokratie verhindert Demokratie als bewußte Gestaltung der Grundstrukturen des Zusammenlebens.“²³⁹ Deshalb sei „eine Revolution der demokratischen Ordnung anzustreben, die das System in Übereinstimmung bringt mit den realen Problemlagen und den Grunderfordernissen von Demokratie.“²⁴⁰

Der Staat habe sich sozusagen von der „demokratischen“ Aufgabe verabschiedet, die Interessen der Bürger zu vertreten, und er sei zu einem Erfüllungsgehilfen des Kapitals geworden.²⁴¹ „Der Umbau der Demokratie muß daher darauf gerichtet sein, Institutionen zu schaffen, die solche Interessen zur Geltung bringen, aushandelbar machen und Zwänge auf Entscheidungen ausüben, die gegenwärtig außerhalb der Interessen der mächtigen Nationalstaaten und ihrer Wirtschaftsorganisationen, Großbanken, Konzerne usw. liegen.“²⁴² In dieser Sichtweise steht eine Allianz aus Staat und Kapital dem Volk gegenüber, das seine Anliegen vom „System“ wieder zurückerobern muß. Die in vielem berechtigte Kritik an „Politikverdrossenheit“, an der „Zuschauerdemokratie“, der Lethargie der Bürger und am Autismus der Parteien war Wasser auf den Mühlen der PDS-Propaganda.

Allerdings offenbart sich ein Verständnis, das zwar zunächst auf die freie Interessenartikulation setzte, aber die demokratische Konfliktregelung durch im Grunde politisch neutrale staatliche Instanzen nicht grundsätzlich als notwendig erachtete. „Wenn ich [Michael Brie] also von modernem Sozialismus spreche, dann meine ich, daß er jene (und nur jene) Instrumente der gegenwärtigen Gesellschaft prinzipiell bewahren muß, die der Lösung der sozialen Probleme der Gegenwart dienlich sind.“²⁴³ Die Institutionen des Staates waren für die PDS-„Reformer“ bestenfalls ein strategischer Spielball. Beklagt wurde ihre Inhaltslosigkeit, geflissentlich übersehen aber ein Grundprinzip: Gerade die formale Trennung von Staat und Gesellschaft ist Garant dafür, daß sich aus der Vielfalt persönlicher Interessen politische Entscheidungen ergeben. Den demokratischen Verfassungsstaat stellten die „Reformer“ zur Disposition politischer Interessen.

Mit ihren Vorschlägen wollten sie einen politischen Kampf um die Hegemonie der Linken austragen. Dieser Kampf richtete sich auch gegen den Staat in seiner jetzigen Form, den man in den Händen des Gegners wähnte. In ihrem Programmentwurf des Jah-

236 Dieter Klein, Lutz Brangsch: Die soziale Frage heute – Unübersichtlichkeit der Akteure, in: Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 34.

237 André Brie: Den Staat nicht der Staatsaristokratie überlassen, in: Freitag vom 26. September 1997.

238 André Brie, Michael Brie: Die Demokratisierung der Demokratie wagen!, in: Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 123.

239 Michael Brie: Moderner Sozialismus, in: Werner Kowalski, Joachim Bischoff, Ursula Herrmann, Peter Jehle, ders.: Sozialismusvorstellungen gestern und heute, Berlin 1997, S. 41.

240 Ebd., S. 47.

241 Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 118.

242 André Brie, Michael Brie: Die Demokratisierung der Demokratie wagen!, in: Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 123.

243 Michael Brie: Ganz rot und ganz modern, in: Neues Deutschland vom 6./7. April 1996.

res 2001 haben die „Reformer“ ihre Positionen allerdings abgemildert: Gesellschaftliche „Gegenmächte“ sollten ausschließlich auf einen „progressiven Wandel der Eigentumsverhältnisse“²⁴⁴ hinwirken, sich aber nicht, wie noch im Grundsatzprogramm formuliert, „gegen den Staat“ richten. Auch den „außerparlamentarischen Kampf“ propagierte man nicht mehr explizit. Stattdessen kehrte der Entwurf – im Gegensatz zum Parteiprogramm – die Notwendigkeit parlamentarischer Politik hervor. Daß dies nicht unbedingt den Ansatz eines ideologischen Wandels hin zur Demokratie bedeutete, sondern eher das Scheitern außerparlamentarischer Strategien in der Praxis zu neuen Überlegungen zwang,²⁴⁵ zeigen die Erläuterungen der „Reformer“. So stellte Dieter Klein als Mitautor klar, daß der Programmentwurf „auf eine andere Gesellschaft zielt“.²⁴⁶ Ähnlich äußerten sich Mitarbeiter der Programmkommission. Bei diesem „Transformationskonzept“ gehe es „nicht um die Anpassung an das gegenwärtige System bzw. um ein harmonisches Hineinwachsen in eine andere Gesellschaft“, sondern darum, „Breschen zu schlagen“, um „Wege über die bürgerliche Gesellschaft hinaus zu eröffnen.“²⁴⁷ Den Anspruch des Entwurfs auf eine „grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Machtstrukturen“²⁴⁸ strich auch Michael Brie heraus.

Es war gerade die repräsentative Demokratie, auf die die „Reformer“ den Fokus ihrer Kritik rückten. Einerseits bekannte sich die PDS „klar und eindeutig zur parlamentarischen Demokratie und der Vielfältigkeit demokratischer Institutionen und wirkt zugleich für ihre Erneuerung.“ Und sie würdigte „Parlamente positiv als Organe, in denen sich die Bevölkerung repräsentiert, ihre Interessen artikuliert.“²⁴⁹ Andererseits hielt sie die repräsentative Demokratie für degradiert „in die Exekutive der Deutschen Bundesbank“. Sie unterliege einem „faktischen Bedeutungsverlust“ und müsse deshalb „trotz ihrer Defizite und der Notwendigkeit wahrhaft historischer Veränderungen institutionell gehütet, ja [...] zurückgewonnen werden.“²⁵⁰ Die PDS als Retter des Parlamentarismus? Weit gefehlt! Die „Reformer“ warfen dem Prinzip der Repräsentation vielmehr vor, sich der Partizipation „der Betroffenen“ an politischen Entscheidungen zu verschließen und damit nicht hinreichend „demokratisch“ zu sein. In diesem Sinne verlangten sie: „Im Parlament müssen sich unterschiedliche soziale und politische Interessen artikulieren. [...] Auch dort treten sie den Kampf um kulturelle Hegemonie an.“²⁵¹

Die parallele Fundamentalkritik am Parteienmonopol mündete konsequent in die Forderung nach einem „freien Parlamentarismus“ und der „Verbindung von Bewegun-

244 Michael Brie, Dieter Klein, André Brie: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf, in: PDS-Pressedienst vom 27. April 2001.

245 Siehe Kapitel IV.

246 Dieter Klein: Zeitgemäße sozialistische Programmatik, in: Neues Deutschland vom 15. Juni 2001.

247 Astrid Hellmann, Bernd Ihme: Im Blickpunkt: Das neue Parteiprogramm. Zur Arbeit der Programmkommission seit Januar 2002, in: PDS-Pressedienst vom 10. Mai 2002.

248 Michael Brie in: Freitag vom 4. Mai 2002.

249 Wolfgang Gehrcke: Mitbestimmung – Sozialstaatlichkeit – Reform der politischen Institutionen – Teil sozialistischer Reformpolitik, in: PDS-Pressedienst vom 6. Februar 1998.

250 André Brie, Michael Brie: Die Demokratisierung der Demokratie wagen!, in: Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 123.

251 Ebd.

gen und Entscheidungen der Massen in von ihnen hervorgebrachten Formen“.²⁵² Damit haben die „Reformer“ auf theoretischer Ebene die Brücke zwischen außerparlamentarischer und parlamentarischer Politik geschlagen. Über diese Frage hatte sich das Parteiprogramm von 1993 noch ausgesprochen.²⁵³ Es ist allerdings eine äußerst ungleiche Verbindung, erscheint die repräsentative Demokratie doch unweigerlich als ein Prinzip, das je nach strategischen Erfordernissen einer „sozialistischen“ Entwicklung mal für gut geheißen, mal für schlecht befunden werden kann. Die „Reformer“ erachteten den Parlamentarismus in keinem Fall als demokratienotwendig – auch nicht in ihrer Vorstellung von Demokratie.

Im Jahr 1994 begründete die „Reformer“-dominierte PDS/Linke Liste im Bundestag die Passagen zum Parlamentarismus in ihrem Verfassungsentwurf entsprechend ambivalent: „Der Verfassungsentwurf [...] geht nicht wie das Grundgesetz vom Verständnis der Demokratie als einer primär repräsentativen Demokratie aus, sondern von einer Demokratiedefinition, die eine Verbindung der repräsentativen mit der unmittelbaren Demokratie beinhaltet [...]. Dabei sieht der Entwurf repräsentative Formen der Demokratie für unerlässlich an.“²⁵⁴ „Unerlässlich“ wofür? Was wollte eine systemoppositionell orientierte Partei wie die PDS erreichen, wenn sie den Parlamentarismus nicht grundlegend ablehnte, ihn „ergänzen“ wollte? Wie läßt sich die zitierte Aussage mit der des PDS-Programms vereinbaren, wonach die Partei dem außerparlamentarischen Kampf Priorität einräumte?²⁵⁵ Welche Funktion sollten die neuen „Formen“ der Repräsentation erfüllen? Nimmt man die einzelnen Forderungen der „Reformer“ zum Umbau des Staates, insbesondere zur Reform des Parlamentarismus unter die Lupe, zeigt sich eine Einstellung, die mitnichten „den Staat“ abschaffen will, die sogar auf einen starken Staat setzt – und das trotz aller radikaldemokratischen, fundamentaloppositionellen und außerparlamentarischen Attitüden. Die verbalen Angriffe richten sich ausschließlich gegen das System in seiner jetzigen Form.

Die Forderungen der PDS – „Reformer“ und „Orthodoxe“ zusammengenommen – zum Umbau staatlicher Institutionen berührten Grundprinzipien der demokratischen Willensbildung. Vordergründig zielten sie darauf, den Einfluß „der Bürger“ gegenüber dem Staat zu stärken. Die PDS-Theoretiker nannten das ein „partizipatorisches Demokratiekonzept“. In einem lapidaren Satz im „Verfassungsentwurf“²⁵⁶ der Bundestagsgruppe (Art. 2, Abs. 2) liegt der Schlüssel zu dem, was damit gemeint ist: „Träger der Staatsgewalt ist das Volk“, heißt es dort. Die entsprechende Formel im Grundgesetz lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ – „...und kehrt nie mehr zurück“, ergänzte man zu Zeiten, als sich linke Fundamentalopposition origineller auszudrücken pflegte als heute. Aber genau darauf hoben die „Reformer“ ab: „Jegliche Ausübung von Staats-

252 Wolfgang Gehrcke: Mitbestimmung – Sozialstaatlichkeit – Reform der politischen Institutionen – Teil sozialistischer Reformpolitik, in: PDS-Pressedienst vom 6. Februar 1998.

253 Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 321.

254 Begründung, in: Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994, S. 36.

255 Vgl. Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin o. J., S. 25.

256 Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994.

gewalt ist den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet und wird von ihnen kontrolliert.“ (Art. 2, Abs. 3) Deren Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen müsse „unmittelbar“ und „verbindlich“ sein. „Gewaltenteilung, Parlamentarismus sowie freie und geheime Wahlen“ müßten „immer wieder in Übereinstimmung mit den gesellschaftlichen Veränderungen gebracht werden“.²⁵⁷ Soll sich die staatliche Verfaßtheit ändern, wenn sich die Gesellschaft „ändert“? Und wer legt fest, wann sie sich inwiefern geändert hat? Wer bestimmt die Konsequenzen für den Staat?

Ihre Vorschläge zur Reform des politischen Systems hatten die „Reformer“ zuerst in diesem „Verfassungsentwurf“ formuliert. Eine Weiterentwicklung ihrer Positionen findet sich in dem programmatischen Papier „Parlamentsreform in der Bundesrepublik“,²⁵⁸ das der langjährige Parteivorsitzende Lothar Bisky, der damalige Chef der Bundestagsgruppe, Gregor Gysi, die Parlamentarischen Geschäftsführer der PDS im Bundestag und in den Landtagen und die Landesvorsitzenden der Partei in Ostdeutschland im September 1997 veröffentlicht haben. Auch das Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998 und ein Ende 1996 verabschiedetes Papier der „Reformer“-dominierten Berliner PDS²⁵⁹ befaßten sich mit diesem Thema. Im einzelnen forderten die „Reformer“:

(1) die „Ausweitung der Bürgerrechte gegenüber den Parlamenten“. Fragestunden, Rederecht für „Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern“ im Plenum und – unter bestimmten Bedingungen – in Ausschüssen des Bundestags, grundsätzlich öffentliche Tagungen der Parlamente und ihrer Untergremien, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente: All das sollte nach dem Wunsch der „Reformer“ den Einfluß „gesellschaftlicher Gruppen“ vergrößern, ihnen den „Zugang zum parlamentarischen [...] Entscheidungsprozeß“²⁶⁰ öffnen und damit der vermeintlichen Entfremdung der Volksvertretungen von ihren Mandanten entgegenwirken. Die „Reformer“ verlangten ferner, das Amt eines „Bürgerbeauftragten“ im Bundestag einzurichten – eine Anlaufstelle für alle, die sich durch politische Entscheidungen in ihren Grund- und Freiheitsrechten, aber auch „in sozialen Belangen beeinträchtigt sehen.“ Der Beauftragte sollte „im Interesse der Bürgerinnen und Bürger mit Einspruchs-, Antrags-, Rede-, Einsichts- und Kontrollrechten gegenüber dem Parlament, der Exekutive und der Verwaltungen ausgestattet sein.“²⁶¹ Der Mann – respektive die Frau – würde zwar relativ viel Macht auf sich vereinen, dürfte aber auch aus einem anderen Grund ziemlich überlastet sein: Mit etwas gutem Willen kann man so einiges als „Beeinträchtigung sozialer Belange“ interpretieren; die Zahl der Petenten wäre Legion. Ein solches Amt mit nicht unerheblichem Einfluß würde gezielte Störfeuer aus der Gesellschaft erlauben. Denkbar sind Gruppen, die nur im Sinn führen, die parlamentarischen Verfahren empfindlich zu hemmen. Die Öffentlichkeitswirksamkeit dürfte eine weitere Intention sein: Einzelinteressen können über den „Bür-

257 Parlamentsreform in der Bundesrepublik. Acht-Punkte-Programm der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 12. September 1997.

258 Ebd.

259 Vgl. PDS Berlin: Parlamentsreform: Vorschlagspaket zur Reform des Berliner Abgeordnetenhauses. Beschluß der 5. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 1. Dezember 1996.

260 Ebd.

261 Parlamentsreform in der Bundesrepublik. Acht-Punkte-Programm der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 12. September 1997. Vgl. Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994, Art. 82, Abs. 1.

gerbeauftragten“ rasch zu gesamtgesellschaftlichen Betroffenheiten und umfassendem Protest stilisiert werden. Wählen soll den „Bürgerbeauftragten“ übrigens nicht das Volk, sondern die – und das auch nur zur Hälfte – repräsentative Bundesversammlung. Der „Verfassungsentwurf“ schreibt prinzipiell noch das „Recht auf politische Teilhabe“ als neues Grundrecht fest (Art. 25) – eine Klausel, die auf den ersten Blick offene Türen einrennt. Damit wollten die „Reformer“ jedoch den Weg ebnen zu „demokratischen Gestaltungsrechten und Kontrollrechten des einzelnen und von gesellschaftlichen Gruppen“.²⁶²

(2) den „Ausbau direkter Demokratie“. Diese Forderung war zentrales Moment in der Strategie der „Reformer“. „Erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sowie der Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen sind eine Schlüsselfrage, um die politische Blockierung notwendiger gesellschaftlicher Reformen aufzubrechen und den Citoyen zu stärken.“²⁶³ Die PDS verlangte, daß Verfahren der Volksgesetzgebung in alle Verfassungen der Länder und des Bundes Eingang finden. Niedrige Einstiegs- beziehungsweise Beteiligungsquoten sollte es bei Volksinitiativen und -begehren geben, gar keine bei Volksentscheiden.²⁶⁴ Laut „Verfassungsentwurf“ sind 100.000 Stimmberechtigte (das entsprach 1998 etwa der Mitgliederzahl der PDS) zu einer Volksinitiative nötig, eine Million für ein Volksbegehren. Bei dessen Ablehnung im Bundestag – er hat drei Monate Zeit, eine Entscheidung zu fällen – soll es ohne weiteres einen Volksentscheid geben (Art. 31, Abs. 2). Solche Verfahren mindern die Bedeutung der Parlamente erheblich, weil der parallel geschalteten direkten Gesetzgebung kaum Hürden in den Weg gestellt werden. Aber das war nicht das entscheidende Ziel der „Reformer“. „Direkte Demokratie ist kein Allheilmittel für die Krise der Politik“, schreibt André Brie, „schon gar nicht eine Garantie für die Durchsetzung progressiver [...] Positionen.“²⁶⁵ Aber sie „kann einen Beitrag dazu leisten, Menschen für existentielle Fragen zu sensibilisieren [und] gesellschaftlichen Druck auf die Politik auszuüben“.²⁶⁶ So entsprang die Forderung nach mehr Basisdemokratie gar nicht einem bestimmten, radikalen Demokratieverständnis, wie es etwa bei den Grünen anzutreffen war und ist. Die „Reformer“ sprachen sich vielmehr dezidiert dafür aus, die – dann allerdings entscheidend geschwächte – Vertretungsdemokratie zusätzlich beizubehalten. Direktdemokratische Verfahren sollten vor allem mobilisierend wirken und helfen, unterschiedliche „Betroffenheiten“, etwa mittels Kampagnen zu Volksentscheiden, zusammenzuführen. Daher kommt es wohl, daß die PDS das Für und Wider direkter Demokratie zum Beispiel auch mit Blick auf die praktischen Folgen nicht diskutierte.

262 Begründung, in: Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994, S. 41.

263 Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 96.

264 Vgl. Parlamentsreform in der Bundesrepublik. Acht-Punkte-Programm der PDS, in: PDS-Presse-dienst vom 12. September 1997.

265 André Brie: Den Staat nicht der Staatsaristokratie überlassen, in: Freitag vom 26. September 1997.

266 Parlamentsreform in der Bundesrepublik. Acht-Punkte-Programm der PDS, in: PDS-Presse-dienst vom 12. September 1997.

(3) die „*Institutionalisierung von Gegenmächten*“.²⁶⁷ Sie war das Zwischenziel der gegen das „System“ gerichteten PDS-Strategie. Bereits im vorinstitutionellen Bereich wollte die Partei die Bildung von „Gegenmächten“ erleichtern. Ihr „Verfassungsentwurf“ räumte „gesellschaftlichen Gruppen“ dieselben Grundrechte ein wie Individuen (Art. 26, Abs. 1), stellte „Vereine und Bürgerbewegungen, die an Wahlen teilnehmen“, rechtlich den Parteien gleich (Art. 27, Abs. 3) und verlangte die Förderung derjenigen Vereinigungen, „die sich öffentlichen Aufgaben widmen“ (Art. 28, Abs. 3). Entscheidend mehr Rechte also für diejenigen gesellschaftlichen Gruppen, in denen sich Protest sammeln kann – und Anreiz für dessen weitere Kollektivierung. Vielschichtig waren die Forderungen, wenn es den „Reformern“ in einem nächsten Schritt darum ging, zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse im Staat zu verankern: In ihrem „Verfassungsentwurf“ installierte die Partei einen „Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrat“ (Art. 91) und einen „Frauenrat“ (Art. 92) als parallele Gremien zu den Parlamenten. Die Räte – eine Vielzahl, nimmt man alle programmatischen Papiere der PDS zusammen – sollten berechtigt sein, über den Bundesrat Gesetzentwürfe einzubringen. Wählen sollte sie je zu einem Drittel der Bundestag, die Landtage und entsprechende Verbände. So ernstgemeint war das mit der Basisdemokratie offenbar doch nicht. Gleichwohl hätten diejenigen gesellschaftlichen Organisationen, denen die „Reformer“ das Potential für eine „sozialistische“ Entwicklung zuschrieben, die Möglichkeit gehabt, an vorderster Front Politik zu machen. Auch wenn die Räte in jüngeren programmatischen Papieren der Partei kaum mehr eine Rolle spielten, änderte sich nichts an der Intention der PDS, „außerparlamentarische [...] Räume [zu] besetzen“²⁶⁸ und mit einem politischen Mandat auszustatten. So wollte die Berliner PDS „Bürgerbewegungen und ähnliche[n] Wählergemeinschaften“ die Möglichkeit eröffnen, „an Wahlen teilzunehmen.“²⁶⁹ Die Partei wollte offenbar nur auserwählten gesellschaftlichen Interessenverbänden die Gunst staatlicher Macht zuteil werden lassen – eine eigenartige Auffassung von Demokratie, die dem zuweilen bemühten Bild der „liberalen“ Gesellschaft zutiefst widerspricht. Zur „Institutionalisierung von Gegenmächten“ verlangten PDS-Ideologen, im vorinstitutionellen Raum die Organisationsform der „Runden Tische“ zu schaffen, auf staatlicher Ebene eine „dritte Kammer der sozialen Bewegungen“ neben Bundestag und Bundesrat einzuführen, und eine „dritte Stimme“ zur Wahl derselben.²⁷⁰ Wenn es bestimmte Themen betraf, schienen die „Reformer“ dem Repräsentationsgedanken nicht abgeneigt zu sein. Augenscheinlich ging es ihnen darum, allein die bestehenden parlamentarischen Gremien zu schwächen.

(4) die „*Demokratisierung parlamentarischer Verfahren*“. Darunter verstanden die „Reformer“ hauptsächlich eine stärkere Rolle der Parlamente gegenüber der Exekuti-

267 Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, in: Disput, 4/1998, Beilage, S. 12.

268 Wolfgang Gehrcke: Mitbestimmung – Sozialstaatlichkeit – Reform der politischen Institutionen – Teil sozialistischer Reformpolitik, in: PDS-Pressedienst vom 6. Februar 1998.

269 PDS Berlin: Parlamentsreform: Vorschlagspaket zur Reform des Berliner Abgeordnetenhauses. Beschluß der 5. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 1. Dezember 1996.

270 Vgl. Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 139.

ve²⁷¹ und einen größeren Einfluß der Opposition, die als „wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie“ ein „Recht auf Chancengleichheit“²⁷² im Parlament bekommen soll. Die PDS verlangte, daß Abgeordnete aus der Opposition die Bundestagsausschüsse für Haushalt und Petitionen, Enquete-Kommissionen und Untersuchungsausschüsse, die die Politik der Regierung betreffen, leiten. Die Oppositionsfraktionen und -gruppen sollten zudem „finanzielle Möglichkeiten zur Kontrolle der Regierungen und zur Erarbeitung eigener Konzepte“²⁷³ erhalten. Daneben wollten die „Reformer“ alle Sperrklauseln abschaffen, den Bundesrat auch entsprechend der Mehrheitsverhältnisse mit Landtagsabgeordneten besetzen und im Bundestag „das freie Mandat“ garantieren, weil sie den Fraktionszwang ablehnten.

Die unausgereiften „Reformer“-Positionen zur staatlichen Verfaßtheit paßten nicht recht in ein aus einem bestimmten Demokratieverständnis abgeleitetes Gesamtbild. Ein theoretisches Manko sahen die Ideologen darin jedoch nicht, schließlich hielten sie es gar nicht für möglich, „daß es eine vollkommene und dauerhafte institutionelle Lösung für die gegenwärtigen und zukünftigen sozialen Probleme“²⁷⁴ gibt. Die „Reformer“ präsentierten bislang einen programmatischen Steinbruch, in dem sich so einiges an Vorstellungen anderer politischer Kräfte fand. Im Gegensatz zu diesen führten sie jedoch keine tiefergehende Diskussion über Demokratie, sondern nahmen lediglich das Erreichen „des Sozialismus“ zum Maßstab. Dies erklärt auch den (vermeintlichen) Widerspruch zwischen direktdemokratischen Entscheidungsmöglichkeiten für „den Bürger“ und eher repräsentativen Verfahren, wenn es um die Mitbestimmung gesellschaftlicher Gruppen geht. Zwar plädierten die „Reformer“ für das Nebeneinander beider Demokratieformen, die sich „ergänzen“ sollten. Aber die Schlagseite hin zur Vertreterdemokratie für bereits kollektivierte Protestpotentiale zeigt, wohin die Reise geht: Es ist der erste Schritt zu einem Staat, der sich allein durch ein vorgebliches „Gemeininteresse“ pseudolegitimiert.

Die „Reformer“ haben sich nicht von einem identitären Demokratieverständnis befreit. Den Parlamentarismus maßen sie allein daran, inwieweit er dem Zweck des radikalen Umbaus der Gesellschaft dienlich war. Repräsentativ-demokratische Verfahren für auserwählte Interessen sollten die Integration gesellschaftlicher Gruppen in den Staat erleichtern. Und das „Reformer“-Konzept der „Demokratisierung“ lief auch auf eine Vergesellschaftung durch den Staat hinaus. Dieselbe Theorie hatte im wesentlichen der Kontrolle der SED-Machthaber über die Gesellschaft der DDR zugrundegelegen. Die PDS-„Reformer“ lösten sich nicht eindeutig von einer Auffassung, die sich als historischer Irrweg erwiesen und in der Praxis noch in keinem Fall demokratische Rechte für alle Menschen gesichert hat. Die Annahme, der Staat funktioniere nur dann „demokratisch“, wenn er sich an einem politisch vordefinierten Gesellschaftsinteresse, nicht aber

271 Vgl. Begründung, in: Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994, S. 50.

272 Entwurf einer Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994, Art. 68, Abs. 2.

273 Parlamentsreform in der Bundesrepublik. Acht-Punkte-Programm der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 12. September 1997.

274 Gesellschaftsanalyse und politische Bildung (Hrsg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997, S. 81.

an demokratischen Grundwerten orientiert, ist zumal dann fatal, wenn er zugleich als Wächter dieser Interessen auftreten soll. Ein solcher Staat würde in der Konsequenz niemals gesellschaftliche Opposition zulassen können, also genau die genuine Erscheinungsform demokratisch verfaßter Gemeinwesen, bei der die Strategie der PDS ansetzt.²⁷⁵

3.2 „Orthodoxe“ Positionen

Nicht allzu weit entfernt davon befanden sich die „orthodoxen“ Positionen. Konsequenter als die „Reformer“ unterschieden sie zwischen „sozialistischer“ und „bürgerlicher“ Demokratie. Letztere herrsche „im realen Kapitalismus [...] in Form des Parlamentarismus.“²⁷⁶ Auch aus dem Munde der „Orthodoxen“ richtete sich der Vorwurf der „Hypertrophie des Formalen“ gegen den demokratischen Verfassungsstaat. Zwar merkte Uwe-Jens Heuer kritisch an, die DDR habe den formalen Aspekt der Demokratie vernachlässigt und deshalb den Inhalt „beschädigt“. Der führende Ideologe des Marxistischen Forums vermochte daraus jedoch nicht die Anerkennung von politischen Inhalten unabhängiger staatlicher Institutionen abzuleiten. Denn andererseits bemängelte er, in „bürgerlichen“ politischen Systemen schreite die „Formalisierung des Demokratiebegriffs immer weiter voran.“²⁷⁷

Heuer erkannte die repräsentative Demokratie nicht als politisch neutrales Prinzip des demokratischen Verfassungsstaates an. Er wählte sie vielmehr in den Händen des politischen Gegners oder Klassenfeindes, und billigte ihr allenfalls strategischen Nutzen zu: „Die bürgerliche parlamentarische Demokratie ist ein Kampffeld, das Chancen wie Gefahren bietet.“²⁷⁸ Eine der Chancen sei, „die Interessen der Gesellschaft von unten wirksamer in den politischen Prozeß einzubringen.“²⁷⁹ Auch aus diesem Satz spricht die Vorstellung einer an bestimmten Interessen ausgerichteten, identitären Gesellschaft, in der Parlamentarismus letztlich obsolet wäre. Der „bürgerlichen repräsentativen Demokratie“ wohne eine „antidemokratische Tendenz“ inne; sie diene allein der Sicherung des „kapitalistischen“ Systems. „Das Parlament wurde in hohem Maße zum realen Zentrum der Hervorbringung der politischen und administrativen Elite wie auch der Integrationsmechanismen, die der Kapitalherrschaft Massenloyalität und Legitimation dienen.“²⁸⁰

275 Siehe unten Kapitel IV.

276 Ingo Wagner: Für einen neuen Sozialismus als historisch-gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus, in: Marxistisches Forum, Heft 23, September 1999, S. 21.

277 Vgl. Uwe-Jens Heuer: Machtmechanismen in der repräsentativen Demokratie der BRD heute und: Wer gefährdet das Grundgesetz?, in: Hans-Joachim Krusch, Herbert Stascheit (Hrsg.): Konferenz. Gegen den Zeitgeist. 50. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR, Schkeuditz 1999, S. 65.

278 Uwe-Jens Heuer: Bürgerliche repräsentative Demokratie und Grundgesetz im fünfzigsten Jahr der BRD, in: Gerhard Fischer u. a. (Hrsg.): Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999, S. 427.

279 Ekkehard Lieberam: Programmpräzisierung aus marxistischer Sicht anstatt „Gang nach Godesberg“, in: Marxistisches Forum, Heft 28-29, März 2000, S. 9.

280 Uwe-Jens Heuer: Bürgerliche repräsentative Demokratie und Grundgesetz im fünfzigsten Jahr der BRD, in: Gerhard Fischer u. a. (Hrsg.): Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999, S. 426.

Die Legitimation der DDR dagegen entsprang aus „orthodoxer“ Sicht dem Versuch, ein gegen „den Kapitalismus“ gerichtetes und damit sozialistisches Gemeinwesen zu errichten.²⁸¹ Entsprechend wehrten sich „orthodoxe“ Kräfte in aller Schärfe gegen das „Reform“-Konzept eines „modernen Sozialismus“, das sie als pro-kapitalistisch und damit als anti-sozialistisch orientiert verurteilen: „Pluralistische Demokratie, Markt [...] usw. sind Bestandteile der Bewegung der kapitalistischen Gesellschaft“. Man könne sie „nicht von ihrer kapitalistischen Grundlage trennen“ und gegen den Kapitalismus „in Marsch setzen.“²⁸² Auch der Rechtsstaat sei „ein Produkt des Kapitalismus [...], ein bürgerlicher Rechtsstaat, der als optimale rechtlich-staatliche Form einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft fungiert [...]“.²⁸³ Überhaupt sei die Ideologie der „Reformer“ darauf aus, die Antithese von Sozialismus und Kapitalismus aufzugeben. Habe noch das Programm von 1993 Sozialismus „als eine zum Kapitalismus alternative Gesellschaftsordnung“ festgeschrieben, versuchten die „Reformer“ nun, einen unverbindlichen und unklaren Sozialismus-Begriff durchzusetzen, der sich nicht mehr auf eine konkrete Gesellschaftsform bezieht.²⁸⁴

In Bezug auf die „sozialistische“ Politik innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates propagierten die „Orthodoxen“ die konsequente Opposition²⁸⁵ zum „Kapitalismus“, dessen „revolutionäre Überwindung“ sie „für unumgänglich“²⁸⁶ hielten. Eindeutiger als bei den „Reformern“ stand bei ihnen der außerparlamentarische Kampf im Vordergrund. Wiederum in Einklang mit den „Reformern“ forderte der orthodox-kommunistische Parteiflügel, die repräsentative Demokratie durch Formen direkter Demokratie zu ergänzen: „Allen Menschen muß ein Informations- und Mitspracherecht für alle Vorhaben, von denen sie betroffen sind, gegebenenfalls durch Volksentscheide, eingeräumt werden.“²⁸⁷ Aber im Gegensatz zu den „Reformern“ glaubten die „Orthodoxen“ nicht, einzelne Elemente des als kapitalistisch charakterisierten demokratischen

281 Sowohl zur Legitimierung der DDR als auch zur Delegitimierung der Bundesrepublik diente den Orthodoxen der „Antifaschismus“-Begriff. Ebenso wie die „Reformer“ führten sie ihn in enger Anlehnung an die Dimitroff-Doktrin ins Feld, die „Faschismus“ als logische Konsequenz des Kapitalismus propagiert.

282 Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer, Winfried Wolf: Votum zu den Thesen der Programmkommission der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 26. November 1999.

283 Ingo Wagner: Moderner Sozialismus als sozialistische Moderne. Kritische Anmerkungen zum Kommentar „Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus“, in: Marxistisches Forum, Heft 17-18, Februar 1998, S. 22.

284 Vgl. Ingo Wagner: Sozialismus der Moderne (Moderner Sozialismus) oder modernes Sozialismusbild in marxistischer Sicht, in: Klaus Höpcke u. a. (Hrsg.): Nachdenken über Sozialismus, Schkeuditz 2000, S. 393.

285 Vgl. Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform: Die Kommunistische Plattform und die Wahlen. Aspekte unseres Oppositionsverständnisses, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1997, S. 18-27.

286 Eberhard Czichon, Thomas Hecker, Heinz Marohn: Zur Programmatik von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS, in: Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.): Warum sind KommunistInnen in der PDS?, Berlin 1994, S. 24.

287 Kommunistische Plattform: Wer PDS wählt, wählt konsequente Opposition. Beschluß der 2. Tagung der 8. Bundeskonferenz, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1997, S. 5.

Verfassungsstaates²⁸⁸ ohne weiteres für eine „sozialistische“ Strategie nutzen zu können.

288 „Die gegenwärtig in der Welt und speziell in der BRD vorherrschende Ordnung ist nach wie vor ihrem Wesen nach kapitalistisch [...]“. Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer, Winfried Wolf: Gegen einen Richtungswechsel – für eine starke PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 4/2000, S. 23.

Kapitel IV: Strategie

1. Außerparlamentarische Strategie

1.1 „Reform“-Positionen

Die Ideologie der PDS-„Reformer“ war in wesentlichen Elementen eine Theorie „moderner“ sozialistischer Strategie. Von Anfang an ging es darum, Wege zu einer „Transformation“ der kapitalistischen Gesellschaft aufzuzeigen, ohne die ausgetretenen Pfade herkömmlicher kommunistischer Strategien zu nutzen. Auf ideologischer Ebene strichen die „Reformer“ die Prozeßhaftigkeit eines „modernen“, „demokratischen“ Sozialismus heraus. Ein solcher sei nur zu erreichen, wenn er von einer „breite[n], heterogene[n] Bewegung“²⁸⁹ getragen werde. Diese Vorstellung von Sozialismus spiegelte durchaus den heutigen radikal-linken Mainstream, ohne aber augenscheinlich dessen revolutionäre Absichten in sich aufzunehmen. Vielmehr müsse „der Wandel [...] im System herbeigeführt werden“, schrieben die „Reform“-Ideologen bereits 1992 in ihren Programmentwurf.²⁹⁰ Unausgesprochen blieb allerdings, ob die allfällig propagierte „radikale Änderung der bestehenden gesellschaftlichen Entwicklungsrichtung“²⁹¹ in den normativen Grenzen des demokratischen Verfassungsstaates stattfinden sollte, oder ob nicht doch dessen Überwindung das Ziel war.

Immerhin sahen die „Reformer“ ihre Partei stets als „gesellschaftliche Opposition“ und erhoben „die Initiierung bzw. Unterstützung von Widerstand gegen die [...] Entwicklungstendenzen des heutigen Kapitalismus“ zur „Hauptaufgabe“.²⁹² Lothar Bisky stellte als Parteichef fest: „Wo die Gesellschaft sich neu formiert, muß und kann eine sozialistische Partei ihre Politik nur aus der grundsätzlichen Opposition zu den bislang kapitaldominierten Verhältnissen [...] bestimmen!“²⁹³ Dieses fundamentale Oppositionsverständnis war handlungsanleitend für die Strategie der „Reformer“. Obwohl die zitierten Aussagen eher apokryph umschrieben, wogegen opponiert werden sollte, hingegen die PDS-„Reformer“ erkennbar einem Oppositionsbegriff an, der über den Wertekanon und die politischen Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates hinauswies und sich womöglich gegen sie richtete. So reklamierte Petra Pau für die „Reformer“: „Opponieren bleibt [...] ein unverzichtbarer Wesenszug einer PDS, [...] die noch lange

289 Thesen für die Erneuerungskonferenz der PDS am 8./9. September 1990, in: Neues Deutschland, Beilage, vom 17. Juli 1990.

290 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf der Grundsatzkommission, in: Neues Deutschland vom 28. Dezember 1992.

291 Vgl. Horst Dietzel, Harald Werner: Sozialismus – der andere Weg, in: dies., Wolfgang Gehrcke, Arndt Hopfmann: Brückenköpfe. Texte zur Programmdiskussion der PDS, Bonn 1992, S. 74.

292 Petra Pau: Die Massenbasis ist unsere Chance, in: PDS-Pressedienst vom 5. März 1993.

293 Lothar Bisky: Notwendiges mit Möglichem verbinden – Handlungsoptionen öffnen, in: PDS-Pressedienst vom 13. September 1996.

nicht – wie die SPD – die Systemfrage fallen läßt.²⁹⁴ In demselben Tenor argumentierte Gregor Gysi. Er sah die SPD in der Rolle, gegen die Regierung zu opponieren, mit dem Ziel, selbst zu regieren, um „Reformen zur Stabilisierung der [...] Verhältnisse durchzuführen“, die die PDS gerade „überwinden will.“²⁹⁵ Wenn PDS-„Reformer“ „Reformen“ forderten, sich für „Reformpolitik“ stark machten und „Reformbündnisse“ anstrebten – all das war inflationär der Fall –, intendierten sie etwas anderes als das, was sie den Sozialdemokraten unterstellten.

Im Laufe der Zeit elaborierten sie strategische Konzepte für das zunächst systemimmanente Agieren einer relativ starken Partei unter den Bedingungen einer sich immer weiter diversifizierenden Gesellschaft. Kommunistische Theorien der Vergangenheit warfen sie als nicht mehr praktikabel über Bord. An die Stelle des Klassenkampfes sollte das Vorhaben rücken, im vorinstitutionellen Raum eine breite, schichten- und interessenübergreifende „gesellschaftliche“ Opposition zu integrieren, eine „Gegenmacht gegen Markt, Kapital und Staat“,²⁹⁶ wie es im Grundsatzprogramm der Partei heißt. Das kollektive Bewußtsein einer quasi nur noch zum „revolutionären Subjekt“ zu indoktrinierenden Arbeiterklasse sei nicht mehr vorhanden. Vielmehr kennzeichne ein Prozeß der Individualisierung die „moderne Gesellschaft“, was zur Folge habe, daß oppositionelle Haltungen in hohem Maße atomisiert zum Ausdruck kämen – nicht aber in einer homogenen Front des Widerstands.²⁹⁷

Die PDS-„Reformer“ stellten „postmaterialistische“ Werte der „Freizeitgesellschaft“ in Rechnung und kamen zu dem Schluß, ein potentiell „revolutionäres Subjekt“ sei schlicht jeder, der sich an den „Verhältnissen“ reibt, nicht nur an denen der Produktion. Heutzutage gebe es „ein neues Potential aktiver Menschen, die sich in die gesellschaftlichen Verhältnisse einmischen, um [ihre] Wertvorstellungen und Gesellschaftsordnungen durchzusetzen.“ Von ihnen gingen wichtige Impulse für die Demokratisierung der Gesellschaft aus. Die „neuen Subjekte linker Politik“ seien „all jene Bewegungen, Organisationen und Individuen, die, aus unterschiedlichen sozialen Schichten kommend, die notwendige Transformation der gegenwärtigen Verhältnisse in eine neue Zivilisationsstufe befördern, die das Überleben der Menschheit sichert.“²⁹⁸ Diese Überlegungen hatten die „Reform“-Ideologen André und Michael Brie sowie Gregor Gysi mit ihrer Vorstellung eines „Gesellschaftsvertrages“ auf die Spitze getrieben, der auch Unternehmer in die Phalanx der „Reformkräfte“ einreihen sollte.²⁹⁹ Innerhalb der Partei war ihre Idee nicht konsensfähig.

294 Petra Pau: Länder- und Bundesebene sind zusammen zu führen, in: PDS-Pressedienst vom 4. Dezember 1998.

295 Gregor Gysi, Diese BRD braucht viel, viel mehr PDS. Referat auf der 3. Tagung des 2. Parteitag am 14. Dezember 1991, in PDS-Pressedienst vom 3. Januar 1992.

296 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin o. J., S. 33.

297 Vgl. Horst Dietzel, Klaus Haschker: Ende der Arbeiterklasse – neue Subjekte linker Politik?, Berlin o. J.

298 Ebd., S. 32 f. Vgl. auch Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf), in: PDS-Pressedienst vom 5. Juni 1992.

299 Vgl. Gregor Gysi: Ingolstädter Manifest. Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Berlin 1994; Parteivorstand der PDS: 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 2. Dezember 1994; Bernd Ihme: Zu bisherigen Ergebnissen der Thesen-Diskussion, in: PDS-Pressedienst vom 5. Mai 1995.

In einer solchen Strategie jedenfalls sind die spezifischen Inhalte gesellschaftlichen Protests zweitrangig. An erster Stelle ging es den „Reformern“ um das reine Management, darum, ein kollektives „revolutionäres Subjekt“ zu organisieren. Allerdings sei dies nur dann möglich, „wenn eine Grundstimmung in der Bevölkerung für bestimmte Sachverhalte [...] vorhanden ist und eine Bewegung durch Aktionen, Demonstrationen [...] bereits auf den Weg gebracht ist.“³⁰⁰ Im Sinne einer Problemvorgabe könne eine Partei Protest nicht initiieren. Natürlich wollten die „Reformer“ aber auch inhaltlich Verbindung zu den Zielgruppen herstellen, denen sie die Fähigkeit zur „Transformation des Systems“ zuschrieben. Es sei „eine glaubwürdige linke Alternative zu entwickeln, deren AnhängerInnen sich in die demokratischen Widerstandsbewegungen einordnen.“³⁰¹ Anfangs dienten sogenannte „Arbeitsgemeinschaften“ (AG)³⁰² dazu, über bestimmte Themenfelder einen Fuß in die Tür zur Gesellschaft zu bekommen. Die AG waren direkt an den Bundesvorstand gekoppelte, aber offene Strukturen; man konnte ihnen beitreten, ohne formal der PDS anzugehören. Sie sollten bestimmte soziale Gruppen und ihre Anliegen an die Partei binden, die sich so als deren Anwalt gerieren konnte. Unter anderem gab es AG für die Bereiche „Rechtsextremismus/Antifaschismus“, „SeniorInnen“, „ChristInnen“, „Internationales“. Daneben bildete sich eine „Ökologische Plattform“, deren Einfluß auf die Partei aber gering blieb. Dasselbe gilt mehr oder weniger für die anderen AG, die trotz einer mitunter beachtlichen Produktivität spätestens im Jahr 1995 wegen Mißerfolgs weitgehend aus dem strategischen Kalkül genommen wurden.³⁰³

Auf programmatischer Ebene tischten die Partei-„Reformer“ potentiellen Verbündeten in den ersten Jahren eine breite Palette mit Vorschlägen auf, wobei es ihnen kaum gelang, ein eigenständiges, konsistentes Profil zu entwickeln. Eklektisch okkupierte man Forderungen von SPD und Grünen. „Ein Grundsatzprogramm wurde verabschiedet, das zu 95 Prozent (links-)sozialdemokratisch ist und streckenweise wie vom Berliner Programm der SPD beschrieben wirkt“,³⁰⁴ echauffierte sich die SPD. Johano Strasser machte anfangs gar eine „Usurpation der sozialdemokratischen Tradition“³⁰⁵ durch die PDS aus. Einzig innerhalb ihres genuinen Milieus der ehemaligen SED-Dienstklasse, wie überhaupt der durch das Ende der DDR subjektiv „Benachteiligten“, konnte die „Ostpartei“ PDS ihr Terrain besetzen. So sprangen die „Reformer“ auf den Zug der sogenannten „Anschlußopfer“ auf, stimmten ein in den Chor derjenigen, die gegen „Rentenstrafrecht“, westliche „Siegerjustiz“ und in der Konsequenz gegen den demokratischen Verfassungsstaat agitierten.³⁰⁶ Nur schwerlich ist diese Beschränkung auf die eigene Klientel – zumal aus heutiger Sicht – mit dem gesamtdeutschen sozialistischen

300 Vgl. Peter Schott: Hinweise auf den außerparlamentarischen Weg zur sozialistischen Gesellschaft, in: Harald Werner, ders.: Der Weg zum Sozialismus heißt Demokratie, Berlin o. J., S. 21-40.

301 Parteivorstand der PDS: Für eine Wiederaneignung der Politik durch die Partei, in: PDS-Pressedienst vom 4. Dezember 1992.

302 Siehe Kapitel V zur Organisation.

303 Vgl. Stärken der AG und IG besser nutzen. SprecherInnen von Arbeits- und Interessengemeinschaften berieten in Berlin, in: PDS-Pressedienst vom 9. April 1999.

304 Einschätzung des Parteitages der PDS, in: Intern, Heft 2 vom 12. Februar 1993.

305 Johano Strasser: Zum Selbstverständnis der PDS, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 12/1992, S. 1045.

306 Vgl. PDS-Pressedienst vom 28. Juli 1995.

Anspruch der „Reformer“ in Einklang zu bringen. Und dennoch setzten sie ihre Theorie außerparlamentarischer Oppositionspolitik – mit tatkräftiger Unterstützung der „Orthodoxen“ – gerade in diesem Bereich dem ersten Praxistest aus.

Im Jahr 1992 – zu einer Zeit, als noch niemand in der Partei mit den Wahlerfolgen des Jahres 1994 rechnete – entstanden die „Komitees für Gerechtigkeit“ (KfG).³⁰⁷ 71 mehr oder weniger prominente Persönlichkeiten, zumeist Angehörige der ehemaligen DDR-Intelligenz – unter ihnen der damalige PDS-Vorsitzende Gregor Gysi –, riefen die Bürger in den neuen Bundesländern dazu auf, „ihre Interessen selber aus[zu]sprechen und wahr[zu]nehmen. [...] Die Komitees vertreten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und üben Einfluß auf die Parlamentarier aus.“³⁰⁸ Sie erhoben den Anspruch, Kontroll- und Initiativrecht für Ostdeutschland auszuüben.³⁰⁹ Die Initiatoren der Komitees nutzten den tatsächlichen oder vermeintlichen Stimmungswandel bei den Bürgern in Ostdeutschland, indem sie konstatierten: „Viele Menschen in den neuen Bundesländern fühlen sich nach der Hochstimmung im Jahr 1990 als Menschen zweiter Klasse [...] [und] ausgegrenzt.“³¹⁰ Bewußt verzichteten die Komitees „auf jede Programmatik, um möglichst viele Ressentiments zu vereinen [...]. Es ist kein Zufall, daß die ‚Komitees für Gerechtigkeit‘ sich nicht wie Bürgerinitiativen spontan und autonom von unten entwickeln, sondern von oben mit Hilfe des SED/PDS-Apparates [...] implantiert werden sollen.“³¹¹

In der Tat waren PDS-„Reformer“ Vordenker und maßgebliche Organisatoren der „Komitees für Gerechtigkeit“. Reihenweise und mit großem Zeitaufwand setzten sie sich für deren Etablierung und Erhalt ein.³¹² Als Partei agierte die PDS jedoch im Hintergrund – von einer „Art Geheimdiplomatie“ bei der Gründung einer „Ostbewegung“ war intern die Rede.³¹³ So beschloß die PDS in Sachsen-Anhalt, das Entstehen und die Arbeit der Komitees zu unterstützen, ohne nach außen hin eine Initiatorenrolle zu übernehmen. Allerdings verwies der Landesvorsitzende Roland Claus auf die Schwierigkeit, die Komitees in der Praxis nicht zu dominieren.³¹⁴ Wahrlich ein Problem, bedenkt man, daß im Schnitt 40 Prozent derjenigen, die in den Komitees mittaten, auch der PDS angehörten.³¹⁵ Was versprachen sich die „Reformer“ von der am Ende gescheiterten Offen-

307 Vgl. Hans-Joachim Fieber, Johannes Reichmann (Hrsg.): „Komitees für Gerechtigkeit“. Erwartungen – Meinungen – Dokumente, Frankfurt am Main 1995.

308 Koordinierungsstelle der Komitees für Gerechtigkeit (Hrsg.): Appell zur Gründung von Komitees für Gerechtigkeit, Berlin 1992.

309 Vgl. Koordinierungsstelle der Komitees für Gerechtigkeit (Hrsg.): Diskussionsangebot für künftige Mitglieder der Komitees für Gerechtigkeit, Berlin 1992.

310 Koordinierungsstelle der Komitees für Gerechtigkeit (Hrsg.): Appell zur Gründung von Komitees für Gerechtigkeit, Berlin 1992.

311 Reinhard Mohr: Verein der Wiedergänger. Kleiner Leitfaden durch das „Komitee für Gerechtigkeit“, in: die tageszeitung vom 14. Juli 1992.

312 Gespräch des Verfassers mit Thomas Nord am 30. August 1995 in Berlin. „Reformer“ Nord war damals Funktionär im Berliner Landesverband der PDS.

313 André Hahn in: PDS-Pressedienst vom 26. Juni 1992.

314 Vgl. PDS-Pressedienst vom 20. November 1992.

315 Vgl. Gespräch des Verfassers mit Angela Marquardt am 1. Juni 1996 in Berlin. Reformerin Marquardt, Exponentin der radikal-linken AG „Junge GenossInnen“, war selbst Mitinitiatorin der Zentrale der Komitees für Gerechtigkeit in Berlin.

sive, die als „Element der Bündnispolitik“³¹⁶ gesehen wurde? Der Zeitpunkt des „Appells zur Gründung von Komitees für Gerechtigkeit“, Mitte 1992, fällt zusammen mit dem Ende der politischen Krise, in der die PDS seit ihrer „Gründung“ steckte. Erstmals begann die Partei, strategisch das Heft in die Hand zu nehmen, nachdem sie zuvor – nahezu ausschließlich auf äußere Ereignisse reagierend – ums politische Überleben gekämpft hatte und mit dem Scheitern der „Linken Liste“³¹⁷ einen Vorgeschmack davon bekam, wie schwer die Etablierung der Partei in den alten Bundesländern sein würde. Mit dem Komitee-Projekt wollten die „Reformer“ ihr „1989“ nachholen, allerdings nicht vom Volke ausgehend und somit „seitenverkehrt“. Intention war es, unter dem Deckmantel der „Selbstorganisation der Bürger“ eine oppositionelle Sammlung zu kreieren.

Mit diesem Anspruch ist die PDS gescheitert; sie überließ die Komitees recht schnell ihrem unrühmlichen Schicksal. Auf dem ersten Bundeskongress der Komitees am 25. April 1993 machte Gysi den Rückzieher: Die Arbeit der Komitees habe sich als wenig erfolgreich erwiesen; es sei deshalb nicht erstrebenswert, sie oder ihren Namen – was zuvor diskutiert worden war – für eine PDS-Wahlpartei zu gewinnen.³¹⁸ Ein weites Netz unterschiedlichster Vereine – von der Organisation für ehemalige MfS-Offiziere über den marxistischen Debattierklub bis hin zum Mieterverein – hält seitdem die Parteiklientel organisatorisch und ideologisch zusammen. Auch wenn es die „Reformer“ nicht schafften, mit den Komitees außerhalb des eigenen Reservoirs zu fischen, wurden dennoch Grundmotive ihrer außerparlamentarischen Strategie deutlich: die Organisation der Betroffenen; die PDS – zumindest dem äußeren Anschein nach – als Teil einer gesellschaftlichen Opposition; als Zugpferde nicht unbedingt parteigebundene Intellektuelle.

Zwar fiel die PDS programmatisch immer wieder auf den Osten zurück.³¹⁹ Die Parteiführung förderte das Modell einer „Regionalvertretung Ost“³²⁰ ebenso aktiv wie die Präsenz der PDS in den Kommunen.³²¹ Die Reformideologen – allen voran André Brie – warnten jedoch eindringlich vor der Perspektive einer reinen „Ostpartei“.³²² Für parteiinternen Wirbel sorgte im Sommer 1996 ein „Brief aus Sachsen“³²³. In geradezu zwingender Logik hatten die beiden prominenten „Reformer“ Christine Ostrowski und Ronald Weckesser gefordert, die PDS möge sich konsequent auf die neuen Bundesländer beschränken. Sie argumentierten gegen das erfolglose Projekt der Westausdehnung

316 Beratung der PDS-Kreisvorsitzenden, in: PDS-Pressedienst vom 16. Oktober 1992.

317 Siehe weiter unten in diesem Abschnitt.

318 Vgl. Frankfurter Allgemeine vom 26. April 1994.

319 Vgl. Parteivorstand der PDS, Bundestagsgruppe der PDS: Ostdeutschland – Herausforderung und Chance, in: Neues Deutschland vom 4. Oktober 1996.

320 Andreas Wehr: Tanz mit der Dame in Rot. Die PDS eine Regionalpartei – sonst nichts?, in: Freitag vom 28. Juni 1996.

321 Vgl. u. a. Lothar Bisky: Kommunen stärken, Gesellschaft von unten verändern: Anforderungen an die gesamte Partei, in: PDS-Pressedienst vom 11. April 1997.

322 Vgl. „Die PDS weiß nicht, wohin sie will“, Interview mit André Brie, in: die tageszeitung vom 16. August 1996.

323 Christine Ostrowski, Ronald Weckesser: Brief aus Sachsen: Für eine ostdeutsche Volkspartei PDS, für den Abschied von der „Westausdehnung“, für eine kommunalpolitische Offensive, in: Neues Deutschland vom 8. Mai 1996.

der Partei. Strategisch kam ihr Konzept einer Regionalpartei dem der CSU in Bayern gleich, ideologisch einem Abschied von Utopien selbst des „Reformer“-Flügels. Der Sozialismus einer solchen PDS wäre von jenem selbst auf dem rechten Flügel der SPD nicht mehr unterscheidbar gewesen. Mit SPD und Grünen sollten Kompromißbündnisse geschlossen werden, orientiert an den politischen Problemen vor der jeweiligen Haustür. Dies alles zog breite Kritik auf sich, die bis hinein in die Parteispitze reichte und sowohl „Reformer“ als auch „Orthodoxe“ in Stellung brachte.³²⁴

Die „Reformer“ erhoben den Anspruch, die „ostdeutschen“ Kompetenzen der PDS allenfalls als strategischen Ausgangspunkt für ein „wirkliches radikales Reformprojekt“³²⁵ in ganz Deutschland zu nutzen. Nur durch die Ausrichtung als „bundesweite sozialistische Partei“³²⁶ könne die PDS ihr Überleben langfristig sichern, allein mit einem „sozialistische[n] Profil“³²⁷ zur „Bündelung aller relevanten reformorientierten [...] Kräfte“ beitragen, um so „eine Gegenmacht zur neokonservativen Hegemonie“³²⁸ zu etablieren. Es offenbart sich ein weiteres Grundmotiv der „Reformer“-Strategie: die Erlangung einer „linken Hegemonie“ in dem Bereich, den Antonio Gramsci als „Zivilgesellschaft“ bezeichnete. Unverkennbar waren den „Reformern“ Überlegungen des italienischen Kommunisten Vorbild. Gramsci hing der Vorstellung an, daß nichtstaatliche Organisationen als Massenkultur eine Hegemonie über die öffentliche Meinung ausüben³²⁹ – ein Motiv, das im übrigen auch Rechtsextremisten aufgegriffen haben.³³⁰ Der „Zivilgesellschaft“ – gleichsam als Kitt zwischen Individuum und Staat – maßen auch die PDS-„Reformer“ strategische Bedeutung zu. In ihr sollte – geschürt durch Massenproteste – eine linke Meinungsführerschaft, eine „Gegenkultur“ entstehen. Allein auf diese Weise sei die inflationär beschworene „Änderung der Verhältnisse“ zu erreichen.³³¹ Eine entscheidende Rolle spielten schon bei Gramsci die Intellektuellen,³³² die, an der Spitze einer „zivilgesellschaftlichen“ Bewegung stehend, die Eroberung der Köpfe vollziehen sollten.

324 Vgl. Albrecht Hinze: Die Machtfrage als Spaltpilz der PDS, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Juni 1996.

325 Lothar Bisky: Sozialistische Alternativen zur konservativen Gesellschaftsstrategie. Vor welchen Entscheidungen steht die PDS?, in: PDS-Pressedienst vom 15. November 1996.

326 Parteivorstand der PDS: Wahlstrategie der PDS 1998/99. Oder: Warum es noch nie so wirkungsvoll war, PDS zu wählen, in: PDS-Pressedienst vom 13. Juni 1997.

327 Gabi Zimmer, Dietmar Bartsch, Roland Claus: Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002, in: PDS-Pressedienst vom 21. Juli 2000.

328 Lothar Bisky: Sozialistische Alternativen zur konservativen Gesellschaftsstrategie. Vor welchen Entscheidungen steht die PDS?, in: PDS-Pressedienst vom 15. November 1996.

329 Vgl. Sabine Kebir: Gramscis Zivilgesellschaft, Alltag – Ökonomie – Kultur – Politik, Hamburg 1991, S. 187-217; Antonio Gramsci: Gefängnishefte, Bd. 4, Hamburg 1994.

330 Vgl. Alain de Benoist: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985.

331 Vgl. Für eine kommunikationsorientierte Kooperation, in: PDS-Pressedienst vom 18. November 1994.

332 Vgl. Antonio Gramsci: Intellektuelle. Traditionelle Intellektuelle, in: ders.: Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt am Main 1986; S. 230-232; Patrick Moreau: „Kulturelle Hegemonie“ – Gramsci und der Gramscismus, in: Uwe Backes, Stéphane Courtois (Hrsg.): „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln/Weimar 2002, S. 260-283.

Geradezu kongenial in die außerparlamentarische Strategie der PDS-„Reformer“ fügte sich somit Anfang 1997 die „Erfurter Erklärung“³³³. „Hektisch hatten führende Parteivorstandsmitglieder [der PDS] am Text gefeilt und hektisch suchten sie nach prominenten Erstunterzeichnern aus dem linken, vor allem dem sozialdemokratischen Lager.“³³⁴ Die Zusammenarbeit oppositioneller Kräfte, ein gesellschaftliches Bündnis, die Einheit der Linken, die plakative Forderung nach einer „anderen Politik“ – die Erklärung liest sich wie eine populäre Fassung der strategischen Pläne aus der PDS-Zentrale. „Gebraucht wird eine Opposition, die den Wechsel mit allen Kräften will. Sie kann nur aus den bisher getrennten Oppositionskräften entstehen.“³³⁵ Wie schon bei den „Komitees für Gerechtigkeit“ war die Tarnung nahezu perfekt: In der Erklärung selbst tauchte die PDS als eine Kraft auf, von der etwas einzufordern war, in einem Aktionspapier, das der erste Bundeskongreß zur „Erfurter Erklärung“ im Oktober 1997 verabschiedet hatte, dann gar nicht mehr.³³⁶ Auch dieser Anlauf, eine breite Front des Widerstands zu zimmern, hinterließ keine nachhaltige Wirkung in der Gesellschaft und scheiterte ebenso wie die „Komitees für Gerechtigkeit“.

Unverkennbar zielte die außerparlamentarische Strategie der „Reformer“ auf die Forcierung von Protestbewegungen. Demgegenüber wurde der klassischen linksextremistischen Bündnispolitik kein strategischer Erfolg beigemessen. So stießen Versuche – auch aus den eigenen Reihen – auf kategorische Ablehnung, die PDS-Strategie mehr auf das organisierte linke, auch linksextremistische Potential auszurichten. 1994 hatten die damaligen Vorstandsmitglieder Joachim Bischoff, Hans Modrow und Michael Schumann eine wachsende, auch ideologische Kluft, intern zur Kommunistischen Plattform, extern zu DKP und KPD (Ost) kritisiert. Sie forderten eine „offensive Auseinandersetzung“ mit kommunistischen Kräften ebenso wie mit den linken Flügeln von SPD und Gewerkschaften, um einen „linken Zusammenschluß“ zustandezubringen.³³⁷

Der Widerspruch kam prompt und unzweideutig. Namentlich Wolfgang Gehrcke und André Brie plädierten mit Nachdruck dagegen, sich auf ein „parteizentriertes“ Projekt der Linken einzulassen oder sich gar strategisch auf sozialistisch-kommunistische Richtungen zu beschränken. Keine Chancen räumten die „Reformer“ einer „Revitalisierung der traditionellen kommunistischen Bewegung“ ein.³³⁸ Doch selbst mit den Links-

333 Erfurter Erklärung: Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie, in: Neues Deutschland vom 10. Januar 1997.

334 Christian v. Dittfurth: Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS, Köln 1998, S. 223.

335 Erfurter Erklärung: Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie, in: Neues Deutschland vom 10. Januar 1997.

336 Vgl. Erfurter Appell will Bündelung der Kräfte gegen Bundesregierung, in: dpa vom 5. Oktober 1997.

337 Joachim Bischoff, Hans Modrow, Michael Schumann: Kleinbürgerliche Vereinsmeierei oder Projekt der Linken? Thesen zu Situation und Perspektiven der sozialistischen Linken, Manuskript, 1994. Das Papier wurde maßgeblich von Joachim Bischoff verfaßt, der vor allem ein Zusammengehen mit den SPD-Marxisten anstrebte, während Modrow wie schon zu SED-Zeiten in der DKP den natürlichen Verbündeten der PDS sah. Schumanns Motive, das Papier zu unterzeichnen, sind unklar. Vgl. Gespräch des Verfassers mit Claudia Gohde am 31. Mai 1994 in Berlin.

338 Vgl. Meinungsstreit in grundsätzlichen Fragen, in: PDS-Pressedienst vom 21. Januar 1994; Interview mit André Brie in: Neues Deutschland vom 29. September 1993.

außen-Fraktionen in SPD und Bündnis 90/Die Grünen kam im außerparlamentarischen Bereich – trotz Bekundungen gegenseitiger Sympathie – keine dauerhafte Zusammenarbeit zustande. Abgesehen von einzelnen lokalen Kooperationen ist nur das gleichzeitig mit der „Erfurter Erklärung“ gestartete Ideologieprojekt „Crossover“³³⁹ erwähnenswert. In ihm fanden PDS-„Reformer“ mit Exponenten der linken Flügel von SPD und Grünen zusammen, wobei allerdings eher inhaltliche Unterschiede deutlich wurden, als daß sich etwa ein gemeinsamer programmatischer Entwurf abgezeichnet hätte.

Diese Vorgaben spiegelten sich auch in der Wahlstrategie wider, die innerhalb der strategischen Überlegungen der „Reformer“ einen (überlebens-)wichtigen Rang besetzte.³⁴⁰ Dies gründete nicht allein in der Tatsache, daß die PDS – allerdings nur in Ostdeutschland – eine Wählerpartei mit starkem Apparat, relativ fester Verankerung in der Gesellschaft und einer ebenso großen wie stabilen Anhängerschaft war. Die Bedeutung von Wahlen und einer adäquaten Wahlstrategie strichen die „Reformer“ bereits heraus, als intern niemand mit den Erfolgen des Jahres 1994 rechnete. Im Jahr zuvor hatte der damals frisch gekürte PDS-Chef Lothar Bisky der Parteibasis die Maßstäbe verdeutlicht. Bei Wahlen gehe es der PDS darum, das „Widerstandspotential“ auszubauen. Deshalb sei es notwendig, „neue Wählerschichten über das enge linke Spektrum hinaus zu erreichen.“³⁴¹ Wahlkämpfe waren elementarer Bestandteil der „Reformer“-Strategie; einen Wahlkampf zugunsten der „Einheit der Linken“ zu führen, lehnten sie aber ab.

Mit Ausnahme des Jahres 1990 trat die PDS zu den Bundestagswahlen (und größtenteils auch zu den Abstimmungen über die Ost-Landtage) mit sogenannten „Offenen Listen“ an – bewußt ein Gegenkonzept zu den üblichen linksextremistischen Wahlbündnissen und Listenverbindungen. „Die PDS will ein Bündnis mit Persönlichkeiten aus sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen, aus dem linken, [...] antifaschistischen Spektrum. Sie will kein direktes oder indirektes Parteienbündnis.“³⁴² Um letzteres zu vermeiden, wiesen die „Reformer“ im Wahlkampf 1994 etwa Ambitionen des DKP-Sprechers Heinz Stehr zurück, auf den PDS-Listen zu kandidieren. Anderen DKP-Vertretern standen die Listen jedoch explizit offen.³⁴³ In der Tat beinhaltete das „breite Bündnis progressiver Persönlichkeiten“³⁴⁴ auch zahlreiche ausgewiesene Linksextremisten ohne PDS-Parteibuch. Jedoch dominierten auf den Listen – neben PDS-Politikern – des Extremismus unverdächtige Prominente aus Ost und West. 1994 etwa hievte die PDS-Wahlstrategie „Gysis bunte Truppe“ in den Bundestag: Neben dem West-Trotzkisten Winfried Wolf saß die ehemalige DDR-Speerwerferin Ruth Fuchs im Parlament, der parteilose Westberliner Gewerkschaftsfunktionär Manfred Müller neben dem eben-

339 Vgl. Crossover (Hrsg.): Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal., Münster 1997.

340 Vgl. unten den Abschnitt zur parlamentarischen Strategie der „Reformer“.

341 Lothar Bisky: Zu Veränderungen in ganz Deutschland beitragen, in: PDS-Pressedienst vom 28. Mai 1993.

342 Parteivorstand der PDS: Richtigstellung, in: PDS-Pressedienst vom 25. Februar 1994. Vgl. auch Lothar Bisky: Offene Listen: Politische Alternativen verteidigen und wirkungsvoll zu Gehör bringen, in: PDS-Pressedienst vom 20. März 1998.

343 Vgl. PDS-Pressedienst vom 24. Juni 1994.

344 Michael Schumann: Über den politischen Sinn unserer Offenen Liste, in: PDS-Pressedienst vom 6. Mai 1994.

falls parteilosen Schriftsteller Stefan Heym. Letzterer hatte nach einem Jahr seine Schuldigkeit getan und legte sein Mandat nieder.

Daß die „Offenen Listen“ nicht unbedingt ein Ausweis demokratischer Läuterung waren, bewiesen die Reaktionen aus der Parteizentrale auf die unterschiedlichen Kandidaturmodelle in den westdeutschen Landesverbänden. In aller Schärfe wurden Bündnisse mit kommunistischen und anderen linksextremistischen Organisationen als Widerspruch zur PDS-Wahlstrategie und als „sektiererisch“ attackiert,³⁴⁵ während man Solokandidaturen der PDS allenfalls unter dem Gesichtspunkt betrachtete, ob es überhaupt sinnvoll sei anzutreten. Dabei kandidierten gerade auf den „Offenen Listen“ der westlichen Landesverbände zahlreiche Mitglieder fremder linksextremistischer Parteien, vor allem der DKP.³⁴⁶ Einzige Ausnahme war die Kritik am Vorgehen der niedersächsischen PDS, die ihre Liste zur Landtagswahl 1997 für DKP-Vertreter öffnen wollte, schließlich aber aufgrund des massiven Drucks des „Reformer“-dominierten Bundesvorstands nicht an der Wahl teilnahm.³⁴⁷ Landtagswahlen im Westen waren stets ein sensibles Thema für die PDS-Spitze. Sie zog es mit dem Argument der geringen Erfolgsaussichten meist vor zu verzichten, und wollte den – sowieso nur halbherzig geduldeten – niedersächsischen Versuch nicht durch eine allzu offene Kooperation mit Kommunisten belastet sehen.

Zweierlei wird deutlich: In der maßgeblichen Strategie der „Reformer“ sollte die PDS zum einen das organisatorische Zentrum einer Bewegung bilden. Niemals ließen es die „Reformer“ zu, die Partei als eine in jeder Hinsicht eigenständige Kraft auch nur ansatzweise zur Disposition zu stellen. Das Gravitationsfeld rund um die PDS konnte zum anderen prinzipiell auch Linksextremisten anziehen. Eine grundsätzliche – also außerhalb strategischer Erwägungen liegende – Abgrenzung zu diesem politischen Spektrum ist nicht zu finden.³⁴⁸ So hatten die PDS-„Reformer“ 1990 selbst den Grundstein gelegt zu den jahrelangen Querelen mit den Landesverbänden im Westen, in denen so bezeichnete „Sektierer“ die „Reformstrategien“ entscheidend hemmten.

Im Vorfeld der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen entschied sich die PDS-Führung für die Ausdehnung der Partei auf das Gebiet der alten Bundesländer.³⁴⁹ Eng mit diesem Schritt verknüpft war die Bildung der Linken Liste (LL), eines Wahlprojek-

345 Vgl. PDS-Vorstand beriet nach Wahlen in Hamburg, in: PDS-Pressedienst vom 24. September 1993; Bundesvorstand gegen Listenverbindung LaLM/PDS in München, in: PDS-Pressedienst vom 12. Januar 1996; Parteivorstand der PDS: Zur Wahlteilnahme in den alten Bundesländern, in: PDS-Pressedienst vom 10. Mai 1996; Parteivorstand zu Wahlen im Westen, in: PDS-Pressedienst vom 27. September 1996.

346 Vgl. PDS-Pressedienst vom 24. Juni 1994; Wolfgang Freye: Konzept der PDS/Offenen Listen erfolgreich, in: PDS-Landesinfo Nordrhein-Westfalen, 5/1999, S. 5. Bezüglich der Wahlen in Bayern vgl. Titel, 29/2002. Zur Situation in Hamburg vgl. die Pressemitteilung der PDS/Linke Liste Hamburg, in: <http://www.comlink.de/dirkp/pdssl-hh/presse/pe970503.htm> (Ausdruck vom 4. März 1998).

347 Vgl. Kontroverse zur Landtagswahl, in: PDS-Landesinfo Niedersachsen, 5/1997, S. 1 f; Landesschiedskommission der PDS Niedersachsen: Beschluß, in: ebd., S. 5; die tageszeitung vom 25. November 1997.

348 Vgl. den folgenden Abschnitt zur außerparlamentarischen Strategie der „Orthodoxen“ und das Kapitel zur Organisation.

349 Den grundsätzlichen Beschluß, über „Feundeskreise“ und „Kontaktbüros“ eine „West-PDS“ zu gründen, traf des PDS-Präsidium bereits am 13. Mai 1990.

tes,³⁵⁰ dessen Idee im Kreise ehemaliger Angehöriger des Erneuerer-Flügels der DKP um Wolfgang Gehrcke reifte. Ihr Anliegen war es, mit der PDS als vagem Bezugspunkt, zunächst ein Sammelbecken für alle West-Linken zu schaffen, wobei auch Anhänger und Mitglieder der großen „Linksparteien“ SPD und Grüne im Visier waren. Anfangs wurde „erst am Rande [...] daran gedacht, daß die PDS für spätere Bundestagswahlen in Westdeutschland einen Partner brauchen würde“.³⁵¹ Gehrckes Plan lehnte sich eng an die DKP-Strategie der „Friedensliste“³⁵² 1987 an. Während die DKP das populäre Politikum Abrüstung aufgegriffen und in Kampagnen ausgeschlachtet hatte, diente der Linken Liste neben einem diffusen „Antikapitalismus“ zunächst die „Bonner Anschlußpolitik“ als einendes Politikum. Gemeinsam war beiden Projekten insofern, unter Zuhilfenahme eines in linken Kreisen und darüber hinaus verbreiteten aktuellen Themas, all diejenigen um die Partei zu scharen, die sich mit ihrem Protest alleingelassen fühlten und politische Wirksamkeit vermißten. Unterschiede gab es jedoch in der strategischen Grundrichtung: Das Konzept der Linken Liste war eindeutig auch darauf ausgelegt, das organisatorisch zersplitterte linke Potential zusammenzuführen, wofür die PDS als erste relevante Größe links von der SPD seit Bestehen der Bundesrepublik eine bis dahin einmalige Chance bot. So rekrutierten sich die „Macher“ der Linken Liste aus vielen Teilen der facettenreichen extremen Linken Westdeutschlands.

Im Verlauf des Jahres 1990 bildeten linke Grüne, ehemalige DKP-Erneuerer und einige Aktivisten der unorganisierten linken „Szene“ eine sogenannte „UnterstützerInnengruppe“ der PDS/Linken Liste. Während dieser Entstehungszeit kamen ehemalige Angehörige der extremistischen Linken in der alten Bundesrepublik zur PDS und nahmen dort führende Positionen im oder beim Vorstand oder als Abgeordnete wahr. Neben Wolfgang Gehrcke waren dies unter anderem Andrea Lederer, Claudia Gohde, Heidi Knake-Werner, Ulla Jelpke und Harald Werner. Allesamt vertraten sie die Politik der PDS-„Reformer“. Auch aus SPD und Grünen gab es, wenngleich spärlich, Wechsel zur PDS. Die Entwicklung betrachteten die „Reformer“ in der PDS-Führung – vom Osten aus – zunächst mit Wohlwollen und ohne viel Einfluß zu nehmen, sah man doch, wie sich im Westen ohne große eigene Kraftanstrengung neues Potential an die Partei zu binden begann.³⁵³ Im Juli 1990 beschloß der Vorstand, alle PDS-Sympathisanten im Westen zu ermutigen, sich zusammenzuschließen.

Die Linke Liste war von ihren „Erfindern“ von vornherein mit dem Ziel konzipiert worden, die gesamte – demokratische und extremistische – westdeutsche Linke zu vereinen. So sollte die große Partei im Osten zum Fixpunkt eines breit angelegten linken Aufbruchs werden. Dem „Reformer“-dominierten PDS-Präsidium schien das Konzept

350 Die Linke Liste/PDS wurde am 28. Juli 1990 in Köln aus der Taufe gehoben. Am 5. August gründete sie sich in Berlin als Wahlpartei für die alten Bundesländer.

351 Claudia Gohde: Im Westen was Neues? Die PDS in den alten Bundesländern, in: Heinz Beinert (Hrsg.): Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin 1995, S. 70.

352 Vgl. Manfred Wilke, Hans-Peter Müller, Marion Brabant: Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990, S. 154-161. Ende der 80er Jahre hatte die DKP versucht, mit einer speziellen „Wahlbündnis“-Politik auch „Linke“ zu gewinnen, die der Partei ablehnend gegenüberstanden. Die „Friedensliste“ war mehr schlecht als recht als Personenbündnis getarnt und sollte die DKP, die den apparativen Kern beisteuerte, politisch läutern und als Teil der Friedensbewegung mit hehren Absichten ausstatten.

353 Gespräch des Verfassers mit Wolfgang Gehrcke am 1. September 1995 in Berlin.

einer indirekt über ein West-Wahlbündnis an die PDS gebundenen Sammlung demgegenüber der praktikabelste Weg zu sein, die 5-Prozent-Hürde zu nehmen. Wenig wahlpolitischen Erfolg versprach ihnen jedoch die Aussicht, allein das bereits organisierte linke Potential unter einer Dachorganisation vereint zu haben, zumal sich die PDS-„Reformer“ schon zu dieser Zeit starke Hoffnungen auf eine Zusammenarbeit mit SPD und Grünen machten.³⁵⁴ Für die „Reformer“ in der Parteizentrale kam darüber hinaus nur „ein Personenbündnis“ in Frage, „d.h. kein Zusammenschluß politischer Parteien oder Organisationen. Dies soll eine Majorisierung durch *eine* Organisation verhindern [...], und es ist zugleich eine wichtige Voraussetzung für ein wirklich breites politisches Spektrum [...]. Die Unzufriedenheit vieler WählerInnen [...] läßt die Hoffnung auf eine wirklich sozialistische Oppositionspartei wachsen [...]“³⁵⁵

Für die Initiatoren der Linken Liste schien dagegen die langersehnte Chance gekommen, die extreme Linke in Westdeutschland aus dem politischen Schattendasein zu holen. Deshalb setzten sie das PDS-Präsidium sogar massiv mit der Forderung unter Druck, in den alten Bundesländern nicht nur Landesverbände der Linken Liste/PDS zu gründen, sondern die Linke Liste auch als separate Sammlungspartei darzustellen, die von der Kooperation verschiedener linker Gruppen geprägt sein sollte – eine Eile, die die PDS-Führung aus wahlstrategischen Gesichtspunkten gerade noch bremsen konnte. Erst nachdem für die Bundestagswahl Listenverbindungen möglich geworden waren, sollte sich die Linke Liste nach Wunsch des Präsidiums im Westen konstituieren und mit der PDS im Osten verbinden. Verbände der Linken Liste/PDS entstanden bis zum Dezember 1990 in allen alten Bundesländern. Daneben existierten die „PDS-Initiativgruppen“ weiter.³⁵⁶

Das politische Gewicht und das Machtbewußtsein der „Reformer“ zeigten sich, als die Parteiführung gezwungenermaßen ihre Strategie ändern mußte. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts – es schrieb zwei getrennte Wahlgebiete vor – beschloß sie, als einheitliche Partei zur Wahl anzutreten und im Westen Landesverbände „der PDS“ zu gründen. Damit war der Traum vieler Westlinker von der PDS als einflußreichem „Dachverband“ ausgeträumt. Jutta Braband, die, von der DDR-Bürgerrechtsbewegung „Initiative Vereinigte Linke“ kommend, bei der Linken Liste mitgetan hatte, machte rückblickend aus ihrem Ärger keinen Hehl: „Nach der Wahlordnungsentcheidung [...] wurde die ‚Linke Liste‘ ohne viel Federlesens [...] suspendiert. Wer aus dem Westen nicht einverstanden war, zog sich still und leise zurück, der Rest wurde in Landesverbänden der PDS eingemeindet. [Damit] waren alle Erwartungen auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit unabhängiger Linker in [...] der PDS Illusion.“³⁵⁷

Aber auch aus den Wünschen der „Reformer“, eine breite oppositionelle Sammlung um die PDS zu scharen, wurde nichts, weswegen Parteichef Gysi Mitte 1991 das Scheitern der Linken Liste proklamierte. Erst recht nicht aufgegangen ist Gehrckes Rechnung,

354 Vgl. Jürgen P. Lang: Die PDS und die deutsche Linke – ein ambivalentes Verhältnis, in: Uwe Bakkes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 6. Jhrg., Bonn 1994, S. 180-193.

355 Gregor Gysi: Mit Linker Liste/PDS gegen undemokratische 5-Prozent-Hürde. Brief des Parteivorsitzenden an die Kreis- und Landesvorsitzenden der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 28. September 1990 (Hervorhebung im Original).

356 Vgl. Johannes Kuppe, Thomas Ammer: Von der SED zur PDS, Bonn 1991, S. 42.

357 Jutta Braband: Innen(an)sicht, in: Disput, 18/1993, S. 15.

aus dem Zusammenwachsen eines Apparates (Ost) mit einer oppositionellen Bewegung (West) würde sich bundesweit eine starke und attraktive linke Partei entwickeln.³⁵⁸ Die PDS hat die extreme Linke mehr polarisiert als vereint. Daran hat sich im Lauf der Jahre nichts geändert, was aber – wie gesagt – auch gar nicht in der Absicht der „Reformer“ lag. Zwar öffneten sie Extremisten Tür und Tor, allerdings ohne sich davon strategischen Nutzen zu versprechen.³⁵⁹ Das Scheitern der Linken Liste war ihnen zusätzlich eine Lehre. Von vornherein griff ihr strategisches Konzept weiter, hatte andere Adressaten im Visier: SPD und – mit Abstrichen – Bündnis 90/Die Grünen. Kein Parteitag verging, ohne daß die PDS-Führung vor allem die Sozialdemokraten zur Zusammenarbeit aufgefordert hätte. Diese Avancen schlugen die Brücke zur parlamentarischen Strategie der „Reformer“.

1.2 Orthodoxe Positionen

In einigen grundsätzlichen strategischen Überlegungen stimmten die „Orthodoxen“ mit den „Reformern“ überein. Großen Wert legten sie auf den – im Parteiprogramm verankerten – Primat außerparlamentarischer Politik, ohne dazu allerdings ein eigenes Konzept elaboriert zu haben. „Nur im links orientierten Druck von unten“ sah KPF-Ideologe Heinz Marohn die „Chance zur Milderung der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung.“³⁶⁰ Explizit für gut geheißen wurden die Initiativen zur Bildung der „Komitees für Gerechtigkeit“ und zur „Erfurter Erklärung“.³⁶¹ Auch die von den „Reformern“ verfochtene gesamtdeutsche Ausrichtung der PDS-Strategie fand ungeteilt Zustimmung, gleichwie alle Ansätze auf Ablehnung stießen, das Projekt Westausdehnung zu stoppen und die PDS in eine ostdeutsche Regionalpartei umzuwandeln.³⁶²

Die „Orthodoxen“ vertraten einen ähnlich fundamentalen Oppositionsbegriff wie die „Reformer“, den sie allerdings weitaus eindeutiger verstanden haben wollten. Hatten sich diese zumeist eher nebulös und oft uneinheitlich dazu geäußert, wogegen opponiert werden sollte, stellten jene klar, „daß unter den gegebenen Bedingungen Opposition vor allem Widerstand ist“³⁶³ und keinesfalls eine „bloß taktische Frage“,³⁶⁴ wie Sahra Wagenknecht den „Reformern“ vorhielt. Opposition verfolge langfristig die Überwindung

358 Vgl. Gespräch des Verfassers mit Claudia Gohde, der langjährigen „Westkoordinatorin“ in der PDS-Führung, am 31. Mai 1994 in Berlin. Vgl. auch Wolfgang Gehrcke, Christiane Reymann: Präsidiumsvorlage, behandelt in den Sitzungen vom 30. Mai und 7. Juli 1991, Manuskript.

359 Siehe den folgenden Abschnitt zu den „orthodoxen“ Positionen.

360 Heinz Marohn: Wir kämpfen weiter, konsequent und besonnen, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 4/1997, S. 6.

361 Vgl. Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS: Erklärung zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1998, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 11/1997, S. 3.

362 Vgl. Bundessprecherrat und Berliner Aktiv der Kommunistischen Plattform der PDS: Einige Überlegungen zur aktuellen Lage in Vorbereitung des 5. Parteitages, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 6/1996, S. 1.

363 Bundeskonferenz der Kommunistischen Plattform: Erste Überlegungen zu den Wahlergebnissen in Sachsen-Anhalt, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 6/1998, S. 3.

364 Sahra Wagenknecht: Anforderungen an die PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1994, S. 3.

„des kapitalistischen Systems“ und die Verwirklichung der grundlegenden sozialistischen Zielstellungen“.³⁶⁵ Die politische Rolle der PDS müsse deshalb strikt die einer „systemoppositionelle[n] Partei“³⁶⁶ sein. Der kategoriale ideologische Antagonismus – kapitalistisches versus sozialistisches System – dominierte die „orthodoxen“ Gedankengänge zur PDS-Strategie. Das Kriterium der „Machbarkeit“ spielte demgegenüber – ganz im Gegensatz zu den „Reformern“ – eine allenfalls untergeordnete Rolle. Nicht die bloße Organisierung einer gesellschaftlichen Opposition war Maßstab, sondern die ideologische Ausrichtung einer solchen Bewegung: „In der notwendigen Zusammenführung aller oppositionellen Kräfte [...] steht die PDS in der Pflicht, sich als ein Hoffnungsträger einer gemeinsamen Zielstellung [...] zu erweisen [...]“.³⁶⁷

Entsprechend sahen die „Orthodoxen“ in der DKP einen natürlichen Verbündeten. Ideologische Schulterschlüsse prägten die Beziehungen etwa der KPF zu der kommunistischen Partei. „Uns verbinden marxistische Grundpositionen, politische Zielsetzungen, gesellschaftliche Analysen und auch ein gemeinsames Erbe. [Wir sind uns] am meisten des gemeinsamen Klassenfeindes bewußt [...]“.³⁶⁸ Und auch mit K-Gruppen im Westen, wie dem „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“, pflegte die Plattform zusammenzuarbeiten.³⁶⁹ Bekundungen gemeinsamer Ziele erteilten aber nicht nur kommunistische Organisationen; selbst mit den „Anliegen“ der Autonomen erklärte sich die KPF solidarisch und beklagte deren Ausgrenzung durch die Parteispitze.³⁷⁰ Dem Hegemonie-Konzept der „Reformer“ und der Etablierung eines breiten gesellschaftlichen „Reformbündnisses“ stellten die „Orthodoxen“ folgerichtig die kommunistische Theorie des Klassenkampfes³⁷¹ entgegen. Die Verkündung eines „Gesellschaftsvertrages verbreitet nur Illusionen“, problematisierte Uwe-Jens Heuer. Vielmehr müsse man doch sehen, „welche Kräfte in der Gesellschaft wirklich imstande sind, [...] Widerstand zu leisten.“³⁷² Aus denselben Motiven setzte sich die Kommunistische Plattform für eine auf die Einheit des linksextremistischen Spektrums orientierte Bündnispolitik ein. Dort sollte die „Organisierung des Widerstandes“³⁷³ ihren Ausgang nehmen.

Die „Orthodoxen“ kritisierten PDS-Beschlüsse, nur parteilose Partner, nicht aber Angehörige anderer linker Organisationen in aussichtsreichen Positionen auf den „Offe-

365 Michael Benjamin u. a.: Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende. Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren. Zweite, überarbeitete Fassung, Manuskript, September 1995.

366 Ekkehard Lieberam: Regierungsbeteiligung und linke Gesellschaftsstrategie, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/2000, S. 1.

367 Marxistisches Forum der PDS: Unsere Sorgen sind nicht geringer geworden. Erklärung zur Rechtsentwicklung, Anpassung und Ausgrenzung, in: Neues Deutschland vom 14. Oktober 1996.

368 Heinz Marohn: Rede auf dem 12. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei, in: DKP-Informationen, 12/1993.

369 Vgl. Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Kommunistische Plattform der PDS: Arbeiter-Meeting, Frankfurt am Main 1993.

370 Vgl. Ellen Brombacher: Einige Aspekte aktueller linker Bündnispolitik, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 4/1997, S. 15 f.

371 Vgl. Eberhard Czichon, Es geht um die ganze Arbeiterklasse, in: Sozialistische Theorie und Arbeiterbewegung, 1/1993, S. 68-77.

372 Uwe-Jens Heuer im Gespräch mit André Brie in: die tageszeitung vom 15. Juni 1995.

373 Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform: Überlegungen zur weiteren Vorbereitung der 2. Tagung des 4. Parteitages, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/1995, S. 4.

nen Listen“ kandidieren zu lassen.³⁷⁴ Den „Reformern“ warfen sie vor, damit Kommunisten ausgrenzen zu wollen,³⁷⁵ und demonstrierten ihnen in der Praxis das Gegenteil. Dies war in denjenigen westdeutschen Landesverbänden der Fall, in denen aus Teilen des linksextremistischen Spektrums der alten Bundesrepublik starke „orthodoxe“ Bastionen entstanden waren – gemeint sind Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. In den übrigen aus PDS-Sicht „neuen“ Bundesländern dominierte zumeist eine den „Reformern“ in der Parteizentrale gegenüber loyal eingestellte Strategie.³⁷⁶

Niedersachsen ist ein Beispiel für die zumindest örtliche Dominanz der „Orthodoxen“ in der PDS.³⁷⁷ In den KPF-Gruppen Göttingen und Hannover hatten sich ehemalige oder noch aktive DKP-Mitglieder organisiert. Entgegen der Position des Landesvorstandes³⁷⁸ beteiligten sich die „Kommunisten“ in der niedersächsischen PDS zusammen mit DKP, dem Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), „Volksfront“ und MLPD an der „Linken Liste Niedersachsen“ (LLN). Diese war Produkt der sogenannten „Roten Tische“, an denen von 1990 an linksextremistische Organisationen über Fragen der Strategie beraten hatten. Die LLN kam gegen den ausdrücklichen Wunsch der PDS-Spitze zusammen und nur deshalb, weil in der niedersächsischen PDS „eine Gruppe ehemaliger DKPler den Ton [angaben], die sich selbst als der Kommunistischen Plattform nahestehend begriffen.“³⁷⁹ Ähnlich war die Situation in Bayern und Nordrhein-Westfalen, wo die PDS Wahlbündnisse mit anderen linksextremistischen Organisationen eingegangen war.³⁸⁰

Aus dem Blickwinkel der „Reformer“ heraus weitaus eklatanter war der Fall Hamburg. Der dortige Landesverband verfolgte jahrelang eine Bündnispolitik, die sich stark auf linksextremistische Organisationen konzentrierte. Vor den Bürgerschaftswahlen 1993 beschloß die Hamburger PDS nach harten Auseinandersetzungen mit dem Bundesvorstand – und mit großer Mehrheit –, nicht eigenständig als PDS zu kandidieren, sondern zusammen mit AL, BWK, DKP, MLPD, VVN-BdA, „Volksfront“ und Lesbenring

374 Vgl. Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform: Die Kommunistische Plattform und die Wahlen. Aspekte unseres Oppositionsverständnisses, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1997, S. 25; Michael Benjamin: Es geht um die Zukunft der Partei, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 2/1997, S. 5-7.

375 Vgl. PDS-Pressedienst vom 6. Mai 1994.

376 Zum Beispiel bekannte sich die PDS-Führung in Rheinland-Pfalz ausdrücklich zur „Reformer“-Strategie und grenzte sich scharf von der DKP ab. Vgl. Landesvorstand der PDS Rheinland-Pfalz: Zusammenarbeit bei Wahlen kaum vorstellbar, in: PDS-Pressedienst vom 17. Oktober 1997.

377 Vgl. Birgit Rüßmann, Britta Schumann, Michael Lange: Situationsbericht, in: Disput, 13/1995, S. 20 f; PDS Göttingen – Basisorganisation 1: Antwort auf einen sogenannten Situationsbericht, in: Disput, 17/1995, S. 12-14; Peter Dürrbeck: Widerspruch, in: Disput, 15-16/1995, S. 40.

378 Vgl. Neues Deutschland vom 11. Februar 1994.

379 Heinrich Eckhoff: Stationen einer nicht gewollten Vereinigung. Die Verschmelzung des Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) mit der PDS, in: analyse & kritik vom 4. Mai 1995.

380 Die PDS-Verbände in München und Nürnberg votierten mehrheitlich gegen die Wahlstrategie der „Reformer“ und traten in linken Bündnissen mit starker DKP-Präsenz zu Kommunalwahlen 1996 an. Vgl. Jörg Richter: Brief an den PDS-Parteivorstand, in: Titel, 8/1996, S. 4; unsere zeit vom 9. Februar 1996. Nach demselben Muster verfahren die „Orthodoxen“ 2000 in Dortmund sowie 1994 in Düsseldorf. Vgl. PDS-Landesinfo Nordrhein-Westfalen, 5/2000, S. 9; Christine Karch: In Düsseldorf kandidiert die Linke Alternative/GAL, in: PDS-Rundbrief Nordrhein-Westfalen, 8-9/1994, S. 14 f.

die Liste „Linke Alternative – Wehrt Euch“³⁸¹ zu gründen. Bei der Initiative handelte es sich nicht, wie die Hamburger PDS weismachen wollte, um ein „Personenbündnis“,³⁸² sondern um eine Wahlpartei aus verschiedenen Organisationen. Auch wenn der Landesverband zu den kommenden Wahlen unter eigenem Namen antrat, ließ er nicht von der „orthodoxen“ Strategie der Bildung eines linksextremistischen Bündnisses ab. Deshalb sah sich Gregor Gysi 2001 genötigt, von der Wahl der – wie er sie nannte – „dogmatischen“ Hamburger PDS abzuraten. Statt dessen rief die Galionsfigur der „Reformer“ dazu auf, gleichsam als geringeres Übel das Wahlbündnis „Regenbogen – Für eine neue Linke“ zu favorisieren, in dem neben PDS-Mitgliedern auch Angehörige der DKP und der „Sozialistischen Alternative“ sowie linke Grüne zusammenfanden.³⁸³ Wie vier Jahre zuvor hatten auch diesmal namhafte Funktionäre der KPF-Zentrale – zu nennen sind Sahra Wagenknecht und Heinz Marohn – gemeinsam mit der DKP den Wahlkampf der Hamburger PDS protegiert,³⁸⁴ dem die Unterstützung des Bundesvorstandes versagt blieb.

2. *Parlamentarische Strategie*³⁸⁵

2.1 *„Reform“-Positionen*

Das entscheidende Jahr in der Geschichte der PDS war nicht 1989, sondern 1994. Weder von der breiten Öffentlichkeit noch von den „Reformern“ selbst erwartete Wahlerfolge etablierten die PDS – bei gleichzeitigem Niedergang von FDP und Bündnis 90/Die Grünen – in den kommenden Jahren als starke Kraft eines faktischen Dreiparteien-Systems in Ostdeutschland. Spätestens nach der erfolgreichen Berlin-Wahl 1995 erkannten die „Reformer“ eine „Mehrheit diesseits der CDU“,³⁸⁶ bestehend aus SPD, PDS und Grünen. Der strategische Aufbruch Mitte der 90er Jahre bildete das Fundament für das Vorgehen der Partei in den Parlamenten und in Koalitionen. Die PDS war innerhalb der Parteienkonkurrenz einer parlamentarischen Demokratie zum „Machtfaktor“ geworden; und die „Reformer“ hatten begonnen, diese neue Rolle in ihre außerparlamentarische Strategie einzubeziehen.³⁸⁷ Jetzt sei es wichtig, „daß wir [auch] auf Bundesebene umschalten müssen von einer Strategie des politischen Überlebenskampfes zu einer

381 Vgl. Linke Alternative – Wehrt Euch: Politische Erklärung, Hamburg 1993.

382 Vgl. Beschluß der Landesversammlung PDS/LL – Landesverband Hamburg. Wir greifen ein, in: PDS-Pressedienst vom 6. August 1993.

383 Vgl. Neues Deutschland vom 7. Oktober 2001. „Regenbogen“ wurde vom Bundesvorstand der PDS mit Geldern unterstützt, die eigentlich dem Landesverband Hamburg zugestanden hätten. Dies war Anlaß für ein Parteiverfahren. Vgl. Bundesschiedskommission der PDS: Beschluß, in: PDS-Pressedienst vom 4. Januar 2002.

384 Vgl. Elke Spanner: Stimmen gegen das System, in: die tageszeitung vom 11. September 1997.

385 Dieser Begriff bezeichnet im folgenden nicht nur die Strategie in den Parlamenten, sondern, in einem weiter gefaßten Sinn, auch die Strategie in Bezug auf die parlamentarische Präsenz. Beide Aspekte sind – wie noch zu sehen ist – im Falle der PDS nicht voneinander zu trennen.

386 Vgl. PDS-Pressedienst vom 27. Oktober 1995.

387 Vgl. Jürgen P. Lang: Nach den Wahlen 1994: PDS-Strategie im Wandel?, in: Deutschland Archiv, 4/1995, S. 369-380.

Strategie des aktiven politischen Eingreifens.³⁸⁸ Gerade die SPD war dabei ein entscheidender Faktor im Kalkül der PDS-„Reformer“.³⁸⁹ Welche Überlegungen verbargen sich dahinter? Strategisches (Zwischen-)Ziel der „Reformer“ war es, „gesellschaftlichen Druck von links“³⁹⁰ zu erzeugen, um die „neokonservative Hegemonie“ in Deutschland zu brechen. Dies implizierte immer mehr die Notwendigkeit eines auch in den Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates angesiedelten „Linksbündnisses“ unter Einfluß der SPD.

Vor allem Dietmar Bartsch und André Brie trieben ihre Partei massiv zur Kooperation mit den Sozialdemokraten an. In ihrer Perspektive sollte die PDS im Bund die Funktion einer „Scharnierpartei“ erfüllen, die als Koalitionspartner den Machterhalt der SPD sichert und den eigenen Einfluß ausbaut.³⁹¹ An den Sozialdemokraten kommt niemand vorbei, lautete die Parole der „Reformer“. „Bundespolitische Veränderungen im Sinne der Zielstellungen der PDS können nur mit der und nicht gegen die SPD erreicht werden [...]“.³⁹² Die Sozialdemokraten waren für die PDS-„Reformer“ also zunächst ein rein „strategischer Partner“,³⁹³ zu dem sie – auch wegen der relativen Schwäche der Grünen³⁹⁴ – keine Alternative sahen.³⁹⁵ Das Beharren auf den eigenen Zielstellungen implizierte, daß die PDS-„Reformer“ zumindest in der Theorie nicht vorhatten, mit der SPD inhaltliche Kompromisse zu schließen. Für die Variante, zusammen mit Teilen der SPD eine neue „linkssozialistische“ Politik zu entwickeln, hatten sich zeitweise Joachim Bischoff und Michael Schumann starkgemacht, waren mit ihrer Forderung jedoch im Bundesvorstand allein geblieben.³⁹⁶ Die „Reformer“-Strategie zielte auf die SPD als Ganzes, weil deren linker Flügel als zu einflußlos erachtet wurde.

Stets betonten die „Reformer“ jedoch die Notwendigkeit einer „strategischen Unabhängigkeit gegenüber der SPD“,³⁹⁷ die durch Angebote zur parlamentarischen Zusammenarbeit ebenso wie durch außerparlamentarische Initiativen unter „Druck von links“ gesetzt und damit zu einer ideologisch-programmatischen Annäherung an die PDS ge-

388 Lothar Bisky: Stellen wir politische Gemeinsamkeiten über die Unterschiede!, in: PDS-Pressedienst vom 16. Juni 1995.

389 Vgl. Jürgen P. Lang: Die PDS und die deutsche Linke – ein ambivalentes Verhältnis, in: Uwe Bakkes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 6. Jhrg., Bonn 1994, S. 180-193.

390 Parteivorstand der PDS: Entschlossene Opposition und gestaltende Reformkraft, in: PDS-Pressedienst vom 9. Juni 2000.

391 Vgl. Internes PDS-Papier: Mitregieren im Bund, in: junge welt vom 5. März 1999.

392 Parteivorstand der PDS: PDS-Politik von unten, von links, aus dem Osten – für eine gerechte Republik!, in: PDS-Pressedienst vom 5. Februar 1999.

393 Michael Brie in der ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“ am 13. Oktober 2000.

394 Zum Verhältnis der Grünen zur PDS vgl. Jürgen Hoffmann: Auf dem Weg in ein neues Bündnis? B'90/Die Grünen und PDS vor der Berlin-Wahl 1995, Sankt Augustin 1995.

395 Vgl. Helmut Holter: Die PDS als Zukunftspartei, in: PDS-Pressedienst vom 19. November 1999.

396 Vgl. Joachim Bischoff, Michael Schumann: Ist Scharping noch zu retten? Über das Verhältnis von SPD und PDS und die Chancen einer neuen Reformpolitik, in: Neues Deutschland vom 9. August 1994.

397 Carola Freundl, Harald Wolf: Vor der Kür kommt die Pflicht. Zu den politischen Aufgaben der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bis 2004, in: PDS-Pressedienst vom 9. Februar 2001.

zwungen werden sollte.³⁹⁸ Von ihrer Seite aus verbanden sie die Avancen an die Adresse der Sozialdemokraten aber nicht mit attraktiven inhaltlichen Offerten. Nicht die PDS, sondern die SPD sei gefordert, ihre „Positionen [zu] ändern“.³⁹⁹ Vielmehr setzten die „Reformer“ auf eine starke Präsenz der PDS in den Parlamenten, um die SPD innerhalb der Parteienkonkurrenz und Koalitionsarithmetik in Zugzwang zu bringen. Diese Taktik ist gleichsam das Spiegelbild eigener strategischer Einsichten: Wenn es für die PDS ohne SPD nicht ging, sollte umgekehrt auch den Sozialdemokraten klarwerden, daß es „ohne PDS keinen Wechsel“⁴⁰⁰ gibt. „Wenn die SPD wirklich strategisch denkt und Veränderungen will“, proklamierte „Reformer“ Dietmar Bartsch, „braucht sie die PDS.“⁴⁰¹

Mit „Wechsel“ meinte Gregor Gysi im Wahlkampfendspurt 1998 aber nicht nur den Regierungswechsel. Auch nach dem Amtsantritt der Schröder-Regierung sahen die „Reform“-Ideologen ihre notorische Forderung nach einem „Politikwechsel“ als nicht erfüllt an. Im Gegenteil: „Zwei Jahre sozialdemokratisch-grüner Bundespolitik haben den politischen Platz links von der SPD dramatisch vergrößert.“⁴⁰² Diese Feststellung galt unter anderen Vorzeichen auch früher. Den Vorwurf mangelnder Reformbereitschaft hatten die „Reformer“ gegenüber der SPD schon erhoben, als diese noch Oppositionspartei im Bundestag war.⁴⁰³ Von der Sozialdemokratie gehe „keine konsequente Opposition, kein konsequenter Wille zu alternativer, oppositioneller Politik aus.“⁴⁰⁴ Diese Annahme fußte auf der Doktrin der „Reform“-Ideologen, die von der Existenz zweier, um die gesellschaftliche Hegemonie ringender ideologischer Lager ausging: einem „neokonservativen“ und einem „linken“. Während die Sozialdemokratie in jenem verharrete, sollte sie durch „Druck von links“ in dieses geholt werden. Die SPD „muß sich [...] – ob sie will oder nicht – in die Richtung eines der beiden Pole bewegen.“⁴⁰⁵

Für die PDS-„Reformer“ war der unterstellte „Rechtskurs“ der SPD Nachteil und Vorteil zugleich. So erkannten sie einerseits im Rücktritt des SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine im März 1999 ein weiteres Indiz für die Annäherung der Sozialdemokraten an „neokonservative“ Positionen und witterten die Gefahr einer fortschreitenden Abgrenzung zur PDS. Andererseits wurden Stimmen laut, die darin gerade eine Chance für die PDS sahen, sich ohne eigenes Zutun als „sozialistische Partei links von der SPD“

398 Vgl. Dietmar Bartsch, André Brie: Ohne PDS im Bundestag keine relevant andere Politik, in: Neues Deutschland vom 27. Mai 1997; Lothar Bisky u. a.: Die Chance eines Drucks von links auf die SPD. Düsseldorfer Erklärung, in: PDS-Pressedienst vom 14. August 1998.

399 Helmut Holter: Jetzt geht's erst richtig los! Die Herausforderungen der Geschichte annehmen. Rede auf der 2. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 3. Februar 1996.

400 Ohne PDS kein Wechsel. Interview mit Gregor Gysi, in: Neues Deutschland vom 25. September 1998.

401 Vgl. Der Realo-Sozialist. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Freitag vom 31. Oktober 1997.

402 Gabi Zimmer, Dietmar Bartsch, Roland Claus: Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002, in: PDS-Pressedienst vom 21. Juli 2000.

403 Vgl. Parteivorstand der PDS: Veränderung von unten. Sozial und solidarisch, demokratisch und antimilitaristisch. Antrag an die 2. Tagung des 4. Parteitages, in: PDS-Pressedienst vom 1. Dezember 1995.

404 PDS-Parteivorstand: Wahlstrategie der PDS 1998/99. Oder: Warum es noch nie so wirkungsvoll war, PDS zu wählen, in: PDS-Pressedienst vom 13. Juni 1997.

405 Peter-Rudolf Zotl: Parteien und Wahlkampf, in: Disput, 8/1994, S. 7.

(Angelika Gramkow), als „einzige linke Reformkraft“ (Dietmar Bartsch) zu profilieren.⁴⁰⁶ In den Parlamenten war es der PDS stets ein Leichtes, die Themenfelder zu besetzen, die die SPD ihr quasi überlassen hatte.⁴⁰⁷ Die PDS-„Reformer“ haben auf theoretischer Ebene nicht erläutern können, wie genau eine Partnerschaft mit der SPD aussehen sollte, vor allem bezüglich politischer Inhalte. Das „Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation“ zur Sozialdemokratie und auch zu den Grünen blieb ungeklärt.⁴⁰⁸

Das Dilemma der PDS: Je mehr Platz die SPD aus Sicht der „Reformer“ links von sich freigab, desto schärfer trat zwar das PDS-Profil als „linker Druckfaktor“ hervor. Desto schlechter waren aber die Aussichten, die SPD durch Koalitionen und parlamentarische Kooperation mit ins strategische Boot zu holen – zumal die von den „Reformern“ angestrebten Versuche, die PDS auch programmatisch gegenüber den Sozialdemokraten salonfähig zu machen, in innerparteilichen Streitigkeiten steckenblieben.⁴⁰⁹ Hätte es umgekehrt eine inhaltliche Annäherung beider Parteien gegeben, wäre die PDS als schwächerer Teil eines möglichen „Linksbündnisses“ als eigenständige politische Kraft nicht mehr zu erkennen gewesen. Das galt im Prinzip auch für den hypothetischen Fall, daß es der PDS gelungen wäre, die SPD – auf welche Weise auch immer – zum Linksschwenk zu bewegen und damit auch programmatisch auf ihre Seite zu ziehen. Immerhin hätten die „PDS-Reformer“ dann aber einen Riesenschritt in Richtung „Hegemonie der Linken“ getan. Diese Gedankenspiele lassen die Vermutung zu, daß die PDS in der praktischen Parlamentsarbeit eine Gratwanderung unternahm zwischen der (eher radikalen) Demonstration ihrer sozialistischen Ideen gegenüber der Gesellschaft und der (eher moderaten) Demonstration politischer Verlässlichkeit gegenüber potentiellen Koalitionspartnern.

Es liegt in der Logik der bisher in diesem Abschnitt beschriebenen Strategie, daß die „Reformer“ allein in einer starken parlamentarischen Präsenz die Garantie für dauerhaften politischen Einfluß der Partei sahen. Nur dort war es effektiv möglich, gegenüber der SPD Flagge zu zeigen. Beinahe gebetsmühlenartig wurde aus diesem Grund die Vertretung im Bundestag zum Lebenselixier der PDS erkoren: „Sozialistische Politik ist mehr als die Arbeit in Parlamenten. Aber ohne den Wiedereinzug in den Bundestag [...] sind unsere Wirkungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt“,⁴¹⁰ verdeutlichte der langjährige PDS-Vorsitzende Lothar Bisky der Parteibasis. Und Dietmar Bartsch warf den Blick auf die strategischen Ziele: Eine „andere Politik“ in Deutschland sei „ohne die PDS im Bundestag“ nicht möglich. Ein weiterer wichtiger Grund für die immer stärkere Konzentration der „Reformer“-Strategie auf die Parlamente lag im Scheitern aller außerparlamentarischen Anstrengungen. Bartsch konstatierte, die PDS tue sich „zunehmend

406 Vgl. Gerhard Hirscher: *Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998*, München 2001, S. 14.

407 Vgl. Hasko Hüning: „Fremde im feindlichen System“. Bewältigt der PDS die Erosion der Ausgrenzung?, in: *Sozialismus*, 2/1996, S. 19-27.

408 Vgl. Wolfgang Gehrcke: Zur Einschätzung des Magdeburger Parteitages, in: *PDS-Pressedienst* vom 16. Dezember 1996.

409 Vgl. Jürgen P. Lang: Partei ohne Mitte – Die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 13. Jhrg., Baden-Baden 2001, S. 155-168.

410 Lothar Bisky: Brief an die Mitgliedschaft, in: *PDS-Pressedienst* vom 15. September 1995.

schwer mit wirksamen außerparlamentarischen Aktionen.“⁴¹¹ Dies galt laut Wolfgang Gehrcke um so mehr, als von Haus aus „außerparlamentarische Bewegungen vielfach noch schwach“⁴¹² seien.

Das Jahr 1994 leitete eine Strategie-Reform ein, nicht aber einen grundsätzlichen Wandel hin zur Akzeptanz der Parlamente als wesentlicher Instanz politischer Auseinandersetzung und demokratischer Willensbildung. Die „Reformer“ sahen in starken Fraktionen zunächst nur ein äußerst wirkungsvolles Moment ihrer Strategie. „Wir müssen durch die bürgerliche Demokratie hindurch!“, hatte Helmut Holter seinen Genossen zugerufen, als er noch nicht wissen konnte, daß er einmal der erste PDS-Minister sein würde. „Wir nutzen sie doch jetzt schon für unsere Politik.“⁴¹³ Mitnichten haben die „Reformer“, einhergehend mit zunehmendem Gewicht auf der parlamentarischen Arbeit, ihren Anspruch der fundamentalen gesellschaftlichen Opposition aufgegeben. Sie taten sich allerdings schwer, ihre Oppositionsrolle neu zu definieren.

1995 schrieb ein PDS-Parteitag fest: „Wer eine Gesellschaft wirklich verändern will, weil er zu den herrschenden Verhältnissen in Opposition steht, muß sich in die Gesellschaft hineinbegeben. [...] Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS.“⁴¹⁴ Diese von den „Reformern“ durchgedrückte Passage entledigte sich eher des Problems, wie Fundamentalopposition mit der Politik in den Parlamenten zusammenpassen sollten, als daß sie es löste. Der strategische „Doppelweg [...], nämlich Opposition zum bestehenden Gesellschaftssystem zu sein und gleichzeitig hier und heute Politik machen zu wollen“,⁴¹⁵ schlug sich auch in dem Programmentwurf der „Reformer“ aus dem Jahr 2001 nieder: Die PDS ringe „um parlamentarische Stärke“, verbinde dies aber „mit der Überzeugung, daß grundlegende gesellschaftliche Wandlungen nicht ohne [...] außerparlamentarische Kämpfe möglich sind.“⁴¹⁶ Es nimmt nicht weiter Wunder, daß es den „Reformern“ in der Theorie leichtfiel, die Rollen der PDS als Parlamentspartei beziehungsweise als außerparlamentarische Opposition zu vereinbaren.⁴¹⁷ Diese war Prinzip, jene Element der Strategie.

So konnte einerseits André Brie, Verfechter einer Politik innerhalb der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates, proklamieren, die „langfristig wichtigste Funk-

411 Dietmar Bartsch: Die Partei auf den Wahlkampf einstellen!, in: PDS-Pressedienst vom 12. September 1997.

412 Wolfgang Gehrcke in: PDS-Pressedienst vom 18. November 1994.

413 Helmut Holter: „...daß nicht alles beim alten bleibt!“ Referat auf der 3. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 7. September 1996.

414 Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel, in: Disput, 3-4/1995, S. 27.

415 Gabi Zimmer, zit. n. Wir müssen heute Politik machen, heute kämpfen. Interview mit Gabi Zimmer und Roland Claus, in: Neues Deutschland vom 22. Juni 2001.

416 Michael Brie, Dieter Klein, André Brie: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf, in: PDS-Pressedienst vom 27. April 2001.

417 Petra Sitte, langjährige PDS-Fraktionsvorsitzende im Landtag Sachsen-Anhalts stellte klar, daß die PDS-„Reformer“ nicht den klassischen Oppositionsbegriff der Parlamentsdemokratie bemühen – Opposition als „das Trainingslager für Machtwechsel“. Vgl. Petra Sitte: Bericht der Fraktion an den 4. Landesparteitag der PDS, in: PDS-Sachsen-Anhalt: Opposition mit gestalterischer Verantwortung. Beschlüsse des 4. Landesparteitages, Magdeburg 1995, S. 20.

tion“ der PDS sei die als „sozialistische Oppositionspartei in Deutschland“.⁴¹⁸ Und die „Reformer“ verstanden ihre Partei noch im Jahr 2000 „als gesellschaftspolitische und parlamentarische Opposition zur ‚neuen Mitte‘“, deren Ziel es sei, „mit wirkungsvoller Unterstützung außerparlamentarischer Bewegungen [...] dazu beizutragen, daß [...] eine Veränderung des gesellschaftlichen Klimas erreicht wird.“⁴¹⁹ Andererseits hieß es in einem internen Strategiepapier der Beratergruppe der Bundestagsfraktion: „Für die PDS kommt eine Frontal- oder Universalopposition gegenüber der SPD nicht in Frage.“⁴²⁰ Die „Reformer“ operierten offenkundig mit zwei unterschiedlichen Oppositionskonzepten. Fundamentalopposition bildete zwar den gesellschaftsstrategischen Horizont, sollte aber in der kurzfristigen Praxis keinesfalls die (Oppositions-)Arbeit der Fraktionen bestimmen. Denn heutzutage reiche die „alte linke Forderung“ nicht mehr aus, in den Parlamenten ausschließlich als verlängerter Arm gesellschaftlichen Protests aufzutreten.⁴²¹

Es war Lothar Bisky, der als Fraktionsvorsitzender im brandenburgischen Landtag erstmals die Bereitschaft der PDS zu politischer Mitgestaltung in den Parlamenten erklärte – lange bevor die parlamentarische Praxis in der Strategie der „Reformer“ eine entscheidende Rolle spielte. Die kompromißorientierte Politik Biskys keimte auf dem Humus des von Ministerpräsident Stolpe ausgerufenen „Brandenburger Weges“, der den Einbezug konkurrierender Parteien (mit Ausnahme der weit rechts stehenden) vorsah – auch später während der SPD-Alleinregierung. Bereits 1993 – zu einer Zeit, als so etwas kaum jemand öffentlich auszusprechen wagte – hatte sich Stolpe zu einer punktuellen Zusammenarbeit mit der PDS bereit erklärt. Bisky wiederum vertrat die Position, die „demokratisch-sozialistische“ Entwicklung der Partei müsse vor allem in der pragmatischen Arbeit der Kommunen und der Landtagsfraktionen ihren Ausgang nehmen. Entsprechend brachte die brandenburgische PDS-Fraktion die Gesetzentwürfe, die die Partei zentral für alle ostdeutschen Bundesländer erstellt hatte, in der Regel in abgemilderter Fassung in den Landtag ein.⁴²² In Brandenburg wollte die PDS – neben Sachsen-Anhalt – eine Art „Pilotprojekt“ starten. Man zeigte sich gesprächsbereit gegenüber der SPD, bot sich als ernstzunehmende Alternative zur CDU an.

„Konstruktive Opposition“⁴²³ hieß das Schlagwort Biskys, das später auch in den Wortschatz anderer Landesverbände der PDS in Ostdeutschland einging. Ebenso wie diese vertraten die „Reformer“ in der brandenburgischen PDS die Doktrin von der „Doppelrolle“ als parlamentarische wie außerparlamentarische Opposition, ohne jedoch verbal „antikapitalistischen Widerstand“ oder „Systemopposition“ mit einzuschlie-

418 André Brie: Wahlkampf ist nicht alles, aber nichts ist wichtiger, in: PDS-Pressedienst vom 5. September 1997.

419 Gabi Zimmer, Dietmar Bartsch, Roland Claus: Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002, in: PDS-Pressedienst vom 21. Juli 2000.

420 Gruppe der Beraterinnen und Berater beim Vorstand der PDS-Bundestagsfraktion: Denkanstöße für die Diskussion einer parlamentarischen Strategie der PDS, Manuskript, Januar 1999, S. 3.

421 Vgl. Wolfgang Gehrcke in: PDS-Pressedienst vom 18. November 1994.

422 Vgl. Gespräch des Verfassers mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, Wolfgang Hackel, am 10. Februar 1998 in Potsdam.

423 Vgl. Fraktion PDS/Linke Liste im Landtag Brandenburg (Hrsg.): Konstruktive Opposition – nur ein Anspruch? Eine unvollständige Bilanz, Potsdam o. J.; PDS-Fraktion im Landtag Brandenburg (Hrsg.): Mehr praktische Ergebnisse wünschen wir uns schon... Eine Bilanz zur Halbzeit der Wahlperiode, Potsdam 1997.

Ben.⁴²⁴ Gleichwohl erhoben sie den Anspruch, sich bündnispolitisch auf den außerparlamentarischen Bereich zu konzentrieren und „in die Debatten der gesellschaftlichen Opposition“ einzubringen.⁴²⁵ Die parlamentarische Praxis setzte jedoch andere Zeichen. Bereits zu Zeiten der Ampelkoalition in Brandenburg stimmte die PDS einer Reihe von Gesetzesvorhaben zu, reichte später unter der Stolpe-Alleinregierung zusammen mit der SPD Anträge ein.⁴²⁶ Sie hinterließ keine Spur von Blockadehaltung aufgrund systemoppositioneller Attitüden.

So konnte der Landesvorsitzende Wolfgang Thiel zufrieden feststellen, daß der „herkömmliche Streit in der PDS um ‚parlamentarisch/außerparlamentarisch‘ [...] in den Hintergrund getreten“⁴²⁷ sei. Die PDS wolle keine „konfrontative Opposition“ gegenüber der SPD, sondern „Reformansätze“ der Sozialdemokraten aus der Opposition heraus auch weiterhin unterstützen.⁴²⁸ Nach der Landtagswahl im September 1999 erklärte sich die PDS in Brandenburg sogar bereit, den Bau der Magnetschwebbahn „Transrapid“ und den Ausbau des Flughafens Schöneberg mitzutragen; beides innerparteiliche Reizthemen, „teure“ Projekte, gegen die man zuvor heftig agitiert hatte. Das von beiden Seiten verkündete Ende des „Brandenburger Weges“ (nach dem Scheitern der Berlin-Fusion und später der Ablehnung der PDS-Kandidaten für das Amt des brandenburgischen Verfassungsrichters) war eher einer Aufwallung der Emotionen geschuldet, als daß die PDS ihren Willen zur Zusammenarbeit mit der SPD aufgekündigt hätte. Noch im Jahr 2000 machte sich die Landesvorsitzende Anita Tack für eine kompromißorientierte Politik mit und gegenüber anderen politischen Kräften stark.⁴²⁹ Entsprechend war auch der damals beschlossene Leitantrag von Sachthemen geprägt, ideologische oder strategische Überlegungen zur Überwindung des Kapitalismus oder zur Oppositionsrolle fehlten völlig. An ihre Stelle waren die Aufforderung getreten, „demokratische Mehrheiten“ zu gewinnen, und die Bereitschaft, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten.⁴³⁰

Die SPD indes war nicht zu locken. Nachdem die Sozialdemokraten eine Große Koalition in Brandenburg geschmiedet hatten, ließ der PDS-Landesverband – einst Paradebeispiel für die Erneuerung der Partei zur pragmatischen Kraft – andere Töne vernehmen (wie kurzzeitig schon 1997): Die SPD blockiere „linke Reformpolitik“ durch ihren „strategischen Ansatz, [...] daß sozialdemokratische Ziele besser mit der CDU realisierbar sind.“ Jetzt wolle die PDS „ihr Profil als sozialistische Partei in Brandenburg weiter

424 Vgl. Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Quo vadis PDS Brandenburg? Thesen für die Diskussion im Landesverband Brandenburg, Oranienburg 1995

425 Vgl. Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Analyse zur politischen Wirksamkeit der PDS Brandenburg, Manuskript, 2. Dezember 1994.

426 Vgl. Horst Dietzel: Zur Arbeit der PDS-Landesverbände (Ost), in: Parteivorstand der PDS (Hrsg.): Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS, Berlin 1997, S. 21.

427 Wolfgang Thiel: „Opposition konkret 97“. Zu den Aufgaben des Landesverbandes der PDS Brandenburg, in: PDS Brandenburg: 5. Landesparteitag, 1. Tagung. Protokoll, Heft 1, Potsdam 1997, S. 22.

428 Vgl. ebd., S. 20

429 Vgl. Anita Tack: Referat auf dem Landesparteitag am 25. März 2000 in Wittenberge, Manuskript.

430 Vgl. PDS Brandenburg: Gesellschaftlicher Wandel – soziale Gerechtigkeit – ökologische Zukunft. Beschluß der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS Brandenburg, Manuskript, März 2000; Opposition konkret. Politische Aufgaben der PDS Brandenburg 1997, in: PDS Brandenburg: 5. Landesparteitag, 1. Tagung. Protokoll, Heft 2, Potsdam 1997, S. 28-44.

schärfen“ und die „Öffnung der Partei in die Gesellschaft vorantreiben“.⁴³¹ Auf der Klaviatur der Optionen – kompromißorientierte „Realpolitik“ oder oppositionelle „Radikalpolitik“ – war die PDS (nicht nur in Brandenburg) virtuos. Je nach Sachlage zog man das Register, das am besten geeignet schien, die Sozialdemokraten in Zugzwang zu setzen.

Mit enttäuschten Hoffnungen hatte ebenfalls die PDS in Thüringen zu tun. Zwar spekulierte man auch in Erfurt vergebens auf eine Koalition mit der SPD. Anders als der brandenburgische Landesverband vertrat die thüringische PDS jedoch schon immer das Prinzip einer „Partei von unten“, die sich zugleich als „gesellschaftliche Bewegung“ verstand, nicht aber als Wählerpartei.⁴³² Es lag insofern nicht von vornherein an der Haltung der SPD, daß in Thüringen die parlamentarische Strategie der „Reformer“ weit weniger durchschlug. Zwar plädierten die beiden führenden Landespolitiker, Dieter Hausold und Gabi Zimmer (die Nachfolgerin von Lothar Bisky als Bundesvorsitzender) konform mit den „Reformern“ der Parteizentrale für ein linkes „Reformbündnis“ mit SPD und Grünen, wollten im Parlament „Druck von links“ erzeugen und das „Vakuum auffüllen“, das die SPD hinterlassen habe.⁴³³ Und Hausold stellte fest: „Politisch wirksame Mehrheiten [...] kann es natürlich nur mit der SPD geben.“ Die Politik der PDS müsse „sowohl Herausforderung [für die SPD] als auch konstruktives Angebot zur Zusammenarbeit sein.“⁴³⁴

Doch war diese Zusammenarbeit selbst in der Schicksalsgemeinschaft der Opposition nicht weit gediehen, wie schon zuvor, als sich die PDS in Thüringen einer Großen Koalition gegenüber sah. Nach erfolglosen Appellen zur Kooperation mit der SPD und zur Beteiligung an der Regierung,⁴³⁵ legte sich der Landesverband auf die Formierung einer „geschlossene[n] gesellschaftliche[n] Opposition“ fest, nicht auf eine konstruktive Politik in den Parlamenten.⁴³⁶ Die Sozialdemokraten erzielte der Vorwurf, sich eher der CDU anzudienen als zu einem „Politikwechsel“ fähig zu sein. Deshalb sei „im Augenblick eine Koalition [...] von PDS und SPD [...] nicht denkbar.“⁴³⁷ Am Ende hatte die zu Wahlkampfzeiten von den „Reformern“ in der Parteizentrale in Berlin geschürte Regierungsoption die thüringische PDS eher in eine Zwangsjacke gesteckt, als ihr neue strategische Möglichkeiten zu eröffnen. Jetzt, ließ Gabi Zimmer im Februar 2000 wis-

431 In Verantwortung für die Zukunft. Politische Erklärung des 7. Parteitages der PDS Brandenburg, Manuskript, 17./18. Februar 2001. Vgl. auch PDS Thüringen: Herausgefordert als parlamentarische und außerparlamentarische Opposition. Beschluß der 1. Tagung des 6. Landesparteitages, in: PDS-Pressedienst vom 1. Dezember 2000.

432 Vgl. PDS Thüringen: Politikwechsel ist nötiger denn je. Beschluß der 3. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 3. Juli 1999; dies.: Beschluß des 6. Landesparteitages der PDS Thüringen, Manuskript, 18./19. November 2000; PDS-Landesvorstand Thüringen: Erklärung zur Debatte zum linken Reformprojekt, Manuskript, 8. Januar 1997; Redaktionsgruppe: Potential für gesellschaftliche Alternativen stärken, Manuskript, 1997.

433 Vgl. Neues Deutschland vom 14. Oktober 1998.

434 Dieter Hausold: Referat auf der 5. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Thüringen, Manuskript, 19./20. Februar 2000.

435 Vgl. Peter Liebers: Wer macht's mit wem? Tauziehen um künftige Koalition, in: Neues Deutschland vom 5. Juli 1999.

436 Vgl. PDS Thüringen: Beschluß der 6. Landesparteitages, Manuskript, 18./19. November 2000.

437 Dieter Hausold: Thüringen hat einen Politikwechseln nötiger denn je, in: PDS-Pressedienst vom 9. Juli 1999.

sen, wo die CDU wieder an der Regierung sei, habe man die Chance, „das zu tun, was wir eigentlich wollen.“⁴³⁸ Der Fraktionsvorsitzende Werner Buse strich den Vorrang außerparlamentarischer Politik vor der Parlamentsarbeit heraus.⁴³⁹

In Sachsen hatte die Landtags-SPD stets Distanz zur PDS-Fraktion gewahrt. Dies und andere Prämissen überlagerten dort die parlamentarische Strategie der PDS-„Reformer“. Bis Mitte der 90er Jahre diskutierte der Landesverband das Konzept einer „offenen Partei“, das explizit eine Vielzahl an gesellschaftlichen Gruppen ansprechen wollte – von Autonomen bis zu den ehemaligen DDR-Eliten.⁴⁴⁰ Die sächsische PDS war besonders tief in zwei Flügel gespalten, wobei das Lager, das sich hinter den „Orthodoxen“ versammelte, zeitweise das Heft in der Hand hatte.⁴⁴¹ Erstaunlicherweise drehten sich die Auseinandersetzungen in Sachsen aber weniger um das Für und Wider parlamentarischer Strategie. Gestritten wurde hauptsächlich darum, wem gegenüber sich die Partei in der Gesellschaft öffnen sollte.⁴⁴² Über den Primat außerparlamentarischer Politik jedoch herrschte auch später Konsens.⁴⁴³ „Gleich, ob auch künftig in parlamentarischer Opposition oder [an der] Regierung, wir profilieren uns als ‚Gegenmacht‘.“⁴⁴⁴ Dies korrespondierte – ähnlich wie in Thüringen – mit einer Fraktionsarbeit, die darauf aus war, bestimmte Themen mit radikalen Forderungen zu popularisieren, anstatt sie für eine konstruktive Politik zu nutzen. Die „Sicht der Betroffenen [...] in den Landtag tragen“,⁴⁴⁵ nannte das Fraktionschef Peter Porsch. Die SPD – in Sachsen zugleich relativ einflußlos und relativ konservativ – spielte in der Strategie der PDS-Parlamentarier praktisch keine Rolle: Anlaß für Wolfgang Gehrcke, dies auf einem Parteitag der Sachsen-PDS kritisch anzumerken.⁴⁴⁶ Der sächsische Landesverband hat sich – teils bewußt,

438 Gabi Zimmer: Referat auf der 5. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Thüringen, Manuskript, 19./20. Februar 2000.

439 Vgl. Werner Buse: Eine Mehrheit für eine linke Politik in Thüringen gewinnen, in: PDS-Pressedienst vom 22. Dezember 2000.

440 Vgl. Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): Parteikonferenz der PDS Sachsen: Inhalt und Stil der Politik der PDS, Dresden 1995.

441 Vgl. Brief von Christine Ostrowski an den Verfasser vom 2. Mai 1995.

442 Während die sächsischen „Reformer“ für eine Öffnung der Partei gegenüber alternativen Gruppen plädierten, war das „orthodoxe“ Lager für die Profilierung der PDS als Protestpartei mit der ehemaligen DDR-Dienstklasse als Zielgruppe. Vgl. Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS Sachsen: Politik der Opposition – Opposition der Politik. Antrag an den 3. Landesparteitag der PDS Sachsen, Manuskript, 1995; Christine Grzelka u. a.: Zum Politik- und Oppositionsverständnis der PDS in Sachsen. Antrag an den 3. Landesparteitag der PDS Sachsen, Manuskript, 1995; Marcel Braumann: Sozialisten zwischen Porno-Lust und Revolution, in: Neues Deutschland vom 24. April 1995

443 Vgl. Landesvorstand der PDS Sachsen: Opposition und Veränderung, Manuskript, 3./4. Februar 1996.

444 PDS Sachsen: Mit dem Gesicht zum Volk. Thesen zur Wahlstrategie der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 27. Juni 1997.

445 Peter Porsch: Regierung ohne Konzept gegen Massenarbeitslosigkeit, in: PDS-Fraktion im sächsischen Landtag, Presseinformation 049/1998.

446 Wolfgang Gehrcke: Rede auf dem 4. Landesparteitag der sächsischen PDS, in: PDS-Sachsen: 2. Tagung des 4. Landesparteitags, Dresden 1996, S. 111.

teils gezwungenermaßen – diese Facette der parlamentarischen „Reform“-Strategie in praxi nie zu eigen gemacht.⁴⁴⁷

In späteren Jahren jedoch verfocht die Sachsen-PDS – gerade unter der Ägide Peter Porschs – immer mehr eine Politik, die weit weniger „fundamentaloppositionell“ daherkam als selbst die Theorien der „Reformer“ in der PDS-Zentrale. Jüngere programmatische Papiere ließen – auch aus der Fraktion stammend – eine pragmatische, an Sachthemen orientierte Strategie erkennen, die an der kommunalen Verankerung der PDS ansetzte⁴⁴⁸ und sich aller pseudorevolutionärer Attitüden entledigte.⁴⁴⁹ Porsch selbst begann, seinen Landesverband auf die Regierungsübernahme 2004 zu trimmen. Er setzte durch, Politik und Strategie der Sachsen-PDS auf die – effizienter zu strukturierende – Fraktion zu konzentrieren, wobei er als Vorsitzender die Richtlinienkompetenz innehaben sollte. Im Jahr 2000 legte die Fraktion erstmals einen alternativen Haushalt vor, um Pragmatismus und politische Berechenbarkeit unter Beweis zu stellen.⁴⁵⁰

Die Beispiele aus drei ostdeutschen Bundesländern legen unterschiedliche Gewichtungen und Praktiken bezüglich der parlamentarischen Strategie an den Tag. Während der Landesverband Brandenburg sozusagen in vorauseilendem Gehorsam auf die SPD zuzug und die Fraktionen deshalb mit Pragmatismus und Berechenbarkeit glänzten, statuierte die PDS in Thüringen und – anfangs – in Sachsen auch auf parlamentarischer Ebene das Exempel einer auf ihrem Charakter als gesellschaftliche Opposition beharrenden Partei. In Brandenburg zog sich die PDS schließlich in den fundamentaloppositionellen Schmollwinkel zurück, als klar geworden war, daß eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD nicht zustande kam. Die Erfurter Angebote an die Adresse der Sozialdemokraten reichten selbst dann nicht über Appelle hinaus, als der SPD-Spitzenpolitiker Richard Dewes die Diskussion über eine Kooperation mit der PDS geschürt hatte; aus Dresden waren sie nicht zu vernehmen. So spielte bei der sächsischen PDS die parlamentarische Strategie zunächst lange Jahre eine Nebenrolle. Dies änderte sich jedoch, ohne daß allerdings von Seiten der SPD nennenswerte Signale der Annäherung gekommen wären. Die Entwicklungen in den drei PDS-Verbänden waren nicht nur der jeweiligen Parteienkonstellation in dem entsprechenden Bundesland geschuldet, sondern, zumindest was Brandenburg und Thüringen betrifft, auch der mal mehr, mal minder großen Offenheit der Sozialdemokraten.

Mit viel Energie hatten die „Reformer“ in den Bundesvorständen für die Umsetzung ihrer Vorgaben zur parlamentarischen Strategie geworben. Die „Reformer“ in den Ost-Landesverbänden legten jeweils andere Praktiken an den Tag, setzten andere Schwerpunkte. Generell maßen sie der parlamentarischen Strategie unterschiedliche Bedeutung zu, obwohl sich die Fraktionen durchweg ausdrücklich zu den Überlegungen der „Re-

447 Vgl. PDS Sachsen: „Die Wahlen, in die wir gehen – Probleme unseres Herangehens“. Politische Grundsätze des 4. Parteitages für die Diskussion und Erarbeitung der Wahlstrategie des Landesverbandes Sachsen, in: PDS-Pressedienst vom 20. Juni 1997.

448 Vgl. PDS Sachsen: Veränderung ist notwendig! Veränderung beginnt vor Ort. Beschluß der 2. Tagung des 6. Landesparteitages, Manuskript, 25./26. November 2000.

449 Vgl. Von Sachsen aus für eine andere, linke Politik, in: <http://www.pds-sachsen.de/lfs/pvl/linkrep.html> (Ausdruck vom 7. November 2000). Dieses „Reformer“-Papier enthält ein klares Bekenntnis zu den „Werten der Freiheit“, ohne die alle Gleichheitswerte nichts seien.

450 Vgl. Sachsen: PDS bereitet sich auf „Ernstfall“ Regierungsübernahme 2004 vor. Von der Klausur der Landtagsfraktion, in: PDS-Pressedienst vom 5. April 2002.

former“ bekannten.⁴⁵¹ Gemeinsam ist den drei Beispielen, daß im Mißerfolgsfall – konkret dem Nichtzustandekommen einer Zusammenarbeit mit der SPD – immer die „außerparlamentarische Opposition“ als strategisches Rückzugsgebiet herhalten konnte. Deutlich tritt auch hervor, daß Absagen und Distanzierungen von Seiten möglicher parlamentarischer Partner diesen Rückzug forciert haben. Es wird deshalb interessant sein zu untersuchen, wie sich die PDS dort verhielt, wo sie in Regierungsverantwortung „Realpolitik“ machen mußte.

Ein Sonderfall sind die beiden Gruppen der PDS/LL beziehungsweise PDS im 12. und 13., sowie die PDS-Fraktion im 14. Deutschen Bundestag. Uwe Kranenpohl kommt in seiner empirischen Studie zur parlamentarischen Strategie der PDS/LL in der 12. Wahlperiode zu folgenden Ergebnissen: Gleichsam als Vorposten des gesamtdeutschen Anspruchs der PDS-„Reformer“ habe die Gruppe das Parlament vor allem als „medienwirksame Tribüne“ genutzt und – neben der Profilierung als „Ostpartei“ – solche Themen besetzt, die eine Verbindung zu den sogenannten „neuen sozialen Bewegungen“ herstellen sollten.⁴⁵² Dasselbe galt für den 13. Bundestag, in dem die PDS-Abgeordneten ebenfalls keinen Fraktionsstatus genießen konnten und somit nur über eingeschränkte parlamentarische Rechte verfügten. In diesen beiden Legislaturperioden waren die PDS-Gruppen im Parlamentsbetrieb das fünfte Rad am Wagen; eine Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen existierte nicht, auch nicht mit SPD beziehungsweise Bündnis 90/Die Grünen innerhalb der Opposition.

Ein Signal an die „strategischen Partner“ gab die PDS dennoch, nämlich bei der zweiten Abstimmung über die Ausführungsgesetze des sogenannten „großen Lauschangriffs“. Es ging um das Ja oder Nein zu einem Kompromiß des Vermittlungsausschusses zwischen Bundestag und Bundesrat, den die Spitzen der Koalitionsparteien (Union und FDP) zu Fall bringen wollten. Einige Abgeordnete des Regierungslagers hatten jedoch angekündigt, sich in diesem Fall nicht der Fraktionsdisziplin zu unterwerfen. Die SPD sah daraufhin die – auch offen ausgesprochene – Chance, eine Mehrheit gegen die Regierung schmieden zu können. Mit Erfolg: Das Vermittlungsergebnis kam durch. Auch die PDS war „voll auf Linie“ gewesen und hatte zugestimmt,⁴⁵³ obwohl sie dies, wäre sie ihrer konsequent ablehnenden Haltung beim Thema „Lauschangriff“ treu geblieben, nicht hätte tun dürfen.⁴⁵⁴ Die Koalitionsarithmetik war in diesem Fall außer Kraft, und mit ihr waren es auch die Mechanismen der Ausgrenzung gegenüber der PDS. Die Partei hatte die bis dato einmalige Gelegenheit, auch im Bundestag ihre Zuverlässigkeit zu

451 Vgl. Erklärung der PDS-Fraktionsvorsitzenden, in: PDS-Pressedienst vom 2. Juni 2000. Darin heißt es, die PDS wolle die „Transformation der kapitalistischen Gesellschaft hin zu einer demokratisch-sozialistischen.“

452 Vgl. Uwe Kranenpohl: Zur parlamentarischen Strategie der PDS im Bundestag, Manuskript, 17. März 1995; ders.: „Im Schatten der Macht“? Kleinfaktionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Diss., Passau 1996. In dieses Konzept paßt das sogenannte „Büro Jelpke“ der gleichnamigen Abgeordneten, das als zentrale Anlaufstelle für linksextremistische Organisationen fungierte. Zu Anatomie und Handlungsspielraum der PDS/LL vgl. Jochen Spöhrer: Zwischen Demokratie und Oligarchie: Grüne und PDS im Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999.

453 Lediglich Uwe-Jens Heuer, Angehöriger des „orthodoxen“ Lagers, votierte dagegen, Ulla Jelpke enthielt sich der Stimme.

454 Bei einer vorherigen Abstimmung über eine begleitende Änderung des Grundgesetzes hatte die Gruppe noch ihre geschlossene Ablehnung zu erkennen gegeben.

demonstrieren, als es darum ging, der Regierung Kohl eine Niederlage zu bereiten und die Möglichkeit einer linken Mehrheit zu beschwören.

Im 14. Bundestag mit allen parlamentarischen Rechten ausgestattet, und sich einer Koalition aus SPD und Grünen gegenübersehend, setzte die PDS-Fraktion jedoch Kontrapunkte. Die „Reformer“ hatten bekanntlich die Parole ausgegeben, es habe zwar ein Regierungswechsel stattgefunden, nicht aber ein „Politikwechsel“. Entsprechend schärfte die PDS-Fraktion erfolgreich ihr Oppositionsprofil. Ohne Rücksichten auf Durchsetzbarkeit nehmen zu müssen, gelang es ihr „mit links“, sich in den Bereichen Friedens- und Sozialpolitik deutlich von der rot-grünen Regierung abzusetzen – was bezeichnenderweise in den Reihen der „Orthodoxen“ goutiert wurde.⁴⁵⁵

2.2 „Orthodoxe“ Positionen

Ideologische Affinitäten bestimmten, wie dargelegt, die Strategie der „Orthodoxen“. Deshalb wurden SPD und Grüne als „Partner“ kategorisch ausgeschlossen. Die „Orthodoxen“ witterten die Gefahr eines Rechtsrucks der PDS für den – von den „Reformern“ allerdings nicht intendierten – Fall einer programmatischen Annäherung an die beiden Parteien.⁴⁵⁶ SPD und Grüne seien zu sehr Teil des „Systems“, als daß sich eine Zusammenarbeit mit ihnen – in welcher Form auch immer – mit dem Oppositionscharakter der PDS vereinbaren ließe.⁴⁵⁷ Dies galt aus Sicht der „Orthodoxen“ erst recht, sollte die Kooperation – wie es die „Reformer“ vorhatten – im Rahmen der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates stattfinden. „Für die Stabilisierung des bestehenden Herrschaftssystems“ aber dürfe sich „die PDS nicht instrumentalisieren lassen.“⁴⁵⁸ Deshalb seien nicht die Kräfte in der SPD gefährlich, die sich in der Phalanx der „bürgerlichen“ Parteien für eine Abgrenzung gegenüber der PDS einsetzten, sondern diejenigen, die für eine Annäherung plädierten und der PDS „Profiländerungen [...] diktieren“.⁴⁵⁹

Es ist nun nicht so, daß die „Orthodoxen“ eine parlamentarische Vertretung der PDS in Bausch und Bogen ablehnten. Sie waren „unbedingt für den Wiedereinzug unserer Partei in den Bundestag.“ Eine Wahlniederlage sei zwar nicht existenzgefährdend, so doch „politisch außerordentlich problematisch“.⁴⁶⁰ „Widerstand“ sei deshalb auch „in seinen parlamentarischen Formen [...] dringend nötig.“⁴⁶¹ Die „Orthodoxen“ steckten einen engen Rahmen ab: „[...] Parlamentsarbeit ist wesentlicher Bestandteil unseres op-

455 Vgl. Ekkehard Lieberam: Regierungsbeteiligung und linke Gesellschaftsstrategie, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/2000, S. 3.

456 Vgl. Bundessprecherrat und Berliner Aktiv der Kommunistischen Plattform der PDS: Einige Überlegungen zur aktuellen Lage in Vorbereitung des 5. Parteitages, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 6/1996, S. 3.

457 Vgl. Ekkehard Lieberam: Regierungsbeteiligung und linke Gesellschaftsstrategie, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/2000, S. 3.

458 Sahra Wagenknecht: Anforderungen an die PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1994, S. 3.

459 Ebd., S. 4.

460 Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform: Zur Vorbereitung der Bundestagswahlen 1998, in: PDS-Pressedienst vom 10. Oktober 1997.

461 Sahra Wagenknecht: Die Auseinandersetzung ist keine Selbstbeschäftigung, sondern notwendig, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 1/1997, S. 3.

positionellen Wirkens. Die Parlamentstribüne [...] ermöglicht Öffentlichkeit für linke sozialistische Politik.“⁴⁶² Dies ist die typische (links-)extremistische Position, die Parlamente ausschließlich als eine Plattform zur Propagierung der eigenen Ideologie nutzen will, und sich schon aus diesem Grund jeder politischen Mitgestaltung in demokratischen Entscheidungsprozessen und -instanzen verweigern muß.⁴⁶³

Die parlamentarische Demokratie sei ein „hochwirksamer Integrationsmechanismus“, warnten Ideologen des Marxistischen Forums: „Das Paradoxon einer erfolgreichen Linkspartei besteht gewissermaßen darin: Je größer die Wahlerfolge sind, um so mehr objektive Faktoren werden wirksam, die sie in Richtung Anpassung und Mäßigung drängen.“⁴⁶⁴ Die PDS habe „nur dann eine Perspektive, wenn sie nicht versucht, sich in das bestehende Parteiengefüge einzuordnen.“⁴⁶⁵ Andernfalls werde sie zur Aufgabe ihrer „sozialistischen Zielstellung“ und zum „Verzicht auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen“⁴⁶⁶ gezwungen. Keinesfalls dürfe deshalb die Arbeit in den Volksvertretungen „das letztliche Ziel“ aus den Augen verlieren, „den Sozialismus“.⁴⁶⁷ Mit Argusaugen achteten die „Orthodoxen“ in der Konsequenz darauf, daß die Fraktionen weder dieses Ziel, noch den fundamentaloppositionellen Charakter der PDS zugunsten einer kompromißorientierten Politik aufgaben.

Die „Reformer“ traf der Vorwurf, leichtfertig ein „positives Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie“ eingefordert und sich mit dieser Einstellung den Weg zu „einer erfolgreichen linken Gesellschaftsstrategie“ versperrt zu haben.⁴⁶⁸ Während die „Reformer“ ihre parlamentarische Strategie gerade als effektive Erweiterung der Wirkungsmöglichkeiten ansahen, war für die „Orthodoxen“ genau das Gegenteil der Fall: „Wenn [...] außerparlamentarische Bewegung und parlamentarische Rolle einer linken Partei in einem zunehmenden Mißverhältnis zuungunsten der außerparlamentarischen Opposition stehen, sind die parlamentarischen Bewegungsspielräume mehr als gering.“⁴⁶⁹ Folgerichtig wehrten sich die „Orthodoxen“ gegen die von den „Reformern“ propagierte theoretische Trennung des gesellschaftlichen „Widerstands“ von der (Oppositions-)Politik in den Parlamenten. Letztere dürfe zudem niemals das bestimmende Ele-

462 Heinz Marohn: Opposition im Parlament und außerhalb, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 10/1996, S. 9.

463 Vgl. dazu Jens Ulrich Klocksin: Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besetzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945-1956), Bonn 1993.

464 Uwe-Jens Heuer, Ekkehard Lieberam, Gregor Schirmer: Zur Regierungsbeteiligung der PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 7/1996, S. 4. In demselben Tenor Sahra Wagenknecht: Anforderungen an die PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1994, S. 1-6.

465 Michael Benjamin u. a.: Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende. Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren. Zweite, überarbeitete Fassung, Manuskript, September 1995.

466 Heinz Marohn: Wohin führt der Weg der PDS?, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 1/1995, S. 10.

467 Heinz Marohn: Opposition im Parlament und außerhalb, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 10/1996, S. 10.

468 Vgl. Ekkehard Lieberam: Regierungsbeteiligung und linke Gesellschaftsstrategie, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/2000, S. 4.

469 Bundessprecherrat der KPF: Die Kommunistische Plattform und die Wahlen. Aspekte unseres Oppositionsverständnisses, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1997, S. 18.

ment in der Parteistrategie werden. „Jedes Aufgeben im Kampf um außerparlamentarische Opposition [...] ist Einordnung in den bürgerlichen Parlamentsbetrieb“,⁴⁷⁰ schrieb die Kommunistische Plattform den „Reformern“ ins Stammbuch. In diesem Sinne verleitete die Bereitschaft der PDS-Fraktionen in den ostdeutschen Landtagen zur politischen Mitgestaltung Sahra Wagenknecht zu der polemischen Frage, „ob die durchaus beachtlichen Kräfte in unserer Partei nicht für Sinnvolleres einsetzbar wären als dafür, immer neue ‚konstruktive‘ Gesetzesinitiativen zu ersinnen [...]“.⁴⁷¹

An diesen Gesetzesinitiativen waren gleichwohl auch Vertreter des „orthodoxen“ Lagers beteiligt. Denn die Zersplitterung der PDS in verschiedene Strömungen setzte sich innerhalb der Fraktionen fort. Diese hatten deshalb oft große Schwierigkeiten, sich als Gruppe Gleichgesinnter darzustellen. So berichtete der thüringische PDS-Fraktionsvorsitzende Werner Buse von scharfen fraktionsinternen Auseinandersetzungen um den richtigen Politikansatz und von einer differierenden Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.⁴⁷² Laut Beobachtungen der politischen Konkurrenz legten die Abgeordneten jedoch nach außen hin gerade in den Landtagen einen hohen Grad an Disziplin an den Tag, in denen sie sich in der parlamentarischen Opposition befanden.⁴⁷³ Während sich eine große Mehrheit im Sinne der „Reformer“ als „gestaltende Reformkraft“ verstand, sah sich lediglich eine kleine Minderheit im Sinne der „Orthodoxen“ in der Rolle der Systemopposition.⁴⁷⁴ Diese Polarisierung schlug sich dort in einem manchmal unterschiedlichen Abstimmungsverhalten der Fraktion nieder, wo die PDS wie in Mecklenburg-Vorpommern an der Regierung beteiligt war.⁴⁷⁵

In der praktischen Parlamentsarbeit setzte sich die „orthodoxe“ Minderheit zwar nicht durch; keine Initiative trug erkennbar ihre Handschrift. PDS-intern konnte sie aber erheblichen Einfluß ausüben, weil sie beizeiten all diejenigen hinter sich brachte, die mit dem Erscheinungsbild der Partei oder mit den politischen Ergebnissen der Fraktion nicht zufrieden waren.⁴⁷⁶ So gab es in der brandenburgischen PDS Widerstand gegen den reform-pragmatischen Kurs: Anita Tack, Fraktionschef Biskys Wunschkandidatin für den Landesvorsitz, wurde nur knapp in das Amt gewählt; ihr Herausforderer Wolfgang Herrmann – ein Verfechter strikten Oppositionskurses – erhielt auf dem Parteitag

470 Michael Benjamin u. a.: Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende. Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren. Zweite, überarbeitete Fassung, Manuskript, September 1995.

471 Sahra Wagenknecht: Reformen von oben oder Widerstand von unten?, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 1/1998, S. 11.

472 Vgl. Werner Buse: Eine Mehrheit für eine linke Politik in Thüringen gewinnen, in: PDS-Pressedienst vom 22. Dezember 2000.

473 Vgl. Gespräche des Verfassers mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Fritz Hähle, am 2. Februar 1998 in Dresden und mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Brandenburgischen Landtag, Wolfgang Hackel, am 10. Februar 1998 in Potsdam.

474 Vgl. Thomas Koch: (Wie) Ist die Regierungsbeteiligung der PDS bekommen? Politikfähigkeit und aktuelle Situation der PDS im Wettbewerb der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns, in: Frank Berg, Lutz Kirschner (Hrsg.): PDS am Scheideweg, Berlin 2001, S. 128.

475 Vgl. Frank Berg, Thomas Koch: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Politikfeld- und Parteienanalysen, Berlin 2001, S. 199.

476 Vgl. ebd., S. 201.

im Februar 1999 großen Zuspruch.⁴⁷⁷ Im Dezember 1995 hatten die Delegierten zwar dem pragmatisch geprägten Leitantrag der parlamentarisch orientierten Führung um Wolfgang Thiel und Lothar Bisky zugestimmt,⁴⁷⁸ mit weitaus deutlicherer Mehrheit aber auch einem Papier, das die PDS auf eine strikt „systemkritische Strategie“ mit außerparlamentarischem Primat verpflichtete.⁴⁷⁹ In strategische Widersprüche verfiel sich die brandenburgische PDS ob der scheinbar gegensätzlichen Voten allerdings nicht. Die zweigeteilte Strategie der „Reformer“ ließ Platz für beides.

3. Regierungsstrategie

3.1 „Reform“-Positionen

Der Dreiklang systemkritische Opposition plus strategischer Reformanspruch plus verantwortliche Mitgestaltung, angestimmt von dem maßgeblichen „Reformer“ Michael Brie, lieferte die Hintergrundmusik zu dem Spektakel Machtbeteiligung, dessen Uraufführung die „Reformer“ in Brandenburg vergeblich versucht hatten. Alle Landesverbände im Osten sind früher oder später der „Reformer“-Doktrin gefolgt, die Gregor Gysi der Parteibasis in Sachsen-Anhalt verdeutlichte, bevor dort mit dem „Magdeburger Modell“ der Vorhang erstmals aufging.⁴⁸⁰ Die grundsätzliche Oppositionsrolle dürfe nicht die Tolerierung einer Regierung oder die Bereitschaft zu Koalitionen ausschließen. Eine (mögliche) Regierungsbeteiligung, in welcher Form auch immer, wurde durchweg als Element der Oppositionsstrategie verstanden.⁴⁸¹ Macht im Staat sollte der Mobilisierung gesellschaftlichen Widerstands dienen. Insofern kam für die „Reformer“ die Beteiligung an einer Regierung noch keiner Übernahme wirklicher, gesellschaftlicher Macht (oder Hegemonie) gleich, sondern sie sei eine Vorstufe dazu.⁴⁸² In der Theorie ergab sich daraus die Vorgabe, sich nur dann in die Regierung zu begeben, wenn die Chance besteht, eigene Positionen zumindest ein Stück weit durchzusetzen.

Am Tag, als er den Koalitionsvertrag mit der SPD unterzeichnete, stellte PDS-Landeschef Helmut Holter in einem ZDF-Interview klar, seine Partei stehe weiterhin in „gesellschaftlicher Opposition zum kapitalistischen System. Wir haben die Vision von einer anderen Gesellschaft [und] nutzen alle Möglichkeiten aus, die das demokratische Sy-

477 Vgl. Wilfried Neiß: Klammern an die SPD aus Mangel an Alternativen, in: Neues Deutschland vom 1. März 1999.

478 Vgl. Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Opposition konkret. Politische Aufgaben der PDS Brandenburg 1996 (Entwurf), Neuseddin 1995.

479 Vgl. Halina Wawzyniak u.a.: Sozialistische Opposition heute, in: PDS Brandenburg: Materialien zur 2. Tagung des 4. Landesparteitages, Potsdam 1995, S. 30-33.

480 Vgl. Mitteldeutsche Zeitung vom 16. Januar 1995.

481 Vgl. PDS Thüringen: Herausgefordert als außerparlamentarische und als parlamentarische Opposition. Beschluß der 1. Tagung des 6. Landesparteitages, in: PDS-Pressedienst vom 1. Dezember 2000; PDS Sachsen-Anhalt: Grundsätze für das Wahlprogramm '94, in: dies.: 2. Landesparteitag, Antragsheft II, Magdeburg 1992, S. 5.

482 Vgl. Peter-Rudolf Zotl: Opponieren, Tolerieren, Koalieren. Zur künftigen Rolle der PDS im politischen System der BRD, in: Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): Vergangenheit analysieren, Gegenwart verändern, Zukunft gestalten, Berlin 1995, S. 45-58.

stem der Bundesrepublik bietet, um unsere politischen Ansätze durchzusetzen.“⁴⁸³ Sich „des gesamten politischen Handwerkszeugs zur Umsetzung [der] politischen Ziele bedienen“,⁴⁸⁴ nannte das Lothar Bisky. Auch Holters Kontrahentin Caterina Muth – sie hegte stets Zweifel ob einer effektiven Zusammenarbeit mit der SPD und favorisierte deshalb die Duldung einer Minderheitsregierung – sah keinen Widerspruch zwischen einer PDS als Oppositionspartei und einer PDS in Regierungsverantwortung: Mit letzterer müsse es „gelingen, gerade außerparlamentarische Widerstandskräfte zu mobilisieren.“⁴⁸⁵ In Sachsen-Anhalt legten die PDS-„Reformer“ großen Wert auf die Feststellung, auch in der Duldung einer Regierung Opposition zu sein⁴⁸⁶ – was de facto nicht der Fall war, wie noch deutlich wird. Deshalb handle ich das Beispiel Sachsen-Anhalt in diesem Abschnitt ab.⁴⁸⁷ In anderen Landesverbänden setzte sich der paradoxe Begriff der „oppositionellen Regierung“⁴⁸⁸ fest. Dieses skurrile Oppositionsverständnis verweist darauf, daß die PDS – auch wenn sie es „an der Regierung“ anders praktiziert haben mochte – ihre fundamentaloppositionelle Rolle durchziehen wollte. Selbst wenn man annimmt, daß diese Absichtsbekundungen nur dazu dienten, kritische Stimmen in der Basis zu beschwichtigen: Sie werfen ein bezeichnendes Licht auf der Strategie der „Reformer“. Erfolgreichen innerparteilichen Widerstand gegen mögliche Regierungseteiligungen gab es in den ostdeutschen Landesverbänden aber nicht.⁴⁸⁹

Der Regierungsbeteiligung auf Länderebene maßen die „Reformer“ große bundespolitische Bedeutung zu, und zwar einerseits durch die Vertretung im Bundesrat, andererseits als Beitrag zur „Veränderung des politischen Klimas“ in ganz Deutschland.⁴⁹⁰ Beide Aspekte entsprachen dem strategischen Paradigma der „Reformer“, das zum Ziel

483 Zit. n. PDS schließt Opposition in der Regierung nicht aus, in: AP vom 3. November 1998.

484 Lothar Bisky: Die neue politische Situation und die Situation der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 16. April 1999.

485 Oppositionspartei in der Regierung. Interview mit Caterina Muth, in: SoZ vom 29. Oktober 1998.

486 Vgl. nur Petra Sitte: Zu den Erfahrungen und Ergebnissen der Arbeit der PDS-Landtagsfraktion in der Zweiten Wahlperiode, in: PDS-Sachsen-Anhalt: Aktuelle Aufgaben der PDS in Sachsen-Anhalt, Manuskript, 1995: „Opposition hört genauso wenig dort auf, wo Regierung anfängt, wie umgekehrt Regierung dort aufhört, wo Opposition anfängt.“ (S. 10). Vgl. auch PDS Sachsen-Anhalt: Für soziale Gerechtigkeit streiten. Beschluß der 1. Tagung des 7. Landesparteitages, Manuskript, 16./17. Juni 2001.

487 Die sachsen-anhaltinische CDU war vor dem Landesverfassungsgericht mit der Klage gescheitert, der PDS den Oppositionsstatus abzuerkennen. Vgl. Rechtsanwälte Remmers, Robra und Meyer: Antrag im Organstreitverfahren der Fraktion der CDU im Landtag von Sachsen-Anhalt gegen den Landtag von Sachsen-Anhalt, Manuskript, 14. Februar 1996. Das Gericht folgte bei seiner ablehnenden Entscheidung allerdings verfassungsrechtlichen, nicht politikwissenschaftlichen Gründen. In der Tat stützten sich die beiden Minderheitsregierungen unter Reinhard Höppner allein auf die PDS, schon weil die CDU als zweite Nicht-Regierungspartei erst beleidigt, dann kühl kalkulierend eine Verweigerungshaltung eingenommen hatte. Von wechselnden Mehrheiten konnte praktisch keine Rede sein.

488 PDS Sachsen: Mit dem Gesicht zum Volk. Thesen zur Wahlstrategie der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 27. Juni 1997.

489 Beispielsweise blieb in Mecklenburg-Vorpommern ein radikales Papier ohne Chance, das die PDS kategorisch von einer Regierungsbeteiligung ausschließen und in eine „außerparlamentarische Bewegung“ umfunktionieren wollte. Vgl. Mathias Brodkorb, Stefan Jaster: Antrag an den 4. Landesparteitag der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, Mai 1995.

490 Vgl. PDS Pressedienst vom 18. Dezember 1998; PDS Sachsen-Anhalt: Wahlstrategie 1998/99, in: dies.: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Beschlüsse, Heft I, Magdeburg 1997, S. 5.

setzte, „auf die Herausbildung politisch wirksamer, [...] reformwilliger Mitte-Links-Koalitionen in Bund, Ländern und Kommunen hinzuwirken [...].“⁴⁹¹ Gregor Gysi und Dietmar Bartsch sahen auch im „Magdeburger Modell“ der Duldung einer Regierung ein Vorbild für den Bund. Die Genossen in Sachsen-Anhalt erteilte deshalb die Aufforderung, Bundesratsinitiativen zu starten.⁴⁹²

In der Theorie befanden sich die PDS-„Reformer“ zwei Legislaturperioden in Sachsen-Anhalt lang in einer komfortablen Lage. Der dortige Landesverband tolerierte zunächst eine rot-grüne, danach eine reine SPD-Minderheitsregierung. „Linker Druck“ ohne direkte Verantwortung für die Regierungspolitik, eine Demonstration der Macht ohne programmatische Verschleißerscheinungen – dies waren die Verheißungen des „Magdeburger Modells“⁴⁹³ auch für andere Landesverbände. So bekundeten die „Reformer“ in Berlin: „Die PDS wird mit einer möglichen Koalition aus SPD und Bündnisgrünen kooperieren, solange sie demokratische und soziale Reformen in Anspruch nimmt, und gegen sie opponieren, sobald sie ihre bisherige Politik fortsetzt.“⁴⁹⁴ Das Tolerierungsmodell verhiß ihnen, die Eigenständigkeit der PDS zu wahren und gleichzeitig den angestrebten „Politikwechsel“ in die richtigen Bahnen zu lenken.⁴⁹⁵ Die Widersprüche in den strategischen Überlegungen der „Reformer“ lösten sich scheinbar im Nichts auf. Die Praxis indes war für alle Seiten weniger rosig.⁴⁹⁶

Das Tolerierungsmodell ist vor allem mit zwei Namen verbunden: dem des SPD-Ministerpräsidenten Reinhard Höppner und dem des PDS-Landesvorsitzenden Roland Claus, dem späteren Fraktionschef im Bundestag. Claus' Kurs lag zwar „voll auf Linie“ der „Reformer“-Strategie, wurde vom Bundesvorstand aber zunächst mit abwartendem Wohlwollen beobachtet.⁴⁹⁷ Die Tolerierung war für die PDS-„Reformer“ anfangs ein Sprung ins kalte Wasser, ein Testballon sozusagen. Daß Claus seine Ambitionen im Vorfeld mit Bemerkungen relativierte, er sähe die PDS am liebsten auf der Oppositionsbank,⁴⁹⁸ gab ebenfalls einen Hinweis auf die Skepsis, die das Unternehmen Tolerierung begleitete. Weit pessimistischer – und grundsätzlicher – hatte sich die Fraktionsvorsitzende Petra Sitte vor dem „Ernstfall“ geäußert. Die „bestehende Ordnung“ sei „nur noch von ‚außen‘ zu knacken – aus der gesellschaftlichen und außerparlamentarischen Oppo-

491 Parteivorstand der PDS: PDS-Politik von unten, von links, aus dem Osten – für eine gerechte Republik!, in: PDS-Pressedienst vom 5. Februar 1999.

492 Vgl. Volksstimme vom 26. Mai 1995; Der Tagesspiegel vom 27. Februar 1996.

493 Vgl. Fraktion der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Magdeburg: Modell oder Experiment?, Magdeburg 1996.

494 PDS Berlin: Reformen für Berlin: Politik für die ganze Stadt. Programm zu den Abgeordnetenhauswahlen 1999. Von der 6. Tagung des 6. Landesparteitages für die Endredaktion bestätigte Fassung, Manuskript, 1999.

495 Vgl. Carola Freundl, Harald Wolf: Der Zukunft zugewandt: Die PDS ist unverzichtbar für einen Politikwechsel in Berlin, Manuskript, 15. März 1999.

496 Was SPD und Grüne in Sachsen-Anhalt betrifft: Sie hatten anfangs noch damit gerechnet, die bloße Billigung des Koalitionsvertrags durch die PDS sei ein Freibrief für die Tolerierung aller weiterer Regierungsentscheidungen. Dies hat sich schnell als Trugschluß erwiesen.

497 Vgl. Frankfurter Allgemeine vom 29. Januar 1996.

498 Vgl. Volksstimme vom 17. März 1994.

sition heraus. Dort gehören wir hin [...]. PDS-Politik ist in Koalition mit den bekannten politischen Kräften eben überhaupt nicht zu machen!“⁴⁹⁹

Es hatte damals seine Gründe, daß Höppner keine förmliche Koalition mit der PDS einging. Bei den „Reformern“ in Sachsen-Anhalt jedenfalls löste diese Situation geradezu Euphorie aus. „Koalieren, wenn es zum Tolerieren nicht reicht“, wurde zum geflügelten Wort.⁵⁰⁰ „Durch eine Tolerierung haben wir mehr Einfluß als durch die Einbindung in die Regierungsarbeit“,⁵⁰¹ stellte Roland Claus mit Blick auf die Rolle seiner Partei als „linker Druckfaktor“ fest. Und Petra Sitte assistierte mit der auf das Oppositionsverständnis der „Reformer“ gemünzten Bemerkung: Das „Magdeburger Modell“ biete „ideale Bedingungen“.⁵⁰² Entsprechend forsch gingen die PDS-„Reformer“ in Sachsen-Anhalt zu Beginn zu Werke. Sie kündigten die Unterstützung einzelner Regierungsvorhaben an, machten die Zustimmung aber davon abhängig, ob SPD und Grüne die „weitergehenden“ PDS-Forderungen „akzeptieren“ würden: In anderen „ausgewählten Politikfeldern ist es sinnvoller, anstelle der Kompromißsuche unsere radikaldemokratischen Forderungen zu stellen, auch wenn diese mit der SPD nicht zu realisieren sind. Wir setzen hier auf die verändernde Wirkung außerparlamentarischer Kritik.“ Eigene Forderungen sollten auch dann eingebracht werden, „wenn diese gegenwärtig fern von gesellschaftlichen oder parlamentarischen Mehrheiten sind.“⁵⁰³ In unfreiwilliger Ironie versahen die „Reformer“ diese offensive Machtdemonstration (im Grunde war es eine Provokation) mit dem Label „Opposition mit gestaltender Verantwortung“.

Die Realität holte die Wunschträume der PDS-„Reformer“ in Sachsen-Anhalt jedoch schnell ein. Wegen der zunächst konfrontativen Haltung und der Maximalforderungen der PDS gab es große Differenzen bei den ersten Verhandlungen über den Landeshaushalt. Am Ende stand jedoch ein Kompromiß, bei dem die PDS weit stärker nachgegeben hatte. Ein „Zusammenbruch der Höppner-Regierung“ liege nicht „im Interesse der PDS“, hieß es zur Begründung.⁵⁰⁴ Roland Claus ließ wissen: „Wir wollen dieses ernstzunehmende Reformprojekt nicht scheitern lassen, aber Blankoschecks wird es nicht geben.“⁵⁰⁵ Das „Magdeburger Modell“ hatte seine Feuertaufe bestanden; und die PDS ihre, weil sie den Willen zum Kompromiß und damit Verlässlichkeit an den Tag gelegt hatte. Mit der Tolerierung unternahmen die „Reformer“ in Sachsen-Anhalt eine Gratwanderung. Einerseits war die Möglichkeit im Vergleich zu einer direkten Regierungsbeteiligung größer, die SPD (und die Grünen) mit radikalen Forderungen unter Druck zu setzen. Andererseits wurde die PDS von Seiten der Regierung immer mehr in

499 Petra Sitte: Rede zur parlamentarischen Bilanz, in: PDS Sachsen-Anhalt: Beschlüsse der 2. Tagung des 3. Landesparteitages, Magdeburg 1994, S. 33.

500 Vgl. Mitteldeutsche Zeitung vom 15. Januar 1996.

501 Interview mit Roland Claus, in: Volksstimme vom 29. Januar 1996.

502 Vgl. Frankfurter Allgemeine vom 29. Januar 1996.

503 PDS-Sachsen-Anhalt: Aktuelle Aufgaben der PDS in Sachsen-Anhalt, in: dies.: Beschlüsse der 3. Tagung des 3. Landesparteitages, Heft I, Magdeburg 1995, S. 4. Dasselbe auch in: PDS-Sachsen-Anhalt: Opposition mit gestalterischer Verantwortung, in: dies.: Beschlüsse des 4. Landesparteitages, Magdeburg 1995, S. 5; vgl. auch PDS-Sachsen-Anhalt: Opposition mit gestaltender Verantwortung, in: dies.: Beschlüsse der 2. Tagung des 4. Landesparteitages, Magdeburg 1996, S. 1-13.

504 Vgl. PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt: Verhandlungsergebnisse der PDS-Fraktion bei der Erarbeitung des FAG, in: Presse-Service, o. D.

505 Zit. n. Mitteldeutsche Zeitung vom 2. September 1995.

Entscheidungsprozesse eingebunden. „Etwa seit Februar [1995] sind wir zur präventiven Konfliktverhütung übergegangen. [...] Jetzt redet die Regierung schon vorher über Grundzüge ihrer Vorhaben mit uns. Wenn sie dann keine Chancen sieht [...], bringt sie problematische Anträge erst gar nicht ein.“⁵⁰⁶ Dies war nicht unbedingt ein Vorteil für die PDS. Wenn Regierungsentwürfe die Haltung der PDS bereits antizipierten, blieb deren Handschrift undeutlich. Die Rechnung, daß möglichst immer die SPD im Zugzwang sein sollte, und gleichzeitig die PDS nicht mit kompromißfähigen Vorschlägen aufzuwarten brauchte,⁵⁰⁷ ging deshalb nicht auf.

Nach der Bundestagswahl 1998 sah man die SPD-Alleinregierung in Sachsen-Anhalt, sich nun der restlichen grünen Farbtupfer entledigend und Kompromisse auch mit der CDU suchend, auf „Schröder-Kurs“ und verlangte verbindliche Zusagen für eine weitere Tolerierung. Dies hing auch damit zusammen, daß mit dem Ausscheiden der Grünen kein Koalitionsvertrag mehr als Berufungsinstanz erhalten konnte. Den rigiden Sparkurs der neuen Höppner-Regierung interpretierte die PDS als „CDU light“-Politik und stellte gar das „Magdeburger Modell“ zur Disposition. Die „Reformer“ im Bundesvorstand unterstützten diesen Affront und drohten kurzzeitig: „Wir sind auch gern Opposition“.⁵⁰⁸ Bilaterale Arbeitsgruppen wurden gebildet, die strittige Themen klären sollten, es aber nur ungenügend taten. Dies lieferte sowohl den „Orthodoxen“ in Sachsen-Anhalt Munition als auch den Fürsprechern einer rot-roten Koalition.

Nach äußerst schwierigen Verhandlungen gab es zu Jahresanfang 1999 aber doch erneut einen Haushaltskompromiß.⁵⁰⁹ Zugeständnisse der Sozialdemokraten im Bereich Sozialpolitik, Nachgeben der Sozialisten in Sachen Kindertagesstätten und beim Arbeitsmarkt. Die PDS hatte sich dabei weit von ihren ursprünglichen Forderungen entfernt. Unmittelbar danach kam der erste gemeinsame Entschließungsantrag von SPD und PDS zur Landespolitik zustande – eine Art politische Rahmenvereinbarung.⁵¹⁰ Damit hatte sich die PDS mit ihrer Forderung durchgesetzt.⁵¹¹ Sie hatte den Antrag zur Bedingung dafür gemacht, den Haushalt trotz der für sie schmerzlichen Zugeständnisse mitzutragen. Zur Halbzeit der zweiten Tolerierung wurden im „Reformer“-Lager der sachsen-anhaltinischen PDS die Forderungen schärfer, inhaltliche Positionen mit der SPD lieber gleich verbindlicher festzulegen, was praktisch auf eine Art Tolerierungsvertrag hinausgelaufen wäre.⁵¹² Von der anfänglichen Euphorie über die Flexibilität des „Magdeburger Modells“ war nichts geblieben. Dies kam einem Offenbarungseid für die PDS in Sachsen-Anhalt gleich. Denn die eigenen Positionen waren in der Regierungspolitik kaum zu erkennen gewesen. Nur einmal konnte die PDS das Gegenteil demonstrieren-

506 Roland Claus, zit. n. Peter Richter: Schmalere Grat zwischen Konflikt und Kompromiß, in: Neues Deutschland vom 14. September 1995.

507 Vgl. Pokern bis aufs Blut, in: Neues Deutschland vom 2. Dezember 1998; Peter Richter: Gleichgewichtsstörungen, in: Freitag vom 27. November 1998.

508 Gregor Gysi, zit. n. Spannungen im Magdeburger Modell: PDS will mehr Verlässlichkeit, in: dpa vom 26. August 1998.

509 Vgl. PDS „entzaubert“?, in: Neues Deutschland vom 25. Januar 1999.

510 Vgl. Fraktionen der SPD und der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt: Entschließungsantrag, in: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 3/1003 vom 11. Februar 1999.

511 Vgl. Rosemarie Hein, Petra Sitte: Antrag an den Landesparteitag der PDS. Zur weiteren Arbeit der PDS und zu ihrer Rolle in der Landespolitik (2. Entwurf), Manuskript, Februar 1999

512 Vgl. Marcel Braumann: Arbeits- statt Golfplätze, in: Neues Deutschland vom 12. März 1998.

ren. Als die SPD ausscherte und für das neue Landespolizeigesetz die CDU für eine Mehrheit gewann, hatte die PDS kurzzeitig eine treffliche Gelegenheit, die oppositionelle Flagge zu zeigen. „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“ – dieses geflügelte Wort könnte das Motto der PDS-„Reformer“ im Umgang mit der SPD gewesen sein.

Ernüchternd und zurückhaltend fielen denn die parteiinternen (Zwischen-)Bilanzen aus, obwohl die „Reformer“ im Bundesvorstand die ganze Zeit über praktisch kritiklos an dem „Magdeburger Modell“ als strategische Perspektive festgehalten haben.⁵¹³ In den Jahren der Tolerierung sei aber „viele [...] unter unseren Erwartungen geblieben.“⁵¹⁴ Claus’ Nachfolgerin Rosemarie Hein räumte ein, es sei „in den vergangenen Jahren nicht leichtgefallen, den Erfolg unserer Politik so recht sichtbar zu machen.“⁵¹⁵ Sie beklagte insbesondere, daß der PDS auch in der Tolerierung die Ausgestaltung von Parlamentsbeschlüssen verwehrt blieb. Es habe alles im Vorfeld geklärt werden müssen; im Plenum selbst habe die PDS nur durch Zustimmung oder Ablehnen glänzen können.⁵¹⁶ Hein und Claus forderten daher immer wieder, „originäre PDS-Positionen“ stärker als bisher durchzusetzen und überzeugender darzustellen.⁵¹⁷ Zwar habe man zusammen mit der SPD für Mehrheiten – und damit „für die Stabilität der politischen Verhältnisse“⁵¹⁸ – gesorgt, dabei aber die strategische Orientierung auf die Gesellschaft vernachlässigt. Das „außerparlamentarische Erscheinungsbild unserer Fraktion“ sei „entwicklungsbedürftig. [...] Wir vergeben uns damit Möglichkeiten, mehr politischen Druck im öffentlichen Raum zu entwickeln.“⁵¹⁹ Es war Fraktionschefin Petra Sitte, die immer wieder als „außerparlamentarisches Gewissen“ auftrat und aus ihrer fundamentaloppositionellen Einstellung keinen Hehl machte. Sie gab zu bedenken, „worauf wir uns in diesem parlamentarischen System wie lange und wie tief einlassen. Unsere Widerstandskraft soll schließlich wachsen und nicht aufgesogen werden.“⁵²⁰

Gleichwohl bekannten sich die „Reformer“ in Sachsen-Anhalt trotz aller Mängelrügen bis ins Jahr 2000 hinein zum „Magdeburger Modell“. Mit einiger Mühe gelang es ihnen auch, die Basis von seiner Notwendigkeit zu überzeugen.⁵²¹ Die Delegierten hatten praktisch auf jedem Landesparteitag ihren Unmut geäußert: „Indem wir schon frühzeitig um Kompromisse ringen, [...] setzen wir nach Ansicht vieler Mitglieder das Profil der eigenen Partei aufs Spiel.“⁵²² Und es häuften sich die Forderungen, die Minderheits-

513 „Der Weg nach Bonn führt über Magdeburg!“ – Lothar Bisky: Rede auf dem 5. Landesparteitag der PDS Sachsen-Anhalt, in: PDS Sachsen-Anhalt: 1. Tagung des 5. Landesparteitags. Reden, Magdeburg 1997, S. 38.

514 PDS Sachsen-Anhalt: 2. Tagung des 6. Landesparteitages. Beschlüsse, Magdeburg 2000, S. 9.

515 Zit. n. Neues Deutschland vom 18. Mai 1998.

516 Rosemarie Hein: Rede auf der 2. Tagung des 5. Landesparteitags der PDS Sachsen-Anhalt, Manuskript, 24. Januar 1998, S. 9.

517 Vgl. PDS glaubt nicht an Koalition mit SPD in Magdeburg, in: AP vom 28. September; Neues Deutschland vom 29. September 1997.

518 Interview mit Roland Claus, in: Neues Deutschland vom 15. April 1998.

519 Petra Sitte: Bilanz der PDS-Landtagsfraktion und die Rolle der PDS in den Parlamenten, Manuskript, 28. September 1996, S. 24.

520 Zit. n. Frankfurter Allgemeine vom 18. Mai 1998.

521 Vgl. Sozialisten im Dilemma, in: Neues Deutschland vom 7. Dezember 1998

522 Roland Claus, zit. n. Magdeburger Sonntag vom 10. September 1995.

regierung auch mal ins Messer laufen zu lassen.⁵²³ Nach den Querelen mit der SPD zur Jahreswende 1998/99 einigte man sich auf einer Delegiertenkonferenz im Januar und dem Landesparteitag Anfang Februar erst nach langer Debatte darauf, die mit den Sozialdemokraten vereinbarten Kürzungen nicht wieder in Frage zu stellen. Für die Option „Opposition pur“ stimmten jedoch nur 13 Prozent der Delegierten.

Im Jahr 2000 schien es, als hätte das Magdeburger Modell seine Schuldigkeit getan. Sowohl innerhalb der SPD als auch der PDS verdichteten sich die Anzeichen auf einen Koalitionswunsch.⁵²⁴ Die Hintertür einer direkten Regierungsbeteiligung hatten sich die „Reformer“ im Landesverband bislang zwar immer – als letzte Möglichkeit zur Verhinderung Großer Koalitionen⁵²⁵ – offengehalten, aber trotz aller Schwierigkeiten die Option „Tolerieren“ bevorzugt. In ihrem Wahlprogramm für 2002 konstatierte PDS eindeutig wie nie zuvor, sie stehe „seit Jahren aktiv in politischer Verantwortung“ und sei nun zur Regierungsbeteiligung bereit.⁵²⁶ Zu diesem Ziel wurden sogar programmatische Grundpositionen entsorgt. Konform mit dem (1993 beschlossenen) Grundsatzprogramm der Bundespartei maß die PDS in Sachsen-Anhalt noch 1998 „der Stärkung des außerparlamentarischen Widerstands [...] besonderen Rang“⁵²⁷ zu; drei Jahre danach war davon nicht mehr die Rede. Eine Abkehr von radikalen Positionen gab es auch bei zahlreichen anderen Forderungen. Wehrte man sich zum Beispiel 1998 „gegen eine Kriminalisierung des antimilitärischen Widerstands“ und verlangte, die Bundeswehr abzuschaffen, ging es 2001 nurmehr gegen eine „Militarisierung des öffentlichen Raumes“.⁵²⁸

Kein Hinweis auf den vermeintlichen oder tatsächlichen „Rechtskurs“ der Höppner-Regierung trübte diesmal das Angebot an die Sozialdemokraten. Natürlich war beiden Seiten auch die erste rot-rote Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern Vorbild und Antrieb. Es scheint jedenfalls, als bräuchte die SPD nur zu rufen: „Hic Rhodos, hic salta!“, um die PDS auf Kooperationskurs zu bringen. Offenbar war die Öffnung der Sozialdemokraten gegenüber der PDS – wie schon in Brandenburg – für diese das stärkste Motiv, sich auch inhaltlich zu bewegen. So wollten die „Reformer“ der sachsen-anhaltinischen PDS nach dem Amtsantritt der Regierung unter CDU-Ministerpräsident Wolfgang Böhmer alles daran setzen, die in den Jahren der Tolerierung erworbenen politischen Sachkompetenzen nicht einer „Totalopposition gesellschaftlicher Verweigerungshaltung“ zu opfern. Dies „wäre für uns das Falscheste und für das Ansehen der PDS auch Schädlichste“, mahnte Rosemarie Hein die Parteibasis. Sie forderte einen „Para-

523 Claus machte im inneren Zustand der PDS („Restaurative Tendenzen“, „Erstarrung“) einen Hinderungsgrund für die „Reform“-Strategie aus. Er forderte eine größere innerparteiliche Akzeptanz für politische Kooperation und Kompromisse. Vgl. Roland Claus: Referat auf dem 4. Landesparteitag der PDS Sachsen-Anhalt, Manuskript, 16. September 1995. Vgl. auch Neues Deutschland vom 29. September 1997.

524 Vgl. Jens Schneider: Kultur im Hinterzimmer, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. Oktober 2000.

525 Vgl. Neues Deutschland vom 28. April 1998.

526 PDS Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 2002, Manuskript, 29. September 2001.

527 Vgl. PDS Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm. Entwurf, in: dies.: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Beschlüsse, Heft I, Magdeburg 1997.

528 Vgl. auch Viola Neu: Die PDS zwischen Utopie und Realität: Bundestagswahlprogramm und Regierungsbeteiligung in den Ländern, Sankt Augustin 2002.

digmenwechsel in der Oppositionsarbeit der PDS“⁵²⁹ hin zu inhaltlicher Profilierung und Glaubwürdigkeit.

Kein anderer hat den Regierungskurs, den Imagewechsel der PDS zur „normalen“ Partei so vorangetrieben wie der „bewährte Altkader“⁵³⁰ Helmut Holter. Er hat sich immer als der Vollstrecker der strategischen Überlegungen der „Reform-Ideologen“ wie Dieter Klein, André und Michael Brie verstanden.⁵³¹ Weit mehr als die sachsen-anhaltinische PDS zu Zeiten des „Magdeburger Modells“ war der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern von 1998 an in die Regierungspolitik eingebunden. PDS-Minister mußten nun Exekutiv-Politik betreiben, waren für ihr Handeln direkt verantwortlich. Daneben hatten sie es mit einem Koalitionspartner zu tun, der seinerseits Rücksichten auf die Politik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder nehmen mußte. Unter diesen Bedingungen agierte eine PDS, die mit Holter als Vorsitzendem zwar den Gestus einer fundamentaloppositionellen Partei abgelegt hatte,⁵³² an diesem Grundsatz aber festhielt.

Holter startete seine Offensive 1996. Die Rahmenbedingungen waren insofern günstig, als der SPD-Landesvorsitzende Harald Ringstorff schon zwei Jahre zuvor auf die PDS zugegangen war und Möglichkeiten einer gemeinsamen Regierung ausgelotet hatte.⁵³³ Mitte 1997 setzte sich die PDS Mecklenburg-Vorpommerns zum Ziel, bei den Landtagswahlen 1998 die CDU-dominierte Landesregierung abzulösen, um den Weg für einen „Politikwechsel“ freizumachen.⁵³⁴ In der Perspektive spekulierte Holter darauf, wie er später sagte, daß die PDS nach der „Lehre“ in Sachsen-Anhalt und dem „Gesellenstück“ in Mecklenburg-Vorpommern später im Bund ihr „Meisterstück“ machen und sich langfristig als dritte Kraft in ganz Deutschland etablieren werde.⁵³⁵ Der Parteibasis gegenüber unterstrich Holter mehrmals, eine Regierungsbeteiligung bedeute nicht die Aufgabe des strategischen Credos von der PDS als „Opposition zu den bestehenden

529 Rosemarie Hein: Hoher Anspruch erfordert Paradigmenwechsel in der Oppositionsarbeit der PDS. Referat auf der 3. Tagung des 7. Landesparteitages der PDS Sachsen-Anhalt, in: PDS-Pressedienst vom 17. Mai 2002.

530 Mechthild Küpper: Bedingungslose Kapitulation in Schwerin, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. Dezember 1998.

531 Vgl. Helmut Holter: „...daß nicht alles beim alten bleibt!“ Referat auf der 3. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 7. September 1996.

532 Vgl. Lothar Probst: Stärken, Probleme und Perspektiven der PDS in den neuen Bundesländern, in: Frank Berg, Lutz Kirschner (Hrsg.): PDS am Scheideweg, Berlin 2001, S. 29-38.

533 Ringstorff, der aus Rücksicht auf die Bundespartei zunächst eine ungeliebte Große Koalition mit der CDU einging, hatte als Voraussetzung zu einer politischen Zusammenarbeit „Notwendige Klarstellungen“ von der PDS verlangt. Ringstorffs Wunschpartner sollte Werte des Grundgesetzes akzeptieren, sich zur Verfassung Mecklenburg-Vorpommerns bekennen, die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED als Unrecht erklären und sicherstellen, daß unter anderem die Kommunistische Plattform keinen Einfluß auf die Landespolitik bekommt. Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern: Notwendige Klarstellungen, Manuskript, Oktober 1994. Gerade auf die beiden letzten Punkte antwortete die PDS sehr ausweichend. Vgl. Helmut Holter, Johann Scheringer: Erklärung, Manuskript, 27. Oktober 1994.

534 Vgl. PDS Mecklenburg-Vorpommern: Leitlinien zu den Wahlen 1998/99. Beschluß der 1. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 21./22. Juni 1997.

535 Vgl. Interview mit Helmut Holter, in: Süddeutsche Zeitung vom 3. November 1999.

Verhältnissen“.⁵³⁶ Um dies argumentativ mit seinen Regierungsambitionen vereinbaren zu können, bemühte er zuweilen die Wendung vom „dialektischen Verhältnis“ der „Alltagspolitik“ und „fachlichen Kompetenz“ der Fraktionen einerseits zu der „Vision einer sozialistischen Gesellschaft“ und dem Habitus „gesellschaftlicher Opposition“ andererseits.⁵³⁷ Erläutern mochte er diese Dialektik nicht weiter.

Als allerdings die Zeit der rot-roten Regierung angebrochen war, neigte sich die Waage mehr und mehr auf die realpolitische Seite. Holter verlangte, Wahlprogramme der PDS und sonstige Aussagen hätten hinter das Koalitionsabkommen zurückzutreten.⁵³⁸ Schon vor den Wahlen des Jahres 1998 war die PDS von radikalen Forderungen (wie der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, des Verfassungsschutzes, des Religionsunterrichts und des Landesbeauftragten für die Unterlagen des MfS) abgerückt und damit der SPD entgegengekommen.⁵³⁹ Gleichwohl gelang es der PDS während der Regierungsbildung und danach, eigene Akzente zu setzen. Themen, bei denen die PDS unterschiedlicher Auffassung zur SPD war, wurden im Koalitionsvertrag nicht eindeutig festgelegt. Durchsetzen konnten die PDS-„Reformer“ zudem eine ihrer zentralen Forderungen, nämlich die nach einem „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“.⁵⁴⁰ In der praktischen Landespolitik stießen die programmatischen Vorstellungen der PDS auf die Realität knapper Etats.⁵⁴¹ Am Ende jedoch trug die PDS – ähnlich wie in Sachsen-Anhalt – den scharfen Sparkurs der SPD mit, wenn auch Konflikte nicht ausblieben.⁵⁴² Ebenso wich die PDS in Sachen Bau der Autobahn A 14 von ihrem anfangs prinzipiellen Nein ab. Als es jedoch um die Neuordnung der Parlamentarischen Kontrollkommission und des Verfassungsschutzes ging – diesen lehnten die Sozialisten grundsätzlich ab – stieß die SPD auf den geschlossenen Widerstand der PDS-Fraktion.⁵⁴³

Bezeichnend sind die Beispiele, bei denen die Bundespolitik – auf die die „Reformer“ strategisch so großen Wert legten – mitspielte. Das erste Beispiel betrifft das Gesetzespaket der rot-grünen Bundesregierung zur Steuerreform, das im Juli 2000 zur Ab-

536 Helmut Holter: Jetzt geht's erst richtig los! Die Herausforderungen der Geschichte annehmen. Rede auf der 2. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 3. Februar 1996.

537 Helmut Holter: Für einen Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern, in: PDS-Pressedienst vom 11. Juli 1997.

538 Vgl. Neues Deutschland vom 9. November 1999.

539 Vgl. PDS Mecklenburg-Vorpommern: Mit der PDS für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde in Mecklenburg-Vorpommern. Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 1998, Schwerin 1997. Demgegenüber: Mindestanforderungen der PDS an eine neue Politik in Mecklenburg-Vorpommern, in: <http://www.pds-online.de/1/wahlen/dokumente/98-8/mp.htm> (Ausdruck vom 9. September 1998).

540 Vgl. Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern: Vergleichende Darstellung der „Maßstäbe der PDS für eine neue Politik in M-V“ und der Vereinbarung SPD und PDS, Manuskript, 28. Oktober 1998; SPD Mecklenburg-Vorpommern, PDS Mecklenburg-Vorpommern: Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 3. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 2. November 1998.

541 Vgl. Frank Berg: Mitte-Links-Politik in Mecklenburg-Vorpommern. Politikwechsel und reformpolitische Ansätze im Wandel, in: ders., Lutz Kirschner (Hrsg.): PDS am Scheideweg, Berlin 2001, S. 86.

542 Vgl. Thomas Koch: (Wie) Ist die Regierungsbeteiligung der PDS bekommen? Politikfähigkeit und aktuelle Situation der PDS im Wettbewerb der Parteien Mecklenburg-Vorpommerns, in: Frank Berg, Lutz Kirschner (Hrsg.): PDS am Scheideweg, Berlin 2001, S. 113-130.

543 Vgl. PDS verweigert Votum, in: Süddeutsche Zeitung vom 4. Dezember 1998.

stimmung im Bundesrat stand. Die Stimme Mecklenburg-Vorpommerns war ob knapper Mehrheiten von entscheidender Bedeutung. Die „Reformer“ im Bundesvorstand der PDS hatten sich ebenso wie die in Mecklenburg-Vorpommern strikt gegen die Steuerreform ausgesprochen. Dennoch stimmte das Land im Bundesrat zu. Den Ausschlag dafür gab ein von der Bundesregierung angebotener Tauschhandel, den die Landesregierung mit ausdrücklicher Billigung der PDS Mecklenburg-Vorpommerns annahm. Die Reaktion der „Reformer“ im Bundesvorstand spricht Bände. Sie goutierten die Zustimmung in der Länderkammer, blieben ihrerseits aber bei der Ablehnung der Steuerreform.

Spektakulärer war das Ja Mecklenburg-Vorpommerns im Bundesrat zur Rentenreform im Mai 2001. Es kam zustande, obwohl die „Reformer“ der Landes-PDS (ebenso wie die der Bundes-PDS) bis zuletzt gegen das Gesetzesvorhaben waren. Eigentlich hätte sich Schwerin in diesem Fall gemäß Koalitionsvertrag der Stimme enthalten müssen. Ministerpräsident Harald Ringstorff aber hatte aus Parteiräson und Loyalität zur Bundesregierung das eigene Bündnis zur Disposition gestellt. Die PDS stand nun vor dem Problem einer angemessenen Antwort. Zwei Varianten wurden – lagerübergreifend – im Landesverband diskutiert: Die erste sah vor, der SPD inhaltliche Bedingungen zu stellen, ihr sozusagen politische Kompensation abzuverlangen. Die zweite lehnte dies ab, um die Koalition nicht unnötig zu belasten, wenn nicht gar platzen zu lassen. Diese Variante setzte sich am Ende durch. Ein Bekenntnis Ringstorffs zur Koalition und sein Eingeständnis, einen Fehler begangen zu haben, stellte die PDS-„Reformer“ in Mecklenburg-Vorpommern zufrieden.⁵⁴⁴ Auch dies wurde von den „Reformern“ an der Spitze der Bundespartei gutgeheißen.⁵⁴⁵

Auch programmatisch stellten die „Reformer“ in Mecklenburg-Vorpommern die Weichen für eine weitere Zusammenarbeit nach den Landtagswahlen im Herbst 2002. Zwar machten sie konkrete politische Ergebnisse zur Bedingung für eine Teilnahme an der Regierung. Auf der anderen Seite legten sie fest, in künftigen Wahlprogrammen „faßliche, realistische und nachprüfbare“ Ziele zu setzen und dabei auch die „unterschiedlichen Konstellationen der PDS zur SPD im Land und im Bund“ zu berücksichtigen.⁵⁴⁶ Damit wollten die „Reformer“ der Tatsache begegnen, daß – wegen des Schröder-loyalen Koalitionspartners im Land – ihre Flexibilität durch die Bundespolitik zusätzlich eingeschränkt wurde. „Überdehnt sie diesen Spielraum, setzt sie die Koalition aufs Spiel, unterschreitet sie ihn, gefährdet die den Schulterschuß mit der eigenen Basis.“⁵⁴⁷ Bislang sind aber die Vorbehalte in der Mitgliedschaft nie soweit gegangen, das Regierungsbündnis mit der SPD in seinen Grundfesten zu erschüttern. Bei allen Befürchtungen, die eigenen Positionen könnten in den Mühlen der Sparhaushalte zerrieben werden, stimmte ein PDS-Parteitag der Passage im zweiten Koalitionsvertrag mit der

544 Vgl. Wolfgang Rex: „Ich verstehe die ganze Aufregung nicht“. Ministerpräsident Ringstorff gibt nach und PDS-Spitze zeigt sich zufrieden, in: Neues Deutschland vom 17. Mai 2001.

545 Vgl. „Keine falsche Bescheidenheit“. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Neues Deutschland vom 23. Mai 2001.

546 Vgl. PDS Mecklenburg-Vorpommern: Für Arbeitsplätze und Lebensperspektiven im Land. Aufgaben der PDS Mecklenburg-Vorpommern bis Herbst 2002, Manuskript, 23./24. Juni 2001.

547 Vgl. Frank Berg, Thomas Koch: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Politikfeld- und Parteienanalysen, Berlin 2001, S. 191.

SPD zu, die sämtliche politischen „Maßnahmen“ unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit stellte.⁵⁴⁸

„Unaufgeregte Sacharbeit“⁵⁴⁹ attestierte der Soziologe Frank Berg der ersten rot-roten Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik. Was die in die Regierungsarbeit involvierten PDS-Politiker betrifft, kann man allerdings auch von einer gewissen Lethargie sprechen. Die de facto auch mit der Programmarbeit betraute „AG Bilanz“ des Landesverbandes stellte fest: „Es gibt einerseits Tendenzen der Selbstzufriedenheit mit dem Erreichten, passive Erwartungshaltung und Autoritätsgläubigkeit, andererseits Tendenzen der Resignation infolge der Orientierung in der Regierungstätigkeit auf das Machbare und kaum als PDS-Politik Erkennbare.“⁵⁵⁰ Insofern dürften Leute wie Helmut Holter, dem intern Karrieresucht nachgesagt wurde, leichtes Spiel haben. Er trimmte seine Partei auf Regierungskurs, obwohl er sich selbst nicht überzeugend von systemoppositionellen Attitüden befreien konnte.

Solche Attitüden hatten die „Reformer“ im Berliner Landesverband, der von Anfang 2002 an mit der SPD die Regierung stellte, nie offen an den Tag gelegt, zumindest nicht in programmatischen Texten. Den Kurs der Hauptstadt-PDS bestimmend, versuchten sie, theoretische Überlegungen par excellence in die Tat umzusetzen. Deshalb beschreibt der lange Weg zur rot-roten Koalition in Berlin prägnant die Intentionen der „Reformer“-Strategie in puncto Machtbeteiligung. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden orientierten sich die Berliner „Reformer“ strikt an der Doktrin von der linken Hegemonie, an der „Herstellung eines neuen gesellschaftlichen Bündnisses“,⁵⁵¹ die der alleinige Zweck einer möglichen Zusammenarbeit mit SPD und Grünen im Parlament und an der Regierung sein sollte. Vorrang vor der parlamentarischen Arbeit hatten stets die Profilierung der PDS als Teil gesellschaftlichen Protests,⁵⁵² die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Organisationen⁵⁵³ und die Verankerung der Partei in entsprechenden Milieus.⁵⁵⁴ Konsequenterweise erachtete der Berliner Landesverband die Parla-

548 Vgl. SPD Mecklenburg-Vorpommern, SPD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, PDS Mecklenburg-Vorpommern, PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns: Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 4. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript o. D., S. 53.

549 Frank Berg: Mitte-Links-Politik in Mecklenburg-Vorpommern. Politikwechsel und reformpolitische Ansätze im Wandel, in: ders., Lutz Kirschner (Hrsg.): PDS am Scheideweg, Berlin 2001, S. 85.

550 AG Bilanz: Bericht zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 2000, S. 3.

551 Carola Freundl, Harald Wolf: Der Zukunft zugewandt: Die PDS ist unverzichtbar für einen Politikwechsel in Berlin, Manuskript, 15. März 1999.

552 Vgl. Petra Pau: Referat, in: PDS Berlin: 5. Landesparteitag der Berliner PDS, 7. Tagung. Beschlüsse, Berlin 1997, S. 5.

553 Vgl. Axel Hildebrandt, Marian Krüger, Almuth Nehring-Venus, Sylvia Müller, Udo Wolf: Wahlauswertung der Berliner PDS. Diskussionsmaterial für die Klausur des Landesvorstandes am 31. Oktober/1. November 1998, Manuskript, 26. Oktober 1998; PDS Berlin: Erklärung an den 5. Bundesparteitag und den neu zu wählenden Bundesvorstand der PDS. Beschluß der 5. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 1. Dezember 1996.

554 Vgl. Marian Krüger, Udo Wolf: Grundprobleme der inneren Entwicklung des PDS-Landesverbandes Berlin, in: Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): PDS Berlin auf dem Weg ins Jahr 2000, Berlin 1997, S. 6-21.

mentsarbeit als „Interessenvertretung für gesellschaftliche Opposition“⁵⁵⁵ und tat sich mit einem starken, auch finanziellen Engagement in außerparlamentarischen Bündnissen, Initiativen und – hauptsächlich „antifaschistischen“ – Demonstrationen hervor.⁵⁵⁶ Parallel dazu entwickelte man schon frühzeitig umfangreiche und detaillierte, an spezifischen Problemen der Hauptstadt ausgerichtete Wahlprogramme,⁵⁵⁷ die für sozialistische Utopien keinen Platz ließen.⁵⁵⁸

Wie lange Zeit in der sächsischen PDS mündete das strategische Leitmotiv, die „konservative Hegemonie“ zu brechen, auch für die langjährige Berliner Vorsitzende Petra Pau – angesichts der außerparlamentarischen Ausrichtung folgerichtig – „nicht primär in die Regierungsfrage“.⁵⁵⁹ Weniger zurückhaltend äußerte sich der „Reform“-Funktionär und spätere Wirtschaftsminister in Berlin, Harald Wolf, der schon 1996 angesichts der Krisenerscheinungen innerhalb der Großen Koalition und erster positiver Signale von Seiten der Grünen die Chance eines Regierungswechsels mit Unterstützung der PDS witterte.⁵⁶⁰ Eindeutiger als andere Landesverbände hatte sich die Berliner PDS frühzeitig auf ein Tolerierungsmodell festgelegt,⁵⁶¹ das ihr ohne Reibungsverluste Machtbeteiligung bei gleichzeitiger außerparlamentarischer Aktivität versprach. Die „Reformer“ des Landesverbandes definierten ihre Partei stets als „linkes Korrektiv für eine mögliche rosa-grüne Koalition, [...] um neben dem Regierungswechsel auf einen Politikwechsel zu drängen.“⁵⁶²

Aber eine wichtige Rolle bei diesen Überlegungen spielte wohl auch das Verhalten von SPD und Grünen.⁵⁶³ Deren Berliner Landesverbände hatten sich über die Jahre hin-

555 Peter-Rudolf Zotl: Opponieren, Tolerieren, Koalieren. Zur künftigen Rolle der PDS im politischen System der BRD, in: Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): Vergangenheit analysieren, Gegenwart verändern, Zukunft gestalten, Berlin 1995, S. 46.

556 Vgl. Landesvorstand der PDS Berlin: Bericht, in: PDS Berlin: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Arbeitsmaterial II, Berlin 1995.

557 Vgl. Landesvorstand der PDS Berlin: Ein anderes Berlin wählen: PDS. Aussagen zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im Oktober 1995. Entwurf, Berlin 1995. Vgl. auch PDS Berlin: Neue Fragen brauchen neue Antworten. Politische Erklärung, Manuskript, 20. Mai 2000.

558 Dies sollte nicht zu dem Schluß verleiten, die „Reformer“ im Berliner Landesverband hätten die „Notwendigkeit einer sozialistischen Gesellschaft“ nicht für relevant gehalten. Vgl. Peter-Rudolf Zotl: Opponieren, Tolerieren, Koalieren. Zur künftigen Rolle der PDS im politischen System der BRD, in: Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): Vergangenheit analysieren, Gegenwart verändern, Zukunft gestalten, Berlin 1995, S. 45.

559 Petra Pau: Mit der PDS die konservative Hegemonie brechen, in: PDS Berlin: 5. Landesparteitag, 5. Tagung. Beschlüsse, Berlin 1996.

560 Vgl. Harald Wolf: Rede, in: ebd. Wolf hatte erkannt, daß die Sollbruchstelle der Großen Koalition in der prekären Haushaltslage Berlins liegt. Er sah in der Entwicklung eigener Vorschläge zur Lösung dieses Problems eine Chance für PDS, sich inhaltlich zu profilieren und so zur Ablösung der Großen Koalition beizutragen.

561 PDS Berlin: Ein anderes Berlin wählen: PDS. Grundsätze einer Strategie des Wahlkampfes 1995. Beschluß der 5. Tagung des 4. Landesparteitages der Berliner PDS, Manuskript, 4. Februar 1995.

562 Petra Pau: Die PDS nach Münster. Referat auf der 3. Tagung des 7. Landesparteitages der Berliner PDS, Manuskript, 20. Mai 2000.

563 Vgl. PDS Berlin: Strategie für die Wahlen 1999. Beschluß der 5. Tagung des 6. Landesparteitages, Manuskript, 27./28. Februar 1999; Karin Nölte: Berliner PDS will mit Rot-Grün kooperieren, in: Neues Deutschland vom 1. März 1999.

weg gesehen sehr reserviert zu einer Zusammenarbeit mit der PDS geäußert. Noch 1999 hielt sich die an der brüchigen Großen Koalition beteiligte SPD strikt an einen Unvereinbarkeitsbeschuß aus dem Wahlkampf des Jahres 1995; die Grünen wiederum machten ihr Verhalten offensichtlich von dem der Sozialdemokraten abhängig.⁵⁶⁴ Angesichts dieser Umstände war für die „Reformer“ eine Machtbeteiligung frühestens für 2004 realistisch. So kam der Bruch der Großen Koalition im Frühjahr 2001 zwar nicht ganz unerwartet. Er verlangte der Berliner PDS-Spitze aber schnelle strategische Entscheidungen ab, hatte man sich doch zwischenzeitlich auf die Entwicklung „gesellschaftlichen Widerstands von links“ und einer „entschlossenen gesellschaftlichen Opposition“ kapriziert, nachdem das CDU/SPD-Bündnis im Ergebnis der Wahlen im Oktober 1999 weiterregiert hatte.⁵⁶⁵

„Vor einer der größten politischen Herausforderungen ihrer Geschichte“⁵⁶⁶ stehend, einigte sich die Berliner PDS rasch auf die Tolerierung eines rot-grünen Übergangssenats, während dessen Amtszeit die „Reformer“ die Weichen auf eine mögliche Koalition mit der SPD nach den Neuwahlen des Jahres 2001 stellten. Nach anfänglichen Sondierungen mit der PDS⁵⁶⁷ verhandelte die Berliner SPD – auf Drängen der Bundespartei – zunächst mit FDP und Grünen über eine Ampelkoalition: erfolglos. Die Schwierigkeiten dieser Gespräche standen in eigentümlichem Kontrast zu dem raschen und reibungslosen Zustandekommen des Koalitionsvertrags zwischen SPD und PDS. Die dem „Reformer“-Lager zuzuordnenden Verhandlungsführer der Sozialisten gaben der SPD etwa beim Nahverkehr oder beim Ausbau des Flughafens Schönefeld nach, womit sie sich gegen Parteischlüsse stellten. Sie konnten aber unter anderem beim Verzicht auf die Bewerbung Berlins zu den Olympischen Spielen eigene Akzente setzen.⁵⁶⁸ Die PDS trug das drastische Sparkonzept zur Sanierung des hochverschuldeten Berlin mit, durfte es aber als ihr Verdienst ansehen, daß der Bildungsetat verschont blieb.

Der PDS-interne Widerstand gegen den Koalitionsvertrag war trotz kontroverser Diskussionen wider Erwarten gering. Selbst zur Präambel meldeten sich kritische Stimmen nur verhalten zu Wort. Dabei war dort mit „sozialistischen“ Tabus gebrochen worden. Unter anderem wurde die Mauer entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze als „Symbol für Totalitarismus und Menschenverachtung“⁵⁶⁹ gebrandmarkt. Schon allein wegen der Anwendung des Totalitarismusbegriffs auf die DDR wäre zu erwarten gewesen, daß – nicht nur bei „orthodox“ eingestellten Mitgliedern – in einem mächtigen Chor die Alarmglocken geschrillt hätten. Dies geschah nicht. Allerdings sah die Bundesvorsitzende Gabi Zimmer – im Gegensatz zur Berliner Parteipitze – voraus, die PDS werde in der Koalition nicht mehr als sozialistische Partei zu erkennen sein.⁵⁷⁰ Sie be-

564 Vgl. Jochen Esser: Die Würfel sind gefallen, in: Freitag vom 26. Februar 1999.

565 Petra Pau: Die PDS nach Münster. Referat auf der 3. Tagung des 7. Landesparteitages der Berliner PDS, Manuskript, 20. Mai 2000.

566 Carola Freundl u. a.: Resolution: Für einen politischen Neuanfang in Berlin, Manuskript, 15. Juni 2001.

567 Am 3. und 9. Oktober 2001.

568 Vgl. Michael Jobst: Krötenschlucken einmal anders, in: Freitag vom 4. Januar 2002.

569 SPD Berlin, PDS Berlin: Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2001-2006, Manuskript, 7. Januar 2002, S. 4.

570 Vgl. Karin Nölte: Wer die Chance nicht wahrnimmt, hat schon verloren, in: Neues Deutschland vom 14. Januar 2002.

mängelte „eindeutige Differenzen“ zwischen dem Koalitionsvertrag und dem Grundsatzzprogramm der PDS.⁵⁷¹ Zimmer hob insbesondere auf Passagen der Vereinbarung ab, in denen die bundespolitische und internationale Verantwortung Berlins herausgestellt wurde: Das Bundesland repräsentiere einen Staat, hieß es dort, der „fest in die westliche Wertegemeinschaft“ und in die NATO eingebunden sei.⁵⁷² Offenbar noch ein Tabubruch. Gefragt, ob die Regierungsarbeit der PDS nicht dem oppositionell ausgerichteten Kurs der Bundesvorsitzenden widerspricht, entgegnete PDS-Wirtschaftssenator Harald Wolf: „Als Senator regiere ich und bin nicht meine eigene Opposition.“⁵⁷³ Alles andere wäre gelogen gewesen, war Wolf doch mitverantwortlich für die ganz und gar „unsozialistische“ Privatisierungspolitik der Berliner Landesregierung, deren PDS-Minister mit Sacharbeit glänzten und nicht mit sozialistischen Positionen von sich reden machten.

Die Vorstöße von Helmut Holter in Mecklenburg-Vorpommern und Roland Claus in Sachsen-Anhalt sowie das schnelle Aufsatteln der Berliner PDS auf die Regierungsbänke unterstützten die „Reform“-Ideologen im Bundesvorstand zugleich als Ergebnis und Testlauf ihrer eigenen strategischen Überlegungen – ohne sich allerdings konkrete Gedanken über die Konsequenzen für die programmatische Ausrichtung und das oppositionelle Selbstverständnis der Partei – das sie ja teilten – gemacht zu haben. Die Doktrin der Einheit von Regieren und Opponieren blieb deshalb ein aus der Ideologie geborenes Konstrukt ohne praktische Relevanz. An den Unternehmen Machtbeteiligung in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin hielten die „Reformer“ auch dann fest, wenn ihre eigenen politischen Positionen dabei (vorübergehend) über Bord gingen. Auf diese Weise ist es ihnen bislang gelungen, die drei Optionen – Mitregieren, Tolerieren, Opponieren – relativ flexibel zu nutzen, „um dadurch ihren politischen Aktionsradius zu erweitern“.⁵⁷⁴

Der Widerstand aus der Parteibasis gegen diesen Opportunismus reichte – aus ganz unterschiedlichen Gründen – nie so weit, daß die Regierungsstrategie der „Reformer“ ernsthaften Schaden genommen hätte. Auch für die „Reformer“ in den drei Landesverbänden hatte der Machterhalt in oder bei der Exekutive am Ende Vorrang vor eigenen Überzeugungen und strategischen Vorüberlegungen. So erwies sich die an der Macht beteiligte PDS als weitgehend kompromißbereit und verlässlich, auch wenn ihre Ideologie das Gegenteil erzählt hatte. Der Teufel der Integration in die Mechanismen des demokratischen Verfassungsstaates, den vor allem die „Orthodoxen“ an die Wand malten, leistete ganze Arbeit. Die Integration in die Werte desselben ließ indes auf sich warten. Die grundsätzlichen strategischen Absichten der „Reformer“ haben sich – trotz des deutlichen Wandels hin zu einer realistischen und sachorientierten Programmatik in den betreffenden Landesverbänden – durch die Regierungspraxis nicht erkennbar geändert.

571 Vgl. Ralf Husemann: „Bleibende Schuld der SED“, in: Süddeutsche Zeitung vom 18. Januar 2002.

572 Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands / Landesverband Berlin, Partei des Demokratischen Sozialismus / Landesverband Berlin: Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2001-2006, Manuskript, 7. Januar 2002, S. 6.

573 Als Sozialist um das Kapital werben. Interview mit Harald Wolf, in: Neues Deutschland vom 7./8. Dezember 2002

574 Lothar Probst: Stärken, Probleme und Perspektiven der PDS in den neuen Bundesländern, in: Frank Berg, Lutz Kirschner (Hrsg.): PDS am Scheideweg, Berlin 2001, S. 31.

3.2 „Orthodoxe“ Positionen

Diese letzte Einschätzung würden die „Orthodoxen“ nicht teilen, einige vorangegangene dagegen schon. Der Husarenritt der „Reformer“ in Richtung Regierungsbeteiligung versetzte das marxistisch-kommunistische Lager in Aufruhr. „In großer Sorge“ waren im Mai 1995 38 PDS-Mitglieder, zum Gutteil ehemalige Angehörige der DDR-Intelligenz, als sie die Anpassung der Partei an die politischen Gegebenheiten der Bundesrepublik kommen sahen.⁵⁷⁵ Dies war die Geburtsstunde des „Marxistischen Forums“, das fürderhin als ideologischer Wächter in der PDS auftrat. Ein Grund der Sorge war, unter vielen anderen, die von den „Reformern“ immer offener vertretene Bereitschaft, in den Bundesländern mitzuregieren.⁵⁷⁶ Dieser Kurs ziehe die „Aufweichung des Oppositionsverständnisses“ und der sozialistischen „Zielstellung“ der PDS nach sich. Das war der wesentliche Argumentationsgang der „orthodoxen“ Kritik an der Regierungsstrategie.

In zahlreichen Stellungnahmen befürchteten die „Orthodoxen“ – nicht ganz zu Unrecht – die Preisgabe politischer und ideologischer Positionen. „Die PDS, die ihr angehörenden Parlamentarier [...] dürfen sich nicht durch Koalitionen und Tolerierungsabkommen in das herrschende System einbinden und von seinen Sachzwängen dominieren lassen. Das würde ihren politischen Abbau unausweichlich machen.“⁵⁷⁷ Ein weiterer Kritikpunkt war die tatsächliche oder vermeintliche Verselbständigung parlamentarischer PDS-Politik, die durch die Einbindung in die Regierungsarbeit weiter verstärkt werde. PDS-Politiker und -Apparat entwickelten „eigenständige Interessen“, die sich mehr und mehr von den „gesellschaftlichen Interessen“ lösten.⁵⁷⁸ Damit einher gehe der schleichende Abschied der Partei von einer hauptsächlich außerparlamentarisch orientierten Politik. Mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern monierte eine Vertreterin der KPF: „Von Anbeginn an ist die Regierungsbeteiligung nicht mit außerparlamentarischer Bewegung [...] verbunden [...] worden. Gegenmacht sollte nicht organisiert werden.“⁵⁷⁹

Unter heftigen Beschuß geriet auch die „Reformer“-Doktrin von der fundamentaloppositionellen Orientierung der Partei selbst in der Parlaments- oder Regierungsarbeit. „Wer regiert, opponiert nicht!“,⁵⁸⁰ hielt KPF-Ideologe Michael Benjamin entgegen. Gerade dadurch, daß sich die „Reformer“ alle strategischen Optionen offen ließen, bekämen die Fraktionen der PDS weitgehenden Handlungsspielraum. Zusätzlich hätten sich

575 Vgl. In großer Sorge, in: Neues Deutschland vom 18. Mai 1995; vgl. auch Marxistisches Forum: Unsere Sorgen sind nicht geringer geworden in: Marxistisches Forum, Heft 10, November 1996, S. 1-3.

576 Vgl. Böser Geist oder marxistisches Gewissen der Partei? Gruppe der 38 bildet Marxistisches Forum in der PDS, in: analyse & kritik vom 1. Juli 1995.

577 Heinz Marohn: Opposition im Parlament und außerhalb, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 10/1996, S. 10.

578 Vgl. Ekkehard Lieberam: Regierungsbeteiligung und linke Gesellschaftsstrategie, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/2000, S. 5.

579 Edeltraut Felfe: Die Regierungsbeteiligung der PDS - für wen oder was?, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 9/2001, S. 5.

580 Michael Benjamin: Wer regiert, opponiert nicht!, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 3/1996, S. 8.

die „Reformer“ uneindeutig zum Oppositionsbegriff geäußert.⁵⁸¹ Jedoch seien alle Debatten darüber abgeblockt,⁵⁸² und es sei kein Konzept präsentiert worden, wie „Regierungsoptionen und außerparlamentarischer Kampf“ zu verbinden sind.⁵⁸³ Die Praxis diene den „Orthodoxen“ als warnendes Beispiel. In Sachsen-Anhalt, vor allem aber in Mecklenburg-Vorpommern seien dem „Magdeburger Modell“ beziehungsweise der roten Koalition zuliebe „Positionen geopfert“ worden.⁵⁸⁴ Man habe dem Partner nachgegeben und sich Sachzwängen unterworfen. Damit habe die Strategie des „bürgerlichen Lagers“ gewirkt, das die PDS in eine „integrierte Reformpartei“ verwandeln und zum „Verzicht auf die Formulierung grundsätzlicher Systemkritik“ drängen wolle.⁵⁸⁵ „Und wer den Leuten vormacht, die bloße Ablösung von CDU-Regierungen [...], womöglich unter PDS-Beteiligung, würde an diesen Realitäten wesentliches ändern, [...] verbreitet schlimme Illusionen.“⁵⁸⁶ Bislang hat Sahra Wagenknecht – zumindest in ihrer Sicht auf „die Realitäten“ – Recht behalten.

In der Partei durchsetzen konnten sich die „Orthodoxen“ mit ihrer Kritik nicht: Auf dem Rostocker PDS-Parteitag 1998 hatte die KPF erfolglos beantragt, Prinzipien zu beschließen, auf deren Grundlage Regierungsbeteiligungen denkbar sein könnten. Und im November 2002 scheiterte auf einem Landesparteitag in Mecklenburg-Vorpommern sogar die Initiative einer unter der Bezeichnung „Marxistische Opposition“ firmierenden „orthodoxen“ Allianz, die lediglich auf mehr Zeit zur Auseinandersetzung mit dem Koalitionsvertrag mit der SPD gedrungen hatte.⁵⁸⁷ Die „orthodoxe“ Kritik darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Regierungsstrategie der „Reformer“ von vornherein nicht auf die Bewahrung des demokratischen Verfassungsstaates aus war. Aber – halb zog es sie, halb fielen sie – die Integrationsfähigkeit des geschmähten „Systems“ ist offensichtlich groß genug, um die PDS unter einer „Reformer“-Führung – ob gewollt oder nicht – zu Anpassungsleistungen zu zwingen.

581 Vgl. Ellen Brombacher: Kommunistische Linke in der PDS. Reflexionen zur Strategiedebatte, in: Z. - Zeitschrift marxistische Erneuerung, Heft 23, September 1995, S. 1-8; dies.: Zu aktuellen Aspekten der Strategiedebatte, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 11/1995, S. 1-11.

582 Vgl. Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform: Überlegungen zur weiteren Vorbereitung der 2. Tagung des 4. Parteitages, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/1995, S. 1-6.

583 Vgl. Ekkehard Lieberam: Regierungsbeteiligung und linke Gesellschaftsstrategie, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 8/2000, S. 3.

584 Ebd., S. 1.

585 Vgl. Sahra Wagenknecht: Anforderungen an die PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1994, S. 5.

586 Sahra Wagenknecht: Widerstand durch Druck von unten, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 2/1997, S. 4.

587 Vgl. Tom Strohschneider: Die APO und der Minister, in: Neues Deutschland vom 4. November 2002.

Kapitel V: Organisation

1. Organisationsprinzipien und innerparteiliche Demokratie

1.1 „Reform“-Positionen

Mit der demokratischen Revolution in der DDR 1989 vollzog die SED eine schrittweise Abkehr von der leninistischen „Partei neuen Typus“, den sie bis dato verkörpert hatte. Die PDS brach eindeutig mit der Tradition der „ideologischen Einheit“⁵⁸⁸ kommunistischer Parteien, in denen sich nur Anhänger einer bestimmten Weltanschauung organisieren durften. Auch strukturell verkehrte sie das leninistische Prinzip einer von oben gesteuerten, zentralistischen Kaderpartei ins Gegenteil. Natürlich war die organisatorische Erneuerung später auch von der Notwendigkeit stimuliert, sich als „Oppositionspartei“ innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates zu behaupten.⁵⁸⁹ Doch bereits im Februar 1990, als nicht das Parteiengesetz eines wiedervereinigten Deutschland ins Kalkül gezogen wurde, gab sich die PDS ein Statut, das im Kern den heute gültigen Erfordernissen innerparteilicher Demokratie gerecht wurde.⁵⁹⁰ Die „Eigenverantwortung“ der „Basisorganisationen“ rückte an die Stelle der Allmacht eines Politbüros; demokratische Entscheidungen von unten nach oben sollten das nach „Befehl und Gehorsam“ funktionierende innere Herrschaftssystem der SED ersetzen.

Dies geschah nicht nur auf Betreiben der „Reformer“. Vielmehr schien darüber in der Basis – angesichts des immer offensichtlicheren Machtmißbrauchs der alten Führungskaste – weitgehend Konsens zu herrschen. Jedenfalls verhinderten der Schock und die Turbulenzen des Zusammenbruchs jede Diskussion über die organisatorische Neuausrichtung der Partei. Offenbar war das Bedürfnis vieler aktiver Mitglieder, die Organisation zu erhalten, ebenso groß wie der Wille, ihre Strukturen und Entscheidungsprozesse zu demokratisieren. Dies zeigten schon im Herbst 1989 sowohl Existenz als auch Forderungen der zahlreichen „Plattformen“ und Basisinitiativen, die Mitspracherecht für sich und die Legitimität abweichender Meinungen auch für andere reklamierten.⁵⁹¹

Damit war der Grundstein gelegt zu dem innerparteilichen Pluralismus, den die folgenden – allesamt „Reformer“-dominierten – Parteiführungen zum Prinzip erhoben. Als Sammlungspartei repräsentierte die PDS eine neue Form einer sozialistischen Organisation: Sie „versteht sich selbst als einen Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte.

588 Milovan Djilas: Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1959, S. 110.

589 Vgl. Helga Adler: Abschied von der Partei neuen Typus. Die PDS auf dem Wege zu einer demokratischen sozialistischen Partei, in: Gregor Gysi (Hrsg.): Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990, S. 55.

590 Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus. Angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. Februar 1990, in: PDS: Programm und Statut, Berlin 1990, S. 46-64.

591 Vgl. nur Joachim Thron, Michael Geiger, Dirk Emmerich: Entwurf für ein neues Parteistatut, in: WFSender, 49/1989, S. 1-4.

Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden. [...] In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.⁵⁹² Der Anspruch des im Jahr 1993 beschlossenen Grundsatzprogramms, alle zu vereinen, die unter dem gemeinsamen Nenner des „Widerstandes“ von links zusammenfinden, ist im Programmentwurf der „Reformer“ aus dem Jahr 2001 nicht mehr zu finden; er wurde aber auch nicht explizit ausgeschlossen. Dort heißt die entsprechende Passage: „Die PDS versteht sich selbst als einen Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte. Ihr Eintreten für einen demokratischen Sozialismus ist an keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden, sie ist eine pluralistische Partei demokratischer Sozialistinnen und Sozialisten.“⁵⁹³

Die ideologische Offenheit für eine Vielfalt „linker“ Weltanschauungen kann den Schluß nahelegen, die PDS-„Reformer“ hätten die Transformation der Partei in eine politische Bewegung angestrebt. In der Tat war über eine solche organisatorische Ausrichtung bis ins Jahr 1991 hinein eine Debatte im Gange.⁵⁹⁴ Angetrieben hatte die Diskussion die vor allem in Berlin tätige radikal-reformistische „Strömung“.⁵⁹⁵ Diese Gruppe, der zahlreiche prominente Aktivisten der frühen PDS angehörten, hatte sich ebenso vehement wie erfolglos dafür eingesetzt, die PDS zu einer „Bewegungspartei“ umzubauen. Am Ende konnte sie das von ihr favorisierte basisdemokratische Konzept nicht durchsetzen; es war sowohl an der Basis als auch innerhalb des „Reformer“-Lagers selbst nicht mehrheitsfähig.⁵⁹⁶ Von vornherein bestand, der Kontroversen⁵⁹⁷ zum Trotz, kein Zweifel, daß die „Reformer“ im Kern eine Partei mit straffer Organisation und in Demokratien üblichen Entscheidungsinstanzen anstrebten. „Die Entgegensetzung von ‚Partei‘

592 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin o. J., S. 33 f.

593 Michael Brie, Dieter Klein, André Brie: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus – Entwurf, in: PDS-Pressedienst vom 27. April 2001.

594 Vgl. Michail Nelken: Partei und/oder Bewegung? Bedenken zu einer Debatte, in: Utopie kreativ, Heft 10, Juni 1991, S. 32-36.

595 Die „Strömung“ – ursprünglich als Wahlbündnis gedacht – vertrat radikal-linke Positionen und hatte sich innerhalb der PDS einer rücksichtslosen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit verschrieben, die sie als elementare Voraussetzung zur Bündnisfähigkeit der Partei ansah. Beides stieß auch innerhalb des „Reformer“-Lagers auf Widerstand, so daß viele Mitglieder der „Strömung“ bald aus Enttäuschung die PDS verließen. Die verbliebenen riefen die „Gruppe Sozialistische Linke“ ins Leben. Vgl. Gespräch des Verfassers mit Thomas Nord am 30. August 1995 in Berlin; Michail Nelken, Dieter Hummel, Rainer Börner, Sonja Kemnitz, Roswitha Steinbrenner, Helga Adler: Und wieder einmal zu spät. Positionspapier von Berliner Mitgliedern der PDS-„Strömung“, in: analyse & kritik vom 22. September 1991.

596 Ein einschlägiger Antrag der „Strömung“ scheiterte – wenn auch knapp – 1991 auf einem Landesparteitag der Berliner PDS. Diese Niederlage besiegelte das Ende der „Strömung“, hatte sie sich doch wegen der Stärke des linkssozialistisch-radikaldemokratischen Flügels im Landesverband Berlin gute Chancen ausgerechnet.

597 Zu den unterschiedlichen Positionen vgl. Ingeborg Hoffmann, Rolf Schelkamm: Überdenken dringend geboten, in: PDS-Pressedienst vom 13. September 1991; Wolfgang Gehrecke: Sachkundig entscheiden – das Mitglied ist der Souverän, in: ebd.; Beirat der Kreisvorsitzenden: Zur Situation in der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 4. Januar 1991.

und ‚Bewegung‘ halten wir für unfruchtbar. [...] Die Erneuerung von Theorie und Politik braucht einen organisatorischen Rahmen, der Bündelung der Kräfte und Wirksamkeit der Politik sichert.“⁵⁹⁸ Damit stand die „Grundidee“⁵⁹⁹ des zweiten, 1991 durch Urabstimmung beschlossenen PDS-Statuts fest. Im Prinzip sollte ein starker Apparat mit an den Rändern offenen Strukturen beide Konzepte vereinen.⁶⁰⁰ Der Theorie nach konnten auf diese Weise (Protest-)Gruppen jedweder linker Façon an die Partei – die dann das apparative Zentrum einer Bewegung darstellte – angebunden werden. Strategische Überlegungen leiteten die Vorstellungen der „Reformer“ von den Organisationsprinzipien der Partei.

In der ursprünglichen Fassung des zweiten Statuts (das erste war, noch unter der Voraussetzung des Fortbestandes der DDR verfaßt, obsolet geworden) manifestierten im wesentlichen drei Elemente den Bewegungscharakter der PDS: Als „Sympathisanten“ konnten – erstens – Nichtmitglieder in Basisorganisationen der Partei Mitgliederprivilegien genießen – bis hin zu den Rechten, zu Delegiertenkongressen der PDS gewählt zu werden, sowie über alle Angelegenheiten abzustimmen, sofern sie nicht Finanz- und Statutenfragen betrafen. Parteifunktionen waren den „Sympathisanten“ allerdings versperrt.⁶⁰¹ Zweitens baute die Möglichkeit doppelter Mitgliedschaften Angehörigen anderer link(sextremistisch)er Organisationen eine Brücke zur PDS.⁶⁰² Übertritte sollten auf diese Weise leichterfallen. Am stärksten schienen strategische Motive – drittens – bei der Möglichkeit durch, „Plattformen“, „Fraktionen“ oder „Foren“ zu schaffen, die neben den „klassischen“ Parteistrukturen existieren konnten.⁶⁰³ Das Statut erlaubte, solche Zusammenschlüsse auf Basis bestimmter Themenfelder oder „Weltanschauungen“ zu bilden.⁶⁰⁴ Die Gruppierungen mußten „offen“ tätig sein, das heißt, sie sollten über bestimmte Issues oder Ideologien einzelne Interessierte oder ganze Milieus an die Partei binden. Diese Zusammenschlüsse genossen eine weitreichende, sowohl organisatorische als auch politische Eigenständigkeit, indem sie unter anderem ein eigenes Statut verfassten, selbstbestimmt Beziehungen zu anderen Organisationen entwickeln⁶⁰⁵ sowie – vom Bundesvorstand abgesegnet – von sich aus Delegierte zu den Parteitagern entsenden durften.⁶⁰⁶

In der Theorie wollten die „Reformer“ sowohl die ideologisch geprägten Plattformen und Foren (eine dauerhafte Existenz war nur der KPF und dem Marxistischen Forum beschieden) als auch die thematisch orientierten sogenannten Arbeits- oder Interessengemeinschaften (AG/IG) für die Entfaltung eines sozialistischen Profils der PDS zu-

598 Grundsatzkommission beim Parteivorstand der PDS: Politische Erklärung des 2. Parteitages. Diskussionsgrundlage, in: PDS: 2. Parteitag, 1. Tagung, Berlin 1991, S. 107.

599 5 Jahre Statut der PDS – Erfahrungen, Fragen, Vorschläge. Problemerkatalog zur Eröffnung einer Debatte über die Novellierung des ‘91er PDS-Statutes, in: PDS-Pressedienst vom 1. März 1996.

600 Vgl. Thesen aus der Statutenkommission, in: PDS-Pressedienst vom 21. Dezember 1990.

601 Vgl. Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus (Beschlossen auf der 2. Tagung des 2. Parteitages der PDS; bestätigt durch die Urabstimmung vom 19. August bis zum 20. September 1991), Abs. V.

602 Vgl. ebd., Abs. II.

603 Vgl. ebd., Abs. III.

604 Vgl. ebd., Abs. VII (1).

605 Vgl. ebd., Abs. VII (2), (3).

606 Vgl. ebd., Abs. VII (1).

nutze machen. Aus diesem Grund existierte beim Bundesvorstand eine „Koordinierungsstelle“,⁶⁰⁷ die die Arbeit der Zusammenschlüsse betreute. Daneben fungierten Mitglieder des Vorstandes als „Verantwortliche“ für die einzelnen Gruppierungen.⁶⁰⁸ Deren Kompetenzen konkurrierten mit jenen der von den betreffenden Gruppen gewählten Sprecher. Die Praxis konterkarierte insofern die Eigenständigkeit der Zusammenschlüsse, als diese stark an den zentralen Apparat angebunden waren. Die Vielfalt der AG/IG täuscht darüber hinweg, daß sie zu einem großen Teil auf Initiative der Parteispitze hin entstanden, die schlicht bestimmte Politikfelder besetzen und inhaltlich aufbereiten wollte. Nur wenige Zusammenschlüsse bildeten sich aus eigenem Antrieb. Die Offenheit dieser Strukturen ließ es aber zu, daß sogenannte „Arbeitsgemeinschaften der PDS“ gleichsam „von außen“ gegründet werden konnten. Es reichte ja aus, wenn nur wenige Aktivisten dieser Gruppen tatsächlich der PDS angehörten. Der große Rest konnte in den AG mittun, ohne Parteimitglied zu sein. Dies lag durchaus in der strategischen Intention der „Reformer“.

Bis Mitte der 90er Jahre schossen solche „externen“ Gründungen wie Pilze aus dem Boden und verschwanden größtenteils ebenso schnell wieder. So unternahm die einschlägige Westberliner „Szene“ 1994 bis 1996 den Versuch, eine „AG Autonome Gruppen in und bei der PDS“ zu etablieren. Deren Anspruch war es, „linksradikale Positionen in die Partei [zu] tragen“ und „alle nichtreformistischen Kräfte“ unter dem Dach der PDS zu vereinen.⁶⁰⁹ Die Attraktivität der PDS als starke Organisation zeigte auch bei der kurzzeitig existierenden Gruppe „Radikale Linke in der PDS“⁶¹⁰ Wirkung, die sich aus demselben Antrieb wie die „AG Autonome Gruppen“ der Partei anschloß. Das Unterfangen, eine „Anarchistische Plattform“ in der PDS zu gründen, kam nicht über Initiativen hinaus.⁶¹¹ Die „Reformer“-dominierten Vorstände standen diesen Gründungen weitgehend ablehnend gegenüber und versagten ihnen offiziell die Anerkennung als Zusammenschlüsse der Partei. Dies trug dazu bei, daß die betreffenden Gruppen ein Fremdkörper in der PDS blieben und es nicht vermochten, innerparteiliche Wirkung zu entfalten. Davon konnte bei ideologisch geprägten Zusammenschlüssen, die aus der Mitte der Partei heraus entstanden, nicht die Rede sein. Gemeint sind die seit dem Außerordentlichen Parteitag existenten Gruppen Kommunistische Plattform und AG Junge GenossInnen und das 1995 aus der Taufe gehobene Marxistische Forum. Der Umgang der „Reformer“ mit diesen ideologisch dissidenten Strukturen – und umgekehrt – wird in Abschnitt 2 Aufschluß geben über Möglichkeiten und Grenzen des Pluralismus in der PDS.

Die Ausstrahlung der Zusammenschlüsse über den Rand der Partei hinaus war im allgemeinen wider Erwarten gering. Zwar gelang es namentlich den AG Junge GenossInnen und ChristInnen sowie der Ökologischen Plattform in bescheidenem Rahmen, eine bestimmte Klientel an die Partei heranzuführen. Den erhofften strategischen Nut-

607 Vgl. PDS-Pressedienst vom 14. August 1992.

608 Vgl. Gespräch des Verfassers mit Peter Kolbe am 1. Juni 1994 in Berlin.

609 Vgl. AG Autonome Gruppen in und bei der PDS: 1. Entwurf eines Grundsatzpapiers, Manuskript, o. D. Zur extremistischen Ideologie und Strategie der Autonomen vgl. Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 366-403.

610 Radikale Linke in der PDS: Grundlagenpapier, Manuskript, o. D.

611 Vgl. Brief von Stefan Bulian an den Verfasser, 21. September 1994.

zen konnten die „Reformer“ daraus jedoch nicht ziehen. Dahingestellt kann in dem Zusammenhang bleiben, ob dies eher Folge oder Ursache der Konzentration auf die Parlamente war. Jedenfalls spielten die AG/IG auch als programmatische „Think Tanks“ mehr und mehr eine Nebenrolle. „Insgesamt [...] haben die regionalen Gliederungen im Verhältnis zu Arbeits- und Interessengemeinschaften an Bedeutung zugenommen.“⁶¹² Der Parteirat⁶¹³ der PDS machte „auf die Tendenz aufmerksam, daß die Arbeit von Vorständen zunehmend durch Abgeordnete und Fraktionsangestellte beeinflußt wird.“⁶¹⁴ Sowohl die ideologischen als auch die thematischen Zusammenschlüsse hatten für die politische Arbeit der Führungsgremien recht schnell kaum noch Bedeutung.

Zunehmender Normalbetrieb also, zieht man einen Vergleich zu den Organisationsprinzipien der großen Parteien in der Bundesrepublik. Diese Tendenz spiegeln auch die von den „Reformern“ angestrebten Veränderungen des Parteistatuts wider.⁶¹⁵ Der innerparteiliche Pluralismus sollte begrenzt, dem Anspruch nach aber gewahrt werden. „Wir sind eine pluralistische Partei, verschiedene Meinungen und Strömungen sind [...] gewollt.“ Jedoch sei „einiges nicht besonders produktiv oder sogar kontraproduktiv [...] für das Wirken der Partei“,⁶¹⁶ teilte Bundesgeschäftsführer Martin Harnack seinen Vorstandskollegen mit. Zum Beleg führte er ideologische Differenzen mit den „Orthodoxen“ an. Die beabsichtigte Neufassung der Reglements zielte in erster Linie auf eine stärkere Zentralisierung der Parteistrukturen. Entsprechend wollte die „Reformer“-dominierte Statutenkommission die Möglichkeit des Parteiaufbaus von unten – durch die selbständige Gründung innerparteilicher Gruppierungen – in der Weise einschränken, daß die nächsthöhere Gliederung ihre Zustimmung erteilen muß. Zudem sollte der Bundesvorstand bei der Schiedskommission ein Einspruchsrecht gegen die Bildung eines innerparteilichen Zusammenschlusses erheben können.⁶¹⁷ Weitaus drastischer – weil sie Grundprinzipien des 91er Statuts ad absurdum geführt hätten – waren die Vorhaben der „Reformer“, Doppelmitgliedschaften zu verbieten und die Mitwirkungsrechte der Sympathisanten ebenso einzuschränken wie die Privilegien ideologisch geprägter Gruppierungen.⁶¹⁸

Diese Überlegungen fanden in der Statutenkommission mehrheitlich Zustimmung. Insbesondere der letztgenannte Punkt war Reaktion des „Reformer“-Lagers auf die ideo-

612 Wolfgang Gehrcke: Einschätzung des Magdeburger Parteitages, in: PDS-Pressedienst vom 16. Februar 1996.

613 Der Parteirat ist ein Delegiertengremium, der den strukturellen Pluralismus in der PDS bündeln sollte. Er vereinte Vertreter der Landesverbände, bundesweit tätiger AG und IG und anderer innerparteilicher Zusammenschlüsse. Der Parteirat übte gemäß Statut eine Konsultativ-, Kontroll- und Initiativfunktion gegenüber dem Bundesvorstand aus. Er konnte gegen Vorstandsentscheidungen Einspruch erheben und unter Umständen einen Parteitag einberufen.

614 Vgl. Parteirat der PDS: An die zweite Tagung des 4. Parteitages der PDS. Erklärung, in: PDS-Pressedienst vom 19. Januar 1996.

615 Vgl. Statutenkommission der PDS: Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf von Änderungen zur 1. Tagung des 5. Parteitages, in: PDS-Pressedienst vom 13. Dezember 1996.

616 Martin Harnack, in: PDS-Pressedienst vom 3. Juni 1994.

617 Vgl. 5 Jahre Statut der PDS – Erfahrungen, Fragen, Vorschläge. Problemerkatalog zur Eröffnung einer Debatte über die Novellierung des ‘91er PDS-Statutes, in: PDS-Pressedienst vom 1. März 1996.

618 Vgl. ebd.

logischen Auseinandersetzungen mit den „Orthodoxen“,⁶¹⁹ deren Entfaltungsmöglichkeiten innerhalb der PDS in die Schranken verwiesen werden sollten. In ihrer ganzen Tragweite war die anvisierte Statutenreform (die immerhin einer Zweidrittelmehrheit bedurfte) aber nicht zu verwirklichen. So ließen die Delegierten des Schweriner Parteitags Anfang 1997 den Statutenentwurf der „Reformer“ nicht in der ursprünglichen Form passieren. Dabei war die Vorlage schon im Vorfeld abgeschwächt worden.⁶²⁰ Den Anlaß dafür hatten die Ereignisse auf dem Berliner Parteitag 1994 gegeben, als erstmals deutlich wurde, daß die „Orthodoxen“ unter Umständen einen starken Rückhalt an der Basis genossen.⁶²¹ Nicht durchsetzen ließ sich am Ende eine der zentralen Forderungen der „Reformer“, nämlich die formal festgeschriebene Unterscheidung zwischen „politisch-ideologischen“ Zusammenschlüssen einerseits und „Arbeits- und Interessengemeinschaften“ andererseits. Nur diesen sollte nämlich das Recht zustehen, sich etwa eine eigene Satzung zu geben oder Mitglieder zu Parteitag zu delegieren.⁶²² Während die IG/AG – wie im ursprünglichen Statut – explizit „offen“ tätig und für Sympathisanten frei zugänglich sein sollten, war geplant, es den ideologischen Zusammenschlüssen anheim zu stellen, über „ihre inneren Regeln, einschließlich ihrer Offenheit“⁶²³ zu bestimmen. Das heißt, die Kommunistische Plattform hätte demnach auch als abgeschotteter Debattierklub in geheimen Zusammenkünften „wirken“ können – als Element in der Parteistrategie war sie jedenfalls nicht mehr vorgesehen. Diese Konstruktionen blieben jedoch Wunschdenken der „Reformer“.

So waren die neuen Regeln nach der Statutenreform 1997 im wesentlichen die alten. Es gab keine Sonderrechte für bestimmte Arten von Zusammenschlüssen. Allesamt wurden sie aber ausdrücklicher als zuvor verpflichtet, „sich im Rahmen der Grundsätze des Programms“⁶²⁴ zu bewegen. Mehrfachmitgliedschaften schloß das neue Statut nur im Falle von „Parteien“ im Sinne des Parteiengesetzes aus.⁶²⁵ Die im Westen zur PDS übergelaufenen „orthodoxen“ Organisationen BWK und VSP – die anfangs mit den Anlaß für die Neufassung der Passage zur PDS-Mitgliedschaft lieferten – waren davon also nicht betroffen, wohl aber die DKP. Weitgehend erhalten blieben auch die Rechte der Sympathisanten, deren Mitwirkung jetzt allerdings unter dem Vorbehalt des Engagements „für politische Ziele und Projekte der Partei“⁶²⁶ stand. Ob und – wenn ja – welche Rechte Nicht-Mitgliedern zustehen sollten, war außerdem keine Sache pauschaler Entscheidungen der Vorstände mehr. Fürderhin mußten die Delegiertenversammlungen

619 Siehe unten Abschnitt 2.

620 Vgl. Michael Benjamin: Kritik ist Lebenselement. Zur Statutendiskussion in der PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 12/1996, S. 5-13.

621 Gemeint ist insbesondere der Streit um den vermeintlichen „Antikommunismus“ in der PDS. Siehe unten Abschnitt 2.

622 Vgl. Statutenkommission der PDS: Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus. Entwurf von Änderungen zur 1. Tagung des 5. Parteitages, in: PDS-Pressedienst vom 13. Dezember 1996, Punkt 7.

623 Ebd., Punkt 7 (3).

624 Statut der Partei des Demokratischen Sozialismus, in: Disput, 1/1997, S. 61-68, Punkt 7 (3). Auf dem Münsteraner Parteitag im April 2000 nahm die PDS nochmals – kleinere – Änderungen am Statut vor, die hier aber nicht von Belang sind.

625 Vgl. ebd., Punkt 2 (1).

626 Ebd., Punkt 5 (1).

in jedem Einzelfall darüber befinden. Zudem durften Sympathisanten nicht als Kandidaten für Parlamente gewählt werden. Deren passives Wahlrecht wurde aber nicht – wie von den „Reformern“ ursprünglich beabsichtigt – ganz abgeschafft.

Die Organisationsprinzipien der PDS, wie sie die „Reformer“ vertraten, waren stets Abbild strategischer Überlegungen. Insofern begünstigten alle Anstrengungen, die ursprünglichen Paradigmen (Elemente einer Bewegung, Kollektivierung gesellschaftlichen Protests und dessen Anbindung an die Partei) zugunsten der „klassischen“ Parteistrukturen abzuschwächen, das Handeln der PDS als Parlaments- und Regierungspartei. Und das lag auch in der Absicht der „Reformer“. Effiziente Entscheidungen der Vorstände sollten Vorrang haben vor diskursiver Konsensfindung, die angesichts des internen ideologischen Pluralismus die Gefahr barg, in mühevoller politischer Grundsatzdebatten abzuleiten. Die Auseinandersetzungen vor allem mit der Kommunistischen Plattform und dem Marxistischen Forum waren den „Reformern“ ein warnendes Beispiel. Die Neufassung des Parteistatuts sollte eigentlich garantieren, daß nicht das Prinzip innerparteilichen Pluralismus' Mehrheitsentscheidungen der Gremien überlagert. Vom ideologischen Mainstream in den Vorständen abweichende Gruppen sollten keinesfalls, ausgestattet mit Sonderrechten, die politischen Kräfteverhältnisse beeinflussen können; Plattformen und Strömungen möglichst in den „normalen“ Parteigremien um Einfluß ringen. Auch wenn die „Reformer“ ihre Vorstellungen nur ein Stück weit verwirklichen konnten, es zeigt sich die Tendenz zur Zentralisierung und Straffung des Parteaufbaus, der sich in den wesentlichen Elementen nicht von anderen großen Parteien in Deutschland unterschied.

Das gesetzliche Erfordernis innerparteilicher Demokratie erfüllte die PDS formal gesehen in jeder Phase ihrer organisatorischen Entwicklung. Auch in der Praxis unterlag die Partizipation der Mitglieder keinen Einschränkungen, die Bedenken hinsichtlich der demokratischen Verfaßtheit der PDS zuließen. Auf den unteren Ebenen waren die Möglichkeiten der Einflußnahme für Mitglieder und Sympathisanten sogar außerordentlich groß,⁶²⁷ wengleich basisdemokratische Organisationskonzepte in der PDS nie eine reelle Chance hatten. Die Kontrollinstanzen Parteirat und Schiedskommission arbeiteten unabhängig. Zwar wurden hin und wieder Klagen über „undemokratische“ Schachzüge einzelner PDS-Funktionäre laut. Es kann aber keine Rede davon sein, daß die Vorstände Mehrheitsentscheidungen ignoriert oder andere Gremien von oben herab in irgendeiner Form gesteuert hätten.

1.2 „Orthodoxe“ Positionen

Es waren erstaunlicherweise gerade die „orthodoxen“ Gruppierungen in der PDS, die die Fahne der innerparteilichen Demokratie hochhielten.⁶²⁸ Den Anlaß dazu gab ihnen allerdings ausschließlich die eigene Sorge, ideologisch und organisatorisch an den

627 Zu den in der Forschung diskutierten Kriterien innerparteilicher Demokratie vgl. Oskar Niedermayer: Innerparteiliche Demokratie, in: ders., Richard Stöss (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 230-250.

628 Vgl. Heinz Marohn: Wohin führt der Weg der PDS?, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 1/1995, S. 7.

Rand gedrängt zu werden.⁶²⁹ So konnte die Kommunistische Plattform trotz anderslautender Bekundungen nicht glaubhaft machen, einer demokratischen innerparteilichen Ordnung verpflichtet zu sein. Schon die Papiere, die die programmatischen Grundlagen der KPF manifestierten, redeten unverblümt vom Gegenteil. In krassem Gegensatz zu den Vorstellungen der „Reformer“ bekannte sich die KPF ausdrücklich zum leninistischen Parteiprinzip: „Wir Kommunistinnen und Kommunisten treten für ein Organisationskonzept ein, das den konkreten Bedingungen der Klassensituation entspricht und lehnen in Übereinstimmung mit Lenins Parteiauffassung jedes Schematisieren ab.“⁶³⁰ Diese – vergänglichen – Bedingungen geböten jedoch zur Zeit, „alle revolutionären Kräfte [...] zu sammeln“.⁶³¹ In diesem Sinne definierte die Plattform die PDS als „Bündnis kommunistischer, sozialistischer und humanistischer Strömungen“⁶³² – ein offensichtlicher Widerspruch zu den „Reformern“, die ihre Organisation in erster Linie als genuine Partei verstanden. Sich selbst als elementaren Teil dieses Bündnisses sehend,⁶³³ trat die KPF, aber auch das Marxistische Forum, als Gralshüter des innerparteilichen Pluralismus auf, den es gegenüber den „Reformern“ zu verteidigen gelte.⁶³⁴ Es ist nur auf den ersten Blick paradox, daß die KPF leninistischen Organisationsprinzipien anhing und sich gleichzeitig für ideologische Vielfalt stark machte.

Die „Orthodoxen“ hielten den „Reformern“ vor, diese Vielfalt mit den angestrebten Statutenänderungen beseitigen zu wollen,⁶³⁵ um, „dem politischen Druck des Klassengegners“ nachgebend,⁶³⁶ bestimmte innerparteiliche Zusammenschlüsse mundtot zu machen oder zumindest „ihre innerparteilich-öffentlichen Artikulationsmöglichkeiten empfindlich einzuschränken.“⁶³⁷ Dahinter habe die Absicht gestanden, grundsätzliche, für die „Orthodoxen“ inakzeptable programmatische „Richtungsentscheidungen in der Partei durchzusetzen.“⁶³⁸ Der Streit ums Statut war also im Grunde nur eine Fortsetzung der ideologischen Auseinandersetzungen auf anderer Ebene. Der innerparteiliche Pluralis-

629 Vgl. Kommunistische Plattform der PDS: Auch wir sind in großer Sorge!, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 7/1995, S. 16 f.

630 Eberhard Czichon, Thomas Hecker, Heinz Marohn: Zur Programmatik von Kommunistinnen und Kommunisten in der PDS. Ein Angebot zur Diskussion, in: Kommunistische Plattform der PDS (Hrsg.): Warum sind KommunistInnen in der PDS?, Berlin 1994, S. 26.

631 Ebd.

632 Ebd., S. 27.

633 Vgl. Heinz Marohn: Die Kommunistische Plattform – fester Bestandteil der PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 1/1996, S. 13-15.

634 Vgl. Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS: Durch nichts beirren lassen, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 7/1994, S. 4-7.

635 Vgl. Ellen Brombacher, Sahra Wagenknecht, Michael Benjamin, Thomas Hecker, Heinz Marohn, Friedrich Rabe: Zur Debatte in der PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 10/1996, S. 4-7.

636 Vgl. Eberhard Czichon: Anmerkungen zum „sanften Antikommunismus“ in der PDS, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 3/1994, S. 9. KPF-Funktionär Michael Benjamin mutmaßte: „Der Druck auf die PDS, gegen die Kommunistische Plattform vorzugehen, ist unerhört stark.“ Ders.: Kommunisten, Kommunismus und PDS, in: ebd., 6/1996, S. 5.

637 Thomas Hecker: PDS – Verantwortung als Oppositionskraft, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 1/1997, S. 8.

638 Michael Benjamin: Die Krise der Partei und Wege zu ihrer Überwindung, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 7/1995, S. 12.

mus verhiß sowohl der Kommunistischen Plattform als auch dem Marxistischen Forum bessere Möglichkeiten, die eigenen politischen Auffassungen in der Partei zu verbreiten. Denn Einfluß innerhalb der Vorstände war den „Orthodoxen“ – sieht man von einzelnen Landesverbänden im Westen ab – bislang nicht beschieden. Die „Reformer“ hatten sehr wohl erkannt, daß das „orthodoxe“ Verhältnis zum Pluralismus in der PDS lediglich ein taktisches war.⁶³⁹

Es bedarf keiner weiteren Erklärung, daß die Plattform alles daran setzte, sich in der starken Partei PDS zu behaupten, anstatt sich etwa mit der DKP auch organisatorisch zusammenzutun, mit der sie eine weit größere ideologische Gemeinsamkeit verband als mit der eigenen Partei. Dennoch pflegte sie – statuarisch abgesehen – eigenständige Beziehungen zu anderen „orthodoxen“ Organisationen, deren Einflußnahme auf die PDS sie im Gegenzug im Sinne kommunistischer Bündnispolitik für wichtig hielt.⁶⁴⁰ Diese Art von „Separatismus“ korrespondierte mit organisatorischer Autonomie innerhalb der PDS. Auch dabei hatte die KPF die Vorteile des Statuts weidlich ausgenutzt: Strukturell war sie eine Art Partei in der Partei mit eigener Satzung,⁶⁴¹ separaten Landesverbänden, einem Präsidium (Sprecherrat), einem die territorialen Gliederungen repräsentierenden Vorstand (Koordinierungsrat) und einem Parteitag (Bundeskonzferenz). Demgegenüber war die zweite einflußreiche „orthodoxe“ Gruppierung, das erst 1995 gegründete Marxistische Forum, ein informeller Zusammenschluß. Seine Mitglieder verstanden das Forum mehr als geistiges Korrektiv der Parteiideologie, als daß sie sich anschickten, innerhalb der PDS eigene Strukturen auszuprägen oder eine autarke Bündnispolitik zu verfolgen. Aber auch die „Marxisten“ beharrten auf den ihnen qua Statut zustehenden Rechten. Sie verlangten insbesondere die „offizielle“ Anerkennung durch den Parteivorstand und, damit zusammenhängend, Mandate für die Parteitage. Dies war lange Zeit auf Widerstand der „Reformer“ gestoßen. Es dauerte Jahre, bis das Marxistische Forum in den Genuß der eingeforderten Privilegien kam.⁶⁴²

2. Umgang mit innerparteilichen Strömungen

2.1 „Reform“-Positionen

Die „Reformer“ taten sich auf Bundesebene und in den neuen Ländern nicht in ideologisch geprägten Gruppierungen zusammen. In den Führungsgremien der PDS waren sie ohnehin – wie gesagt mit Ausnahme einiger westdeutscher Landesverbände – stets in der großen Mehrheit. Erste Ansätze, sich in Folge des Desasters bei der Bundestagswahl 2002 – nach dem anschließenden Geraer Parteitag keimte die Sorge vor einem Rück-

639 Vgl. Martin Harnack, in: PDS-Pressedienst vom 3. Juni 1994.

640 Dies war der Grund, warum sich Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum vehement gegen alle Anläufe seitens der „Reformer“ gestäubt hatten, Doppelmitgliedschaften zu untersagen. Vgl. Kommunistische Plattform der PDS: Aufgaben der Kommunistischen Plattform der PDS nach dem Münsteraner Parteitag, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 6/2000, S. 1-14; dies.: Doppelmitgliedschaften beibehalten, in: PDS-Pressedienst vom 13. Dezember 1996.

641 Satzung der Kommunistischen Plattform der PDS, in: Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.): Kommunisten in der PDS, Berlin 1995, S. 47 f.

642 Den Antrag des Marxistischen Forums, zwei Parteitagmandate zugestanden zu bekommen, lehnte der PDS-Vorstand zunächst ab. Vgl. PDS-Pressedienst vom 17. November 1995.

schlag für die Vorstellungen der „Reform“-Ideologen in der programmatischen Debatte⁶⁴³ – außerhalb der bestehenden Parteinstanzen zu formieren, stecken noch in Kinderschuhen.⁶⁴⁴ Der Umgang mit anderen Strömungen war ob der dauerhaften strukturellen Dominanz des „Reformer“-Lagers ein Konflikt zwischen „oben“ und „unten“, den die „Reformer“ sozusagen auf dem Verordnungswege austragen konnten. Doch waren diese Auseinandersetzungen insbesondere mit den „Orthodoxen“ immer mit politischer Überzeugungsarbeit verbunden. Sie sind nicht hinreichend zu erklären, läßt man die ideologischen Differenzen zwischen den Lagern außer acht. Deshalb schließt sich hier mit Blick auf Kapitel III der Kreis.

Die oben beschriebenen Änderungen am Parteistatut wären den „Reformern“ mit Sicherheit nicht in den Sinn gekommen, hätte es nicht die „orthodoxen“ Zusammenfassungen gegeben. Begründet wurden die organisatorischen Reformen damit, man wolle „Politikfähigkeit“ erlangen. Auf dem Weg dorthin stellten Kommunistische Plattform, Marxistisches Forum und bestimmte Strömungen in den West-Landesverbänden offensichtlich ein existenzgefährdendes Hindernis dar: Die Auseinandersetzung mit der KPF „muß erst einmal wirklich beginnen. Sonst geht die PDS kaputt. [...] Wir brauchen eine eindeutige realpolitische Orientierung und ein klares sozialistisches Profil. Beides existiert bislang nicht, auch wenn die KPF gern behauptet, dieses sei in Gefahr.“⁶⁴⁵ Daß gerade diese Gruppierungen Angriffe seitens der „Reformer“ trafen, gibt einen Hinweis auf den relativ großen ideologischen Einfluß der „Orthodoxen“ innerhalb der PDS. So konnte sich etwa die KPF durchaus Selbstbewußtsein leisten: „Die Partei verlassen würden wir, wenn die Basis den Wunsch hätte, uns – wie es neuerdings so ‚kulturvoll‘ heißt – abzustoßen. Doch deren Teil sind wir – und daher sind Aufforderungen [zum Austritt aus der PDS] [...] nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben stehen.“⁶⁴⁶

Solche Aufforderungen waren indes nicht von allen „Reformern“ zu hören. Das Lager war in der Frage des Umgangs insbesondere mit der KPF gespalten. Einerseits vertraten etwa André Brie, Gregor Gysi und Wolfgang Gehrcke die Auffassung, die Kommunisten seien ein Fremdkörper in der PDS, ideologisch und strukturell eine eigene Partei. Deshalb sei es nur logisch, sie würden sich außerhalb der PDS organisieren.⁶⁴⁷ Andererseits war es der langjährige PDS-Vorsitzende Lothar Bisky, der immer wieder eine Lanze für die Kommunistische Plattform brach. Er insistierte, daß zum Pluralismus der PDS Kommunisten unverzichtbar dazugehören. Deshalb habe er „überhaupt keine Lust,

643 Dem neugewählten Vorstand wurde von Seiten der entschiedensten „Reformer“ nicht zugetraut, die programmatische Erneuerung voranzutreiben. Vgl. Dietmar Bartsch: Zurück in die Gesellschaft? Zurück zur Politik!? Zur Situation der PDS, Manuskript, 4. November 2002.

644 Vgl. Paul Schäfer, Sonja Kiesbauer: Nach Gera – Neukonstituierung der Reformlinken. Aufruf, Manuskript, 16. Oktober 2002; Netzwerk Reformlinke: Gründungsbeschluß. Konferenz „Konstituierung der Reformlinken“ in Berlin, Manuskript, 9. November 2002. Das Bündnis „Demokratische Linke“ in der PDS, das sich im Jahr 2000 um Caterina Muth geschart hatte, blieb ohne Relevanz.

645 „Ohne uns gäbe es eine machtvolle rechte Partei“. Interview mit André Brie, in: Berliner Zeitung vom 7. August 2000.

646 Kommunistische Plattform der PDS: Aufgaben der Kommunistischen Plattform der PDS nach dem Münsteraner Parteitag, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 6/2000, S. 7.

647 Vgl. Gregor Gysi: Zur gegenwärtigen Diskussion in unserer Partei, in: PDS-Pressedienst vom 23. August 1996; „Ohne uns gäbe es eine machtvolle rechte Partei“. Interview mit André Brie, in: Berliner Zeitung vom 7. August 2000.

mich von [ihnen] in irgendeiner Weise abzugrenzen“⁶⁴⁸ und nicht die Ansicht, die KPF aus der PDS zu verdrängen.⁶⁴⁹ Und auch Helmut Holter mochte sich 1994 unter Verweis auf das Pluralismusprinzip nicht – wie von seinem späteren Koalitionspartner SPD gefordert – eindeutig von der KPF distanzieren.⁶⁵⁰ Natürlich wußten wie Bisky auch Brie, Gysi und Gehrcke, daß mit einem Ausschluß der KPF nicht nur ein paar dutzend Aktivisten die Partei verlassen würden, sondern möglicherweise auch große Teile der Basis. Und nichts spricht dagegen, daß Bisky mit der Forderung konform ging, der Umgang mit den „Orthodoxen“ müsse auf eine „grundlegende politische Richtungsentscheidung“ (Gregor Gysi) und „klare inhaltliche Klärungen“ (André Brie) in der PDS zielen.

Selbst wenn sie es versucht hätten: auch in formaler Hinsicht wären die „Reformer“ mit einem Parteiausschlußverfahren gegen die „Orthodoxen“ nicht erfolgreich gewesen,⁶⁵¹ jedenfalls nicht unter den gegebenen Voraussetzungen. Die Statutenänderungen gingen dafür nicht weit genug, und auch die geplante Neufassung des Grundsatzprogramms von 1993 – auf das sich die Orthodoxen ideologisch immer berufen konnten – war ein mühevolleres Unterfangen, das ohne Ergebnis in jahrelangen Diskussionen feststeckte.⁶⁵² So blieb den „Reformern“ nur die – ebenso vergebliche – Restaurierung eines innerparteilichen „Grundkonsenses“, auf den man die „Orthodoxen“ verpflichten wollte – ereilte diese doch der permanente Vorwurf, „eine andere PDS“⁶⁵³ anzustreben. Wie weit die „Reformer“ mit diesem Unterfangen kamen, zeigten die Vorgänge auf dem Berliner Parteitag 1995, die als „Antikommunismusstreit“ in die Annalen der PDS eingingen.

In der Auseinandersetzung darüber, was in der Partei überhaupt zum programmatischen Grundkonsens gehört – beide Lager warfen einander vor, denselben verlassen zu haben – wollten die „Reformer“ per Parteitagsbeschluß „stalinistische Auffassungen“⁶⁵⁴

648 Was sich die Linke selbst schuldig ist... Interview mit Lothar Bisky, in: unsere zeit vom 5. Februar 1993.

649 Vgl. PDS-Pressedienst vom 20. Januar 1995.

650 Vgl. Helmut Holter, Johann Scheringer: Erklärung, Manuskript, 27. Oktober 1994.

651 In einzelnen Fällen konnten sich die „Reformer“ vor der Schiedskommission gegen die „Orthodoxen“ durchsetzen. So billigte es das „Parteigericht“, daß Sahra Wagenknecht die Mitarbeit in der Programmkommission verwehrt wurde. Anlaß dazu hatten den Stalinismus verherrlichende Äußerungen in einem Artikel der KPF-Protagonistin gegeben. Vgl. Sahra Wagenknecht: Marxismus und Opportunismus – Kämpfe in der sozialistischen Bewegung gestern und heute, in: Weißenseer Blätter, 4/1992, S. 12-26. Das Parteiausschlußverfahren gegen das „ultra-orthodoxe“ Mitglied des Marxistischen Forums, Gerhard Branstner, kam nicht wegen dessen ideologischer Einstellung, sondern wegen mehrfacher Herabwürdigung und Beleidigung Gregor Gysis zustande. Vgl. Bundesschiedskommission der PDS: Bericht an die 1. Tagung des 7. Parteitags, Manuskript, 14. Oktober 2000.

652 Vgl. Jürgen P. Lang: Partei ohne Mitte – Die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 13. Jhrg., Baden-Baden 2001, S. 155-168.

653 Parteivorstand der PDS: Für praktische Politik, für konkrete Interessen, in: PDS-Pressedienst vom 26. Mai 1995.

654 Lothar Bisky, Gregor Gysi, Hans Modrow: Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel. Antrag zu den fünf wichtigsten Diskussionspunkten der gegenwärtigen Debatte in der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 20. Januar 1995. Daß der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow, der nicht gerade als „Reformer“ in Erscheinung getreten war, als „Autor“ mit ins Boot geholt wurde, kann als Konzession an die Basis gelten. Seinen ursprünglichen Antrag (vgl. Parteivorstand der PDS: 10 The-

für unvereinbar mit einer Mitgliedschaft in der PDS erklären. Gemünzt war die Anstrengung auf die „Orthodoxen“, die auf dem Parteitag allerdings durchsetzten, daß der entsprechende Satz aus der Vorlage hinausgestimmt wurde und an seiner Statt „antikommunistische“ Auffassungen in die Reihe der Unvereinbarkeiten rückten.⁶⁵⁵ Der Affront gegenüber den „Reformern“ hatte zur Folge, daß sich das irritierte Parteitagspräsidium zu einer Krisensitzung zurückzog. Am Ende gaben die Delegierten dem aus der Not geborenen Vorschlag der „Reformer“ ihren Segen, als Kompromiß die Formulierung anzufügen: „Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.“⁶⁵⁶

Die Absicht der „Reformer“, ein möglichst präzises politisches Selbstverständnis der PDS festzuschreiben, zeitigte nicht den gewünschten Effekt. Die Abgrenzung von „stalinistischen“ Positionen verlor sich in der unverbindlichen Feststellung: „Ein Zurück hinter den auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 beschlossenen Bruch mit stalinistischen Strukturen darf es nicht geben.“⁶⁵⁷ Auch der Begriff „demokratisch-kommunistisch“, eine *contradictio in adjecto*, ließ Platz für alle Interpretationen. Den „Reformern“ erlaubte er – legt man deren Demokratieverständnis zugrunde – eine Absage an „den Stalinismus“ herauszulesen, während sich die „Orthodoxen“ auf die ausdrückliche Legitimität kommunistischer Einstellungen berufen konnten. Ungeklärt blieb freilich auch, was genau unter „Stalinismus“ zu verstehen sein sollte; der Streit der Lager hatte sich ja nicht zuletzt an diesem Punkt entzündet.⁶⁵⁸ Zweierlei wird deutlich: Erstens können die Versuche der „Reformer“, die Abgrenzung von den „Orthodoxen“ innerparteilich zu manifestieren, als gescheitert gelten. Entsprechende Vorstöße gelangen weder durch politisch-programmatische Festlegungen noch durch Änderungen des Parteistatuts. Daraus folgt zweitens, daß die geistig-emotionale Affinität der Mitglieder zu den „orthodoxen“ Gruppierungen einen nicht unerheblichen Faktor darstellt. Die „Reformer“ selbst waren sich dessen bewußt, andernfalls wären sie die Auseinandersetzung mit den – personell schwachen – Zusammenschlüssen viel gelassener angegangen.

So war der Umgang mit der AG Junge GenossInnen (AGJG) kaum ein Problem. Zwar war die AG insofern dem „Reformer“-Lager zuzurechnen, als sie die ideologischen Prämissen teilte⁶⁵⁹ und sich gerade in puncto „Stalinismus“ entschieden gegen die

sen zum weiteren Weg der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 2. Dezember 1994) nahm der Parteivorstand eilends wieder zurück, nachdem dem Papier aus der Mitgliedschaft breite und heftige Kritik entgegengeschlagen war. „Reform“-Programmatik pur war, bar jeden Bekenntnisses zum Sozialismus, in der Partei nicht durchzusetzen gewesen.

655 Vgl. Delegierte der Kommunistischen Plattform: Erklärung, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, 2/1995, S. 2; Kommunistische Plattform der PDS: Zu den Ergebnissen der 1. Tagung des 4. Parteitages. Beschluß der 2. Tagung der 6. Bundeskonferenz, in: ebd., 3/1995, S. 7-10.

656 Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel. Beschluß des 4. Parteitages der PDS/1. Tagung, in: Disput, 3-4/1995, S. 27.

657 Ebd.

658 Siehe oben in Kapitel III die Abschnitte 2.1 und 2.2.

659 Vgl. Halina Wawzyniak u. a.: Entwurf eines Grundsatzpapiers der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS, Manuskript, o. D.

„Orthodoxen“ positionierte.⁶⁶⁰ Andererseits scherten andere politische Auffassungen der „Jungen GenossInnen“ – wenn auch nicht kategorisch, so doch deutlich – aus dem Mainstream der „Reformer“-Ideologie aus. In den Fragen der parlamentarischen Strategie und der Regierungsbeteiligung ging die AG mit „orthodoxen“ Positionen konform.⁶⁶¹ Sie kaprizierte sich auf einen strikt außerparlamentarischen Widerstand gegen „das System“ und schloß dabei die Anwendung von Gewalt nicht aus.⁶⁶² Der AGJG (die man schon wegen der Gewaltfrage als extremistisch einstufen kann) schallte jedoch aus den Reihen der „Reformer“ in den Vorständen bei weitem nicht der Widerspruch entgegen wie der KPF und dem Marxistischen Forum – der radikalen Ideologie und der abweichenden Auffassung in wichtigen strategischen Überlegungen zum Trotz.

Dies mag daran gelegen haben, daß die Trennlinie der ideologischen Auseinandersetzungen akkurat zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ verlief. Schlüssiger ist in diesem Fall aber eine andere Erklärung: Die AGJG war weitaus schlechter in der PDS verankert als die „orthodoxen“ Gruppierungen; ihre politische Wirkung innerhalb der Partei (und außerhalb) war vergleichsweise marginal.⁶⁶³ Ohne großes Federlesen konnte (und sollte) deshalb die AG auf dem „kalten Wege“ durch den PDS-Jugendverband „solid“ ersetzt werden,⁶⁶⁴ der bislang nicht mit linksradikalen Verlautbarungen aufgefallen ist und sich der „Reform“-Programmatik gegenüber loyal verhielt.⁶⁶⁵ Zu einer Konfrontation wie zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ kam es dabei nicht. Vielmehr trieben Exponenten der „Jungen GenossInnen“ – Angela Marquardt und Halina Wawzyniak etwa, die als PDS-Funktionäre und/oder Bundestagsabgeordnete für das „Reformer“-Lager standen – das Unternehmen voran, ohne auf innerparteilichen Widerspruch zu stoßen.⁶⁶⁶

Das entscheidende Motiv der „Reformer“, gegen ideologisch dissidente Strömungen vorzugehen, war nicht deren Existenz an sich, sondern ihr Vermögen, strategische Pläne zu durchkreuzen. Deutlich zeigte sich dies im Umgang der „Reformer“ mit „orthodoxen“ Gruppierungen in westlichen Landesverbänden. Die Auseinandersetzung mit ihnen brauchte – anders als mit KPF und Marxistischem Forum – nicht als Kampf um die pro-

660 Vgl. Gespräch des Verfassers mit Angela Marquardt am 1. Juni 1994 in Berlin.

661 Vgl. AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS: Radikal in die Zukunft, anstatt auf der Stelle treten! Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft, Berlin 1997; Bundeskoordinierungsrat der AG „Junge GenossInnen“: Erklärung, Manuskript, 3. Februar 1995.

662 Vgl. AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS: „Friedlich oder militant – wichtig bleibt der Widerstand!“. Bundeskongreß Magdeburg, 22./23. Januar 1994. Zusammenstellung der Beschlüsse und Ergebnisse, Manuskript, o. D.

663 Von internen Differenzen zerrieben, drohte die auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED gegründete AGJG schon in den ersten Jahren ihres Bestehens einzuschlafen. Angesichts der bedrohlichen Überalterung der PDS-Mitgliedschaft setzten sich führende „Reformer“ – allen voran Gregor Gysi – zunächst dafür ein, die AG wiederzubeleben. Vgl. Gespräch des Verfassers mit Angela Marquardt am 1. Juni 1994 in Berlin. Vgl. auch: Ein PDS-Jugendverband nur für Partys? Interview mit Halina Wawzyniak, in: junge Welt vom 16. November 1998.

664 Vgl. zu diesem Vorgang Thomas Barthel: Jahrelang abgelehnt – nun eine Kehrtwendung? Das Projekt eines PDS-nahen Jugendverbandes ist auf dem Weg, in: Disput, 9/1998, S. 37 f.

665 Vgl. solid – die sozialistische jugend: Grundsatzdokumente, Hannover 1999.

666 Vgl. Initiative zur Gründung eines sozialistischen Jugendverbandes: Wir können nicht mehr länger warten, es ist an der Zeit, Manuskript, o. D.; Wolfgang Hübner: Abschied vom Sitzungssozialismus. Treffen zur Gründung eines Jugendverbands, in: Neues Deutschland vom 8. Januar 1999.

grammatische Meinungsführerschaft in der Partei ausgetragen werden, wenngleich dieselben ideologischen Differenzen zugrundelagen. Auf einen solchen Kampf hätten sich die „Reformer“ mit den sogenannten „Sektierern“ im Westen auch gar nicht eingelassen, waren diese doch für sich genommen ohne Einfluß auf die programmatischen Grundsätze der gesamten Partei. Der Grund dafür lag in erster Linie in der eklatanten Schwäche der Landesverbände in den alten Bundesländern selbst,⁶⁶⁷ einem Umstand jedoch, der es den „Sektierern“ dort leicht machte, in den Parteiinstanzen Machtpositionen zu erobern. Dies wiederum war den „Orthodoxen“ in den östlichen Landesverbänden und auf Bundesebene nie gelungen.

Die „Reformer“ nahmen den Kampf auf, weil es die bundesweite Perspektive ihrer (Wahl-)Strategie gebot.⁶⁶⁸ Dazu schien es notwendig, die in der Gesellschaft weitgehend einflußlose und deshalb in der Parteizentrale in Berlin ohnehin wenig gelittene und nur halbherzig unterstützte⁶⁶⁹ West-PDS „auf Linie“ zu bringen. Dies war in den Fällen ein schwieriges Unterfangen, in denen es die Konflikte zwischen „Sektierern“ und „Reformer“-loyalen Stimmen vermochten, ganze Landesverbände zu paralysieren.⁶⁷⁰ Betroffen waren davon: dauerhaft Hamburg, zeitweise Baden-Württemberg und Bayern, mit lokalen Einschränkungen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Überall dort betrieben aus Sicht der „Reformer“ im Bundesvorstand „starke Gruppen“ eine Politik, die sich nicht mehr auf dem Boden der PDS-Programmatik bewegte. Dies sei mit dem Willen verbunden gewesen, sich – vor allem in Fragen der Wahlstrategie – keinesfalls vom Bundesvorstand ins eigene Handwerk pfuschen zu lassen. Praktisch laufe die Politik der West-„Orthodoxen“ auf die Installierung einer anderen Partei hinaus.⁶⁷¹ Derselbe Vorwurf hatte schon die KPF getroffen. Die „Reformer“ in den West-Verbänden teilten diese Einschätzung: Die „Orthodoxen“ instrumentalisieren den Pluralismus in der PDS und nutzen die Partei als organisatorische Plattform.⁶⁷² Es verstärkte sich „der Ein-

667 Vgl. Claudia Gohde, Udo Wolf: Thesen zur Westentwicklung der PDS, Manuskript, 12. Juni 1996; Wolfgang Gehrcke, Claudia Gohde: PDS in den westlichen Bundesländern. Zur Diskussion – Bilanz und Verantwortlichkeiten, Manuskript, 21. März 1996; Claudia Gohde, Martin Harnack: Analysematerial zur Lage in den westlichen Landesverbänden, Manuskript, 19. Juni 1995; Claudia Gohde: Für den Parteivorstand, Manuskript, 15. November 1994.

668 Vgl. Veränderung von unten. Sozial + solidarisch, demokratisch + antimilitaristisch. Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998 (Entwurf), in: PDS-Pressedienst vom 15. September 1995.

669 Der Bundesvorstand unterstützte die West-Verbände vorrangig zu Zeiten der Bundestagswahlkämpfe, weil die PDS zur Überwindung der 5-Prozent-Hürde auf Stimmen aus den alten Bundesländern angewiesen war.

670 Vor allem Schleswig-Holstein und Hessen galten dagegen den „Reformern“ an der Parteispitze stets als strategisch und ideologisch vorbildliche Landesverbände. Zum Beispiel bekannte sich die hessische PDS ausdrücklich zur „Reformer“-Programmatik. Vgl. Erklärung des Landesvorstandes der PDS Hessen zur Lage der Partei nach dem Münsteraner Parteitag, Manuskript, 14. April 2000. Dort blieb das „orthodoxe“ Sozialistische Forum ohne Einfluß. Vgl. 5 Jahre PDS in Hessen: Linke Alternative oder Rohrkrepierer?, in: Hessen Links, November 1995, S. 3 f.

671 Vgl. die Äußerungen von Gregor Gysi, Harald Werner und Joachim Bischoff in: PDS-Pressedienst vom 15. April 1994.

672 Vgl. Harri Grünberg: Wahlkampf West – ein Schritt zur gesamtdeutschen sozialistischen Partei, in: PDS-Pressedienst vom 9. Januar 1998.

druck, daß sich unter dem Dach der [West-]PDS unterschiedliche bis gegensätzliche Parteien entwickeln.“⁶⁷³

Schon frühzeitig wurden deshalb Forderungen nach entschiedenen Gegenmaßnahmen laut, die – anders als im Fall der „Orthodoxen“ im Osten – mit organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Mitteln ergriffen wurden. Ganz im Gegensatz zur PDS in den neuen Bundesländern waren es in den „separatistischen“ West-Verbänden die „Reformer“, die sich gegen die örtliche Dominanz „orthodoxer“ Gruppen formierten.⁶⁷⁴ Beispielsweise existierte in Bayern eine „Initiative Linke Opposition“ (ILO),⁶⁷⁵ in Baden-Württemberg eine „Plattform Demokratischer Sozialismus“, in Nordrhein-Westfalen eine AG „5 vor 12“.⁶⁷⁶ In Hamburg gab es mit dem „PDS Stadtverband“ praktisch einen „Reformer“-loyalen zweiten Landesverband,⁶⁷⁷ der parallel zu der von der „orthodoxen“ „Liste Links“ dominierten ursprünglichen PDS in der Hansestadt arbeitete⁶⁷⁸ und sich mit dieser sowohl vor den Schiedskommissionen der Partei als auch vor zivilen Gerichten um die Legitimität stritt.⁶⁷⁹ Nur die ideologisch kompatiblen Strukturen erfuhren die finanzielle – natürlich auch politische – Unterstützung der „Reformer“ in den Bundesvorständen,⁶⁸⁰ was die zum „orthodoxen“ Lager gehörenden Hamburger PDS-Funktionäre Andreas Grünwald und Kristian Glaser – wie die Zukunft zeigte, nicht zu Unrecht – als Versuch werteten, ihren Landesverband zu spalten.⁶⁸¹

Im Jahr 2001 hatte der Bundesvorstand auf Betreiben seiner „Reformer“-Mehrheit vergeblich versucht, den Hamburger Landesverband per Gerichtsbeschuß auflösen zu lassen. Auf dem Rostocker PDS-Parteitag 2002 beantragten die „Reformer“ in Hamburg, ihren Verband neu zu gründen. Den dominierenden „Orthodoxen“ warfen sie in ihrer Begründung vor, Programm, Statut und Grundsatzbeschlüsse der PDS wiederholt

673 Matthias W. Birkwald u. a.: Aufruf an die Landesverbände der PDS in den westlichen Bundesländern, in: PDS-Pressedienst vom 15. April 1994.

674 Vgl. Konferenz „Wir wollen die PDS auch im Westen“: PDS im Westen stärken. Erklärung, in: PDS-Pressedienst vom 12. Dezember 1997.

675 Vgl. Initiative Linke Opposition in Bayern gegründet, in: ILO-Info, Heft 1, o. D. Am Zustandekommen dieses Zusammenschlusses wirkten mit Claudia Gohde und Martin Harnack „Reformer“ des Bundesvorstandes mit.

676 Vgl. Martin Florichs: Positionen der „AG 5 vor 12“, in: Disput, 15-16/1995, S. 20.

677 Zu den politischen Positionen der „Reformer“ in Hamburg vgl. Landesarbeitsausschuß der PDS Hamburg: Arbeitsplanung des PDS-Landesverbandes Hamburg, Manuskript, 16. September 2000; ders.: Politische Erklärung zur Situation im Hamburger Landesverband, Manuskript, 20. Juli 2000.

678 Eine Zeitlang hatte die Hamburger PDS zwei Vorstände, die getrennte Landesversammlungen einberiefen. Vgl. Landesarbeitsausschuß der PDS Hamburg: Putsch, Spaltung oder demokratischer Vorgang?, in: Hamburg-Info, 1/2000, S. 1; „PDS Stadtverband Hamburg – Zusammenschluß für PDS-Politik in Hamburg“ gegründet, in: Hamburg-Info, 4/2001, S. 2; Christiane Schneider: „manche meinen, lechts und rinks kann man nicht velwechsern, werch ein illtum“, in: ebd., S. 1-3; Heino Windt: Landesversammlung 27. Januar 2001, in: ebd., 2/2001, S. 2.

679 Vgl. „Liste Links“ will Mehrheitsentscheidung mit Hilfe von Zivilrichtern umgehen, in: Hamburg-Info, 4/2000, S. 2. Die Bundesschiedskommission der PDS hatte zuvor den „Stadtverband“ als die eigentliche Hamburger PDS anerkannt. Vgl. Bundesschiedskommission: Beschluß, in: PDS-Pressedienst vom 8. September 2000.

680 So unterstützte der Bundesvorstand zweitweise die loyale PDS in Nürnberg, nicht aber die „sektierischen“ Genossen in München. Vgl. PDS-Pressedienst vom 4. April 1996.

681 Vgl. Bestätigung des Finanzplans und Hamburg-Stellungnahme. Zur Tagung des Bundesparteirates der PDS am 3. Mai in Berlin, in: PDS-Pressedienst vom 15. Mai 1997.

mißachtet zu haben.⁶⁸² Bis zur Auflösung wollten es die Delegierten jedoch nicht kommen lassen. Als Kompromiß zwischen den Lagern beschloß der Parteitag, die Hamburger PDS solle auf einer Landesversammlung „aller Mitglieder“ mit Blick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen eine neue Führung und inhaltliche Positionen bestimmen.⁶⁸³ Ähnlich wie in Hamburg – wenn auch nicht in demselben Ausmaß – hatten Ex- oder Noch-Mitglieder linksextremistischer Organisationen „orthodoxer“ Prägung in anderen westlichen Landesverbänden die Führungsetagen erklommen. Dies war lange Zeit in Bayern der Fall. In Nordrhein-Westfalen nahmen Angehörige des BWK⁶⁸⁴ herausgehobene Positionen, unter anderem als Landessprecher wahr.⁶⁸⁵ In Baden-Württemberg drängte die orthodoxe BWK/VSP-Fraktion⁶⁸⁶ in einem tief zerstrittenen und deshalb politisch handlungsunfähigen Landesverband unter teilweise mysteriösen Umständen peu à peu in den Vorstand, dominierte die Landesschiedskommission und brachte schließlich desillusionierte „Reformer“ dazu, von ihren Führungspositionen zurückzutreten.⁶⁸⁷ In diesen Fällen – weitere ließen sich anführen – sahen die „Reformer“ im Bundesvorstand im Gegensatz zu Hamburg keinen akuten Handlungsbedarf, wengleich im Grunde dieselben Mißstände evident waren.

Schwierigkeiten bereiteten den „Reformern“ die Gründungen sogenannter AG BWK in allen westlichen Landesverbänden. Linksextremistische Parteien der alten Bundesrepublik (DKP, BWK, VSP, MLPD) standen 1990 vor der Frage, ihre Wahl- und Bündnisstrategien in Konkurrenz zur PDS fortzusetzen oder sich als deren Partner anzudienen. Für die letzte Option hatte sich vor allem die „übriggebliebene“ und personell schwache K-Gruppe BWK stark gemacht, und dazu die „Roten Tische“ ins Leben gerufen. Diese verzichteten jedoch mit dem gleichzeitigen Entstehen des PDS-Wahlprojektes Linke Liste auf eine eigene Kandidatur. Von da an ging der BWK dazu über, unter Ausnutzung des PDS-Statuts zuerst „Arbeitsgemeinschaften“ in der PDS zu gründen und danach seine Landesverbände komplett in diese AG BWK umzuwandeln. Weil die Strukturen des BWK erhalten blieben, sahen die PDS-„Reformer“ in diesem Prozeß

682 Vgl. Reni Assad u. a.: Antrag: Auflösung des Landesverbandes Hamburg der PDS, in: Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.): 7. Parteitag, 3. Tagung: Anträge, Berlin 2002, S. 177 f; dies.: Antrag: Neukonstituierung des Landesverbandes Hamburg, in: ebd., S. 179.

683 Vgl. Beschluß der 3. Tagung des 7. Parteitages: Zum Landesverband Hamburg der PDS, in: Disput, 3/2002, S. 50. Führende PDS-Funktionäre, unter ihnen Peter Porsch, reisten nach Hamburg, um den ordnungsgemäßen Ablauf der Versammlung zu garantieren.

684 Zu Geschichte und linksextremistischer Orientierung des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) vgl. Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 124-130.

685 Vgl. Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Die PDS in der nordrhein-westfälischen Politik und ihre Vernetzung mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen und der politischen Linken. Antwort auf die Große Anfrage 11 der Fraktion der CDU, in: Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 13/2183 vom 21. Januar 2002, S. 11.

686 Zu Geschichte und linksextremistischer Orientierung der Vereinigung Sozialistische Politik (VSP, ehemals „Vereinigte Sozialistische Partei“) vgl. Patrick Moreau, Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 267-273.

687 Vgl. dazu den sehr instruktiven Aufsatz von Bettina Blank: Die PDS in Baden-Württemberg: Ein sozialistisches Experiment, in: Gerhard Hirscher, Peter Christian Segall (Hrsg.): Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven, München 2000, S. 35-58.

einen Parteienzusammenschluß.⁶⁸⁸ Dem BWK warfen sie vor, gar nicht in der PDS mitarbeiten, sondern sich lediglich rechtliche und finanzielle Vorteile sichern zu wollen. In der Tat bewahrte der BWK eine „völlige organisatorische und finanzielle Eigenständigkeit.“⁶⁸⁹ Die Notwendigkeit einzuschreiten sahen die „Reformer“ aber erst, als der BWK die Weigerung einiger PDS-Landesverbände ignorierte, die AG anzuerkennen. Von da an befaßten sich die PDS-Schiedskommissionen auf Bundes- und Länderebene mit dem Fall BWK,⁶⁹⁰ allerdings ohne Konsequenzen.⁶⁹¹ Die lange Zeit mit der „West-Koordination“ betraute „Reformer“-Funktionärin Claudia Gohde wies ausdrücklich darauf hin, es hätten keine PDS-Mitglieder mit BWK-Parteibuch aus der Partei gedrängt werden sollen. Vielmehr habe das Problem darin gelegen, daß die Dominanz der in den 70er Jahren entstandenen linksextremistischen Organisationen die „Reformer“-Strategie blockierte.⁶⁹² Strategische Motive leiteten also den Umgang der „Reformer“ mit den AG BWK, wie überhaupt mit den „Orthodoxen“ im Westen.

Gegenmaßnahmen ergriffen die „Reformer“ an der Parteispitze erst, wenn bestimmte, nicht aber ideologische oder programmatische Grenzen überschritten wurden. Dies war – wie das Hamburger Beispiel zeigt – dort der Fall, wo „Orthodoxe“ aus der links-extremistischen „Szene“ der alten Bundesrepublik einen Landesverband derart beherrschten, daß dieser de facto der Kontrolle durch den Bundesvorstand entzogen war. Eingeschritten wurde auch dann, wenn, wie zeitweise in Bayern und Niedersachsen geschehen, „orthodoxe“ Gruppen die durch Parteibeschlüsse abgesegnete Wahlstrategie der „Reformer“ mißachteten,⁶⁹³ oder wenn – siehe BWK – „Orthodoxe“ sich anschickten, die PDS organisatorisch zu instrumentalisieren. Hingenommen wurde aber, daß es in allen (also auch in den im ganzen „Reformer“-loyalen) West-Landesverbänden „orthodoxe“ Zusammenschlüsse gab, deren Angehörige mitunter bis in die Führungsgremien gelangten. Die Zustände in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gaben allenfalls Anlaß zu pauschalen Mängelrügen. Denn dort war – aus unterschiedlichen Gründen – die Wahlstrategie der „Reformer“ nicht beeinträchtigt.

688 Vgl. Heinrich Eckhoff: Stationen einer nicht gewollten Vereinigung. Die Verschmelzung des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) mit der PDS, in: analyse & kritik vom 4. Mai 1995; Präsidium des BWK: Feststellungen der Bundeskonferenz zum Stand der Beziehungen zum PDS-Bundesvorstand, in: Ergebnisse und Materialien, 2/1996, S. 12 f.

689 Bundesschiedskommission der PDS: Beschluß vom 11. Juni 1995 zum Antrag des Bundesvorstandes der PDS vom 23. März 1995 in Sachen „Arbeitsgemeinschaften BWK in und bei der PDS“, in: PDS-Pressedienst vom 30. Juni 1995.

690 Vgl. ebd. Die Kommission gab dem Vorstand in der Sache recht, lehnte den Antrag aber aus formalen Gründen ab. Vgl. auch PDS-Landesinfo Baden-Württemberg, 6/1997, Beilage, S. 1.

691 Die AG BWK ignorierten auch die Beschlüsse der Bundesschiedskommission. Vgl. Landesvorstandssitzung vom 11. Juni 1996, in: PDS-Landesinfo Baden-Württemberg, 4-5/1996, Beilage, S. 5. Die Umbenennung der Arbeitsgemeinschaften in „AG für kommunistische Politik in der PDS“ ließ nicht auf einen Wandel in den Intentionen und Zielen des BWK schließen. Mit dem neuen Namen wollte man erreichen, daß sich Leute der AG anschließen, die nicht aus dem BWK stammen. Die Organisation des BWK bestand als „Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften“ mit eigenen Strukturen außerhalb der PDS fort.

692 Vgl. Claudia Gohde: Am Problem vorbei. Widerspruch zu: „Exorzismus bei der PDS“, in: analyse & kritik, vom 4. Mai 1995.

693 Siehe oben in Kapitel IV den Abschnitt 1.2.

So wirkt die ideologische Abgrenzung der „Reformer“ von den „Orthodoxen“ im Westen aufgesetzt. Differenzen programmatischer Natur wurden zwar immer wieder argumentativ ins Feld geführt; sie waren aber nicht der eigentliche Grund, gegen die „Orthodoxen“ vorzugehen. Anscheinend hatten deren Positionen ihre Existenzberechtigung, solange nicht die Identität der Partei „als PDS“ und die erwünschte Außenwirkung Schaden nahmen. Als der Hamburger Landesverband nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 die berüchtigten Plakate mit der Aufschrift „Sowas kommt von so-was!“ klebte, war innerhalb des „Reformer“-Lagers der Sturm der Entrüstung groß. Die schon früher augenfällige antidemokratische Qualität der Hamburger PDS an sich hatte aber noch nicht den Ausschlag für den Entschluß der „Reformer“ gegeben, in der Auseinandersetzung mit dem Landesverband in die Offensive zu gehen.

Nichts entscheidendes hatten die „Reformer“ dem häufig monierten strategischen Manko entgegenzusetzen, die Existenz der „Orthodoxen“ verstärkte die ohnehin stark ausgeprägte gesellschaftliche Isolation der West-PDS. „Sektierertum garantiert Wahlschlappe“⁶⁹⁴ – mit dieser Überschrift versah das „Neue Deutschland“ einen Artikel des Landesvorsitzenden der PDS in Bremen, Klaus Rainer Rupp. Wie andere „Reformer“ machte er in den „abgeschotteten“ innerparteilichen „orthodoxen“ Gruppierungen die Ursache für die geringe Attraktivität der West-PDS auf neue Mitglieder und Wähler aus. Auch hier lieferten wahlstrategische Überlegungen, nicht die ideologischen Differenzen das Hauptargument. Ihr Problem hatten die „Reformer“ mit „orthodoxen“ Zusammenschlüsse im Westen in erster Linie wegen deren Autonomie und Renitenz, während die Programmatik eine untergeordnete Rolle spielte, die Vereinbarkeit mit Demokratie – auch im Verständnis der „Reformer“ – gar keine.

2.2 „Orthodoxe“ Positionen

Damit sind die Grundzüge des Umgangs der „Orthodoxen“ in der West-PDS mit anderen Strömungen bereits beschrieben: Die Auseinandersetzung speziell mit den „Reformern“ war geprägt von einem hohen Grad an autistischer Weigerung, auf deren Positionen überhaupt einzugehen. Dasselbe dürfte für den Umgang der Gruppen des „orthodoxen“ Lagers untereinander gegolten haben: „Die ideologischen Kämpfe aus SDS-Zeiten interessieren außer den Beteiligten niemanden“,⁶⁹⁵ folgerte der baden-württembergische „Reformer“-Funktionär Richard Pitterle aus den nach außen hin wenig reizvollen internen Debatten der kommunistisch indoktrinierten „Altlinken“ in seinem Landesverband. Wären diese von den „Reformern“ an der Parteispitze in Ruhe gelassen worden – es wäre höchstwahrscheinlich zu keiner wesentlichen Konfrontation gekommen.

Auf der anderen Seite war die Empörung groß, wenn man sich „gestört“ fühlte. „Wir können [...] die Angriffe aus Kreisen des Parteivorstandes auf [...] Mitglieder und Gliederungen der PDS im Westen [...] nur als den denunziatorischen wie hilflosen Versuch verstehen, vorab Schuldige für die nicht mehr ausgeschlossene Wahlniederlage zu suchen. [...] Es scheint uns, daß Kreise im Parteivorstand dem Problem auskommen

694 Klaus Rainer Rupp: Sektierertum garantiert Wahlschlappe, in: Neues Deutschland vom 12. Dezember 1997.

695 Richard Pitterle: Eintreten, gestalten, verändern, in: PDS-Landesinfo Baden-Württemberg, 3/1994, S. 5.

wollen, indem sie unliebsame politische Richtungen in der PDS als ‚Ballast‘ abwerfen.“⁶⁹⁶ Derlei Äußerungen waren paradigmatisch für die Einstellung der „Orthodoxen“ im Westen. Entscheidungen des Bundesvorstandes empfand man als „unzulässige Einmischung“,⁶⁹⁷ ohne auf Inhalte auch nur annähernd einzugehen. Aus eigenem Antrieb, also jenseits der bloßen Reaktion auf die Maßnahmen der als „Gysi-Sozialisten“ abqualifizierten „Reformer“, pflegten die „Orthodoxen“ im Westen keinen Umgang mit anderen Strömungen. Sie hatten nicht vor, sich in die ihnen weitgehend fremde Partei einzubringen, die man eher als Vehikel, denn als politische Organisation verstand. Diese Renitenz konnte allerdings nur auf dem Boden der West-Verbände fruchten, waren diese doch ein „künstliches Produkt ohne organische Wurzeln“⁶⁹⁸ und ohne „PDS-Tradition“.

Die bundesweit und in den östlichen Landesverbänden operierenden „orthodoxen“ Gruppen legten demgegenüber ein weit größeres Sendungsbewußtsein an den Tag. Auch wenn sie ebenfalls meist nur auf – in diesem Fall programmatische – Vorstöße seitens der „Reformer“ reagierten, nahmen sie doch die Herausforderung als Kampf um die ideologische „Lufthoheit“ in „ihrer“ Partei an. Bei der Präsentation einer Vielzahl an programmatischen Gegenentwürfen und anderen ideologischen Papieren beriefen sie sich stets auf eine Art Basiswillen, den zu repräsentieren die beanspruchten. Den Kurs der „Reformer“ stellten sie dagegen – ideologisch zur Anbietung an den „Klassenfeind“ verbrämt – als von der Partei nicht gewollt hin. So konnte es Uwe-Jens Heuer, der Exponent des Marxistischen Forums, als Erfolg verbuchen, daß der Parteitag 2002 in Gera keinen derjenigen „Reformer“-Ideologen in die Führungsgremien wählte, die den programmatischen Wandel der PDS am stärksten vorangetrieben hatten. Die Delegierten, interpretierte Heuer, hätten in dem Desaster der PDS bei der Bundestagswahl in demselben Jahr das „Scheitern einer Strategie“⁶⁹⁹ erkannt und dies mit ihrem Votum quittiert. Es ist nun aber nicht so, daß von da an die „Orthodoxen“, sieht man von den Vorstandssitzen für Sahra Wagenknecht und Dorothee Menzner ab, etwa über Macht im Apparat der PDS verfügt hätten. Dies wäre eine aufschlußreichere Konstellation, um dem Umgang der „Orthodoxen“ mit anderen Strömungen in einer pluralistischen Partei auf die Spur zu kommen.

696 Offene Landesversammlung PDS/Linke Liste Hamburg. Tagungsunterlagen, Manuskript, 25. März 1995, S. 14.

697 Ekkehard Jaenicke: Unzulässige Einmischung!!, in: offensiv, 6/1996, S. 44.

698 Wolfgang Gehrcke, Claudia Gohde: Die PDS in den westlichen Bundesländern, in: PDS-Pressedienst vom 4. April 1996.

699 Uwe-Jens Heuer: Es gilt, den Weg von Gera zu bejahen und inhaltlich zu vertiefen, in: Neues Deutschland vom 3. Januar 2003.

Kapitel VI: Vergleich

1. Ideologie

„Reformer“ versus „Orthodoxe“: Die Streitigkeiten zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ in der PDS hatten in der – offensichtlich unvereinbaren – Ideologie ihren Ausgang genommen. In wesentlichen Aspekten sind sich die beiden Positionen jedoch näher als die Schärfe der Auseinandersetzungen glauben macht. Auf „orthodoxer“ Seite bestimmte ein festgefügtes kommunistisches Weltbild das Denken; die Staats- und Gesellschaftsform der DDR diente implizit als Vorbild. Wegen dieser ideologischen Fokussierung, der die „Reformer“ nicht anheimfielen, erschienen so manche Differenzen aufgebauscht. Im Grundwerteverständnis herrschte im wesentlichen Einigkeit. Darüber kann auch die Entrüstung der „Orthodoxen“ nicht hinwegtäuschen, wenn sie den „Reformern“ vorwarfen, den Begriff der individuellen Freiheit überhaupt im Munde zu führen. Allerdings läßt die Kritik außer acht, daß das Verständnis der „Reformer“ von Freiheit und Menschenrechten ein instrumentelles war, und es sich – den „Orthodoxen“ gleich – politischen Prämissen unterordnete. Nur unter Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft kommt nach Auffassung beider Lager „wirkliche“ Freiheit zur Entfaltung und kann Gültigkeit beanspruchen. Einen solchen Freiheitsbegriff hat im Grunde schon die SED vertreten.

Was aber ist Sozialismus? Auf diese Frage geben „Reformer“ und „Orthodoxe“ eine jeweils andere Antwort; darin gründet der Unterschied zwischen den Positionen. Sahen diese im Sozialismus eine konkrete staatliche und gesellschaftliche Ordnung, die dem „kapitalistischen“ oder „bürgerlichen“ System kategorisch entgegensteht, mochten jene einer grundsätzlich antagonistischen Sichtweise nicht folgen. Der Sozialismusbegriff der „Reformer“ erschöpfte sich vielmehr weitgehend in einem auf die Gegenwart bezogenen Prozeß des Umbaus („Transformation“) von Staat und Gesellschaft, während sich positive Aussagen zu einem Entwurf für ein künftiges Gemeinwesen meist in Allgemeinplätzen verloren. Den „Reformern“ war es deshalb leichter möglich, Politik im Hier und Jetzt – sollte sie noch so ergebnisoffen sein – als sozialistisch zu legitimieren. Demgegenüber führte ein zugleich kategorisches und visionäres Sozialismusbild die „Orthodoxen“ dazu, daß sie die Verwirklichung demokratischer Grundwerte vom Entstehen einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft abhängig machten und somit unter anderen Bedingungen vernachlässigen konnten – was sie, das legen die spärlichen Aussagen an den Tag, auch taten.

Züge einer Theorie der Strategie prägen die Ideologie der „Reformer“. Ihnen war es möglich, sich auf die Institutionen und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates sowie auf gesellschaftliche Charakteristika einzulassen, wohingegen die „Orthodoxen“ von grundsätzlichen feindlichen Bedingungen ausgehen mußten. Für sie waren die gegenwärtigen staatlichen Institutionen elementarer Bestandteil kapitalistischer Herrschaft und konnten deshalb nur pauschal negiert werden. Den „Reformern“ gelang es dagegen der Theorie nach, Bestandteile des Verfassungsstaates für „sozialistische“ Poli-

tik zu nutzen. An die Stelle des „orthodoxen“, gegen das gesamte System gerichteten „Klassenkampfes“ rückten sie einen Kampf um die „linke Hegemonie“, der darauf aus war, staatliche Institutionen von der „Dominanz“ des Kapitals zu befreien.

Auffallend ist die geringe Bedeutung des Demokratiebegriffs in der Ideologie beider Lager. Dies liegt in erster Linie daran, daß „Demokratie“ und „Sozialismus“ jeweils in eins gesetzt wurden – allerdings mit unterschiedlichen Ergebnissen. Das Attest der „Reform“-Ideologen, die DDR sei in den Grundzügen ihres Herrschaftssystems nicht demokratisch (und somit nicht sozialistisch) gewesen, erachteten die „Orthodoxen“ geradezu als Blasphemie. Sie sahen – mit nur geringen Einschränkungen – Demokratie in der DDR als verwirklicht an. Diesen entgegengesetzten Interpretationen folgten jedoch keine ebenso fundamental unterschiedliche Charakterisierungen des Systems der Bundesrepublik. Beide Lager vermochten es nicht, dem Verfassungsstaat rundheraus demokratische Qualitäten zu bescheinigen. Der Grund dafür war, daß sowohl „Orthodoxe“ als auch „Reformer“ „Demokratie“ zwingend mit politischen Inhalten verbanden, deren „formalen“ Aspekt als „entleert“ kritisierten. Während das Demokratieverständnis jener allerdings nur eine Totalverdammung des Verfassungsstaates zuließ, strichen diese einige seiner wesentlichen Elemente (Pluralismus, Gewaltenteilung) als bewahrenswerte „zivilisatorische Errungenschaften“ positiv heraus. Jedoch ging in der Sichtweise der „Reformer“ Sozialismus als Bewegung einher mit dem Verständnis von Demokratie als Prozeß gesellschaftlichen Wandels. Blieben dessen Ziele im dunkeln, traten strategische Implikationen zu Tage. Ausschlaggebend für die Bezeichnung „demokratisch“ war in erster Linie eine „sozialistische“ Richtung dieses Prozesses; die Existenz der für gut geheißenen Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates allein reichte nicht aus.

Relevant versus irrelevant: Die Handschrift der „Reformer“ prägte die Ideologie der PDS – allerdings mit Einschränkungen. Nicht wenige Vorstöße zur Erneuerung der Programmatik scheiterten, blieben ein Entwurf oder bekamen lediglich in abgemilderter Form die Weihen innerparteilicher Gültigkeit. Der entscheidende innerparteiliche Widerstand gegen ideologische Vorstellungen der „Reformer“ formierte sich nicht entlang einer Front zwischen (eher) demokratischen und (eher) extremistischen Positionen. Ausschlaggebend war vielmehr ein unterschiedliches Sozialismusverständnis, mithin Kategorien, die nicht der Analyse dieser Arbeit zugrundeliegen. Grundsatztexten der „Reform“-Ideologen, in denen Sozialismus nicht deutlich als Ziel oder als greifbare Alternative zum politischen System der Bundesrepublik zum Ausdruck kam,⁷⁰⁰ blieb die Zustimmung verwehrt – unabhängig davon, ob dies Überzeugungen oder aber Affekten zu verdanken war. In diesem Zusammenhang zeigten Positionen der „Orthodoxen“ ihre Wirkung, waren sie doch stets mit Vehemenz für ein konturiertes Sozialismusbild in Abgrenzung zum demokratischen Verfassungsstaat eingetreten. Diejenigen Ideologienentwürfe der „Reformer“, die sich am weitesten von dieser Sichtweise entfernt hatten – das Konzept eines neuen „Gesellschaftsvertrags“ etwa oder die Interpretation des „Kapitalismus“ als „moderne Gesellschaft“ – konnten deshalb in der Programmatik der PDS nicht Fuß fassen. Auch mit der Disqualifizierung der DDR, die sie als „undemokratisches“ System in Frage stellten, vermochten sich die „Reform“-Ideologen nicht eindeu-

700 Vgl. Parteivorstand der PDS: 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: PDS-Pressedienst vom 2. Dezember 1994; Gregor Gysi: Ingolstädter Manifest. Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Berlin 1994.

tig durchzusetzen. In „offiziellen“ programmatischen Papieren finden sich diesbezüglich sehr relativierende Äußerungen. Es war in der PDS nicht konsensfähig, die DDR fundamental zu kritisieren.

Verbal hielten nur die „Orthodoxen“ an der Forderung nach einer „Gegenmacht“ gegen das System als Ganzem fest. Bislange ist es den „Reformern“ aber nicht gelungen, abgeschwächte Formulierungen⁷⁰¹ innerparteilich festzuschreiben, weil alle Anläufe, ein neues Programm zu beschließen, nicht ans Ziel gelangten. Dagegen sind Vorschläge der „Reformer“, die sich auf Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates beziehen, auch in parteioffiziellen Papieren vertreten,⁷⁰² ebenso das Bekenntnis zur repräsentativen Demokratie. „Orthodoxe“ Positionen hierzu blieben ohne Relevanz. Die Manifestation von Grundwerten spielt in der PDS-Programmatische eine untergeordnete Rolle. In ihrem Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1993 waren Appelle zur „freie[n] Entfaltung der Individualität“ und zur „Selbstbestimmung jedes Menschen“⁷⁰³ eher Begleiterscheinungen am Ende des Dokuments. In ihren späteren Entwürfen rückten die „Reformer“ ihr Verständnis von Freiheit und Menschenrechten an exponiertere Stellen. Allerdings hat die Partei über diese Vorlagen nicht abgestimmt. Das trifft auch auf die Vorstellungen der „Orthodoxen“ zu, die zu keiner Zeit erkennbaren Einfluß auf die Ideologie der PDS genossen. Eine Aussage zur Relevanz der jeweiligen Positionen kann daher nur mit Vorbehalten getroffen werden, wenngleich die Waage sich eher auf die Seite der „Reformer“ neigt. „Beredtes Schweigen“ herrschte zumeist auch über das Demokratieverständnis. Es war nie Teil der Debatte zwischen den Lagern; einschlägige Einlassungen tauchten nur in Zusammenhang mit Sozialismusdefinitionen auf. So fand das Demokratieverständnis der Partei allenfalls durch die „sozialistische“ Hintertür Eingang in die „offizielle“ Programmatische. Da jedoch die Sozialismusvorstellungen der „Reformer“ – wenn auch stark gebrochen durch „orthodoxe“ Kritik – die PDS-Ideologie bestimmen, kann deren Demokratieverständnis größeres Gewicht behaupten.

Extremistisch versus demokratisch: Gleich ein fundamentaler Aspekt spricht für den extremistischen Charakter der PDS, „Reformer“ und „Orthodoxe“ zusammengenommen. Demokratische Grundwerte wurden nicht als konstitutiv, nicht als unveräußerlich und nicht als politisch neutral angesehen. Freiheit hing – bei den „Reformern“ verknüpft mit sozialen Ansprüchen, bei den „Orthodoxen“ zusätzlich vertagt auf eine zukünftige sozialistische Gesellschaft – von politischen Bedingungen und Zielen ab. Zwar geben die grundsätzliche Kritik der „Reformer“ an der Mißachtung der Freiheitsrechte in der DDR sowie ihr Bekenntnis zur individuellen Freiheit einen Hinweis auf eine demokratische Entwicklung. Jedoch machten sie die „Emanzipation“ des Einzelnen als strategisches Motiv individueller Freiheit geltend, die für eine sozialistische Entwicklung der Gesellschaft in Anspruch genommen werden sollte. Mit Blick auf die kollektivistischen Entwürfe zu Staat und Gesellschaft darf bezweifelt werden, daß Freiheit als individuell, fundamental und universell firmierte.

Strategischen Nutzen wollten die „Reformer“ auch aus ihrem Insistieren auf der Verwirklichung von Menschenrechten ziehen. Niemand wird ihnen ernsthaft vorhalten

701 Siehe unten Punkt 3.

702 Vgl. Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, in: Disput, 4/1998.

703 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Berlin o. J., S. 23.

können, Menschenrechte zu negieren oder zu mißachten. Allerdings haben sie dazu nur einen taktischen Bezug entwickelt. Menschenrechte erscheinen nicht als grundsätzlich, sondern als abgeleitet, indem sie dem Zweck der Formierung politischen Protests dienen sollen. Sie sind darüberhinaus nicht universell, sondern exklusiv, weil sie an konkrete Interessen gebunden wurden. Umso mehr gilt dies für die „Orthodoxen“, die nur „sozialistischen“ Menschenrechten Legitimität einräumten und allein dem (sozialen) Gleichheits-, nicht aber dem Freiheitsprinzip zuordneten. Den „Orthodoxen“ zu unterstellen, sie seien auf die Bewahrung der Menschenrechte aus, wäre vermessen. Dafür spricht schon ihre DDR-Apologie. Vertreter des Lagers sagten offen, daß für sie die politischen Gründe des Mauerbaus schwerer wogen als die Menschenrechte. Grundwerte verfocht die PDS insgesamt nicht im Sinne des demokratischen Verfassungsstaates.

Man kann den „Reformern“ nicht pauschal absprechen, die Institutionen und Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates zu befürworten. Sie haben – ganz im Gegensatz zur totalen Verdammung des „bürgerlichen“ Systems durch die „Orthodoxen“ – ein positives Verhältnis zum Pluralismus, zur Gewaltenteilung und zum Prinzip der repräsentativen Demokratie entwickelt. Jüngere programmatische Papiere lassen zudem eine Abkehr vom Konzept der Formierung einer Gegenmacht gegen den Staat erkennen, an dem die „Orthodoxen“ immer festhielten. Diese Gegenmacht sollte sich nurmehr gegen Ausprägungen des Kapitalismus richten. Es ist aus demokratischer Sicht legitim, sich gegen eine Dominanz von Kapitalinteressen über den Staat zu wenden. Dem stehen allerdings erläuternde Aussagen gerade der federführenden „Reform“-Ideologen entgegen, die stets betonten, es gehe ihnen um einen Wandel in den „Machtverhältnissen“ oder den „Machtstrukturen“, der – mit unklarem Ergebnis – über die bürgerliche Gesellschaft hinausweist.

Zu fragen ist nun: Berühren die angestrebten Veränderungen Prinzipien und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates insofern, als ein identitäres System die Folge wäre? Auf den ersten Blick zielten die Vorschläge der „Reformer“ auf bessere Möglichkeiten für eine direktdemokratische Beteiligung, auf mehr Bürgernähe, ohne daß das Prinzip einer repräsentativen Demokratie grundsätzlich in Frage gestellt worden wäre. Allerdings lag keine basisdemokratische Einstellung oder gar ein Freiheitsideal als Motiv zugrunde. Denn offen ausgesprochen wurde die Absicht, im „System“ „Brechen“ zu schlagen, außerparlamentarische „Gegenmächte“ wirksam werden zu lassen. Die Vorschläge zur Reform der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates waren angelegt, Platz für gesellschaftlichen Protest und zugleich Möglichkeiten für seine Kollektivierung zu schaffen. Deshalb ist Giselher Schmidts Schluß richtig, die PDS wolle „anscheinend eine total permissive Gesellschaft mit einer Staatsform verbinden, die wesentlich von der parlamentarischen Demokratie abweicht.“⁷⁰⁴ Dem ist insofern zuzustimmen, als die „Reformer“ in einem ersten Schritt darauf zielten, die bestehenden, als kapitalgesteuert, inhaltsleer, entfremdet und deswegen als in ihrem jetzigen Zustand undemokratisch diskreditierten Vertretergremien entscheidend zu schwächen, nicht zuletzt durch direktdemokratische Verfahren. Die „Permissivität“ der Gesellschaft

704 Giselher Schmidt: Zwei rivalisierende Demokratie-Modelle. Ein Beitrag zum Verständnis der PDS, in: Deutschland Archiv, 8/1995, S. 839.

war dabei jedoch nicht als Dauerzustand gedacht, sondern als erster Schritt auf dem Weg zu einem anderen Gemeinwesen.

Denn in einem zweiten Schritt sollten neue staatliche Gremien entstehen. Sie hätten ausschließlich die Interessen zu vertreten gehabt, von denen angenommen wurde, daß sie sozialistischen Zielen dienten. Von da an hatte die Basisdemokratie ein Ende. Überhaupt darf die demokratische Legitimation der neuen Institutionen bezweifelt werden: Wer nur bestimmten, aber beileibe nicht allen Interessen zum „Marsch durch die Institutionen“ verhelfen will, hat mit dem Mehrheitsprinzip nichts im Sinn. Mehrheiten in demokratischem Sinne entstehen durch Abstimmung über ein konkretes Anliegen. Dagegen waren die „Reformer“ darauf aus, aus einem Konglomerat der Minderheiteninteressen eine Mehrheit des Protests zu schmieden. Dieses Unterfangen genügt demokratischen Kriterien auch deshalb nicht, weil die im Ideal politisch neutrale (das heißt nicht: wertneutrale) staatliche Verfaßtheit ohne weiteres zur Disposition steht. Die „Reformer“ waren nicht darauf aus, dieses Ideal zu bewahren. Gewaltenteilung und Parlamentarismus betrachteten sie nicht als Grundprinzipien demokratischer Willensbildung, sondern in erster Linie unter dem strategischen Gesichtspunkt, ein „oppositionelles“ Gesellschaftsinteresse bilden und in der Konsequenz die Hegemonie „der Linken“ erlangen zu können. Insbesondere die repräsentative Demokratie geriet in der Programmatik der PDS zum Spielball politisch-ideologischer Auseinandersetzungen, statt umgekehrt als grundlegendes demokratisches Verfahren anerkannt zu werden. In „orthodoxer“ Denkweise kommt diese Einstellung konturierter zum Ausdruck, wird doch dem Parlamentarismus als elementarem Bestandteil eines kapitalistischen Herrschaftsmechanismus per se jede demokratische Qualität abgesprochen.

Die Ideologie der PDS strebt eine wechselseitige Verflechtung zwischen den Interessen (eines Teils) der Gesellschaft und dem Staat an. Dies wäre zumindest der erste Schritt hin zu einem identitären Gemeinwesen, das allein die „Orthodoxen“ unter „sozialistischen“ Vorzeichen als legitim akzeptierten, und zwar auch dann, wenn in ihm kein demokratisches Prinzip mehr Gültigkeit hätte. Zieht man die sowohl von „Reformern“ als auch „Orthodoxen“ vertretene Selektivität und politische Bedingtheit demokratischer Grundwerte ins Kalkül, wird deutlich, daß es der PDS um die Herstellung eines außerhalb der sogenannten Kapitalinteressen liegenden Gesellschaftswillens ging, der – nach Erlangung einer „linken Hegemonie“ – Stück für Stück zum Staatswillen gewendet werden könnte. Es ist selbstverständlich nicht nur ein gradueller Unterschied, ob die Partei zunächst (wie die „Reformer“) ein Interessen-Konglomerat mit dem gemeinsamen Nenner der Ablehnung „gegenwärtiger Verhältnisse“ zusammenzuführen und in die veränderten staatlichen Strukturen zu implantieren gedenkt, oder ob (wie die „Orthodoxen“ es planten) das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse zur revolutionären Eliminierung des demokratischen Verfassungsstaates führen soll.

Die in diesem Punkt relevante Ideologie der „Reformer“ ist nicht auf die Beseitigung dieser Ordnung aus, mit dem Ziel gar, eine Diktatur zu errichten. Sie strebte aber einen einschneidenden Umbau „des Systems“ an, der politisch-strategische Erfordernisse zum Maßstab nahm und nicht Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Deren Institutionen – die die Programmatik der PDS allenfalls in einen negativen Zusammenhang zu „Demokratie“ brachte – standen so zur Disposition eines Prozesses sozialistischer Strategie. Diese Vorgehensweise reichte den „Reformern“ aus, um das Prädikat „Demo-

kratie“ zu verleihen. Zwar kann die Anerkennung einer pluralistischen Gesellschaft (anders als bei den „Orthodoxen“) als Zeichen einer demokratischen Orientierung der Partei verbucht werden. Der Befund relativiert sich jedoch insofern, als der mit dem Pluralismus untrennbar verbundene Freiheitsbegriff in den Theorien der „Reformer“ als strategischer Ansatzpunkt gedacht war: die Freiheit der Individuen zu stärken, um sie mit ihren Interessen gegen die „bestehenden Verhältnisse“ positionieren zu können.

2. Strategie

„Reformer“ versus „Orthodoxe“: Der Theorie nach war eine strikte außerparlamentarische Orientierung Grundlage strategischer Überlegungen der „Reformer“ und der „Orthodoxen“ gleichermaßen. Ebenso deckten sich beide Positionen im Verständnis von der Partei als einer fundamentalen gesellschaftlichen Oppositionskraft, die beanspruchte, sich gegen das „System“ zu richten. Das Ziel der daraus entspringenden Strategie konnten die „Orthodoxen“ aufgrund ihrer ideologischen Dispositionen präzise ins Auge fassen: Es war der Staat der kapitalistischen Herrschaft als Ganzes, also mitsamt all seiner Institutionen, Prinzipien und Werte. Demgegenüber lavierten Aussagen der „Reformer“: Mal war von „Systemopposition“ die Rede, mal von Zurückdrängung der „konservativen Hegemonie“, mal von Widerstand gegen die „Kapitaldominanz“.

Glichen sich die strategischen Positionen weitgehend in ihren Prämissen, so war der Ansatz jeweils ein anderer: Die „Reformer“ entsorgten die „orthodoxe“ Klassenkampf-Doktrin, die ihre maßgeblichen Ideologen durch eine Theorie der „modernen Gesellschaft“ ersetzen. Den Anlaß dazu gab ihnen die Einsicht, daß heutzutage „Protestpotentiale“ in der Gesellschaft nicht mehr in klassisch-marxistischem Sinne als geschlossene soziale Klasse virulent sind, sondern sich in einer Vielzahl unterschiedlicher, individueller Einstellungen äußern. Während die „Reformer“ sich veranlaßt sahen, an einem umfangreichen Strategie-Konzept zu feilen, genügte den „Orthodoxen“ der theoretische Rekurs auf das revolutionäre Potential der „Arbeiterklasse“. Das Streben der „Reformer“ nach einem möglichst breiten gesellschaftlichen Bündnis kritisierten sie folgerichtig als ideologisch unverbindlich und deshalb strategisch untauglich, und verharrten in dem bekannten linksextremistischen Reflex,⁷⁰⁵ sich in jene Bündnisse („Antifa“, Friedensbewegung) „einbringen“ zu wollen, die Aussicht auf erfolgreiche Indoktrination boten. So propagierten auch die „Orthodoxen“ die Formierung des Widerstandes, wollten – anders als die „Reformer“ – dieses Vorhaben jedoch auf ideologisch vorgeprägte Strukturen konzentriert wissen.

Die „Reformer“ versuchten, strategische Überlegungen mit der Initiierung von Protestbewegungen in die Praxis umzusetzen – größtenteils geduldet von den „Orthodoxen“. Diese starteten von sich aus keine einschlägigen Initiativen, was viele Gründe haben konnte. Sie verfolgten aber eine separate Bündnispolitik und ernteten damit deutliches Mißfallen der „Reformer“. Während diese sich im außerparlamentarischen Bereich nicht auf Pakte mit anderen Organisationen einließen und die PDS stets als eigenständige Partei zu wahren gedachten, hatte für die „Orthodoxen“ die ideologische Einheit Vorrang, weswegen sie sich für (Wahl-)Bündnisse hauptsächlich mit kommunistischen

705 Vgl. etwa für die DKP: Offen streiten, einig handeln, in: unsere zeit vom 20. Dezember 2002.

Organisationen einsetzten und zu diesen enge Beziehungen pflegten. Jedes Unternehmen von Seiten der „Reformer“, sich wahlstrategisch von kommunistischen Parteien abzugrenzen, quittierte die „Orthodoxen“ als ideologischen Affront.

Die von den „Reformern“ initiierte Wende hin zu einer hauptsächlich parlamentarischen Strategie – sie ging einher mit der Revision des noch im Grundsatzprogramm verankerten Primates außerparlamentarischer Politik – machten die „Orthodoxen“ nicht mit. Ihrer Ideologie entsprechend ordneten sie sowohl die Volksvertretungen als auch die SPD – die als Parlamentspartei zu einem entscheidenden Faktor in der „Reformer“-Strategie aufgerückt war – dem Klassenfeind zu. Bezüglich der Politik in den Parlamenten selbst strichen die „Orthodoxen“ – weit stärker als die „Reformer“ – deren Indienstnahme für gesellschaftlichen Widerstand heraus. Und sie warnten nachdrücklich vor einer Anpassung an das „System“, sollte die Parlamentsarbeit nicht engen Grenzen unterliegen und von einer starken außerparlamentarischen Bewegung getragen werden. Letzteres hatten auch „Reformer“ immer wieder gefordert. Das Ausbleiben einer solchen Unterstützung führte sie aber im Gegensatz zu den „Orthodoxen“ dazu, sich prinzipiell zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bereitzuerklären. Die Kooperation mit der SPD innerhalb der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates sollte die Initialzündung eines gesellschaftlichen „Linksbündnisses“ werden. Während die „Orthodoxen“ strikt an einer Strategie „von unten“ festhielten, vertraten die „Reformer“ zunehmend eine Strategie „von oben“. Der praktischen Parlamentsarbeit kam für sie schon aus diesem Grund große Bedeutung zu. Dagegen sahen die „Orthodoxen“ die Volksvertretungen ausschließlich als Propagandaplattform und Sprachrohr außerparlamentarischen Protests an.

Die Doktrin der „Reformer“, die eine Regierungsbeteiligung der PDS mit einem fundamentaloppositionellen Anspruch für vereinbar erklärte, teilten die „Orthodoxen“ nicht. Neben der weitreichenden Integration in das feindliche „System“ befürchteten sie immense Auswirkungen auf die Programmatik der Partei, die sich mehr und mehr dem Druck des Klassegegners zu beugen habe und den Kontakt zu gesellschaftlichen Bewegungen verlöre. Die „Reformer“ hatten in der Tat ähnliche Bedenken, forcierten aber dessen ungeachtet alle Bestrebungen der Ost-Landesverbände, sich an Regierungen zu beteiligen. Und sie legten Wert darauf, sich demokratischen Parteien gegenüber als verlässlicher Partner zu erweisen – womit sie praktisch alle Warnungen der „Orthodoxen“ in den Wind schlugen. Wie ein ideologischer Seismograph achteten diese sorgfältig auf alle Symptome der Parlaments- und Regierungspolitik der PDS, die sie entweder als Aufgabe oder als Manifestation fundamentaloppositioneller Attitüden interpretierten.

Relevant versus irrelevant: Die strategischen Überlegungen der „Reformer“ dominierten ohne jeden Zweifel; sie waren als Strategie der PDS praktisch greifbar. Allerdings blieben die „Orthodoxen“ – wie in puncto Ideologie – nicht einflußlos. Jedoch mußten sie sich, was die Strategie betrifft, zumeist mit vollendeten Tatsachen abfinden. Es gelang ihnen nicht, Initiativen der „Reformer“ schon im Vorfeld entscheidend abzufedern. Interessanterweise war es die außerparlamentarische Strategie, in der die „Orthodoxen“ sehr zum Unwillen der „Reformer“ ihre eigenen Tatsachen schufen – dies, obwohl gerade hier die Positionen prinzipiell übereinstimmten. Konnten die „Reformer“ die KFP-Kontakte zu DKP und ähnlichen Organisationen (mit denen auch sie selbst im Gespräch waren) gelassen ignorieren, schoß aus ihrer Sicht die im Westen praktizierte

„orthodoxe“ Bündnispolitik quer. Summa summarum kann dennoch die außerparlamentarische Strategie der „Reformer“ größere Relevanz beanspruchen: Zum einen schlugen sich mehr und mehr West-Landesverbände strategisch auf die Seite der „Reformer“. Zum anderen war die tatsächliche Bedeutung der örtlich, zeitlich sowie in ihrer Wirkung äußerst begrenzten Wahlbündnisse für die PDS-Strategie geringer als der Aufruhr der „Reformer“ es nahelegen mag. Last but not least existieren schlichtweg keine anderen Beispiele dafür, daß die Umsetzung der „Reformer“-Strategie in praxi konterkariert worden wäre. „Orthodoxe“ Kritik an den „Komitees für Gerechtigkeit“ oder an der „Erfurter Erklärung“ fand so gut wie nicht statt; was die Handhabung der „Offenen Listen“ anbelangte, blieb sie ohne Wirkung. So hatten die ideologisch bedingten Gegensätze in den Überlegungen zur außerparlamentarischen Strategie – „linke Hegemonie“ mittels eines gesellschaftlichen Bündnisses einerseits, Revolution mittels Klassensolidarität andererseits – allenfalls theoretische Bedeutung. (Das war, nebenbei bemerkt, in dieser Reibungslosigkeit nur aufgrund der Dominanz der „Reformer“ in den Exekutivgremien der Partei möglich.)

Während die Positionen in Sachen außerparlamentarischer Politik trotz der Differenzen in der praktischen Umsetzung dennoch auf einer gemeinsamen theoretischen Basis fußten, zeichnete sich gerade die in der Theorie heftig umstrittene Regierungs- und parlamentarische Strategie durch eine erstaunlich einheitliche Praxis aus. Das Getöse der „Orthodoxen“ stand in keinem angemessenen Verhältnis zu den Tatsachen. Von unerheblichen Einzelfällen abgesehen, wurden die Überlegungen der „Reformer“ – dissonant, aber ohne Auswirkungen begleitet von leisem Rumoren der Basis – in den östlichen Landesverbänden nahezu eins zu eins ausgeführt. Nuancen oder Rückfälle in fundamentaloppositionelle Haltungen waren nicht erkennbar dem Einfluß der „Orthodoxen“ geschuldet; sie spiegelten auch im „Reformer“-Lager virulente Vorbehalte wider. Nicht alle trieben die Regierungsbeteiligung der PDS voran wie ein Helmut Holter oder ein Roland Claus, ein Dietmar Bartsch oder ein Gregor Gysi.

Auf programmatischer Ebene hat die PDS noch nicht festgelegt, wohin ihre Strategie führen soll. Einschlägige Beschlüsse blieben unverbindlich. Es waren die „Reformer“ selbst, die von sich aus alle Optionen offenhielten. Den Versuch, ihre Partei auf einen Parlaments- oder Regierungskurs ohne Wenn und Aber zu zwingen, haben sie nicht unternommen, und aus dem Grund den „Orthodoxen“ etwas Wind aus den Segeln genommen. Allerdings halten diese für den Fall einen Trumpf in der Hinterhand, daß die „Reformer“-Strategie – auf welche Weise auch immer – aus Sicht der Basis in der Praxis scheitert. Dann ist nicht ausgeschlossen, daß die Unverbindlichkeit der Beschlußlage innerhalb der Mitgliedschaft schnell den Wunsch hervorruft, einen strikt außerparlamentarischen Kurs der PDS festzulegen. Dies könnten die „Orthodoxen“ als ihren Erfolg verbuchen, ungeachtet der Tatsache, daß sich Angehörige oder zeitweilige Sympathisanten des Lagers – zumal in der Minderheit – in der praktischen Parlaments- oder Regierungsarbeit zumindest nach außen hin keinen Affront gegenüber der „Reformer“-Strategie leisteten. Die normative Kraft des Faktischen bezwang bislang die faktische Kraft des Normativen.

Extremistisch versus demokratisch: (Oppositions-)Politik außerhalb der Parlamente zu betreiben, ist kein Indiz für extremistische Einstellungen; es ist eine legitime Möglichkeit, die einer freiheitlichen Demokratie geradezu das Gütesiegel verleihen kann.

Zwar spricht nichts dafür, daß die außerparlamentarische Strategie der PDS eine revolutionäre Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates verfolgte. Jedoch richtete sich das fundamentale Oppositionsverständnis der Partei – stellt man die maßgeblichen ideologischen Vorstellungen in Rechnung – gegen „das System“. Theorie und Praxis nach strebte die Partei, angeführt von den „Reformern“, danach, im außerparlamentarischen Bereich politischen Protest zu integrieren, der als „Gegenmacht“ das klassisch-marxistische revolutionäre Subjekt der Arbeiterklasse ersetzen und die „Transformation“ von Staat und Gesellschaft bewerkstelligen sollte. In diesem Sinne waren für die PDS die jeweiligen Inhalte des Protests von untergeordneter Bedeutung. Seine Träger brauchten nicht ideologisch vorgeprägt zu sein; es reichte aus, sie zu zusammenzuführen, anstatt sie zu indoktrinieren. Nun ist es aus demokratischer Sicht eine ehrenwerte Angelegenheit, bestimmten Anliegen zu größerer Wirkung zu verhelfen. Der PDS ging es aber im Kern um die rein „technische“ Formierung gesellschaftlicher Bewegungen, auf deren Themen man bloß aufsatteln mußte, zumal sie ein möglichst breites gesellschaftliches Spektrum ins Visier nahm. Gerade die inhaltliche Beliebbarkeit, die fehlende Abgrenzung zu extremistischen Positionen zeigen, daß Protest an sich gemeint war – sofern er nur die Aussicht versprach, vereint zur „Überwindung“ der „bestehenden Verhältnisse“ beizutragen. Auf diese Weise spannte die Partei für die Absichten ihrer fundamentaloppositionellen Strategie Anliegen ein, die sich nicht notwendigerweise im Rahmen des Werte- und Prinzipienkanons des demokratischen Verfassungsstaates bewegen mußten.

Einen Anlauf, aus unterschiedlichen Betroffenheiten eine gesellschaftliche Bewegung des Protests zu forcieren und zu formieren, hat die PDS zweimal unternommen: 1992 mit den „Komitees für Gerechtigkeit“, 1997 mit der „Erfurter Erklärung“. Sie legte damit zwei weitere Grundmotive der außerparlamentarischen Strategie an den Tag: erstens die Absage an die typisch linksextremistische, organisationsfixierte Bündnispolitik; zweitens die Rolle der Partei als, wenn auch im Hintergrund agierendem, festen Kern der Bewegung. Diese Grundmotive fanden Eingang in die Wahlstrategie der Partei, die – neben dem pragmatischen Aspekt des Stimmengewinns – Teil der außerparlamentarischen Politik war. Die „Offenen Listen“ der PDS verweisen auf den Willen, breite Teile der „kritischen Öffentlichkeit“ – als Kandidaten oder als Wähler – anzusprechen und für die Partei zu gewinnen. Ein Ausweis der Demokratie sind sie jedoch nicht. Die Listen standen prinzipiell auch Extremisten offen, was diese weidlich nutzten. Unter anderem gelangte auf diese Weise mit Winfried Wolf ein ausgewiesener Linksextremist in den Bundestag. Daß die PDS etwa hochrangigen DKP-Vertretern eine aussichtsreiche Kandidatur verweigerte, entsprang nicht einer demokratischen Einstellung. Vielmehr wurde – neben der unerwünschten Außenwirkung – ein verstecktes Parteienbündnis befürchtet, das die „Reformer“ ablehnten. Die „orthodoxe“ Bündnispolitik kritisierten sie aus denselben Gründen. Auch hier war nicht die Abgrenzung vom linksextremistischen Spektrum das Motiv. Angegriffen wurden die in diesem Milieu verharrenden Wahlkonzepte der „Orthodoxen“, weil die „Reformer“ sie als ineffizient erachteten und stets die organisatorische Eigenständigkeit der PDS zu bewahren suchten. Wiewohl die außerparlamentarische Strategie der Partei breiter angelegt war, auf eine andere Klientel zielte: Linksextremisten standen prinzipiell Tür und Tor offen. Ein Paradebeispiel dafür ist das

Zustandekommen der Linken Liste in den Anfangsjahren der PDS. An dieser grundsätzlichen Einstellung hat sich seitdem nichts geändert.

Die Feststellung gilt, obwohl die PDS ihre Strategie – einhergehend mit Wahlerfolgen und dem Scheitern außerparlamentarischer Anstrengungen – immer mehr auf eine Politik innerhalb der staatlichen Institutionen ausrichtete. Die Intensivierung der parlamentarischen Strategie verstanden die PDS-Ideologen nicht als Abgesang auf ihren fundamentaloppositionellen Anspruch. Keinesfalls wollte die Partei – zumindest in der Theorie – die Bedeutung außerparlamentarischer Politik schmälern. Allein diese Absicht gibt einen Hinweis darauf, daß die Prinzipien und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates mehr genutzt als geachtet wurden. Denn vorrangiger Zweck auch der Parlamentsarbeit sei es gewesen, ein gesellschaftliches „Linksbündnis“ zu schließen. Der „Druck von links“, den die PDS in der Gesellschaft erzeugen wollte, um einen „Politikwechsel“ zu erzwingen, sollte von den Parlamenten selbst ausgehen und auf die Gesellschaft zurückschlagen.

Adressat Nummer eins war dabei die SPD. Sie geriet zu einem entscheidenden Faktor der PDS-Strategie. Die anvisierte Partnerschaft mit der im „System“ fest verankerten demokratischen Partei sollte jedoch nicht im Rahmen parlamentarischer Politik verbleiben. Sie war Teil weiter ausgreifender strategischer Überlegungen, deren Ziel die Ablösung der perzipierten „konservativen Hegemonie“ durch eine „linke“ war. In das zweite Lager mußte die SPD – als wichtige politische und gesellschaftliche Kraft – aus Sicht der PDS erst noch herübergeholt werden, und zwar mithilfe zweier Druckmittel. Erstens benötigte die PDS parlamentarische Stärke – die zu erlangen schon aus diesem Grund immens wichtig war –, um in der Koalitionsarithmetik für die Sozialdemokraten als Partner attraktiv zu sein. Zweitens mußte sich die PDS als programmatisch radikaler, als „wirkliche“ politische Alternative präsentieren. Es sollte die SPD sein, die sich innerhalb eines zunächst parlamentarischen „Linksbündnisses“ auf die Ziele der PDS zubewegt. So war das Verhältnis zur SPD anfangs geprägt von scharfen, aber unbeholfenen inhaltlichen Abgrenzungen einerseits und Aufforderungen zur Kooperation andererseits. Die Pläne der PDS legten es nicht auf ein Kompromißbündnis mit der SPD an.

Dies war die Theorie, die Praxis sah anders aus. Auch die PDS bewegte sich, und sie tat es manchmal sogar in vorseilendem Gehorsam. Es zeigte sich, daß die Parlamentsfraktionen der PDS durchaus zu kompromißorientierter, konstruktiver und verlässlicher Politik unter Anerkennung der Gegebenheiten demokratischer Verfahren bereit waren – bezeichnenderweise aber nur in den Fällen und zu den Zeiten, in denen eine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPD greifbar schien. Entscheidend war, daß die Sozialdemokraten die Hand ausstreckten. Programmatische Kompatibilität gab dagegen – auch wenn es anders aussehen mag – nicht den Ausschlag. Allerdings waren die eher „rechts“ eingestellten ostdeutschen SPD-Landesverbände diejenigen, die auf eine Abgrenzung zur PDS bedacht waren. In diesen Fällen übte sich die PDS in den Landtagen darin, die Priorität außerparlamentarischer Oppositionspolitik und radikale programmatische Positionen herauszustellen.

Die Motive des Umgangs mit der SPD sind gewiß nicht ausreichend für eine Entscheidung über den extremistischen oder demokratischen Charakter der PDS. Sie verweisen aber auf den Zweck, den die Partei mit parlamentarischer Politik ursprünglich verfolgte. Der Wille zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten allein ist jedenfalls

kein Beleg für eine demokratische Einstellung der PDS. Die Kooperation war von vornherein nicht als Partnerschaft unter Demokraten gedacht, sondern den strategischen, außerhalb des parlamentarischen Rahmens liegenden Großzielen der PDS untergeordnet. Die oft sachorientierte PDS-Politik in den Parlamenten, mit der es die meisten Abgeordneten ernst meinten, bekommt den schalen Beigeschmack strategischer Räson. Sie verweist nicht auf die grundlegende Akzeptanz des Prinzips repräsentativer Demokratie durch die Partei. Für den Fall des Mißerfolgs ihrer parlamentarischen Politik hielt sich die PDS das Rückzugsgebiet der außerparlamentarischen Strategie frei, die nicht nur deshalb als das Wesentliche, Ursächliche erscheint. Einen Widerspruch zwischen pragmatischer Oppositionspolitik in den Parlamenten – die man der SPD bei Gelegenheit als zu systemkonform vorgehalten hatte – und dem fundamentaloppositionellen Selbstverständnis der Partei wollten nur die „Orthodoxen“ sehen. In die Zerreißprobe hat er die PDS bislang nicht geführt.

In den Parlamenten ein Mehrheitsbündnis zu schließen, läuft hierzulande darauf hinaus, in irgendeiner Form zu „koalieren“. So war den PDS-Ideologen klar, wohin ihre parlamentarische Strategie gegebenenfalls führte. Immerhin gelang es ihnen, selbst Regierungsbeteiligungen als Teil eines Oppositionskonzeptes darzustellen – was aufs Neue auf deutliche Vorbehalte gegenüber dem demokratischen Staat verweist. Koalitionen mit SPD und Grünen, wurde immer wieder betont, seien kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, die Transformation der Gesellschaft mit dem Zwischenschritt einer „Hegemonie der Linken“ zu beschleunigen. Die Ziele der PDS, so hieß es, seien mit der Beteiligung an Regierungen allein nicht durchzusetzen. Auch aus diesen Bekundungen spricht – vorsichtig formuliert – keine prinzipielle Anerkennung demokratischer Staatsinstanzen. Hinzu kommt: Die Bedenken angesichts dessen, worauf man sich mit der Option Mitregieren einließ, waren groß, auch unter den „Reformern“. Der Elan, mit dem manche zu Werke gingen und die ständigen Bekundungen, sich an der Staatsmacht beteiligen zu wollen, täuschen darüber hinweg. Es waren gerade führende Parlamentarier aus dem „Reformer“-Lager, Petra Sitte etwa, Caterina Muth oder Gabi Zimmer, die die PDS auch dort, wo sie mitregierte, beständig an ihre „eigentliche“ Rolle als außerparlamentarische Opposition gegen die „bestehende Ordnung“ erinnerten und sie vor der Aufgabe einer systemoppositionellen Haltung warnten. Dennoch versprach das Mitregieren an der Seite der SPD (und der Grünen) weitergehende Möglichkeiten im Sinne der strategischen Zielsetzung.

Die Regierungsbeteiligung kam einer Gratwanderung gleich – darüber dürften sich in der PDS alle einig gewesen sein. Deshalb verhieß das „Magdeburger Modell“ in Sachsen-Anhalt den PDS-Strategen gleichsam ideale Perspektiven: Die Partei konnte radikale Positionen herausstreichen, auf ihrem oppositionellen Anspruch beharren und gleichzeitig Macht demonstrieren – alles beste Bedingungen, um gegenüber SPD (und Grünen) „Druck von links“ auszuüben. So wie man es sich vorstellte, hat es allerdings nicht funktioniert. Die PDS ging, hin- und hergerissen zwischen der Scylla Rückzug in die strikte Oppositionsrolle und der Charybdis Machtbeteiligung, in langwierigen Auseinandersetzungen (sowohl mit den Regierungsparteien als auch intern) schmerzhaft Kompromisse ein. Der Machterhalt hatte schließlich mehr Gewicht als selbst die heilige Kuh sozialistischer Positionen. Auch in den Mühlen der Regierungspraxis in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin fielen – mit Billigung der „Reform“-Ideologen im Bun-

desvorstand – Grundsätze über Bord. Am Ende hat das Projekt Mitregieren in der Programmatik der betreffenden Landesverbände Spuren hinterlassen. Damit verlor eines der Druckmittel gegenüber der SPD an Wirkung. Aber selbst die sächsische PDS, die stets die schlechtesten Aussichten hatte, mit den Sozialdemokraten zu kooperieren, pragmatisierte ihre Positionen mit dem Ziel der Regierungsübernahme.

So waren die Unternehmen der Machtbeteiligung nur der Theorie nach Element einer extremistischen Strategie. In der Praxis zeigten sich Ansätze, die für eine demokratische Einstellung der PDS sprechen. Für sich genommen, hat die Partei in ihrer Regierungsarbeit nichts von strategischen Erwägungen, ideologischen Entwürfen oder systemoppositionellen Attitüden erkennen lassen. Gewiß war dies weniger dem eigenen Antrieb der betreffenden Politiker zu verdanken, als vielmehr der Integrationsleistung des demokratischen Verfassungsstaates. Es grenzt zwar an politische Schizophrenie, wenn ein Helmut Holter, der nie einen Hehl aus seiner fundamentaloppositionellen Einstellung gemacht hat, zum Motor der PDS als verantwortungsbewußter Regierungskraft avancierte. Dennoch: Holter nahm seine Sache ernst. Der Ausgangspunkt für eine demokratische Entwicklung der Partei liegt – unter der Voraussetzung einer Dominanz der „Reform“-Ideologen und anhaltender Wahlerfolge in den neuen Bundesländern – in der Einbindung in das „System“.

3. Organisation

„Reformer“ versus „Orthodoxe“: Das Prinzip der PDS als einer pluralistischen, unterschiedliche „Weltanschauungen“ vereinenden Organisation teilten „Reformer“ und „Orthodoxe“ – allerdings aus völlig unterschiedlichen Gründen. Waren für jene strategische Erwägungen maßgebend, sahen diese im innerparteilichen Pluralismus eine Voraussetzung zu größerer interner Einflußnahme. Die organisatorischen Parameter der offenen Partei und der Vielfalt an innerparteilichen Strömungen entsprachen dem strategischen Vorhaben der „Reformer“, in der Gesellschaft ein breites Protestspektrum zu bündeln. Allerdings wurde dieser Pluralismus – einhergehend mit der Verlegung des strategischen Schwerpunktes auf die Parlamente – zunehmend als Partikularismus verstanden, der die Aktionsfähigkeit der Partei hemme. Gegen den Widerstand der „Orthodoxen“ versuchten die „Reformer“ deshalb, mit Änderungen am Statut unter anderem die „klassischen“ Parteistrukturen zuungunsten derjenigen zu stärken, die für den Bewegungskarakter der PDS standen.

Vor allem wollten die „Reformer“ die Privilegien der ideologisch geprägten Zusammenschlüsse beschneiden, was entschiedenen Widerspruch der „Orthodoxen“ hervorrief. Schließlich hatten diese sich in einschlägigen Gruppierungen zusammengesetzt. Sie verstanden den Pluralismus als weitgehende Aktionsfreiheit innerparteilicher Plattformen, Foren und Arbeitsgemeinschaften, erachteten ihn aber nicht als Prinzip. Mit den Bestrebungen der „Reformer“, den zentralen Apparat zu festigen, seine Effizienz zu steigern, wären sie sicherlich konform gegangen, hätten sie sich nicht als in der PDS separat organisierte Minderheit gegen die Dominanz der „Reformer“ in den Vorständen behaupten müssen. Immerhin plädierte die Kommunistische Plattform für ein leninistisches Parteikonzept, das allen pluralistischen Anwendungen Hohn spricht. Deshalb konnten die „Orthodoxen“ schwerlich glaubhaft als Garanten der immer wieder gefor-

dernten innerparteilichen Demokratie auftreten, die unter der Ägide der „Reformer“ nicht zu bemängeln war.

Den Umgang der beiden Lager miteinander kennzeichnete ein Kampf mit Haken und Ösen. Einige „Reformer“ empfanden gerade die „orthodoxen“ Zusammenschlüsse als Störfaktor, der separate Strukturen entwickelt, aber auch ideologisch mit der Partei nichts zu tun habe. Im Osten und auf Bundesebene konnten die „Orthodoxen“, nicht zuletzt aufgrund ihrer Sonderrechte, einen – aus „Reformer“-Sicht unverhältnismäßig großen – Einfluß auf die Grundsatzprogrammatik ausüben, im Westen teilweise eine autonome Politik betreiben, die sich nicht um Parteibeschlüsse scherte. Diesen Tendenzen versuchten die „Reformer“ von ihren Machtpositionen in den Parteigremien aus zu begegnen – einerseits durch administrative Maßnahmen, andererseits durch Parteitagsinitiativen, die auf eine inhaltliche Abgrenzung von bestimmten, unerwünschten Positionen zielten. Vor allem letzteres brachte nicht den gewünschten Effekt hervor, was die „Orthodoxen“ in Kommunistischer Plattform und Marxistischem Forum in ihrer Auffassung stärkte, große Teile der Mitgliedschaft hinter sich zu haben. Sie gewannen daraus die Motivation, ihre ideologischen Positionen mit viel Verve in der Partei durchzusetzen. Demgegenüber war den „Orthodoxen“ im Westen die PDS fremd. Sie nutzten die Partei hauptsächlich lokal als operative Basis für ihre – von den „Reformern“ zu Recht so genannte – „sektiererische“ Politik. Aus diesem Grund tendierte die Bereitschaft gegen null, überhaupt einen Umgang mit anderen innerparteilichen Strömungen zu pflegen oder um Einfluß in der gesamten PDS zu kämpfen. Die Gegenmaßnahmen der „Reformer“ waren im Westen allerdings erfolgreicher. Die meisten der dortigen Landesverbände sind inzwischen zumindest strategisch „auf Linie“.

Relevant versus irrelevant: Hätte das von der KPF verfochtene Parteikonzept Bedeutung, die PDS wäre keine pluralistische Organisation. Hätten die „Reformer“ die Pläne zur Änderung des Statuts vollends verwirklichen können, sie wäre es trotzdem noch. Die Organisationsprinzipien der PDS entsprachen weitgehend den Vorstellungen der „Reformer“. Stets spiegelten sie die Parteistrategie und deren Wandel wider. Die Offenheit der Strukturen an den Rändern, die Möglichkeit für die Mitglieder, sich selbstbestimmt zu formieren, waren Abbild der außerparlamentarischen Politik. Die Versuche der „Reformer“, dem zentralen Parteiapparat mehr Gewicht zu verleihen, gingen einher mit der immer größeren Rolle der Politik in den Parlamenten und Landesregierungen, die der Partei eine effiziente – und ungestörte – Entscheidungsfindung abverlangte. Die Bestrebungen der „Reformer“, den innerparteilichen Pluralismus in die „klassischen“ Strukturen zu integrieren, liefen Hand in Hand mit einer zunehmend offensiveren Auseinandersetzung mit „orthodoxen“ Gruppierungen. Schließlich schrieb man gerade ihnen zu, die Strategie der Partei per Ideologie zu beeinflussen. Selbst wenn die „Reformer“ nicht all ihre Maßnahmen zum Erfolg führen konnten, prägten sie das organisatorische Erscheinungsbild der PDS entscheidend. Zwar vermochte es der Einfluß der „Orthodoxen“, die Vorstöße zur Beschneidung der Privilegien innerparteilicher Zusammenschlüsse abzumildern. Jedoch wollten ja auch die „Reformer“ das Pluralismusprinzip nicht gänzlich beseitigen, wiewohl sie zumindest verbal am Primat außerparlamentarischer Politik festhielten. Die relative Macht der „Orthodoxen“ in den westlichen Landesverbänden blieb, was die Organisation betrifft, ohne Auswirkungen.

Die Besonderheit des Umgangs der „Reformer“ mit den „Orthodoxen“ und vice versa gründete in der strukturellen Mehrheit jener in den gewählten Exekutivgremien, bei gleichzeitigem Vermögen dieser, die Basis ein Stückweit auf Gegenkurs zu bringen. Die Vertikalität der Auseinandersetzungen führte dazu, daß die „Reformer“ gleichsam von oben herab die Initiative ergriffen, während die „Orthodoxen“ gezwungen waren, von unten aus zu reagieren, indem sie versuchten, die Mitgliedschaft für sich zu mobilisieren. An dieser grundsätzlichen Konstellation hat sich nichts geändert; der Einfluß der „Orthodoxen“ reichte nie soweit, daß sie die Macht etwa im Bundesvorstand erobern konnten. Bei den West-Verbänden hatte die Auseinandersetzung eine andere Qualität. Dort gingen die „Reformer“ mit rein administrativen Maßnahmen (Gegenstrukturen, selektive Finanzierung, Schiedsverfahren) gegen „orthodoxe“ Strukturen vor, die sich, was den Umgang mit anderen Strömungen anbelangt, durch Renitenz auszeichneten. In allen Fällen saßen die „Reformer“ am längeren Hebel.

Extremistisch versus demokratisch: Das Organisationskonzept der PDS ist in struktureller Hinsicht im Sinne der Problemstellung dieser Arbeit nicht zu beanstanden, wohl aber die strategische Motivation dahinter. Das geläufige Argument, die PDS zeichne sich (anders als die SED) wegen ihres innerparteilichen Pluralismus als demokratische Kraft aus, verfängt nicht. Extremistische Einstellungen waren stets mit der Mitgliedschaft in der Partei vereinbar. Explizit öffnete die PDS allen die Pforten, die Widerstand gegen die „gegebenen Verhältnisse“ leisten wollten. Auch abgeschwächte Formulierungen in Papieren des „Reformer“-Lagers lassen keine Abgrenzung gegenüber linken Extremisten erkennen. Die Strukturen der PDS waren bewußt so angelegt, daß sich gesellschaftliche Protestgruppen leicht der Partei anschließen konnten. Es machte keinen Unterschied, ob es sich um demokratische oder antidemokratische Kräfte handelte. Das Statut erlaubte sogar Strömungen mit eindeutig extremistischer Ideologie – zum Beispiel der Kommunistischen Plattform oder der AG Junge GenossInnen –, sich innerhalb der PDS zu organisieren.

Die Drohungen, namentlich die „orthodoxen“ Gruppierungen aus der Partei zu drängen, und die Versuche, sie zumindest in ihren Wirkungsmöglichkeiten einzuschränken, entsprangen nicht dem Entschluß von Demokraten, gegen Extremisten vorzugehen. So wurde die AG Junge GenossInnen künstlich am Leben erhalten, bevor man sie als strategisch untauglich kaltstellte. Ausschlaggebend war vielmehr das Vermögen dieser Zusammenschlüsse, die Parteistrategie zu beeinträchtigen. Selbstverständlich spielten ideologische Differenzen zwischen „Orthodoxen“ und „Reformern“ eine Rolle. Der Einfluß jener auf die programmatische Erneuerung der Partei hatte aber für die „Reformer“ eine Grenze überschritten, die strategische Erwägungen setzten. Selbst wer unterstellt, daß diese Erneuerung eine demokratische sein sollte: Ursache der Auseinandersetzungen war nicht der extremistische Charakter „orthodoxer“ Ideologien. Vielmehr basierten sie auf der Erkenntnis, daß deren Wirkung die vielbeschworene „Politikfähigkeit“ der Partei, zumal in den Parlamenten und an der Regierung, minimierte.

So lagen Kommunistische Plattform oder etwa das Marxistische Forum, wie überhaupt alle innerparteilichen Zusammenschlüsse, nicht mehr im Kalkül der – ursprünglich rein außerparlamentarisch orientierten – Parteistrategie. Demgemäß sah die Statutenreform zwar vor, die Privilegien der ideologisch geprägten Gruppierungen, mithin ihre Eigenständigkeit zu beschneiden. Ihre Existenzberechtigung wurde aber nicht in Fra-

ge gestellt. Darüber können auch Aussagen führender PDS-Funktionäre nicht hinwegtäuschen, die die KPF unverhohlen aufforderten, aus der Partei auszutreten. Der Versuch, dies aktiv zu befördern, wurde indes nie unternommen, wohl wissend, daß in diesem Falle womöglich größere Teile der Mitgliedschaft mitgingen und dadurch die ohnehin verzweifelt um Zuwachs kämpfende PDS in eine Existenzkrise zögen.

Es ist nicht verwunderlich, daß andere „Reformer“ die Kommunistische Plattform als genuinen Teil der PDS bezeichneten. Als Fleisch vom Fleische der Partei sahen sich die „Orthodoxen“ selbst – nicht völlig zu Unrecht. Denn Versuche, sie wegen ihrer ideologischen Eskapaden auf einen innerparteilichen Grundkonsens festzunageln, zerbröselten in den Mühlen der Parteitagsabstimmungen zu unverbindlichen Floskeln. Es gelang nicht einmal, „Stalinismus“ mit einem eindeutigen Unvereinbarkeitsbann zu belegen. Doch was hieß schon „Stalinismus“? „Orthodoxe“ und „Reformer“ verbanden etwas vollkommen Unterschiedliches mit diesem Begriff. „Extremistisch“ war keinesfalls gemeint, mochte auch im Demokratieverständnis der „Reformer“ „Stalinismus“ „Antidemokratie“ bedeutet haben. Daß seit Anfang 1995 „Antikommunismus“ auf Betreiben der „Orthodoxen“ in der PDS verboten ist, setzt deshalb nur noch den Punkt auf das „i“. Ausgegrenzt werden sollten von vornherein nicht extremistische Einstellungen, sondern bestimmte, für inopportun befundene ideologische Auswüchse.

„Demokratie“ war in keinem Verständnis ein Kriterium beim Umgang der Parteispitze mit dissidenten „orthodoxen“ Strukturen im Westen. Die Maßnahmen, die aus den Bundesvorständen heraus ergriffen wurden, sollten nicht die „Orthodoxen“ an sich treffen, sondern nur jene, die den wahlstrategischen Vorgaben der PDS Knüppel zwischen die Beine warfen, oder sich in anderer Weise – wie in Hamburg geschehen – der Kontrolle durch die Partei entzogen. Daß sich praktisch in allen westlichen Landesverbänden „orthodoxe“ Gruppierungen formierten, schien – gemessen an den Reaktionen – ebensowenig zu stören wie die Tatsache, daß in nicht wenigen Fällen Angehörige dieses Lagers hochrangige Parteifunktionen ausübten. Gegen die extremistischen AG BWK ging man vor, weil sie separate Strukturen außerhalb der PDS aufrechterhielten. Die Mitgliedschaft der BWKler in der PDS war nicht schon Grund genug. Dies soll nicht heißen, es hätte keine tiefgreifenden ideologischen Auseinandersetzungen zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ auch im Westen gegeben. Was die beiden Lager trennte, war jedoch nicht die Linie zwischen Demokratie und Extremismus.

Kapitel VII: Schlußbetrachtung

1. Zusammenfassung

Der Wertekanon des demokratischen Verfassungsstaates und die ihm entspringenden Prinzipien leiteten weder Denken noch Handeln der PDS. Das ist, verdichtet auf einen Satz, das Ergebnis der Analyse. Die PDS ist keine kommunistische Partei mehr; ihren maßgeblichen Politikern zu unterstellen, sie wollten ein totalitäres System errichten, wäre vermessen. In der DDR wäre die PDS zwar nicht als bürgerlich, doch aber als reformistisch verdammt worden. Das stellt ihr aber nicht automatisch das Attest aus, eine demokratische Partei zu sein. In der Gesellschaft der Bundesrepublik angekommen – wie es die entschiedensten unter den „Reformern“ notorisch forderten – ist die Partei jedoch bislang nicht. Dies wiederum muß nicht notwendigerweise für eine extremistische Orientierung sprechen. Jedoch ist zweifelhaft, ob dieses Ankommen wirklich gewünscht wird – vorausgesetzt, weder die Partei noch Staat und Gesellschaft würden sich grundlegend wandeln.

Gerade die „Reformer“ – in dieser Arbeit beschrieben als dasjenige Lager, das die DDR als „undemokratisch“ brandmarkte – trugen ein sehr zwiespältiges Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat zur Schau, das den weiten Bogen von fundamentaler Gegnerschaft über ein widerwilliges Sich-Einlassen bis hin zur positiven Würdigung einiger seiner Elemente spannte. Oft schien es, als seien sich die PDS-Ideologen nicht so ganz darüber im klaren, welche Haltung sie zum demokratischen Staat einnehmen sollten. Die Partei hat sich seiner grundlegenden „sozialistischen“ Reform verschrieben. Offen ließen die „Reformer“ größtenteils, und mithin ließ es die PDS, inwieweit und mit welchem Ziel sie Staat und Gesellschaft verändern wollten. Allerdings gründete dieses Vorhaben nicht in demokratischen Werten, sondern ausschließlich in dem politischen Motiv, bestimmte Teile der Gesellschaft zu dem Zweck in Stellung zu bringen, eine „Hegemonie der Linken“ ausüben zu können.

Es sollte sich dabei nicht um eine Hegemonie der Demokraten handeln – was bereits dem Ist-Zustand hierzulande entsprochen hätte. Dies wird zumal dadurch deutlich, daß die Partei zwar politischen Protest aus allen Teilen der Gesellschaft in ihre „Reformpolitik“ einzuspannen gedachte, dabei aber vor Extremisten nicht halt machte. Sie selbst bot Feinden der Demokratie Platz und gewährte ihnen Handlungsspielraum. Distanzierungen gegenüber eindeutig antidemokratischen Kräften in den eigenen Reihen und außerhalb waren als solche nicht glaubwürdig, einschlägige Abgrenzungsversuche selektiv, anstatt prinzipiell. Ihnen lag zudem nicht die demokratische Qualifikation der Betroffenen zugrunde, sondern politische Rason. Die PDS grenzte sich von Extremisten ab, wenn diese etwa die Wahlstrategie unterliefen. Prinzipiell aber war man bereit, sie mit ins Boot zu holen. Zu diesem Zweck hatte die Partei ihre Strukturen und Wahllisten offen gehalten. Es ist unter diesen Umständen kein Zeichen der Demokratisierung, wenn man sich nicht von Demokraten abgrenzt, wie die „Orthodoxen“ es an Stelle der „Reformer“ getan hätten.

Der Opportunismus bei Zusammenarbeit mit und Distanzierung zu extremistischen Kräften außerhalb spiegelt sich intern in der Auseinandersetzung der „Reformer“ mit den „Orthodoxen“, die diese Arbeit wie ein roter Faden durchzogen hat. Unverkennbar handelte es sich um einen Streit der Ideologien beziehungsweise um die Ideologie. Beide Lager zogen ihre eigene Lehre aus der DDR-Vergangenheit. Die Differenzen wären aber nicht in einen offenen Konflikt der unterschiedlichen Weltanschauungen eskaliert, hätten nicht die „Orthodoxen“ den strategischen Kurs und die programmatische Entwicklung der Partei entscheidend beeinflussen können. Dadurch erst gaben sie den PDS-Führungen Anlaß, den – inkonsequenten – Kampf auszutragen. Die Stimmen innerhalb des „Reformer“-Lagers, die eine weitgehende Ausgrenzung der „Orthodoxen“ aus der Partei verlangt hatten, waren zwar prominent, sie blieben aber die Ausnahme. Im Gegensatz zu André Brie, Gregor Gysi und Wolfgang Gehrcke äußerte sich die große Mehrheit der „Reformer“ entweder nicht, oder sie bekannte sich wie Helmut Holter zum Verbleib der Kommunistischen Plattform in der PDS. Auch den Kampf der „Reformer“-dominierten Parteiführungen gegen „orthodoxe“ Gruppierungen im Westen bestimmte deren abweichendes Verhalten zum Kurs der Partei. Ideologische Differenzen oder gar demokratische Defizite waren nicht entscheidend.

Im wesentlichen ist es die Strategie, die die PDS als extremistische Partei ausweist, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens waren die beiden anderen Bereiche sekundär: Die Ideologie kam in vieler Hinsicht als eine Theorie der Strategie daher; ihre Organisation versuchte die PDS strategischen Erfordernissen anzupassen. Zweitens betrachtete die Partei Prinzipien, deren Anerkennung für sich genommen für eine demokratische Entwicklung spricht, allein unter strategischen Gesichtspunkten. So sahen die PDS-Ideologen etwa in der individuellen Freiheit eine Voraussetzung zur Befreiung unterschiedlicher gesellschaftskritischer Potentiale. Dabei spielt der Freiheitsbegriff überhaupt nur in den Überlegungen der „Reformer“ eine wesentliche Rolle. In der Programmatik der Partei konnte er nicht einmal in diesem Verständnis Fuß fassen. Pluralismus machte in der Theorie der PDS dort halt, wo er keine „sozialistischen“ Interessen mehr betraf. Er konnte insofern keine universelle Gültigkeit beanspruchen. Dies wirft massive Zweifel über die Bejahung dieser Werte als demokratische Prinzipien auf.

Demokratie selbst wurde mit einem Prozeß der Veränderung von Staat und Gesellschaft gleichgesetzt und nicht als Wertekanon oder Institutionengefüge verstanden. Dem politischen System der Bundesrepublik unterstellte die PDS undemokratische Tendenzen, weil es „formal“ und „entleert“ sei beziehungsweise bestimmte Interessen nicht oder nur ungenügend berücksichtige. Stattdessen hätten sich die „Kapitalinteressen“ des Staates bemächtigt, der laut PDS nun von linken Kräften zurückerobert und mit deren Anliegen inhaltlich gefüllt werden müsse. Erst dann könne von Demokratie die Rede sein. Diese Einstellung genügt den Kriterien der Analyse in doppelter Hinsicht nicht. Erstens: Es gaben ideologische Gründe den Ausschlag für das Urteil der PDS, ob Demokratie verwirklicht ist – nicht die Werte des demokratischen Verfassungsstaates. Angesichts der fehlenden Abgrenzung gegenüber Extremisten ist es darüberhinaus höchst zweifelhaft, ob es sich dabei um ausschließlich demokratische Positionen handeln sollte. Zweitens führte die Vernachlässigung des essentiellen formalen Aspekts von Demokratie dazu, daß die PDS auch staatliche Institutionen, Verfahren und Entscheidungsmechanismen zur Disposition ihrer Strategie stellte. Zwar befürwortete die Partei mit Ausnah-

me der „Orthodoxen“ insbesondere Parlamentarismus und Gewaltenteilung. (Zum Mehrheitsprinzip beziehungsweise Minderheitenschutz äußerte sie sich nicht.) Doch gingen die Vorschläge zur Reform des deutschen politischen Systems Hand in Hand mit dem außerparlamentarischen Oppositionskonzept der Partei. Politischer Protest sollte in der Gesellschaft formiert werden und gleichzeitig Freiräume im Staat bekommen.

Die Analyse einschlägiger Entwürfe belegt, daß in der PDS identitär-demokratische Vorstellungen stark nachwirkten. Würden, wie die Partei es anstrebte, bestimmte Interessen – durch gesonderte, mit ungenügender demokratischer Legitimation ausgestattete Gremien neben den gerade nicht entlang bestimmter politischer Anliegen ausgerichteten Parlamenten – im System verankert, wäre dies der erste Schritt hin zu einem Interessenmonismus in Staat und Gesellschaft. Der Strategie der PDS, im vorinstitutionellen Raum politischen Protest zusammenzuführen, entsprach das Vorhaben, diesen Protest im System selbst zu kollektivieren und mit staatlicher Macht auszustatten. Weiter gedacht, könnte die angestrebte „Hegemonie der Linken“ – als eine Art „Volkswille“ – auf diese Weise leicht mit einem entsprechenden „Staatswillen“ zusammenfallen. Mag dies auch Konstruktionen der „Reform“-Ideologen entsprungen sein: Die für ein freiheitliches System konstitutive strikte Trennung von Staat und Gesellschaft hielt die PDS nicht für notwendig – ganz zu schweigen von den undemokratischen Staatsvorstellungen der „Orthodoxen“. Es spricht nichts dafür, daß die PDS Institutionen der Demokratie verändern wollte, um eine Diktatur zu errichten. Jedoch fußt auch die Akzeptanz staatlicher Prinzipien nicht auf einer normativen Vorentscheidung für Demokratie, sondern ebenfalls auf strategischen Erwägungen. Zwar ließ sich die PDS auf die Mechanismen des demokratischen Verfassungsstaates ein. Aber seine Prinzipien und Werte waren nicht das Bestimmende. Sonst hätte die Partei nicht Vorschläge präsentiert, die das Mehrheitsprinzip mißachteten, würden sie Realität werden. Schließlich beinhalteten die Forderungen, exklusiven Interessen zur Macht im System zu verhelfen. Dieses sollte so verändert werden, daß die Parteistrategie größtmögliche Wirkung innerhalb des Staates entfalten kann.

Schon ihrem Anspruch nach war die Strategie extremistisch motiviert. Mit ihr wollte die PDS in der Gesellschaft virulenten Unmut zum Widerstand gegen die „herrschenden Verhältnisse“ kanalisieren und ausrichten. Gleichzeitig drang sie auf eine Reform des Staates. Beide Unternehmen mußten sich nicht an den Rahmen demokratischer Prinzipien halten. Sie waren nicht auf deren Bewahrung aus und vereinnahmten antidemokratische Kräfte. Angesichts dessen ist es nicht von entscheidender Bedeutung, die Frage erschöpfend zu beantworten, ob nun „das System“ Ziel des fundamentalen Oppositionskonzeptes der PDS war, oder aber der Kapitalismus oder eine gegnerische Ideologie. Führende Repräsentanten der Partei hatten sich ja – mit Ausnahme der „Orthodoxen“ – uneinheitlich und oftmals auch uneindeutig dazu geäußert. In der Studie habe ich aus analytischen Gründen eine Dreiteilung der Strategie vorgenommen. Der Theorie der PDS nach war ohne Zweifel die außerparlamentarische Aktion das bestimmende Element. Gemessen an den Untersuchungskriterien war sie gleichzeitig dasjenige, das am stärksten für die extremistische Einstellung der Partei spricht. Auf der anderen Seite spielte die außerparlamentarische Strategie jedoch in der politischen Praxis eine immer unbedeutendere Rolle. Das Handeln in den Parlamenten, schließlich an der Regierung

dominierte zunehmend. Dies wiederum steht am ehesten für eine demokratische Orientierung der PDS.

Die PDS hat anfangs großen Wert auf die Feststellung gelegt, daß ihre Strategie in den staatlichen Institutionen Teil eines umfassenderen Konzeptes fundamentaler gesellschaftlicher Opposition ist. Sie fiel in der Tat immer wieder in diese Haltung zurück, wenn ihre Politik in den Parlamenten nicht den gewünschten strategischen Erfolg zeigte, etwa weil es nicht gelungen war, die Sozialdemokraten für ein Bündnis zu gewinnen. Auch die angestrebte Zusammenarbeit mit der SPD und die damit verbundene Pragmatisierung politischer Positionen lieferte zunächst keinen Hinweis auf einen demokratischen Wandel, intendierte sie doch eine Vereinnahmung des Partners für ein gesellschaftliches Linksbündnis und zielte nicht auf eine gemeinsame Politik im Rahmen staatlicher Instanzen. Diese Pläne hat die PDS jedoch nicht einmal ansatzweise verwirklichen können. Mit wenigen Ausnahmen ging die Umsetzung ihrer außerparlamentarischen Strategie nicht über die Unterstützung einschlägiger Initiativen und Organisationen hinaus. Mit den „Komitees für Gerechtigkeit“ und der „Erfurter Erklärung“ hat die PDS ihre außerparlamentarische Strategie zwar trefflich umgesetzt: die Partei als Initiator einer Protestbewegung. Die beiden Projekte waren aber ohne praktische Relevanz.

So ist die Theorie weitgehend Theorie geblieben. Die parlamentarische Politik der PDS verlor zunehmend den Bezug zu ihrem fundamentaloppositionellen Anspruch, während sich in der Partei die Beispiele mehrten, die auf einen Abschied von den außerparlamentarischen Prioritäten hindeuteten. Grundsatzpapiere der „Reformer“ gaben der Parlamentsarbeit größeres Gewicht im Vergleich zu dem strikten außerparlamentarischen Primat des Parteiprogramms. Wichtiger ist noch: Die östlichen Landesverbände richteten ihre Programmatik mehr und mehr entlang des Kriteriums der Machbarkeit aus. Eine Vorreiterrolle nahm die PDS in denjenigen Bundesländern ein, in denen sie an der Regierung beteiligt war. Die Widersprüche – grundsätzlich oppositionelle Haltung zu den „herrschenden Verhältnissen“ und sachorientierte Parlamentsarbeit, radikale Programmatik und zum Teil völlig entgegengesetzte Regierungsentscheidungen der PDS-Minister – wurden mehr und mehr zugunsten der „Realpolitik“ eingeebnet.

Dies ist ein Indiz der Demokratisierung, weil die Mechanismen und Prinzipien „des Systems“ anerkannt werden sollten, ohne sie für eine fundamentale Oppositionspolitik zu nutzen. Zwar spielt die Integrationsleistung des demokratischen Verfassungsstaates eine wichtige Rolle. Jedoch kann den betroffenen PDS-Politikern nicht abgesprochen werden, die Entwicklung auch aus eigenem Willen vorangetrieben zu haben. Dieser Prozeß hängt allerdings von zu vielen Faktoren ab, als daß ihm Dauerhaftigkeit bescheinigt werden könnte. Es handelt sich um den Ist-Zustand, den 13 Jahre PDS-Politik hervorbrachten. Während dieser Zeit sind genügend Anzeichen virulent geworden, die nahelegen, daß die Demokratisierung durch Einbindung in das System unter bestimmten Umständen gebremst, gestoppt oder gar umgekehrt werden kann. Immerhin hat sich die PDS bislang nicht grundlegend und nicht als Ganzes von ihrer extremistischen Strategie befreit. Sie hat es nicht vermocht, sich auf die Akzeptanz der Parlaments- und Regierungspolitik als essentiellem Teil des demokratischen Prinzipiengefüges festzulegen. In Parteibeschlüssen war das politische Handeln in Parlamenten und Regierung immer mit gesellschaftlicher Opposition verknüpft, und es unterlag oft auch politischen Vorbehalten.

Die Sowohl-als-auch-Haltung der PDS-Minister und neuere Entwürfe der „Reformer“ sind beredtes Zeichen, daß die Partei ihren Anspruch der „Transformation der Gesellschaft“ nicht aufgegeben hat, auch wenn er bislang ohne Folgen blieb. Zwar hielt die PDS an ihren Machtpositionen fest, ohne Rücksicht auf programmatische Grundpositionen zu nehmen. Sie begab sich damit auf dünnes Eis, lag es doch entscheidend an einigen wenigen „Reformern“, daß dieser Kurs vorangetrieben wurde. Andere wiederum waren versucht, zur Vorsicht zu mahnen. Noch sind die Stimmen selbst aus diesem Lager mächtig, das sozialistische Profil der Partei höher zu bewerten als die Regierungspolitik. Deshalb muß offen bleiben, wohin sich in Zukunft die Waage neigt, zumal die „Reformer“ die programmatische Erneuerung der PDS auch nach Jahren nicht zum Erfolg bringen konnten. Dabei kamen – wie an mehreren Stellen der Analyse dargestellt – die einschlägigen ideologischen Entwürfe, mit denen man die Basis konfrontierte, allein noch keinem Durchbruch zur Demokratie gleich.

Sollten demgegenüber die Vorstellungen der „Orthodoxen“ programmatische Grundlage werden, könnte die PDS das Projekt Mitregieren ohne großen Trennungsschmerz begraben, nicht nur deshalb weil sich dann unter demokratischen Parteien wohl kein Partner fände. Allerdings ist dieses Szenario hypothetisch. Trotz aller Diskussionen hat die Mitgliedschaft, selbst als es Spitz auf Knopf stand, am Ende in jedem Fall dem Festhalten an der Regierungsbeteiligung ihren Segen erteilt. Die Agitation der „Orthodoxen“ blieb also ohne Erfolg. Es darf jedoch mit triftigen Gründen bezweifelt werden, daß das Plazet der Basis einem Votum für den demokratischen Verfassungsstaat gleichkam. Ein Parteibesluß, der eine Generalerlaubnis für eine Politik innerhalb der Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates ohne Vorbehalte erteilt hätte, ist bislang nicht einmal beantragt worden. Träte eine demokratische Partei eine solche Entscheidung, träte sie offene Türen ein. Für die PDS wäre es eine Revolution.

Denn bei anderen Gelegenheiten zementierte die Mitgliedschaft – für die Parteiführungen stets ein unsicherer Kantonist – Mauern, deren Verlauf die „Orthodoxen“ entscheidend mitbestimmt hatten. So ließen sich Positionen nicht durchsetzen, die entweder die DDR als „undemokratisches“ System in Frage stellten oder die Vision einer sozialistischen Gesellschaft als greifbare Alternative zur Bundesrepublik, mithin zum demokratischen Verfassungsstaat, missen ließen. Rein auf das Hegemonie-Konzept beschränkte Vorlagen der „Reformer“, in denen „Sozialismus“ ausschließlich als Bewegung verstanden wurde, trafen in der Partei auf breiten und heftigen Widerspruch. Aufgrund dieser manifesten oder latenten Aversion gegen das neue System vermochten es die „Orthodoxen“ mit ihrer kategorialen Weltsicht, an der Basis alle emotionalen Register zu ziehen. Ihnen ist es zu verdanken, daß die PDS sich bis heute nicht einmal eindeutig von „stalinistischen“ Positionen distanziert hat. Mit etwas Geschick gelang es den „Orthodoxen“, selbst Wahlerfolge zum Beweis einer zunehmenden Anpassung der Partei an ein feindliches System umzumünzen und Wahlniederlagen als Bestätigung für die Richtigkeit ihrer – wie sie es meinten – strikt oppositionellen Attitüde gutzuschreiben. Dies erklärt das Aufbrechen der Konfrontation zwischen beiden Lagern gerade auch zu erfolgreichen Zeiten. Die Befindlichkeiten der Mitgliedschaft sind ein wichtiger Grund, warum die „Reformer“ mit dem Vorhaben scheiterten, einen programmatischen Konsens der PDS festzulegen, der sich nicht in den Unverbindlichkeiten des im Januar 1993 beschlossenen Grundsatzprogramms verliert.

Die PDS ist eine „Partei ohne Mitte“ geblieben. Daß sie ihre „Mitte“ in der Demokratie findet, ist unter den gegebenen Umständen äußerst unwahrscheinlich. Den Maßstäben der Analyse gemäß sprechen die meisten Indizien dafür, die PDS als extremistische Partei zu bewerten. Zwar kristallisierten sich Ansatzpunkte einer demokratischen Entwicklung heraus. Die entlastenden Aspekte sind jedoch von zu vielen Bedingungen abhängig, als daß der Partei ein nachhaltiger Wandel zur Demokratie bescheinigt werden könnte. Eine Strategie, die große Teile der Gesellschaft gegen die „gegenwärtigen Verhältnisse“ in Stellung bringen will, fällt zusammen mit einer Ideologie, die nicht auf den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates basiert, und einer Organisation, die sich Extremisten gegenüber öffnet. Die Partei hat – in Abwandlung eines Zitates von Helmut Holter – ihre Lehre in Demokratie noch zu machen.

2. Ausblick

Die Chancen einer Demokratisierung der Partei liegen in ihrer Einbindung in den demokratischen Verfassungsstaat – begraben, ist man versucht hinzuzufügen. Vor dieser Entwicklung nämlich hatten die „Orthodoxen“ mit Vehemenz gewarnt und die Mitgliedschaft entsprechend alarmieren können. Ich habe zu einem früheren Zeitpunkt der vor allem in Reihen der SPD vertretenen „Desavouierungsthese“ wenig abgewinnen können, die unter anderem besagte: „Laßt die PDS praktische Politik machen und Verantwortung übernehmen, auf daß sie ihr wahres Gesicht zeigt!“ Vor Jahren noch hatte man sich mit dieser Theorie auf ein Vabanquespiel eingelassen. Es war bei weitem nicht so klar wie heute, daß die (Aussicht auf eine) Regierungsbeteiligung wenigstens ein Stück weit programmatische Veränderungen nach sich zog, die die PDS unter anderen Umständen kaum zuwege gebracht hätte. Zu fest war die fundamentaloppositionelle Einstellung in der Partei verankert. Zudem hatte sich die mit der „Desavouierungsthese“ verbundene stillschweigende Hoffnung nicht erfüllt, die PDS gehe an ihrer „Entzauberung“ zugrunde. Wahlerfolge in den neuen Bundesländern erzielte sie weiterhin in Größenordnungen, die ausreichten, um die Sozialdemokraten zu Koalitionen zu verlocken.

Auch heute fällt es schwer zu sagen, was das wahre Gesicht der PDS ist. Klarer tritt jedoch die Tendenz zu Tage, daß die Teilhabe an verantwortlicher Politik in den Institutionen der Demokratie die Partei zu Veränderungen zwingen kann, die über bloße Anpassungsleistungen hinausgehen. Diese Tendenz hat bislang aber nicht die gesamte Partei erfaßt, noch nicht einmal ihr Grundsatzzprogramm. Außerdem steht sie auf tönernen Füßen. Denn ein größerer Einfluß der „Orthodoxen“ zeitigte schnell andere Ergebnisse. Eine nachhaltige Demokratisierung wird es nur unter drei einander bedingenden Voraussetzungen geben: (1) eine Vorreiterrolle der entschiedensten „Reformer“, (2) eine Erneuerung der Programmatik in deren Sinne, (3) Wahlerfolge. Die zweite Voraussetzung ist nur in Kombination mit der ersten denkbar. Diese wiederum ist abhängig von der dritten, weil alle Wahlniederlagen einen Rückfall auf systemoppositionelle Positionen beschleunigen und den Einfluß der „Orthodoxen“ stärken würden. Ein Festhalten am Regierungskurs wäre dann – falls überhaupt gewollt – der Basis äußerst schwer zu vermitteln.

Aber auch die Stärke der „Orthodoxen“ ist relativ. Als Ganzes waren ihre ideologischen Vorstellungen in der Mitgliedschaft noch schlechter durchzusetzen als die der

„Reformer“. Einen solchen Versuch hatten etwa die Kommunistische Plattform oder das Marxistische Forum auch nie unter Inkaufnahme aller Konsequenzen unternommen. Bislang ist noch keines der beiden Lager das Wagnis eingegangen, die Existenz der PDS aufs Spiel zu setzen. Das gilt nicht nur für die „Reformer“, sondern auch für die „Orthodoxen“, die ohne die Parteiorganisation zum dogmatischen Debattier- und nostalgischen Trauerklub verkommen würden – weit entfernt von einem schlagkräftigen Widerstand gegen den Kapitalismus. Die programmatische Zukunft der PDS wird darin liegen, inwieweit es den „Reformern“ gelingt, innerparteiliche Überzeugungsarbeit zu leisten. Dies dürfte ein schwieriges Unterfangen werden, bei dessen Vorstellung man unweigerlich das Bild von der Quadratur des Kreises vor Augen hat. Die Erneuerung wird entscheidend davon abhängen, intern die Auffassung zu stärken, daß gerade dogmatische Politikkonzepte und Attitüden der Verweigerung den Untergang der PDS bedeuten, nicht zuletzt deshalb weil sie die Aussichten auf anhaltende Wahlerfolge entscheidend schmälerten.

Das Desaster der PDS bei der Bundestagswahl 2002 hatte viele Ursachen. Man kann keinem ideologischen Lager eindeutig die Schuld geben, obwohl dies in der Partei in aller Härte getan wurde. Gewiß kam die Wahlniederlage einer Niederlage der „Reformer“ gleich, war doch eine möglichst starke Präsenz im Bundestag wesentlicher Teil ihrer Strategie. Deshalb konnten die „Orthodoxen“ jubilieren: „Ein politisches Konzept ist gescheitert!“ Entscheidender ist aber, daß die Partei im Anschluß dem Reflex verfiel, sich einzuigeln. Die Forderungen nach strikter Opposition wurden lauter. Selbst Befürworter eines Regierungskurses stellten offen die Frage, ob es nicht besser sei, das Projekt Machtbeteiligung aufzugeben. Die Basis klammerte sich derweil ans Vertraute: Auf dem Geraer Parteitag im Oktober 2002 wählte sie die in Sachen Mitregieren äußerst zurückhaltende „Reformerin“ Gabi Zimmer erneut zur Parteichefin. Die für einen entschiedeneren Erneuerungskurs stehenden Politiker Dietmar Bartsch und Roland Claus gaben ihre Kampfkandidaturen auf oder unterlagen in der Abstimmung. Die Mitgliedschaft hat ihr Urteil gesprochen und deutlich gemacht, daß ein forsches Sich-Einlassen auf den demokratischen Verfassungsstaat als Wagnis angesehen wurde, das man in Schönwetterperioden eingeht, nicht aber als Notwendigkeit. Die Ressentiments gegenüber System und Gesellschaft der Bundesrepublik sitzen tief.

Die Tatsache, daß nach dem Parteitag in Gera zunächst keiner der Protagonisten eines Regierungskurses ohne Wenn und Aber mehr in Spitzenfunktionen vertreten war, hat die veröffentlichte Meinung als Machtübernahme durch Gegner der „Reformer“ gewertet. Dies war in dieser Eindeutigkeit nicht der Fall. Aber um zwei der oben erwähnten Voraussetzungen (Wahlerfolg und Stärke der „Reformer“) ist es seitdem schlecht bestellt. Angesichts dessen wird als dritte Voraussetzung die programmatische Erneuerung eher moderat ausfallen, mit weitreichenden Konzessionen an die Basis. Die Gefahr, daß die PDS unter dem Erneuerungsdruck der Regierungsbeteiligungen zerrissen wird, ist damit zwar geringer geworden, die Chance der Demokratisierung aber auch. Die „Desavouierungsthese“ dürfte unter diesen Umständen Anhänger verlieren. Jetzt wittert die SPD als politischer Gegner der PDS, nicht als ihr Regierungspartner, Morgenluft. Eine verstärkte Abgrenzungsstrategie von Seiten der Sozialdemokraten würde in den neuen Bundesländern die Situation einer mit dem Makel der Erfolglosigkeit behafteten PDS zusätzlich erschweren. Nicht zuletzt gründeten die Wahlerfolge der Par-

tei in dem Unvermögen der demokratischen Parteien, eine tiefsitzende Verdrossenheit vieler Bürger in Ostdeutschland gegenüber dem neuen System aufzubrechen. Diese Verdrossenheit nämlich beruht auch auf einem Mißverständnis, das eigentlich der politischen Aufklärung bedürfte: Solange nämlich Demokratie, Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit mit Kapitalismus und Arbeitslosigkeit in einen Topf geworfen werden können, solange wird es auch die PDS als extremistische Partei geben.

Mit dem weltweiten Zusammenbruch kommunistischer Regime hat sich das 20. Jahrhundert als Zeitalter der Diktaturen rechter und linker Provenienz verabschiedet. Es bleibt zu hoffen, daß der Siegeszug demokratischer Verfassungsstaaten keine vorübergehende Episode ist. Die Demokratien selbst haben es in der Hand, dafür einen aktiven Beitrag zu leisten, indem sie sich der Herausforderung durch Extremisten auch in ihrem Inneren ständig bewußt sind. Dazu gehört zumal, Feinde der Demokratie als solche zu benennen und zu bekämpfen. Gefragt ist ein Konsens der Demokraten, der nicht vor politischer Opportunität kapituliert. Die Auseinandersetzung mit der PDS ist gekennzeichnet von der Ignoranz demokratischer Kräfte gegenüber der extremistischen Orientierung der Partei. Deshalb ist es um diesen Konsens nicht zum besten bestellt. Zumindest ist er in eine bedenkliche Schiefelage geraten. Andernfalls würde man der linksextremistischen PDS genauso entschieden und eindeutig entgegentreten wie den rechtsextremistischen „Republikanern“.

Kapitel VIII: Quellen- und Literaturverzeichnis

Anmerkung: Berichte der Tages- und Wochenpresse, Agenturmeldungen und Internet-Seiten sind nicht in dem Verzeichnis vertreten. Wurde auf sie Bezug genommen, habe ich dies in den Fußnoten kenntlich gemacht. Auch sind die Jahresberichte des Bundesamtes und der Landesämter für Verfassungsschutz nicht extra aufgeführt, wenngleich sie in der Arbeit berücksichtigt und entsprechend vermerkt wurden. Zitierte Quellen, die in den unter 1.1 aufgelisteten Periodika erschienen sind, habe ich unter 1.2 nicht gesondert erwähnt. Nicht immer war es möglich, zwischen Quellen und Sekundärliteratur zu unterscheiden. Zweifelsfälle finden sich in der letztgenannten Rubrik wieder.

1. Quellen

1.1 Periodika

analyse & kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis
Arbeiterstimme – Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis
Barrikade
Beiträge und Informationen zur Programmdebatte (PDS)
Beiträge zur Wirtschaftspolitik
Bundschuh-Blätter – Informationen des MdB-Büros Winfried Wolf
Diskurs – Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus
Disput
Disput Was + Wie
DKP-Informationen
Ergebnisse und Materialien (BWK)
Ergebnisse und Materialien (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften)
Freitag – Die Ost-West-Wochenzeitung
GegenDruck – Die Kreuzberger Seiten der PDS
GegenStandpunkt – Politische Vierteljahreszeitschrift
Hintergrund – Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik
Icarus – Zeitschrift für soziale Theorie und Menschenrechte
Info! (PDS Saarland)
Informationsdienst (Arbeitskreis Linksinformation)
junge Welt – Die Tageszeitung
Linksblick (Arbeitskreis Linksinformation)
linksrheinische (PDS Rheinland-Pfalz)
Marxistische Blätter
Marxistisches Forum
Mit Links – Zeitschrift der offenen Liste der PDS im Stadtrat München

Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS
 Mitteilungen der Sozialdemokratischen Plattform in und bei der PDS
 Neues Deutschland – Sozialistische Tageszeitung
 offensiv – Sozialistisches Monatsblatt der PDS Göttingen und Hannover
 O. T. (Arbeitsgemeinschaft „Junge GenossInnen“ in der PDS)
 PDS-Info Hamburg
 PDS-Landesinfo Baden-Württemberg
 PDS-Landesinfo Niedersachsen
 PDS-Landesinfo Nordrhein-Westfalen
 PDS-Landesinfo Rheinland-Pfalz
 PDS-Pressedienst
 PDS-Rundbrief Nordrhein-Westfalen
 Politische Berichte – Zeitschrift für sozialistische Politik
 Politische Hefte – Politikwissenschaftliche Information und Dokumentation
 pvl-Dokument
 Rattenpost – Forum der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS
 reinblick – Infoblatt der PDS-Bundestagsfraktion
 R(h)einblick – Nachrichten aus Bonn
 Rundbrief (Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung)
 Rundbrief (PDS-Kreisverband München)
 Rundbrief der Arbeitsgemeinschaft PDS/Linke Liste West
 Rundbrief der PDS/Linke Liste Hamburg
 Rundbrief des Arbeitsausschusses der PDS/Linke Liste Hamburg
 SoZ – Sozialistische Zeitung
 Sozialismus – Forum für die politische Debatte der Linken
 Titel – Informationsforum der PDS Bayern
 unsere zeit – Zeitung der DKP
 Utopie kreativ – Diskussion sozialistischer Alternativen
 Weißenseer Blätter – Hefte zu Fragen aus Theologie, Kirche und Gesellschaft
 Z. – Zeitschrift Marxistische Erneuerung

1.2 Einzelpublikationen

Ackermann, Günter, Nina Eumann, Bernd Hammerstein, Lothar Kurth: Duisburger Erklärung zur Politik und den Perspektiven unserer Partei. Für eine sozialistische Alternative!, Manuskript, 1999
AG 5 vor 12 (Hrsg.): PDS – Ansichten und Aussichten. Ein Reader, Duisburg 1996
AG Autonome Gruppen in und bei der PDS: 1. Entwurf eines Grundsatzpapiers, Manuskript, o. D.
AG Bilanz: Bericht zur bisherigen Regierungsbeteiligung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 2000
AG Junge GenossInnen (Hrsg.): Materialien der Bundesdelegiertenkonferenz, Manuskript, 1990

- AG Junge GenossInnen (Hrsg.):* Heute schon an übermorgen denken! Ansätze zu einer neuen Gesellschaft. Reader zur Zukunftswerkstatt, Manuskript, 21. November 1992
- AG Junge GenossInnen (Hrsg.):* „Die unendliche Geschichte“ oder „Friedlich oder militant – wichtig bleibt der Widerstand!“. Materialsammlung zur Widerstandsdiskussion, o. O. o. J.
- AG Junge GenossInnen (Hrsg.):* „Friedlich oder militant – wichtig bleibt der Widerstand!“ Bundeskongreß Magdeburg. Zusammenstellung der Beschlüsse und Ergebnisse, Manuskript, 22./ 23. Januar 1994
- AG Junge GenossInnen (Hrsg.):* Bundeskongreß. Zusammenstellung der Beschlüsse und Ergebnisse, Manuskript, 17./18. Dezember 1994
- AG Junge GenossInnen:* Erklärung, Manuskript, 3. Februar 1995
- AG Junge GenossInnen:* „Für eine sozialistische Perspektive“. Grundlagen für eine Selbstverständigung in der AG „Junge GenossInnen“ 1996, Manuskript, o. D.
- AG Junge GenossInnen:* Radikal in die Zukunft, anstatt auf der Stelle treten! Positionspapier, Berlin 1997
- AG Junge GenossInnen:* Protokoll vom Landestreffen in Kleinmachnow, Manuskript, 1. Februar 1998
- AG Strategie:* Inhaltliche Positionen der PDS Mecklenburg-Vorpommern für einen politischen Neuanfang in Mecklenburg-Vorpommern (Entwurf), Manuskript, 16. August 1996
- AG Theorie des Forum West:* Thesen zur Konferenz der PDS Berlin zum Westaufbau, Manuskript, o. D.
- AK Zukunft des Sozialismus:* Kritik an den Programmentwürfen der PDS, Manuskript, 6. September 1992
- Albrecht, Heinz u. a. (Hrsg.):* Crossover. Für einen radikalreformerischen Neuanfang, Berlin 1996
- Albrecht, Sybille u. a.:* Antrag an die 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS. Vorschläge zum Entwurf „10 Thesen zum weiteren Weg der PDS“, Manuskript, 16. Dezember 1994
- Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Kommunistische Plattform der PDS:* Arbeiter-Meeting, Frankfurt am Main 1993
- Arbeitsausschuß der PDS/Linke Liste Hamburg (Hrsg.):* Offene Landesversammlung PDS/Linke Liste Hamburg. Tagungsunterlagen, Hamburg 1995
- Arbeitsausschuß der PDS/Linke Liste Hamburg (Hrsg.):* Materialien für die Offene Landesversammlung der PDS/Linke Liste Hamburg, Hamburg 1996
- Arbeitsausschuß der PDS/Linke Liste Hamburg:* Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit für alle – Für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums – Dem Widerstand eine Stimme geben. Wahlpolitische Erklärung, Manuskript, April 1997
- Arbeitsgemeinschaft westliche Bundesländer der PDS/Linke Liste:* Grundlinien einer Wahlstrategie im Westen, Hamburg 1993
- Arbeitskreis „Demokratisierung“ der PDS Thüringen:* Demokratisierung der Gesellschaft, Manuskript, 11. Oktober 1998
- Arbeitskreis kritischer MarxistInnen (Hrsg.):* Beiträge zur Stalinismus-Diskussion, Berlin/Osnabrück 1997

- Arnold, Otfried u. a.:* Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989-1993, Berlin 1994
- Arnold, Otfried u. a.:* Von den Anfängen. Eine illustrierte Chronik der PDS 1989-1994, Berlin 1995
- Bartsch, Dietmar:* Gedanken nach einer schweren Niederlage, Manuskript, 2. Oktober 2002
- Bartsch, Dietmar:* Zurück in die Gesellschaft? Zurück zur Politik!? Zur Situation der PDS, Manuskript, 4. November 2002
- Basiskonferenz (Hrsg.):* „Wie antikapitalistisch kann die PDS sein?“ Ergebnis-Reader, Hannover 1996
- Behrend, Manfred:* „Partei des Demokratischen Sozialismus“ – Traditionen, Organisation, Strömungen und Strategievorstellungen, Manuskript, August 1996
- Behrend, Manfred, Helmut Meier (Hrsg.):* Der schwere Weg der Erneuerung. Von der SED zur PDS. Eine Dokumentation, Berlin 1991
- Beinert, Heinz:* „Permanente Kriegserklärung der Konservativen“, Manuskript, 1997
- Benjamin, Michael:* Zur Erklärung des Genossen André Brie über die Beendigung seiner Tätigkeit in der Grundsatzkommission, Manuskript, 3. Juni 1997
- Benjamin, Michael:* Konsens und Dissens in der Strategiedebatte, in: Pankower Vorträge, 5/1997, S. 24-46
- Benjamin, Michael:* Macht und Gewalt, Staat und Partei, Berlin 1998
- Benjamin, Michael:* Notizen im Vorfeld des 7. Parteitages, Manuskript, 5. September 2000
- Benjamin, Michael, Uwe-Jens Heuer, Winfried Wolf:* Votum zu den Thesen der Programmkommission der PDS, Manuskript, 1999
- Benjamin, Michael u. a.:* Gemeinsame persönliche Erklärung, Manuskript, 19. Januar 1995
- Benjamin, Michael u. a.:* Deutschland 5 Jahre vor der Jahrtausendwende. Zur Strategie der PDS in den nächsten Jahren. Zweite, überarbeitete Fassung, Manuskript, September 1995
- Benoist, Alain de:* Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite, Krefeld 1985
- Bernstein Eduard:* Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, 8. Aufl., Berlin/Bonn 1984
- Bischoff, Joachim:* Grundprobleme der Erneuerung der PDS, Manuskript, 2002
- Bischoff, Joachim, Hans Modrow, Michael Schumann:* Kleinbürgerliche Vereinsmeierei oder Projekt der Linken? Thesen zu Situation und Perspektiven der sozialistischen Linken, Manuskript, 1994
- Bischoff, Joachim u. a.:* Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus: Internationaler Kapitalismus und neue Weltordnung, Frankfurt am Main 1992
- Bisky, Lothar:* Freiheit oder Sozialismus?, Berlin 1995
- Bisky, Lothar:* Wut im Bauch. Der Kampf um die PDS 29. November bis 7. Dezember 1994. Erlebnisse – Dokumente – Chronologie, Berlin 1995
- Bisky, Lothar:* Die PDS trägt Dissens und Konsens in sich – und sie lebt davon!, in: Pankower Vorträge, 5/1997, S. 5-23

- Bisky, Lothar*: Zur Bilanz des Münsteraner Parteitages der PDS, Manuskript, 10. April 2000
- Bisky, Lothar, Jochen Czerny, Herbert Mayer, Michael Schumann (Hrsg.)*: Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis. Eine politisch-historische Debatte, Berlin 1996
- Bisky, Lothar, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.)*: Rücksichten. Politische und juristische Aspekte der DDR-Geschichte, Hamburg 1993
- Bisky, Lothar, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.)*: „Unrechtsstaat“? Politische Justiz und die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1994
- Bisky, Lothar, Landesvorsitzende der PDS*: Leipziger Erklärung, Manuskript, 15. September 1999
- Bluhm, Harald u. a.*: Texte zu Politik, Staat, Recht, Berlin 1990
- Bollinger, Stefan, Uwe-Jens Heuer, Hans Heinz Holz, Günter Benser*: DDR-Geschichte. Nostalgie oder Totalkritik?, Berlin o. J.
- Brangsch, Lutz*: Zu Grundlinien neokonservativer Ideologie und Gesellschaftskonzeption, Berlin 1998
- Branstner, Gerhard*: Revolution auf Knien oder Der wirkliche Sozialismus, Berlin 1997
- Brie, André*: Befreiung der Visionen. Für eine sozialistische Erneuerung, Hamburg 1992
- Brie, André*: Die PDS und die SPD, Manuskript, 3. Dezember 1995
- Brie, André*: Utopien, Realpolitik und politische Bildung, Berlin 1995
- Brie, André*: Ich tauche nicht ab. Selbstzeugnisse und Reflexionen, Berlin 1996
- Brie, André*: Die PDS in Ost und West – Fakten und Argumente statt Vermutungen, Manuskript, August 2000
- Brie, André*: Erklärung zur Vorstellung des Programmentwurfs für die PDS, Manuskript, 27. April 2001
- Brie, André, Michael Brie, Michael Chrapa*: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, Berlin 2002
- Brie, André, Michael Chrapa*: Wählerpotential der PDS: Erkenntnisse, Tendenzen und Möglichkeiten, Berlin 1996
- Brie, Michael*: Studie zur Gesellschaftsstrategie, Berlin 1989
- Brie, Michael*: Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, Berlin 2000
- Brie, Michael, Michael Chrapa, Dieter Klein*: Sozialismus als Tagesaufgabe, Berlin 2002
- Brie, Michael, Erich Hahn, Reinhard Mocek, Gregor Schirmer*: Schiff ohne Kompaß? Marxistische Gesellschaftswissenschaften und sozialistische Politik, Berlin o. J.
- Brie, Michael, Dieter Klein (Hrsg.)*: Umbruch zur Moderne? Kritische Beiträge, Hamburg 1991
- Brie, Michael, Dieter Klein (Hrsg.)*: Zwischen den Zeiten. Ein Jahrhundert verabschiedet sich, Hamburg 1992
- Brie, Michael, Dieter Klein*: Der Engel der Geschichte. Befreiende Erfahrungen einer Niederlage, Berlin 1993.
- Brodkorb, Mathias, Stefan Jaster*: Antrag an den 4. Landesparteitag der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, Mai 1995
- Brombacher, Ellen, Rolf Priemer, Heinz Stehr, Sahra Wagenknecht*: Zu Aspekten des „modernen“ Antikommunismus, Manuskript, 1. September 1993

- Brombacher, Ellen u. a.:* Zur Debatte in der PDS, Manuskript, 11. September 1996
- Brombacher, Ellen, Sahra Wagenknecht:* Kniefall vor der SPD: Die PDS-Führung will mitregieren und braucht dazu ein neues Programm. Widerwort, Manuskript, 30. April 2001
- Broschürengruppe (Hrsg.):* Texte zur Stalinismus-Diskussion, Berlin o. J.
- Bull, Birke u. a.:* Antrag an den Landesparteitag der PDS. Zur weiteren Arbeit der PDS und zu ihrer Rolle in der Landespolitik, Manuskript, 1999
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus. Statut, Schiedsordnung, Rahmenwahlordnung, Berlin o. J.
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* Materialsammlung für die Delegierten des 4. Parteitages der PDS (1. Tagung), Berlin 1995
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* 4. Parteitag der PDS, 2. Tagung. Arbeitsmaterial, Berlin 1996
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* Schweriner Parteitag der PDS. Synopsen zu den Antragskomplexen, Berlin 1997
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* Schweriner Parteitag der PDS. Arbeitsunterlagen für die Delegierten, Berlin 1997
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* Synopse des Programms der PDS zur Bundestagswahl 1998 (Entwurf), Berlin 1998
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* 6. Parteitag der PDS, 1. Tagung. Antragsheft, Berlin 1998
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* 6. Parteitag der PDS, 2. Tagung. Antragsheft, Berlin 1999
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* 6. Parteitag der PDS, 2. Tagung. Antragsheft 2 (Synopse), Berlin 1999
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* 7. Parteitag, 2. Tagung: Anträge, Berlin 2001
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* 7. Parteitag, 3. Tagung: Anträge, Berlin 2002
- Bundesgeschäftsführer der PDS (Hrsg.):* Geraer Parteitag der PDS. Delegiertenmaterial/Antragsheft, Berlin 2002
- Bundesgeschäftsstelle der PDS (Hrsg.):* Aufarbeitung erfordert Dialog. Ein Lesematerial, Berlin 1992
- Bundesgeschäftsstelle der PDS:* Zur Klausur des Parteivorstandes, Manuskript, November 2000
- Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.):* Kommunisten in der PDS, Berlin 1995
- Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS (Hrsg.):* Wortmeldungen der Kommunistischen Plattform der PDS, Berlin 1997
- Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS:* Eine überflüssige Debatte. Erklärung, Manuskript, 4. November 2000
- BundessprecherInnenrat von solid:* Von unruhigen SozialistInnen und menschenfressenden Ungeheuern. Ein Beitrag zur aktuellen PDS-Debatte, Manuskript, 31. August 2000
- Bundessprecherrat der Kommunistischen Plattform:* Erklärung zum Parteitag der PDS in Münster, Manuskript, 11. April 2000

- Chrapa, Michael:* Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002, in: standpunkte, 2/2002, S. 1-8
- Chrapa, Michael:* Die PDS von außen betrachtet – die Sicht eines Soziologen, Manuskript, 24. November 2002
- Claus, Roland:* Referat auf dem 4. Landesparteitag der PDS Sachsen-Anhalt, Manuskript, 16. September 1995
- Crossover (Hrsg.):* Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997
- Czichon, Eberhard:* Es geht um die ganze Arbeiterklasse, in: Sozialistische Theorie und Arbeiterbewegung, 1/1993, S. 68-77
- Czichon, Eberhard, Günther Hagedorn:* Fünf Thesen für eine sozialistische Opposition und zur weiteren Politik der PDS. Antrag an die 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS, Manuskript, 16. Dezember 1994
- Czichon, Eberhard, Heinz Marohn:* Das Geschenk. Die DDR im Perestroika-Ausverkauf, Köln 1999
- Dahn, Daniela, Dieter Lattmann, Norman Paech, Eckart Spoo (Hrsg.):* Eigentum verpflichtet. Die Erfurter Erklärung, Heilbronn 1997
- Dehm, Diether:* Vorschläge zum Stärkerwerden – auch im Westen, Manuskript, Januar 1999
- Dietzel, Horst:* Berliner Einerlei? Programmatische Positionen von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen, in: standpunkte, 4/2002, S. 1-8
- Dietzel, Horst, Wolfgang Gehrcke, Arndt Hopfmann, Harald Werner (Hrsg.):* Brückenköpfe. Texte zur Programmdiskussion der PDS, Bonn 1992
- Dietzel, Horst, Klaus Haschker:* Ende der Arbeiterklasse – neue Subjekte linker Politik?, Berlin o. J.
- Dietzel, Horst, Konrad Irmschler (Hrsg.):* Was ist heute links? Ein Diskussionsangebot, Berlin 1991
- Fengler, Peter:* Unzufriedenheit! Mitglieder aus der PDS im Westen Berlins trafen sich, in: Berliner Berichte, 8/1995, S. 4
- Fieber, Hans-Joachim, Johannes Reichmann (Hrsg.):* „Komitees für Gerechtigkeit“. Erwartungen, Meinungen, Dokumente, Frankfurt am Main 1995
- Fiedler, Frank u. a. (Hrsg.):* Dialektischer und historischer Materialismus. Lehrbuch für das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, 14. Aufl., Berlin 1987
- Fischer, Gerhard u. a. (Hrsg.):* Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999
- Florath, Bernd u. a.:* Geschichte – ja, aber, Berlin o. J.
- Florath, Bernd u. a.:* Vielfalt marxistischen Denkens, Berlin 1995
- FOKUS-Institut Halle:* Parteireform in Sachsen. Pilotprojekte zur Umgestaltung und Modernisierung des PDS-Landesverbandes Sachsen, Halle 2002
- Forum West der PDS Berlin:* Erklärung, Manuskript, 9. Oktober 1995
- Forum West der PDS Berlin:* Offener Brief an den Landesvorstand der Berliner PDS, Manuskript, 30. Oktober 1995
- Fraktion der PDS im Abgeordnetenhaus von Berlin (Hrsg.):* Verfassungsschutz und PDS. Material zur Pressekonferenz, Berlin 1997.

- Fraktion der PDS im Landtag Brandenburg (Hrsg.):* Mehr praktische Ergebnisse wünschen wir uns schon. Eine Bilanz zur Halbzeit der Wahlperiode, Potsdam o. J.
- Fraktion der PDS im Landtag Brandenburg (Hrsg.):* Nehmen Sie uns beim Wort. Die PDS-Fraktion im Brandenburger Landtag, Potsdam 1995
- Fraktion der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt (Hrsg.):* Magdeburg: Modell oder Experiment?, Magdeburg 1996
- Fraktion der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt:* Modell Magdeburg. Eine parlamentarische Bilanz, Magdeburg 1998
- Fraktion der PDS im Landtag Sachsen-Anhalt:* Analyse der Erfüllung des Landeswahlprogrammes, Manuskript, 1999
- Fraktion der PDS im Landtag Thüringen (Hrsg.):* Der linke Parlamentsreport. Sonderausgabe, Erfurt 1995
- Fraktion der PDS/Linke Liste im Landtag Brandenburg (Hrsg.):* Konstruktive Opposition – Nur ein Anspruch? Eine unvollständige Bilanz 1990-1994, Potsdam o. J.
- Fraktionen der SPD und der PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt:* Entschließungsantrag, in: Landtag von Sachsen-Anhalt, Drucksache 3/1003 vom 11. Februar 1999
- Franke, Jörg, Volkmar Schöneburg, Michael Schumann (Hrsg.):* Spannung im Verfassungsbogen. Beiträge zum 70. Geburtstag des Brandenburger Verfassungsrichters Karl-Heinz Schöneburg, Potsdam 1998
- Freundl, Carola, Harald Wolf:* Der Zukunft zugewandt: Die PDS ist unverzichtbar für einen Politikwechsel in Berlin, Manuskript, 15. März 1999
- Freundl, Carola, Harald Wolf:* Vor der Kür kommt die Pflicht. Arbeitspapier zu den politischen Aufgaben der PDS-Fraktion bis 2004, Manuskript, 22. Januar 2001
- Freundl, Carola u. a.:* Resolution: Für einen politischen Neuanfang in Berlin, Manuskript, 15. Juni 2001
- Gehrcke, Wolfgang (Hrsg.):* Stalinismus. Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte, Bonn 1994
- Gehrcke, Wolfgang:* PDS-Positionen zur SPD, Manuskript, 27. Oktober 1997
- Gehrcke, Wolfgang:* Das Gegenteil eines Fehlers ist ebenfalls ein Fehler. Zur Kritik der Programmdiskussion in der PDS, in: Kalaschnikow, Heft 15, Herbst 2000, S. 32-34
- Gehrcke, Wolfgang, Claudia Gohde:* PDS in den westlichen Bundesländern. Zur Diskussion – Bilanz und Verantwortlichkeiten, Manuskript, 21. März 1996
- Gehrcke, Wolfgang, Claudia Gohde, Harald Werner:* PDS in den westlichen Bundesländern, Manuskript, 9. März 1995
- Gehrcke, Wolfgang u. a.:* Ohne Erneuerung keine Zukunft. Initiativantrag an die 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS, Manuskript, 11. Oktober 2002
- Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung (Hrsg.):* Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar, Berlin 1997
- Gettel, Willi:* Allenfalls ein Bastard, Manuskript, 1995
- Gettel, Willi:* Das Ende der Illusion – die PDS ist keine sozialistische Partei, Manuskript, August 1996
- Gohde, Claudia:* Arbeits- und Diskussionsgrundlage für die weitere Arbeit der PDS im Westen, Manuskript, 8. November 1992
- Gohde, Claudia:* Für den Parteivorstand, Manuskript, 15. November 1994

- Gohde, Claudia, Martin Harnack:* Analysematerial zur Lage in den westlichen Landesverbänden, Manuskript, 19. Juni 1995
- Gohde, Claudia, Udo Wolf:* Thesen zur Westentwicklung der PDS, Manuskript, 12. Juni 1996
- Gorz, André:* Und jetzt wohin? Zur Zukunft der Linken, Berlin 1991
- Gramsci, Antonio:* Zu Politik, Geschichte und Kultur. Ausgewählte Schriften, Frankfurt am Main 1986
- Gramsci, Antonio:* Gefängnishefte, Bd. 4, Hamburg 1994
- Grundsatzkommission der PDS:* Theoretisch-programmatische Thesen der PDS. Diskussionsgrundlage, Manuskript, o. D.
- Grundsatzkommission der PDS:* Diskussionsangebot: Zu einem neuen Fortschritts- und Gesellschaftsverständnis, Manuskript, August 1990
- Grundsatzkommission der PDS (Hrsg.):* Neu beginnen... Thesen und Materialien zur Programmdiskussion, Berlin 1991
- Grundsatzkommission der PDS:* Neu beginnen... Thesen zur Programmdiskussion, Berlin o. J.
- Grundsatzkommission der PDS:* Arbeitsmaterial. Diskussionspapier für die Erarbeitung des ersten Gesamtentwurfs des Programms der Partei des Demokratischen Sozialismus, Manuskript, 23. März 1992
- Grundsatzkommission der PDS:* Der neue Produktivkrafttyp. Ökonomische und soziale Umbrüche – Konsequenzen für politische und gewerkschaftliche Kämpfe, Berlin 1993
- Grundsatzkommission der PDS:* Alltagsbewußtsein und Politik, Berlin 1994
- Grundsatzkommission der PDS:* Nachhaltige Entwicklung – soziale und politische Konsequenzen (Entwurf), Berlin 1996
- Grundsatzkommission der PDS:* Analyse zur gesellschaftlichen Situation und zu Realisierungschancen sozialistischer Politik, Berlin 1996
- Grundsatzkommission der PDS:* Für eine sozialistische Politik!, Manuskript, 26. Juni 2000
- Grundsatzkommission der PDS Sachsen:* Politik der Opposition – Opposition der Politik. Antrag an den 3. Landesparteitag der PDS Sachsen, Manuskript, 1995
- Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD:* „Sozialismus“ – von den Schwierigkeiten im Umgang mit einem Begriff. Eine Handreichung, o. O. o. J.
- Gruppe der Beraterinnen und Berater beim Vorstand der PDS-Bundestagsfraktion:* Denkanstöße für die Diskussion einer parlamentarischen Strategie der PDS, Manuskript, Januar 1999
- Grzelka, Christine u. a.:* Zum Politik- und Oppositionsverständnis der PDS in Sachsen. Antrag an den 3. Landesparteitag der PDS Sachsen, Manuskript, 1995
- Gysi, Gregor (Hrsg.):* Wir brauchen einen dritten Weg. Selbstverständnis und Programm der PDS, Hamburg 1990
- Gysi, Gregor:* Einspruch! Gespräche, Briefe, Reden, Berlin 1992
- Gysi, Gregor:* Ingolstädter Manifest. Wir – mitten in Europa. Plädoyer für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Berlin 1994
- Gysi, Gregor:* Das war's. Noch lange nicht. Autobiographische Notizen, Düsseldorf 1995

- Gysi, Gregor*: Für eine soziale und solidarische Gesellschaft. Ein soziales Manifest, Manuskript, 17. Januar 1997
- Gysi, Gregor*: Zwölf Thesen für eine Politik des modernen Sozialismus: Gerechtigkeit ist modern. Eine notwendige Antwort auf Gerhard Schröder und Tony Blair, Berlin 1999
- Gysi, Gregor*: Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001
- Gysi, Gregor, Thomas Falkner*: Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990
- Gysi, Gregor, Uwe-Jens Heuer, Michael Schumann (Hrsg.)*: Zweigeteilt. Über den Umgang mit der DDR-Vergangenheit, Hamburg 1992
- Hartke, Olaf u. a.*: Konsequent links? Kontroverses zum Selbstverständnis der PDS. Programmatik, Strukturen, Politikverständnis, Berlin 1990
- Hartmann, Ralph*: Des Kanzlers rote Nachbarn. Aufzeichnungen eines Mitläufers, Schkeuditz 1995
- Hausold, Dieter*: Referat auf der 5. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Thüringen, Manuskript, 19./20. Februar 2000
- Hausold, Dieter*: Wahlstrategie der PDS Thüringen für die Bundestagswahlen 2002, Manuskript, 21. Juni 2001
- Heimann, Horst (Hrsg.)*: Sozialdemokratische Traditionen und Demokratischer Sozialismus. Köln 1993
- Hein, Rosemarie*: Rede auf der 2. Tagung des 5. Landesparteitags der PDS Sachsen-Anhalt, Manuskript, 24. Januar 1998
- Hein, Rosemarie, Petra Sitte*: Antrag an den Landesparteitag der PDS. Zur weiteren Arbeit der PDS und zu ihrer Rolle in der Landespolitik (2. Entwurf), Manuskript, Februar 1999
- Heuer, Uwe-Jens*: Marxismus und Demokratie, Baden-Baden 1989
- Heuer, Uwe-Jens*: Diskussionsthese zur Beratung des Bundesparteiirates der PDS am 4. Dezember 1993. Thesen zur Führung des Bundestagswahlkampfes, Manuskript, o. D.
- Heuer, Uwe-Jens*: Minderheitsvotum zu den Grundlinien der Überarbeitung und Neufassung des Parteiprogramms der PDS, Manuskript, 15. März 2001
- Heuer, Uwe-Jens*: Im Streit. Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Baden-Baden 2002
- Heuer, Uwe-Jens, Gregor Gysi, Gruppe der PDS/Linke Liste*: Entwurf eines Gesetzes über die Annahme einer neuen Verfassung nach Artikel 146 des Grundgesetzes, in: Deutscher Bundestag, Drucksache 12/6570 vom 12. Januar 1994
- Heuer, Uwe-Jens, Harry Nick, Wolfgang Richter (Hrsg.)*: In großer Sorge. Was ist, was denkt, was will das Marxistische Forum?, o. O., 1995
- Heuer, Uwe-Jens, Gerhard Riege*: Der Rechtsstaat – eine Legende? Erfahrungen zweier Rechtswissenschaftler 1990/91 in Volkskammer und Bundestag, Baden-Baden 1992
- Heuer, Uwe-Jens, Harald Werner*: Ggegenmacht: Demokratie. Demokratisierung gegen Macht, Berlin o. J.
- Hesselbarth, Mario, Sigrun Lingel, Mathias Günther*: Überlegungen zur Debatte um ein linkes Reformprojekt zur Ablösung der bisherigen konservativen Regierungspolitik in Thüringen, Manuskript, 29. August 1998

- Hildebrandt, Axel u. a.:* Wahlauswertung der Berliner PDS. Diskussionsmaterial für die Klausur des Landesvorstandes am 31. Oktober/1. November 1998, Manuskript, 26. Oktober 1998
- Hilker, Heiko, Ingrid Mattern, Ronald Weckesser, Bernd Rump:* Opposition richtig machen! Für eine offensive Politik!, Manuskript, 29. August 1999
- Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS (Hrsg.):* Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln, Wirkungen, Folgen, Berlin 1991
- Historische Kommission beim Parteivorstand der PDS:* Zum Wechselverhältnis von Programmatik und Geschichte, Manuskript, 24. März 2000
- Höpcke, Klaus:* Geordnete Verhältnisse? Streitbares aus dem Thüringer Landtag, Schkeuditz 1996
- Höpcke, Klaus:* Gegensteuern. Zur Politikwechsel-Debatte, Schkeuditz 1998
- Höpcke, Klaus u. a. (Hrsg.):* Nachdenken über Sozialismus, Schkeuditz 2000
- Holter, Helmut:* Was heißt sozialistische Politik heute? Zum Selbstverständnis und zur politischen Strategie der PDS, Manuskript, 22. April 1995
- Holter, Helmut:* Jetzt geht's erst richtig los! Die Herausforderungen der Geschichte annehmen. Rede auf der 2. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 3. Februar 1996.
- Holter, Helmut:* „...daß nicht alles beim alten bleibt!“ Referat auf der 3. Tagung des 4. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 7. September 1996.
- Holter, Helmut:* Die PDS als Zukunftspartei, Manuskript, November 1999
- Holter, Helmut, Johann Scheringer:* Erklärung, Manuskript, 27. Oktober 1994
- Hornbogen, Lothar, Detlef Nakath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.):* Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.
- IG Arbeit, AG Wirtschaftspolitik:* Positionen der PDS zu wirtschaftspolitischen Fragen. Arbeitsheft, Berlin 1999
- Initiativgruppe des PDS-Stadtverbandes Suhl (Hrsg.):* Wie weiter auf dem Weg zu einer modernen sozialistischen Partei? Ansprüche – Widersprüche – Möglichkeiten und Grenzen, Erfurt 1998
- Jacob, S., F. Rambeck:* Strukturstudie für die Bundesgeschäftsstelle der PDS, Berlin 1995
- Jacob, Willibald, Jakob Moneta, Franz Segbers (Hrsg.):* Die Religion des Kapitalismus. Die gesellschaftlichen Auswirkungen des totalen Marktes, Luzern 1996
- Jelpke, Ulla:* Öffnung zu den sozialen Bewegungen statt Anbiederung an die Macht, Manuskript, 2002
- Joseph, Detlef:* Der Rechtsstaat und die ungeliebte DDR, Schkeuditz 1997
- Joseph, Detlef:* Der PDS-Parteitag in Münster – Schuldzuweisungen und Tatsachen, Manuskript, 19. April 2000
- Judick, Günter, Hans-Joachim Krusch (Hrsg.):* Wider die Verfälschung deutscher Geschichte. Beiträge zum antifaschistischen Widerstand in Deutschland und zur Gründung der BRD und der DDR, Essen 1999
- Juso-Hochschulgruppen (Hrsg.):* Texte, Meinungen, Pressestimmen zur offensiven Auseinandersetzung mit der PDS, Bonn 1994

- Kachel, Steffen*: Thesen zur Debatte um ein „linkes Reformprojekt“ in Thüringen, Manuskript, 29. August 1998
- Kallabis, Heinz, Hans-Joachim Krusch, Ingo Wagner*: Ein Beitrag zur linken Programmdebatte in der BRD, Manuskript, 21. Februar 2001
- Keller, Dietmar, Matthias Kirchner (Hrsg.)*: Zwischen den Stühlen. Pro und Kontra SED, Berlin 1993
- Klein, Dieter*: Allgemeine Krise und staatsmonopolistischer Kapitalismus, Berlin 1974
- Klein, Dieter*: Moderne, Modernisierung und die PDS, Manuskript, 22. März 2000
- Klein, Dieter*: Zeitgemäße sozialistische Programmatik oder brutalstmögliche Totalkritik, Manuskript, 2002
- Klein, Thomas, Wilfriede Otto, Peter Grieder*: Visionen. Repression und Opposition in der DDR, 2 Bde., Frankfurt an der Oder 1996
- Kommission politische Bildung beim Parteivorstand der PDS (Hrsg.)*: Dokumente, Standpunkte, Materialien. Januar bis Mai 1990, Berlin 1990
- Kommission politische Bildung beim Parteivorstand der PDS (Hrsg.)*: Demokratischer Sozialismus. Materialien der Konferenz der PDS vom 8. Juli 1990 in Berlin, Berlin 1990
- Kommunistische Plattform der PDS*: 3. Bundeskonferenz, Berlin 1991
- Kommunistische Plattform der PDS (Hrsg.)*: Wir stellen uns vor – Warum sind KommunistInnen in der PDS?, Berlin 1994
- Kommunistische Plattform der PDS (Hrsg.)*: Was wollen Kommunisten heute? Aktuelles von der Plattform und ein nicht ganz neues SPD-Papier, Berlin 1996
- Kommunistische Plattform der PDS*: Eine Analyse über die bisherigen Debattergebnisse hat es nie gegeben. Erklärung zum Verlauf der Programmdebatte, Manuskript, 7. April 2001
- Konsultations- und Informationszentrum/AG Eingabebüro*: Tagesinformation vom 14. Dezember 1989, Manuskript
- Koordinierungsstelle der Komitees für Gerechtigkeit (Hrsg.)*: Appell zur Gründung von Komitees für Gerechtigkeit, Berlin 1992.
- Koordinierungsstelle der Komitees für Gerechtigkeit (Hrsg.)*: Diskussionsangebot für künftige Mitglieder der Komitees für Gerechtigkeit, Berlin 1992
- Kosing, Alfred*: Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1987
- Kowalski, Werner u.a.*: Sozialismusvorstellungen gestern und heute, Berlin 1997
- Krause, Fritz, André Leisewitz, Klaus Pickshaus, Jürgen Reusch (Hrsg.)*: Neue Realitäten des Kapitalismus. Linke Positionsbestimmungen, Frankfurt am Main 1995
- Krauss, Hartmut*: Die Desillusionierung der Illusion. Ein kritischer Beitrag zu Michael Bries Pathos des gemäßigten Konservatismus, Manuskript, August 1996
- Krauss, Hartmut*: Zwischen dogmatischer Erstarrung und (neo-)reformistischer Demontage. Zum Schicksal des „modernen Sozialismus“ in der PDS, Manuskript, August 1996
- Krüger, Wolfgang*: Sechs Thesen. Ein Beitrag für die Konferenz „Aufbau West“, Manuskript, 16. Juni 1996
- Krusch, Hans-Joachim, Herbert Stascheit (Hrsg.)*: Gegen den Zeitgeist. 50. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR, Schkeuditz 1999

- Land, Rainer (Hrsg.): Das Umbaupapier. Argumente gegen die Wiedervereinigung, Berlin 1990*
- Landesarbeitsausschuß der PDS Hamburg: Politische Erklärung zur Situation im Hamburger Landesverband, Manuskript, 20. Juli 2000*
- Landesarbeitsausschuß der PDS Hamburg: Arbeitsplanung des PDS-Landesverbandes Hamburg, Manuskript, 16. September 2000*
- Landesgeschäftsführer der PDS Sachsen (Hrsg.): 7. Landesparteitag der PDS Sachsen. Materialsammlung, Dresden 2002*
- Landesvorstand der PDS Bayern: Material für den Landesparteitag der PDS Bayern, Manuskript, 6. Februar 2002*
- Landesvorstand der PDS Berlin: Perspektiven und Verantwortung linker Oppositionspolitik. Diskussionsangebot, Manuskript, 17. August 1994*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): Vergangenheit analysieren, Gegenwart verändern, Zukunft gestalten, Berlin 1995*
- Landesvorstand der PDS Berlin: Ein anderes Berlin wählen: PDS. Aussagen zu den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen im Oktober 1995. Entwurf, Berlin 1995*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): Konferenz der Berliner PDS zum „Aufbau West“. Lesematerial, Berlin 1996*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): PDS Berlin auf dem Weg ins Jahr 2000, Berlin 1997*
- Landesvorstand der PDS Berlin: Politische und organisatorische Eckpunkte der Wahlkämpfe 1999, Manuskript, 28. November 1998*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): 6. Landesparteitag der PDS Berlin, 4. Tagung. Beschlüsse, Berlin 1998*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): 7. Landesparteitag der PDS Berlin, 1. Tagung, Arbeitsmaterial 1, Berlin 1999*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): 7. Landesparteitag der PDS Berlin, 2. Tagung. Anträge, Berlin 2000*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): 7. Landesparteitag der PDS Berlin, 2. Tagung. Beschlüsse, Berlin 2000*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): 7. Landesparteitag der Berliner PDS, 3. Tagung, Berlin 2000*
- Landesvorstand der PDS Berlin (Hrsg.): 7. Landesparteitag der Berliner PDS, 4. Tagung, Berlin 2001*
- Landesvorstand der PDS Berlin: Bericht an die 1. Tagung des 8. Landesparteitages, Manuskript, 1./2. Dezember 2001*
- Landesvorstand der PDS Berlin: Satzung des Landesverbandes Berlin (Entwurf), Manuskript, 1./2. Dezember 2001*
- Landesvorstand der PDS Berlin: Mehr demokratisch-sozialistische Politik – Chance zur Erneuerung, Manuskript, 9. Oktober 2002*
- Landesvorstand der PDS Berlin: Berliner Landesvorstand akzeptiert Mehrheitsentscheidungen von Gera, Manuskript, 18. Oktober 2002*

- Landesvorstand der PDS Berlin, PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin: Eckwertepapier für die Erarbeitung des Wahlprogramms der PDS Berlin zu den Abgeordnetenhauswahlen am 10. Oktober 1999, Berlin 1999*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 3. Teil des 3. Landesparteitages. Protokoll, Cottbus 1994*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Wahlparteitag. Protokoll, Frankfurt an der Oder 1994*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Auf dem Weg der Erneuerung. Chronik der PDS im Land Brandenburg 1989-1994, Potsdam 1994*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Analyse zur politischen Wirksamkeit der PDS Brandenburg, Manuskript, 2. Dezember 1994*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Quo vadis PDS Brandenburg? Thesen für die Diskussion im Landesverband Brandenburg, Oranienburg 1995*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): Opposition konkret. Politische Aufgaben der PDS Brandenburg 1996 (Entwurf), Neuseddin 1995.*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Protokoll, Heft 1, Schönhagen 1997*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Protokoll, Heft 2, Schönhagen 1997*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 2. Tagung des 5. Landesparteitages. Protokoll, Schwedt an der Oder 1997*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 3. Tagung des 5. Landesparteitages. Protokoll, Welzow 1998*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 4. Tagung des 5. Landesparteitages, Potsdam 1998*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 1. Tagung des 7. Landesparteitages. Dokumente, Brandenburg an der Havel 2001*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 2. Tagung des 7. Landesparteitages. Ausführliches Protokoll, Potsdam 2001*
- Landesvorstand der PDS Brandenburg (Hrsg.): 3. Tagung des 7. Landesparteitages. Arbeitsheft, Potsdam 2002*
- Landesvorstand der PDS Bremen: PDS in Bremen 1997/98, Manuskript, 14. Februar 1997*
- Landesvorstand der PDS Hessen: Leitantrag zur 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS Hessen für eine alternative Politik in Hessen, Manuskript, o. D.*
- Landesvorstand der PDS Hessen: Erklärung zur Lage der Partei nach dem Münsteraner Parteitag, Manuskript, 14. April 2000*
- Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern: Für eine politische Wende in Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 15. Juli 1994*
- Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): 4. Landesparteitag, 1. Tagung. Arbeitsmaterial, Schwerin 1995*
- Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern: Für einen politischen Neuanfang in Mecklenburg-Vorpommern. Zum Selbstverständnis und zur Strategie der PDS, Manuskript, 16. August 1996*

- Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern: Vergleichende Darstellung der „Maßstäbe der PDS für eine neue Politik in M-V“ und der Vereinbarung SPD und PDS, Manuskript, 28. Oktober 1998*
- Landesvorstand der PDS Mecklenburg-Vorpommern: Tätigkeitsbericht an den 6. Landesparteitag, Manuskript, 29./30. Mai 1999*
- Landesvorstand und Landtagsfraktion der PDS Mecklenburg-Vorpommern: Mindestanforderungen der PDS an eine neue Politik in Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 14. August 1998*
- Landesvorstand der PDS Rheinland-Pfalz: Gerechtigkeit jetzt! Politikwechsel nachholen! Grundsätze und Ziele der PDS Rheinland-Pfalz 2002 bis 2004. Leitantrag an den Wormser Parteitag, Manuskript, November 2001*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): Leben in Menschenwürde. Programm der PDS Sachsen, Dresden 1994*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): Inhalt und Stil der Politik der PDS. Ergebnisse der Arbeitskreise, Dresden 1995*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): Stil und Inhalt unserer Politik. Reden & Diskussionsprotokolle, Dresden 1995*
- Landesvorstand der PDS Sachsen: Opposition und Veränderung, Manuskript, 3./4. Februar 1996*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): 2. Parteikonferenz der PDS Sachsen, Dresden 1996*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): 2. Tagung des 4. Landesparteitages. Referate, Beiträge, Beschlüsse. Teil 1, Dresden 1996*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): 2. Tagung des 4. Landesparteitages. Referate, Beiträge, Beschlüsse. Teil 2, Dresden 1996*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): 3. Tagung des 4. Landesparteitages. Beschlüsse, Dresden 1997*
- Landesvorstand der PDS Sachsen: Opposition und Veränderung, Manuskript, 3./4. Februar 1996.*
- Landesvorstand der PDS Sachsen: Ziellinie 2004. Zur politischen und organisatorischen Entwicklung des Landesverbandes Sachsen der PDS bis 2004, Manuskript, 26. November 2001*
- Landesvorstand der PDS Sachsen: Strukturveränderungen der PDS Sachsen, Manuskript, 25. Oktober 2002*
- Landesvorstand der PDS Sachsen: Dresdner Thesen, Manuskript, 23. November 2002*
- Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt (Hrsg.): 4. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 6./7. Februar 1999*
- Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): 6. Parteitag der PDS Sachsen, 2. Tagung, Dresden 2000*
- Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt (Hrsg.): 2. Tagung des 6. Landesparteitages. Antragsheft I, Magdeburg 2000*
- Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt (Hrsg.): 1. Tagung des 7. Landesparteitages, Manuskript, 16./ 17. Juni 2001*
- Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt (Hrsg.): 2. Tagung des 7. Landesparteitages, Manuskript, 29. September 2001*

- Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt: Für eine starke und konstruktive Opposition in Sachsen-Anhalt. Leitantrag an die 3. Tagung des 7. Landesparteitages, Manuskript, 7. Mai 2002*
- Landesvorstand der PDS Thüringen (Hrsg.): 3. Landesparteitag, 2. Tagung, Erfurt 1995*
- Landesvorstand der PDS Thüringen (Hrsg.): Sozial und solidarisch. Weimarer Parteitag der PDS Thüringen, Erfurt 1997*
- Landesvorstand der PDS Thüringen: Erklärung zur Debatte zum linken Reformprojekt, Manuskript, 8. Januar 1997*
- Landesvorstand der PDS Thüringen: Ein Politikwechsel muß her! Thüringen nach der Bundestagswahl 1998, Manuskript, 9. Oktober 1998*
- Landesvorstand der PDS Thüringen (Hrsg.): Politikwechsel in Thüringen. Für einen zukunftsfähigen Lebensort Thüringen. Wahlprogramm zur Landtagswahl '99, Erfurt 1999*
- Landesvorstand der PDS Thüringen: Politikwechsel nötiger denn je. Leitantrag an die 3. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 1999*
- Landesvorstand der PDS Thüringen (Hrsg.): Sozialistischer Anspruch als Handlungsoption. Ansichten, Einsichten und Erinnerungen zu zehn Jahren PDS in Thüringen, Erfurt 2000*
- Landesvorstand der PDS Thüringen: Offen und demokratisch sozialistische Politik gestalten. Leitantrag an den 7. Landesparteitag, Manuskript, 23./24. November 2002*
- Lieberam, Ekkehard: Regierungsbeteiligung und linke Gesellschaftsstrategie, Manuskript, 1999*
- Lieberam, Ekkehard: Schwerpunkte und Differenzen in der programmatischen Debatte, Manuskript, Dezember 1999*
- Lieberam, Ekkehard, Roland Wötzel: Zehn Jahre nach der Wende (Thesen), Leipzig 1999*
- Linke Alternative – Wehrt Euch: Politische Erklärung, Hamburg 1993*
- Linke Liste/PDS (Hrsg.): Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1990, o. O. o. J.*
- Linke Liste/PDS (Hrsg.): Für eine starke linke Opposition. Gesamtdeutscher Wahlkongreß, Berlin 1990*
- Linke SozialistInnen/Demokratische KommunistInnen in und bei der PDS Sachsen: Gründungsaufruf der Arbeitsgemeinschaft, Manuskript, 1997*
- Leisewitz, André, Klaus Pickshaus (Hrsg.): Gewerkschaften, Klassentheorie und Subjektfrage, Frankfurt am Main 1990*
- Luft, Christa, Wolfgang Gehrcke: Viele Chancen der Einheit vertan. 10 Thesen der PDS-Fraktion zu 10 Jahren deutscher Vereinigung, Manuskript, September 2000*
- Mäde, Michael, Dorothee Menzner, Ulla Jelpke, Winfried Wolf, Ekkehard Lieberam: Sozialdemokratisierung muß die PDS zerstören. Bilanz eines Desasters, Manuskript, 27. September 2002*
- Malycha, Andreas u.a.: DDR-Geschichte. Zwischen Hoffnung und Untergang, Berlin o. J.*
- Mannheimer Gesprächskreis Geschichte + Politik (Hrsg.): Streiflichter marxistischer Geschichtsforschung 1992, Mannheim o. J.*
- Marquardt, Angela: Was ich bin, was mir stinkt, was ich will, Köln 1999*

- Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.):* Politische Theorien des Marxismus im Wandel historischer Entwicklungen, Bonn 1991
- Marx-Engels-Stiftung (Hrsg.):* Volksfront und Regierungsbeteiligung von Sozialisten. Geschichtliches und Aktuelles, Bonn 1997
- Marxistische Plattform der PDS/LiLi-NRW:* Grundsatzerklärung, Manuskript, 1991
- Marxistischer Arbeitskreis bei der Historischen Kommission der PDS (Hrsg.):* Sozialistische Programmatik und Marxismus heute, Schkeuditz 2000
- Marxistischer Arbeitskreis bei der Historischen Kommission der PDS (Hrsg.):* Linke Programmdebatte in der Bundesrepublik Deutschland, Schkeuditz 2001
- Marxistisches Forum der PDS:* Brief an die 2. Tagung, Manuskript, 20. Januar 1996
- Millow, Manfred:* Die PDS – zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Manuskript, 22. April 1995
- Minderheitsströmung im Kommunistischen Bund (KB) (Hrsg.):* Materialien zur Kritik der PDS, Hamburg 1990
- Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes der PDS Thüringen:* Erklärung zur Auseinandersetzung um das Papier „In großer Sorge...“, Manuskript, 23. Mai 1995
- Modrow, Hans:* Aufbruch und Ende, Hamburg 1991
- Modrow, Hans:* Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998
- Möbbeck, Susi, Fiete Saß, Birgit Zoerner (Hrsg.):* Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen, Dortmund 1989
- Nelken, Michail:* PDS-Wahlschlappe 2002. Ursachen und Perspektiven, Manuskript, 5. Oktober 2002
- Netzwerk Reformlinke:* Gründungsbeschluß, Manuskript, 9. November 2002
- Neubert, Harald:* War der „Realsozialismus“ zu retten? Innenansichten, Berlin o. J.
- Neubert, Harald:* Von Sozialismus und Demokratie – Antonio Gramsci, Berlin o. J.
- Neubert, Harald:* Zur „Machtfrage“ in der marxistischen Theorie. Der Beitrag Antonio Gramscis, Berlin 1994
- Neubert, Harald, Heinrich Opitz, Walter Schmidt, Jochen Weichold:* Vielfalt sozialistischen Denkens, Berlin 1996
- Nick, Harry:* Alternativen '98? Die Wahlprogramme von SPD, PDS und Bündnis 90/ Die Grünen im Vergleich, Berlin 1998
- Nick, Harry:* Die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und die Auswirkungen auf Gesellschaft und Kommune, Berlin 1998
- Nick, Harry, Sahra Wagenknecht, Arnold Schölzel:* Fortschritt, Krise, Katastrophe? Können die Linken auf Fortschritt verzichten?, Berlin 1992
- Offene Liste der PDS München:* Entwurf für das Programm zur Stadtratswahl 2002, München 2001
- Pätzold, Kurt:* Nirgendwo Triumph. Am Beginn des Weges aus der Krise? Die PDS nach dem Geraer Parteitag, Manuskript, 18. Oktober 2002
- Pätzold, Harald:* Das Wahlkampfregelbüchlein, Berlin o.J.
- Partei Vorstand der DKP (Hrsg.):* Sozialismusvorstellungen der DKP: Sozialismus – die historische Alternative zum Kapitalismus, Essen 1998
- Partei Vorstand der PDS (Hrsg.):* Dokumente Juni 1990 – Januar 1991, Berlin 1991
- Partei Vorstand der PDS:* Beschluß zur weiteren Entwicklung der PDS in Westdeutschland, Manuskript, 12. Dezember 1994

Partei Vorstand der PDS (Hrsg.): Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS, Berlin 1997

Partei Vorstand der PDS (Hrsg.): Politik und Recht, Berlin 1998

Partei Vorstand der PDS (Hrsg.): Rostocker Manifest. Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, Berlin 1998

Partei Vorstand der PDS: Mehr Politik in der PDS – mehr PDS-Politik in der Gesellschaft, Manuskript, 17. April 2000

Partei Vorstand der PDS: Entschlossene Opposition und gestaltende Reformkraft in der Bundesrepublik. Für eine neue Allianz – gegen Ohnmacht und für soziale Gerechtigkeit, Manuskript, 30. Mai 2000

Partei Vorstand der PDS: Tätigkeitsbericht an die 1. Tagung des 7. Parteitages, Manuskript, 14. Oktober 2000

Partei Vorstand der PDS: Grundlagen der Wahlkampf führung, Manuskript, 8. Januar 2001

Partei Vorstand der PDS: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft. Wahlstrategie der PDS 2001/2002 (Entwurf), Manuskript, 10. April 2001

Partei Vorstand der PDS: Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus (Entwurf), Berlin 2001

Partei Vorstand der PDS: Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Zu Strategie und Programmatik der PDS bis 2003, Manuskript, 27. September 2001

Partei Vorstand der PDS: Zur Analyse der Ursachen der Wahlniederlage der PDS und deren Folgen. Thesen, Manuskript, 10. Oktober 2002

Partei Vorstand der PDS, Bundestagsfraktion der PDS: Der Regierungswechsel wird kommen. Wir streiten für einen Politikwechsel!, Manuskript, 2. Oktober 1998

Pau, Petra: Die PDS nach Münster. Referat auf der 3. Tagung des 7. Landesparteitages der Berliner PDS, Manuskript, 20. Mai 2000

Pau, Petra: „Die Alternative liegt vor uns“. Die PDS am Beginn einer weiteren Etappe ihrer Erneuerung. Diskussionsangebot, Manuskript, 22. Mai 2000

Pau, Petra: Für einen politischen Neuanfang, Referat auf der außerordentlichen Tagung des 7. Landesparteitages der PDS Berlin, Manuskript, 15. Juni 2001

Pau, Petra: Versuchen wir das fast Unmögliche, Manuskript, 4. Oktober 2002

PDS: Programm und Statut, Berlin 1990

PDS: Außerordentlicher Parteitag der SED-PDS. Materialien, Berlin 1990

PDS: Wahlparteitag der PDS. Progressiv – produktiv – pro DDR, Berlin 1990

PDS: Eine neue Partei? Erneuerungskonferenz der PDS, Berlin 1990

PDS: 2. Parteitag, 1. Tagung, Berlin 1991

PDS: 2. Parteitag, 2. Tagung. Reden, Beschlüsse und Dokumente, Berlin 1991

PDS: Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998, Berlin o. J.

PDS: Programm der PDS zur Europawahl am 13. Juni 1999, Berlin o. J.

PDS: Es geht auch anders: Nur Gerechtigkeit sichert Zukunft! Programm der PDS zur Bundestagswahl 2002, Berlin o. J.

PDS Bayern: Satzung. Finanzordnung, München 1997

PDS Berlin: Für ein Berlin der Menschen, nicht der Macht. Grundzüge einer Berlinstrategie und Beschluß zu einem Sozialplan für Berlin, Berlin o. J.

- PDS Berlin*: Ein anderes Berlin wählen: PDS. Grundsätze einer Strategie des Wahlkampfes 1995. Beschluß der 5. Tagung des 4. Landesparteitages der Berliner PDS, Manuskript, 4. Februar 1995
- PDS Berlin*: PDS '95: Ein anderes Berlin, eine andere Politik. Programm zu den Berliner Wahlen im Oktober 1995, Berlin 1995
- PDS Berlin*: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Arbeitsmaterial I, Berlin 1995
- PDS Berlin*: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Arbeitsmaterial II, Berlin 1995
- PDS Berlin*: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Arbeitsmaterial III, Berlin 1995
- PDS Berlin*: Parlamentsreform: Vorschlagspaket zur Reform des Berliner Abgeordnetenhauses. Beschluß der 5. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 1. Dezember 1996.
- PDS Berlin*: Erklärung an den 5. Bundesparteitag und den neu zu wählenden Bundesvorstand der PDS. Beschluß der 5. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 1. Dezember 1996
- PDS Berlin*: 5. Landesparteitag, 5. Tagung. Beschlüsse, Berlin 1996
- PDS Berlin*: 5. Landesparteitag der Berliner PDS, 7. Tagung. Beschlüsse, Berlin 1997
- PDS Berlin*: Berlin braucht Zukunft! Projekte für eine alternative Politik. Beschluß der 1. Tagung des 6. Parteitages der PDS Berlin, Berlin 1997
- PDS Berlin*: Strategie für die Wahlen 1999. Beschluß der 5. Tagung des 6. Landesparteitages, Manuskript, 27./28. Februar 1999
- PDS Berlin*: Reformen für Berlin: Politik für die ganze Stadt. Programm zu den Abgeordnetenhauswahlen 1999. Von der 6. Tagung des 6. Landesparteitages für die Endredaktion bestätigte Fassung, Manuskript, 1999
- PDS Berlin*: Neue Fragen brauchen neue Antworten. Politische Erklärung, Manuskript, 20. Mai 2000
- PDS Brandenburg*: Satzung, Strausberg 1992
- PDS Brandenburg*: Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 1994, Potsdam 1994
- PDS Brandenburg*: 4. Landesparteitag, 1. Tagung. Dokumente, Heft 1, Oranienburg 1995
- PDS Brandenburg*: 4. Landesparteitag, 1. Tagung. Dokumente, Heft 2, Oranienburg 1995
- PDS Brandenburg*: Materialien zur 2. Tagung des 4. Landesparteitages, Potsdam 1995
- PDS Brandenburg*: Politisch-theoretisches Seminar, o. O. 1995
- PDS Brandenburg*: 5. Landesparteitag, 1. Tagung. Protokoll, Heft 2, Potsdam 1997
- PDS Brandenburg*: Wahlprogramm '99, Manuskript, o. D.
- PDS Brandenburg*: Gesellschaftlicher Wandel – soziale Gerechtigkeit – ökologische Zukunft. Beschluß der 3. Tagung des 6. Parteitages der PDS Brandenburg, Manuskript, März 2000
- PDS Brandenburg*: Verantwortung für die Zukunft. Politische Erklärung des 7. Parteitages der PDS Brandenburg, Manuskript, 17./18. Februar 2001
- PDS Bremen*: Da geht's lang. Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahlen 1995, Bremen o. J.
- PDS Bremen*: Bremer Positionen zur Wahlstrategie der PDS, Manuskript, 28. September 1997

- PDS Bremen: Vier Jahre Große Koalition in Bremen – Zeit für eine linke, sozialistische Opposition, Manuskript, 1999*
- PDS Hamburg: Satzung, Manuskript, 24. Januar 1998*
- PDS Hessen: Abstimmungs- und Diskussionspapiere zum 2. Landesparteitag der PDS Hessen/Teil 2, Frankfurt am Main 1995*
- PDS Hessen: Satzung. Entwurf, Manuskript, 31. Mai 2000*
- PDS im Bundestag (Hrsg.): Reader. Auftaktveranstaltung Pilotprojekt Ost, Berlin 2000*
- PDS im Bundestag (Hrsg.): 10 Jahre PDS im Deutschen Bundestag. Reden, Initiativen, Aktivitäten 1990-2000, Berlin 2000*
- PDS/Linke Liste: Protokoll der Bundesversammlung der westlichen Landesverbände, Manuskript, 16. Oktober 1991*
- PDS/Linke Liste Hamburg: Veränderung durch Opposition! Für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach unten! Leitantrag zur Landesversammlung am 27./28. April 1996, Manuskript, o. D.*
- PDS/Linke Liste im Bundestag (Hrsg.): Blickpunkt Verfassung. Dokumentation, Bonn o. J.*
- PDS/Linke Liste im Bundestag (Hrsg.): Blickpunkt Parlament. Bilanz der PDS/LL zur Halbzeit der 12. Legislaturperiode des Bundestages, Bonn o. J.*
- PDS/Linke Liste im Bundestag (Hrsg.): BundestagsSpiele. Ein Lesebuch. Bonn/Berlin 1992*
- PDS/Linke Liste im Bundestag (Hrsg.): Vier Jahre Opposition. Bilanz, Bonn 1994*
- PDS/Linke Liste Nordrhein-Westfalen: Positionen zur Landespolitik in Nordrhein-Westfalen, Essen, 1995*
- PDS-Literaturvertrieb (Hrsg.): Dokumente der PDS Januar 1991 bis Dezember 1994, Berlin 1995*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Satzung der PDS Mecklenburg-Vorpommern, o. O. o. J.*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der außerordentlichen (4.) Tagung des 3. Landesparteitages, Schwerin 1994*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der 1. Tagung des 4. Landesparteitages, Waren 1995*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der 2. Tagung des 4. Landesparteitages, Stralsund 1996*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der 3. Tagung des 4. Landesparteitages, Wismar 1996*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der 4. Tagung des 4. Landesparteitages, Parchim 1997*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der 1. Tagung des 5. Landesparteitages, Neustrelitz 1997*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Leitlinien zu den Wahlen 1998/99. Beschluß der 1. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 21./22. Juni 1997*
- PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der 2. Tagung des 5. Landesparteitages, Schwerin 1997*

PDS Mecklenburg-Vorpommern: Mit der PDS für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde in Mecklenburg-Vorpommern. Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 1998, Schwerin 1997

PDS Mecklenburg-Vorpommern: Beschlüsse der 3. Tagung des 5. Landesparteitages, Güstrow 1998

PDS Mecklenburg-Vorpommern: Für Arbeitsplätze und Lebensperspektiven im Land. Aufgaben der PDS Mecklenburg-Vorpommern bis Herbst 2002, Manuskript, 23./24. Juni 2001

PDS Sachsen: 5. Landesparteitag, 1. Tagung. Beschlüsse, Dresden 1997

PDS Sachsen: Wahlstrategie der PDS in Sachsen, Manuskript, 1997

PDS Sachsen: Ein Land für die Menschen. Veränderung beginnt vor Ort. Wahlprogramm '99, Dresden 1999

PDS Sachsen: Veränderung ist notwendig! Veränderung beginnt vor Ort. Beschluß der 2. Tagung des 6. Landesparteitages, Manuskript, 25./26. November 2000

PDS Sachsen: Dresdner Thesen des Landesparteitages der PDS Sachsen, Manuskript, 24. November 2002

PDS Sachsen-Anhalt: 2. Landesparteitag, Antragsheft I, Magdeburg 1992

PDS Sachsen-Anhalt: 2. Landesparteitag, Antragsheft II, Magdeburg 1992

PDS Sachsen-Anhalt: 2. Landesparteitag, Antragsheft III, Magdeburg 1992

PDS Sachsen-Anhalt: Beschlüsse der 2. Tagung des 3. Landesparteitages, Magdeburg 1994

PDS Sachsen-Anhalt: Aktuelle Aufgaben der PDS in Sachsen-Anhalt, Manuskript, 1995

PDS Sachsen-Anhalt: Beschlüsse der 3. Tagung des 3. Landesparteitages, Heft I, Magdeburg 1995

PDS Sachsen-Anhalt: Beschlüsse der 3. Tagung des 3. Landesparteitages, Heft II, Magdeburg 1995

PDS Sachsen-Anhalt: Beschlüsse des 4. Landesparteitages, Magdeburg 1995

PDS Sachsen-Anhalt: Beschlüsse der 2. Tagung des 4. Landesparteitages, Magdeburg 1996

PDS Sachsen-Anhalt: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Beschlüsse, Heft I, Magdeburg 1997

PDS Sachsen-Anhalt: 1. Tagung des 5. Landesparteitages. Reden, Magdeburg 1997

PDS Sachsen-Anhalt: Beschlüsse des Wahlparteitages und der Delegiertenversammlung, Magdeburg 1998

PDS Sachsen-Anhalt: 3. Tagung des 5. Landesparteitages. Beschlüsse und Reden, Magdeburg 1998

PDS Sachsen-Anhalt: 4. Tagung des 5. Landesparteitages. Beschlüsse und Reden, Magdeburg 1999

PDS Sachsen-Anhalt: 1. Tagung des 6. Landesparteitages. Antragsheft I, Magdeburg 1999

PDS Sachsen-Anhalt: 1. Tagung des 6. Landesparteitages. Antragsheft II, Magdeburg 1999

PDS Sachsen-Anhalt: 2. Tagung des 6. Landesparteitages. Beschlüsse, Magdeburg 2000

PDS Sachsen-Anhalt: Für soziale Gerechtigkeit streiten. Beschluß der 1. Tagung des 7. Landesparteitages, Manuskript, 16./17. Juni 2001

- PDS Sachsen-Anhalt*: 2. Tagung des 6. Landesparteitages. Beschlüsse, Magdeburg 2000
- PDS Sachsen-Anhalt*: Wahlprogramm zu den Landtagswahlen 2002, Manuskript, 29. September 2001
- PDS-Stadtvorstand Leipzig (Hrsg.)*: Der lange Weg vom Bekenntnis über Rechtfertigung bis zum kritischen Umgang... Dokumentation zur Basiskonferenz „Geschichtsaufarbeitung“ am 25. Februar 1995, Schkeuditz o. J.
- PDS Thüringen*: Veränderung beginnt mit Opposition. Landtagswahlprogramm 1994, Erfurt 1994
- PDS Thüringen*: Satzung des Landesverbandes Thüringen der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), Manuskript, 15. Januar 1995
- PDS Thüringen*: Beschlußheft der 1. Tagung des 3. Landesparteitages, Erfurt 1995
- PDS Thüringen*: Wahlstrategie der PDS Thüringen für 1998/99. Beschluß des Landesparteitages vom 25./ 26. Oktober 1997, Manuskript, o. D.
- PDS Thüringen*: Politikwechsel ist nötiger denn je. Beschluß der 3. Tagung des 5. Landesparteitages, Manuskript, 3. Juli 1999
- PDS Thüringen*: 5. Landesparteitag, 5. Tagung. Reden, Beschlüsse, Presse, Manuskript, 19./20. Februar 2000
- PDS Thüringen*: Beschluß des 6. Landesparteitages, Manuskript, 18./19. November 2000
- Plattform WF*: Entwurf für ein neues Parteistatut, in: WF-Sender, 49/1989, S. 1-4
- Porsch, Peter*: 2004 sind Wahlen in Sachsen – die PDS ist bereit, Manuskript, 24. November 2002
- Programmkommission der PDS*: Fragen für die programmatische Debatte der PDS. Beschluß, Manuskript, 16. Juni 1999
- Programmkommission der PDS*: Grundlinien der Überarbeitung und Neufassung des Parteiprogramms der PDS, Manuskript, 19. März 2001
- Programmkommission der PDS*: Zum Stand der programmatischen Debatte und der eigenen Tätigkeit. Bericht an den Dresdner Parteitag, Manuskript, 4. Oktober 2001
- Programmkommission der PDS*: Stand und Zielstellung der weiteren Programmdebatte, Manuskript, 2002
- Radikale Linke in der PDS*: Grundlagenpapier, Manuskript, o. D.
- Rechtsanwälte Remmers, Robra und Meyer*: Antrag im Organstreitverfahren der Fraktion der CDU im Landtag von Sachsen-Anhalt gegen den Landtag von Sachsen-Anhalt, Manuskript, 14. Februar 1996
- Redaktionsgruppe*: Potential für gesellschaftliche Alternativen stärken, Manuskript, 1997
- Redaktionsgruppe des 4. Parteitags der PDS/2. Tagung (Hrsg.)*: Leitantrag: Veränderung von unten. Sozial und solidarisch, demokratisch und antimilitaristisch. Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998, Manuskript, 18. Januar 1996
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.)*: Die PDS – eine regionale Reformkraft? Reformpolitik in den ostdeutschen Bundesländern – Opponieren, Tolerieren, Mitregieren, Manuskript, 12./13. Oktober 2000
- Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung (Hrsg.)*: Reformalternativen. Sozial – ökologisch – zivil, Berlin 2000

- Schäfer, Paul, Sonja Kiesbauer:* Nach Gera – Neukonstituierung der Reformlinken, Manuskript, 16. Oktober 2002
- Schütrumpf, Jörn:* Demokratischer Sozialismus, Manuskript, 2002
- Schulze, Hansjürgen:* Der Westaufbau hat keine Chance, nutzen wir sie!, Manuskript, 9. Juni 1996
- Schwarz, Klaus-Peter, Cornelia Ernst:* Die Tradition, „bei uns selbst anzukommen“, Manuskript, 2./3. November 1996
- Seppmann, Werner:* Kapitalismusbegriff und Sozialismuskonzeption. Zur Programmdiskussion in der PDS, Essen 2000
- Sitte Petra:* Bilanz der PDS-Landtagsfraktion und die Rolle der PDS in den Parlamenten, Manuskript, 28. September 1996
- solid:* Grundsatzdokumente, Berlin 1999
- SPD Berlin, PDS Berlin:* Koalitionsvereinbarung für die Legislaturperiode 2001-2006, Manuskript, 7. Januar 2002
- SPD Mecklenburg-Vorpommern:* Notwendige Klarstellungen, Manuskript, Oktober 1994
- SPD Mecklenburg-Vorpommern, PDS Mecklenburg-Vorpommern:* Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 3. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 2. November 1998
- SPD Mecklenburg-Vorpommern, PDS Mecklenburg-Vorpommern:* Vereinbarung über die Bildung einer Koalitionsregierung für die 4. Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, o. D.
- Statutenkommission der PDS:* An die Delegierten des 5. Parteitages der PDS, Manuskript, 11. Januar 1997
- Statutenkommission der PDS Niedersachsen:* Satzung der Partei des demokratischen Sozialismus Landesverband Niedersachsen. Beschlußempfehlung, Manuskript, 20. Juli 2000
- Steinitz, Klaus (Hrsg.):* Vereinigungsbilanz. Fünf Jahre deutsche Einheit, Hamburg 1995
- Tack, Anita:* Referat auf dem Landesparteitag am 25. März 2000 in Wittenberge, Manuskript
- Thron, Joachim, Michael Geiger, Dirk Emmerich:* Entwurf für ein neues Parteistatut, in: WF-Sender, 49/1989, S. 1-4
- Vereinigte Sozialistische Partei:* Klarheit statt Salonfähigkeit! Zur Kritik des PDS-Programms, Köln 1994
- Vereinigte Sozialistische Partei:* Die Hoffnung neu erfinden! Zum Selbstverständnis linker Politik heute, 2. erweiterte Aufl., Köln 1995
- Wahlbüro der PDS (Hrsg.):* Opposition gegen Sozialabbau und Rechtsruck. Wahlprogramm der PDS 1994, Berlin 1994
- Wahlbüro der PDS (Hrsg.):* Wahlen zum Europäischen Parlament 12. Juni 1994. Politische Positionen der PDS, Berlin o. J.
- Wagenknecht, Sahra:* Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Bonn 1995
- Wagenknecht, Sahra:* Die Mythen der Modernisierer, 2. Aufl., Querfurt 2001

- Wagenknecht, Sahra, Jürgen Elsässer (Hrsg.):* Vorwärts und vergessen? Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus, Hamburg 1996
- Wawzyniak, Halina u. a.:* Entwurf eines Grundsatzpapiers der AG „Junge GenossInnen“ in und bei der PDS, Manuskript, 1996
- Weichold, Jochen, Horst Dietzel, Herbert Schwenk:* Die europäische Linke. Vergleichende Studie zu linken Parteien und Bewegungen in Europa, Mainz 1992
- Weimarer Kreis (Hrsg.):* Reformierte BRD mit deformierter PDS?, Weimar 1996
- Werner, Harald:* Individualität, Bewußtsein, politische Kultur. Einführung in die Sozialpsychologie revolutionärer Politik, Marburg 1989
- Werner, Harald (Hrsg.):* Wirtschaftsdemokratie. Eine alte Antwort neu befragt, Bonn 1994
- Werner, Harald:* Erste kritische Anmerkungen zu Gregor Gysis Papier „Gerechtigkeit ist modern“, Manuskript, 2. August 1999
- Werner, Harald:* Die langfristigen Ursachen der Wahlniederlage sind hausgemacht, Manuskript, 7. Oktober 2002
- Werner, Harald, Peter Schott:* Der Weg zum Sozialismus heißt Demokratie, Berlin o. J.
- Wolf, Herbert:* Woher kommt und wohin geht die PDS?, Berlin 1995
- Wolf, Winfried:* Godesberg II: Zum Brie-Klein-Brie-Entwurf für ein neues PDS-Programm, Manuskript, 2. Mai 2001
- Wolf, Winfried:* Öffnung nach links. Die Verachtung für Demokratie von Bartsch, Gysi & Co. Fünf Thesen zum PDS-Parteitag in Gera, Manuskript, 19. Oktober 2002
- Zessin, Helmut, Edwin Schwertner, Frank Schumann:* Chronik der PDS 1989 bis 1997, Berlin 1998.
- Zimmer, Gabi:* Referat auf der 5. Tagung des 5. Landesparteitages der PDS Thüringen, Manuskript, 19./ 20. Februar 2000
- Zimmer, Gabi:* Zur Vorstellung des Programmentwurfs, Manuskript, 27. April 2001
- Zimmer, Gabi:* Liebe Genossinnen und Genossen..., Manuskript, 14. Juni 2001
- Zimmer, Gabi:* Rede auf der außerordentlichen Tagung des 7. Landesparteitages der PDS Berlin, Manuskript, 15. Juni 2001
- Zimmer, Gabi, Dietmar Bartsch, Roland Claus:* Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002. Entwurf eines Leitantrages an den Cottbuser Parteitag der PDS, Manuskript, 2000
- Zimmer, Gabi u. a.:* Kein weiter so: Zukunft durch Erneuerung, Manuskript, 10. Oktober 2002

2. Sekundärliteratur

- Agethen, Manfred, Eckhard Jesse, Ehrhart Neubert (Hrsg.):* Der mißbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau 2002

- Ammer, Thomas*: Von der SED zur PDS – was bleibt?, in: Ilse Spittmann, Gisela Helwig (Hrsg.): Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen, Köln 1990, S. 103-115
- Backes, Uwe*: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989
- Backes, Uwe, Stéphane Courtois (Hrsg.)*: „Ein Gespenst geht um in Europa“. Das Erbe kommunistischer Ideologien, Köln/Weimar 2002
- Backes, Uwe, Eckhard Jesse*: Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 44/1983, S. 3-18
- Backes, Uwe, Eckhard Jesse*: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, 3 Bde., Köln 1989
- Backes, Uwe, Eckhard Jesse*: Extremismus der Mitte? – Kritik an einem modischen Schlagwort, in: dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 7. Jhrg., Baden-Baden 1995, S. 13-26
- Backes, Uwe, Eckhard Jesse*: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausgabe, Bonn 1996
- Backes, Uwe, Eckhard Jesse*: Die Rechts-Links-Unterscheidung – Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik, in: dies. (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 13-38
- Baumeister, Brigitte*: PDS zwischen Schein und Sein. Die linksextreme Partei kann kein Partner für verfassungstreue Parteien sein, Manuskript, 25. Februar 1997
- Bayerisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.)*: Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), München 1997
- Beinert, Heinz (Hrsg.)*: Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin 1995
- Berg, Frank, Lutz Kirschner (Hrsg.)*: PDS am Scheideweg, Berlin 2001
- Berg, Frank, Thomas Koch*: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Die SPD-PDS-Koalition fünfzehn Monate nach ihrem Amtsantritt (Explorationsstudie), Manuskript, 1999
- Berg, Frank, Thomas Koch*: Die Mitte-Links-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern. Politikfeld- und Parteienanalysen, Berlin 2001
- Berg, Frank, Thomas Koch*: Was kommt auf die PDS zu? Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Verwaltungsreform in den ostdeutschen Ländern, Berlin 2002
- Bergsdorf, Harald*: Extremismusbegriff im Praxistest: PDS und REP im Vergleich, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 14. Jhrg., Baden-Baden 2002, S. 61-80
- Bobbio, Norberto*: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994
- Bortfeldt, Heinrich*: Von der SED zur PDS – Aufbruch zu neuen Ufern?, Berlin 1990
- Bortfeldt, Heinrich*: The German Communists in Disarray, in: The Journal of Communist Studies, 1/1991, S. 522-532
- Bortfeldt, Heinrich*: Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie? Bonn/Berlin 1992
- Bortfeldt, Heinrich*: „Auf daß der Wind sich drehe!“ Zum PDS-Parteitag, in: Deutschland Archiv, 4/1994, S. 340-342

- Bortfeldt, Heinrich:* Die Ostdeutschen und die PDS, in: Deutschland Archiv, 12/1994, S. 1283-1287
- Bortfeldt, Heinrich:* Pyrrhussieg der Reformen. 4. Parteitag der PDS in Berlin, in: Deutschland Archiv, 3/ 1995, S. 228-232
- Bortfeldt, Heinrich:* Zurück zur SED?, in: Deutschland Archiv, 7/1995, S. 678-680
- Bortfeldt, Heinrich:* Nichts als ein Kampf gegen alte und neue Windmühlen?, in: Das Parlament, 40/1996, S. 14
- Bortfeldt, Heinrich:* Der 5. Parteitag der SED-Nachfolgepartei in Schwerin: Die PDS auf dem Weg aus der Isolation?, in: Das Parlament, 5/1997, S. 10
- Bortfeldt, Heinrich:* Wahlparteitag der PDS in Rostock: Vom zunehmenden Realitätsverlust, in: Das Parlament, 16-17/1998, S. 11
- Bortfeldt, Heinrich, Thomas Falkner, Armin Pfahl-Traughber, Manfred Wilke:* Forum: Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 7. Jhrg., Baden-Baden 1995, S. 83-112
- Brandenburg, Katrin u. a.:* In guter Verfassung. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz, Erfurt 1997
- Brie, Michael, Martin Herzig, Thomas Koch (Hrsg.):* Die PDS. Postkommunistische Kaderorganisation, ostdeutscher Traditionsverein oder linke Volkspartei? Empirische Befunde und kontroverse Analysen, Köln 1995
- Brie, Michael, Rudolf Woderich (Hrsg.):* Die PDS im Parteiensystem, Berlin 2000
- Brückom, Axel:* Jenseits des „Magdeburger Modells“, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 9. Jhrg., Baden-Baden 1997, S. 174-187
- Brückom, Axel:* Von Magdeburg nach Schwerin, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 11. Jhrg., Baden-Baden 1999, S. 167-179
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.):* „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS). 3. Tagung des 6. Parteitages in Münster, Köln 2000
- Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.):* Programmatische Diskussion in der „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) 2001/2002, Köln 2002
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.):* Zukunft statt Linksfront. PDS-Gefahr von links!, Bonn 1994
- CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.):* Nie wieder Sozialismus? – Die Ziele der SED-Fortsetzungs-Partei. Eine Handreichung zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der PDS, Bonn o. J.
- Christlich-Soziale Union in Bayern (Hrsg.):* SED/PDS – Gefahr für Deutschland, München 1994
- Dambroth, Rüdiger:* Parlamentarische Bündnisbestrebungen von SPD und PDS im Wahljahr 1998, in: Politische Studien, Heft 360, Juli/August 1998, S. 28-38
- Deutscher Bundestag (Hrsg.):* Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. I: Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Frankfurt am Main 1995

- Deutscher Bundestag (Hrsg.):* Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. II: Macht, Entscheidung, Verantwortung, Frankfurt am Main 1995
- Deutscher Bundestag (Hrsg.):* Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. III: Ideologie, Integration und Disziplinierung, Frankfurt am Main 1995
- Ditfurth, Christian v.:* Ostalgie oder linke Alternative. Meine Reise durch die PDS, Köln 1998
- Djilas, Milovan:* Die neue Klasse. Eine Analyse des kommunistischen Systems, München 1959.
- Dornheim, Andreas u. a.:* In guter Verfassung II. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz, Erfurt 1997
- Eckert, Rainer, Bernd Faulenbach (Hrsg.):* Halbherziger Revisionismus: Zum postkommunistischen Geschichtsbild, München/Landsberg am Lech 1996
- Eisel, Stephan:* Minimalkonsens und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zur Akzeptanz der Grundlagen demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn u. a. 1986
- Eisenmann, Peter, Gerhard Hirscher (Hrsg.):* Die Entwicklung der Volksparteien im vereinten Deutschland, München/Landsberg am Lech 1992
- Everts, Carmen:* Wahlen 1998: Zur Rolle von PDS, REP und DVU. Kurzstudie und Dokumentation, Frankfurt am Main 1998
- Everts, Carmen:* Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS, Berlin 2001.
- Falkner, Thomas:* Von der SED zur PDS. Weitere Gedanken eines Beteiligten, in: Deutschland Archiv, 1/1991, S. 30-51
- Falkner, Thomas, Dietmar Huber:* Aufschwung PDS. Rote Socken – zurück zur Macht? München 1994
- Feiler Arthur:* Der totalitäre Staat, in: Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 53-69
- Fraenkel, Ernst:* Reformismus und Pluralismus, Hamburg 1973
- Fraenkel, Ernst:* Deutschland und die westlichen Demokratien, Frankfurt am Main 1990
- Fraude, Andreas:* „Reformsozialismus“ statt „Realsozialismus“? Von der SED zur PDS, Münster/Hamburg 1993
- Friedrich-Ebert-Stiftung/Landesbüro Brandenburg (Hrsg.):* Die PDS. Strukturen, Programm, Geschichtsverständnis. Tagungsdokumentation, Potsdam/Bonn 1995
- Friedrich-Ebert-Stiftung/Landesbüro Brandenburg (Hrsg.):* Befunde über die PDS. Tagungsdokumentation, Potsdam/Berlin 1996
- Funke, Manfred (Hrsg.):* Extremismus im demokratischen Rechtsstaat. Ausgewählte Texte und Materialien zur aktuellen Diskussion, Düsseldorf 1978
- Gallus, Alexander:* Für und wider eine „Erosion der Abgrenzung“ – Der politische Extremismus aus vergleichend-historischer Perspektive, in: Ralf Altenhof, Eckhard Jesse (Hrsg.): Das wiedervereinigte Deutschland. Zwischenbilanz und Perspektiven, München 1995
- Gerner, Manfred:* Partei ohne Zukunft? Von der SED zur PDS, München 1994

- Gerner, Manfred*: Antagonismen der PDS. Zum Pluralismus der SED-Nachfolgepartei, in: Deutschland Archiv, 2/1996, S. 227-239
- Gesamtdeutsches Institut, Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (Hrsg.)*: Analysen, Dokumentationen und Chronik zur Entwicklung in der DDR von September bis Dezember 1989, Bonn 1990
- Guggenberger, Bernd, Klaus Hansen (Hrsg.)*: Die Mitte. Vermessungen in Politik und Kultur, Opladen 1993
- Hartmann, Jürgen, Uwe Thaysen (Hrsg.)*: Pluralismus und Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Opladen 1992
- Hennis, Wilhelm*: Meinungsforschung und repräsentative Demokratie, Tübingen 1957
- Herbst, Andreas, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.)*: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997
- Hilsberg, Stephan*: Von der SED zur PDS – Elemente der Kontinuität, Manuskript, 16. Mai 1994
- Hirscher, Gerhard*: Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996, München 1996
- Hirscher, Gerhard*: Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998, München 2001
- Hirscher, Gerhard, Peter Christian Segall (Hrsg.)*: Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven, München 2000
- Hoff, Klaus*: Rechts und Links – zwei Schlagworte auf dem Prüfstand, 2. Aufl., Krefeld 1993
- Hoffmann, Jürgen*: Auf dem Weg in ein neues Bündnis? B'90/Die Grünen und PDS vor der Berlin-Wahl 1995, Sankt Augustin 1995
- Hoffmann, Jürgen, Viola Neu*: Getrennt agieren, vereint marschieren? Die Diskussion über ein Linksbündnis bei SPD, Grünen und PDS, Sankt Augustin 1998
- Hough, Daniel, Jonathan Grix*: The PDS and the SPD's Dilemma of Governance in the Eastern German Länder, in: Politics, 3/2001, S. 158-167
- Hüllen, Rudolf van*: Aufarbeitung, Verdrängung oder Mythenbildung? Die Geschichtsdiskussion im Umfeld von DKP und PDS, Manuskript, 1993
- Hüllen, Rudolf van*: Aufarbeitung, Mythenbildung, „Kurzer Lehrgang“ – oder was? Entwicklungslinien der „Geschichtsarbeit“ unter Postkommunisten, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 7. Jhrg., Baden-Baden 1995, S. 27-41
- Hüllen, Rudolf van, J. Kurt Klein, Gerd Langguth, Reinhard Rupprecht*: Linksextremismus – eine vernachlässigte Gefahr, Sankt Augustin 1997
- Hüning, Hasko*: PDS – Systemopposition oder Reformpolitik? Eine Zwischenbilanz, in: Deutschland Archiv, 12/1990, S. 1821-1824
- Hüning, Hasko*: „Fremde im feindlichen System“. Bewältigt die PDS die Erosion der Ausgrenzung?, in: Sozialismus, 2/1996, S. 19-27
- Hüning, Hasko, Gero Neugebauer*: Die PDS, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland, Opladen 1996
- Jaschke, Hans-Gerd*: Streitbare Demokratie und Innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1991

- Jesse, Eckhard*: Politische Utopien auf dem Prüfstand, in: Richard Saage (Hrsg.): „Hat die politische Utopie eine Zukunft?“, Darmstadt 1992, S. 131-141
- Jesse, Eckhard (Hrsg.)*: Politischer Extremismus in Deutschland und Europa, München 1993
- Jesse, Eckhard*: Repräsentative Demokratie, Melle 1995
- Jesse, Eckhard*: Amtstexte als Zeichen politischen Wandels. Die Verfassungsschutzberichte des Bundes und der Länder im Vergleich, in: Frankfurter Allgemeine vom 9. April 1997.
- Jesse, Eckhard, Steffen Kailitz (Hrsg.)*: Prägekräfte des 20. Jahrhunderts. Demokratie, Extremismus, Totalitarismus, München 1997
- Junge Union Hessen (Hrsg.)*: Linksextremismus. Erneute Herausforderung für unsere Demokratie, Manuskript, 10. Dezember 1994
- Kebir, Sabine*: Gramscis Zivilgesellschaft, Alltag – Ökonomie – Kultur – Politik, Hamburg 1991
- Kielmansegg, Peter Graf*: Volkssouveränität. Eine Untersuchung der Bedingungen demokratischer Legitimität, Stuttgart 1977
- Klein, Thomas, Vera Vordenbäumen, Carsten Wiegrefe, Udo Wolf (Hrsg.)*: Keine Opposition. Nirgends? Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Berlin 1991
- Kleinfeld, Gerald R.*: The Return of the PDS, in: David Conradt, ders., George K. Romoser, Christian Søe (Hrsg.): Germany's New Politics. Parties and Issues in the 1990s, Porvidence/Oxford 1995
- Klocksinn, Jens Ulrich*: Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945-1956), Bonn 1993
- Knütter, Hans-Helmuth, Stefan Winckler (Hrsg.)*: Handbuch des Linksextremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz/Stuttgart 2002
- Koch-Baumgarten, Sigrid*: Postkommunisten im Spagat. Zur Funktion der PDS im Parteiensystem, in: Deutschland Archiv, 6/1997, S. 864-878
- Kowalsky, Wolfgang, Wolfgang Schroeder*: Rechtsextremismus – Begriff, Methode, Analyse, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz, Opladen 1994, S. 7-20
- Kranenpohl, Uwe*: Zur parlamentarischen Strategie der PDS im Bundestag, Manuskript, 17. März 1995
- Kranenpohl, Uwe*: „Im Schatten der Macht“? Kleinfractionen im Deutschen Bundestag 1949 bis 1994, Diss., Passau 1996
- Kraushaar, Wolfgang*: Extremismus der Mitte. Zur Geschichte einer soziologischen und sozialen Interpretationsfigur, in: Hans-Martin Lohmann (Hrsg.): Extremismus der Mitte. Vom rechten Verständnis deutscher Nation, Frankfurt am Main 1994, S. 23-50
- Kühnhardt Ludger*: Die Universalität der Menschenrechte, 2. Aufl., Bonn 1991
- Kuhrt, Eberhard (Hrsg.)*: Die SED-Herrschaft und ihr Zusammenbruch, Opladen 1996
- Kuppe, Johannes, Thomas Ammer*: Von der SED zur PDS, Bonn 1991
- Land, Rainer, Ralf Possekel*: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR, Bochum 1994

- Land, Rainer, Ralf Possekel: Orthodoxie und Modernität. Vom Sinn der Richtungskämpfe in der PDS, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 5/1995, S. 415-424*
- Land, Rainer, Ralf Possekel: Fremde Welten. Die gegensätzliche Deutung der DDR durch SED-Reformer und Bürgerbewegung in den 80er Jahren, Berlin 1998*
- Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (Hrsg.): Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS). Auf dem Weg in die Demokratie?, Stuttgart 2000*
- Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Die PDS in der nordrhein-westfälischen Politik und ihre Vernetzung mit verfassungsfeindlichen Gruppierungen und der politischen Linken. Antwort auf die Große Anfrage 11 der Fraktion der CDU, in: Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 13/2183 vom 21. Januar 2002*
- Lang, Jürgen P.: PDS: Linke Protestpartei oder Verfassungsfeind?, in: Das Parlament, 15/1994, S. 15.*
- Lang, Jürgen P.: Die PDS und die deutsche Linke – ein ambivalentes Verhältnis, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 6. Jhrg., Bonn 1994, S. 180-193*
- Lang, Jürgen P.: Nach den Wahlen 1994: PDS-Strategie im Wandel?, in: Deutschland Archiv, 4/1995, S. 369-380*
- Lang, Jürgen P.: PDS: Die Farbe des Chamäleons, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 9. Jhrg., Baden-Baden 1997, S. 329-331*
- Lang, Jürgen P.: Das Prinzip Gegenmacht. PDS und Parlamentarismus, Sankt Augustin 1998*
- Lang, Jürgen P.: Partei ohne Mitte – Die programmatischen Auseinandersetzungen in der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 13. Jhrg., Baden-Baden 2001, S. 155-168*
- Lang, Jürgen P., Patrick Moreau: PDS. Das Erbe der Diktatur, München 1994*
- Lang, Jürgen P., Patrick Moreau, Viola Neu: Auferstanden aus Ruinen...? Die PDS nach dem Super-Wahljahr 1994, Sankt Augustin 1995*
- Lang, Jürgen P., Viola Neu: Die PDS und ihr Verhältnis zum Grundgesetz, in: Die politische Meinung, Heft 388, März 2002, S. 51-58*
- Lenk, Kurt: Wie demokratisch ist der Parlamentarismus? Grundpositionen einer Kontroverse, Stuttgart 1972*
- Lipset, Seymour Martin: Der „Faschismus“, die Linke und die Mitte, in: Ernst Nolte (Hrsg.): Theorien über den Faschismus, Köln 1967, S. 449-491*
- Lochner, Axel (Hrsg.): Linke Politik in Deutschland. Beiträge aus DDR und BRD, Hamburg 1990*
- Löw, Konrad (Hrsg.): Terror und Extremismus in Deutschland, Berlin 1994*
- Meckel, Markus, Richard Schröder, Erhard Eppler, Klaus Böger: „Die Mehrheit hält Distanz zur PDS“, in: Der Spiegel, 45/1998, S. 112-115*
- Meyer, Thomas: Demokratischer Sozialismus – Soziale Demokratie. Eine Einführung, 3. Aufl., Bonn 1991*
- Mletzko, Matthias: Gibt es Anhaltspunkte für extremistische Einstellungen in den Organisationen mit der Präsenz ehemaliger MfS-Mitarbeiter?, Manuskript, 1997*

- Moreau, Patrick:* Krisen und Anpassungsstrategien der kommunistischen Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 46-47/1990, S. 38-53
- Moreau, Patrick:* Der westdeutsche Kommunismus in der Krise, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 2. Jhrg., Bonn 1990, S. 170-206
- Moreau, Patrick:* PDS. Anatomie einer postkommunistischen Partei, Bonn/Berlin 1992
- Moreau, Patrick:* Die PDS: Eine postkommunistische Partei, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5/1992, S. 35-44
- Moreau, Patrick:* Delegitimierung und Destabilisierung – Parteiapparat und Bündnispolitik der PDS, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 5. Jhrg., Bonn 1993, S. 141-155
- Moreau, Patrick:* Das Wahljahr 1994 und die Strategie der PDS, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1/1994, S. 21-26
- Moreau, Patrick:* Gefahr von links? Die PDS auf dem Weg zur Etablierung, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 8/1994, S. 694-705
- Moreau, Patrick:* Mit Lenin im Bauch...? Die PDS auf der Suche nach einer Berliner Republik von Links, in: *Politische Studien*, Heft 349, September/Oktober 1996, S. 27-42
- Moreau, Patrick:* Die PDS: Profil einer antidemokratischen Partei. Mit Beiträgen von Hermann Gleumes, Gerhard Hirscher, Peter Maser und Manfred Wilke, München 1998
- Moreau, Patrick, Jürgen P. Lang:* Was will die PDS?, Frankfurt am Main/Berlin 1994
- Moreau, Patrick, Jürgen P. Lang:* Aufbruch zu neuen Ufern? Zustand und Perspektiven der PDS, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 6/1996, S. 54-61
- Moreau, Patrick, Jürgen P. Lang:* Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996
- Moreau, Patrick, Marc Lazar, Gerhard Hirscher (Hrsg.):* Der Kommunismus in Westeuropa. Niedergang oder Mutation?, München/Landsberg am Lech 1998
- Moreau, Patrick, Viola Neu:* Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus, Sankt Augustin 1994
- Moreau, Patrick, Rita Schorpp-Grabiak:* Dichtung oder Wahrheit? Die Grundlinien des zukünftigen Programms der PDS, in: *Politische Studien*, Heft 378, Juli/August 2001, S. 78-89
- Moreau, Patrick, Rita Schorpp-Grabiak:* Nach der Berlin-Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS, München 2002
- Moreau, Patrick, Rita Schorpp-Grabiak:* „Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit“ – Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden 2002
- Moreau, Patrick, Manfred Wilke, Peter Maser, Gerhard Hirscher, Hermann Gleumes:* Verdeckte Verführung. Die „Erfurter Erklärung“ und die Bündnispolitik der PDS im Wahljahr 1998, Erfurt o. J.
- Müller, Emil Peter:* Quo vadis PDS?, in: *Politische Schriften*, 42/1991, S. 397-401
- Narr, Wolf-Dieter:* Der Extremismus der Mitte, in: *Vorgänge*, 6/1992, S. 4-7
- Neu, Viola:* Am Ende der Hoffnung: Die PDS im Westen, Sankt Augustin 2000
- Neu, Viola:* Der neue Programmentwurf der PDS, Sankt Augustin 2001

- Neu, Viola:* Die PDS zwischen Utopie und Realität. Bundestagswahlprogramm und Regierungsbeteiligung in den Ländern, Sankt Augustin 2002
- Neugebauer, Gero:* 1994 im Aufschwung Ost: Die PDS. Eine Bilanz, in: *Gegenwartskunde*, 4/1994, S. 431-444
- Neugebauer, Gero:* Die PDS zwischen Kontinuität und Aufbruch, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5/2000, S. 39-46
- Neugebauer, Gero:* Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Wilfried Schubarth, Richard Stöss (Hrsg.): *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Bonn 2000, S. 13-37
- Neugebauer, Gero, Hugo Reister:* PDS und Gewerkschaften, Bonn 1996
- Neugebauer, Gero, Richard Stöss:* Die PDS. Geschichte – Organisation – Wähler – Konkurrenten, Opladen 1996
- Neugebauer, Gero, Richard Stöss:* Nach der Bundestagswahl 1998: Die PDS in stabiler Seitenlage?, in: Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Die Parteien nach der Bundestagswahl 1998*, Opladen 1999, S. 119-140
- Niedermayer, Oskar:* Innerparteiliche Demokratie, in: ders., Richard Stöss (Hrsg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen 1993, S. 230-250
- Oberreuter, Heinrich (Hrsg.):* Pluralismus. Grundlegung und Diskussion, Opladen 1980
- Offe Claus (Hrsg.):* An den Grenzen der Mehrheitsdemokratie. Politik und Soziologie der Mehrheitsregel, Opladen 1984
- Olsen, Jonathan:* Seeing Red: The SPD-PDS Coalition Government in Mecklenburg-West Pomerania, in: *German Studies Review*, 4/2000, S. 557-580
- Pfahl-Traughber, Armin:* Der Extremismusbegriff in der politikwissenschaftlichen Diskussion – Definitionen, Kritik, Alternativen, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, 4. Jhrg., Bonn/Berlin 1992, S. 67-86
- Pfahl-Traughber, Armin:* Wo steht die PDS? Versuch einer extremismustheoretischen Einschätzung, in: *liberal*, 3/1993, S. 18-28
- Pfahl-Traughber, Armin:* Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung, Bonn 1993
- Pfahl-Traughber, Armin:* Das Feindbild Kapitalismus. Programm und Verfassungsentwurf der PDS, in: *liberal*, 4/1994, S. 17-26
- Pfahl-Traughber, Armin:* Wandlung zur Demokratie? Die programmatische Entwicklung der PDS, in: *Deutschland Archiv*, 4/1995, S. 359-369
- Patzelt, Werner J.:* Widersprüchliches an der PDS-Politik, in: Landesvorstand der PDS Sachsen (Hrsg.): *2. Parteikonferenz der PDS Sachsen*, Dresden 1996, S. 49-62
- Popper Karl:* Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, 2 Bde., 5. Aufl., München 1977
- Preuß Ulrich K.:* „Freiheitlich demokratische Grundordnung“ als Superlegalität. Demokratische Substanz und politische Verkehrsformen, in: Erhard Denninger (Hrsg.): *Freiheitlich demokratische Grundordnung. Materialien zum Staatsverständnis und zur Verfassungswirklichkeit in der Bundesrepublik*, Erster Teil, Frankfurt am Main 1974, S. 445-468
- Probst, Lothar:* Die PDS – von der Staats- zur Regierungspartei. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg 2000

- Rommelfanger, Ulrich*: Die PDS: Eine zu verbietende Partei?, in: Zeitschrift für Rechts- politik, 6/1992, S. 213-217
- Rosa-Luxemburg-Verein (Hrsg.)*: SPD – PDS. Zwischen Abgrenzung und Annäherung. Das Jahr 1994, Leipzig 1995
- Rudzio, Wolfgang*: Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demo- kratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1988
- Rüther Günther (Hrsg.)*: Repräsentative oder plebiszitäre Demokratie – eine Alternati- ve? Grundlagen – Vergleiche – Perspektiven, Baden-Baden 1996
- Scheuch, Erwin K., Hans Dieter Klingemann*: Theorie des Rechtsradikalismus in west- lichen Industriegesellschaften, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozial- politik, 12. Jhrg., Tübingen 1967, S. 11-19.
- Schmeitzner, Mike*: Postkommunistische Geschichtsinterpretationen. Die PDS und die Liquidierung der Ost-SPD 1946, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED- Staat, 11/2002, S. 82-101
- Schmeitzner, Mike*: SED-Geschichtslegenden in der Programmatik der PDS, Manu- skript, Mai 2002
- Schmidt, Giselher*: Zwei rivalisierende Demokratie-Modelle. Ein Beitrag zum Verständ- nis der PDS, in: Deutschland Archiv, 8/1995, S. 835-841
- Schroeder, Klaus*: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998
- Segall, Peter Christian, Rita Schorpp-Grabiak*: Die PDS vor den Europawahlen, Mün- chen 1999
- Segall, Peter Christian, Rita Schorpp-Grabiak*: Der 7. PDS-Parteitag. Die erste Tagung in Cottbus: Weg in die Mitte?, in: Politische Studien, Heft 374, November/Dezem- ber 2000, S. 90-114
- Segall, Peter Christian, Rita Schorpp-Grabiak, Gerhard Hirscher*: Die PDS im Wahl- jahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“, München 1999
- SPD*: Einschätzung des Parteitages der PDS, in: Intern, Nr. 2 vom 12. Februar 1993
- SPD-Landesverband Brandenburg (Hrsg.)*: Ende der Nachwendezeit. PDS am Ende?, Potsdam 2002 (=perspektive 21, Heft 17)
- Spittmann, Ilse, Gisela Helwig (Hrsg.)*: Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen. Dreiundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990
- Spöhrer, Jochen*: Zwischen Demokratie und Oligarchie: Grüne und PDS im Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999
- Steffani, Winfried*: Parlamentarische und präsidentielle Demokratie. Strukturelle Aspek- te westlicher Demokratien, Opladen 1979
- Steffani, Winfried*: Pluralistische Demokratie. Studien zur Theorie und Praxis, Opladen 1980
- Stein, Tine*: Demokratie und Freiheit an den Grenzen des Wachstums. Zur ökologischen Kritik und Reform des demokratischen Verfassungsstaates, Opladen 1998
- Stöss, Richard*: Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik – Eine Theorie, in: ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Sonderausgabe, Bd. 1: AUD bis CDU, Opladen 1986, S. 17-309

- Stöss, Richard:* Die „Republikaner“. Woher sie kommen. Was sie wollen. Wer sie wählt. Was zu tun ist, 2. Aufl., Köln 1990
- Stöss, Richard:* Linksextremismus – überschätzt, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, Baden-Baden 1997, S. 325-328
- Strasser Johano:* Zum Selbstverständnis der PDS, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 12/1992, S. 1044-1046
- Sturm, Eva:* „Und der Zukunft zugewandt“? Eine Untersuchung zur „Politikfähigkeit“ der PDS, Opladen 2000
- Suckut, Siegfried, Dietrich Staritz:* Alte Heimat oder neue Linke? Das SED-Erbe und die PDS-Erben, in: Deutschland Archiv, 10/1991, S. 1038-1051
- Thomas, Reinhard:* Die PDS in Mecklenburg-Vorpommern, Manuskript, 17. Mai 1994
- Tyrell, Albrecht:* Voraussetzungen und Strukturelemente des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945. Eine Bilanz, Bonn 1986, S. 37-72
- Uschner, Manfred:* Die roten Socken, Berlin 1995
- Wassermann, Rudolf:* Zwei politische Kulturen? Die Kooperation mit der PDS bedeutet Abkehr von der streitbaren Demokratie, in: UiD, 25/1998, S. 21
- Welzel, Christian:* Von der SED zur PDS. Eine doktrinegebundene Staatspartei auf dem Weg zu einer politischen Partei im Konkurrenzsystem? Mai 1989 bis April 1990. Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris 1992
- Wilke, Manfred:* Die Krise der Deutschen Kommunistischen Partei, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 46-47/1990, S. 27-37
- Wilke, Manfred:* Ist die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) noch eine kommunistische Partei?, in: Politische Studien, 12/1990, S. 695-705
- Wilke, Manfred:* DKP und PDS nach dem Ende des deutschen Kommunismus, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 3. Jhrg., Bonn 1991, S. 147-158
- Wilke, Manfred:* Die Diktaturkader André Brie, Gregor Gysi, Lothar Bisky und das MfS, in: Politische Studien, Heft 360, Juli/August 1998, S. 39-69
- Wilke, Manfred, Hans-Peter Müller, Marion Brabant:* Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Geschichte – Organisation – Politik, Köln 1990
- Wilke, Manfred, Sebastian Prinz:* PDS – Systemveränderung am Kabinettstisch?, Sankt Augustin 2001
- Winkler, Heinrich August:* Von Marx zur Marktlücke. Trennende Traditionen: Warum die PDS für die SPD ein Problem ist, in: Frankfurter Allgemeine vom 19. Oktober 1999